

Job-Gipfel!



Wolfgang Uellenberg-van Dawen
Beschäftigungspolitik
in der Region Köln

Joachim Schuster
Beschäftigungs-
versicherung

Alexandra Manske
Eigenverantwortlich in
die Marktradikalität?

**Sabine Berghahn,
Maria Wersig**
Eigenverantwortung
auch für Frauen?

Im **Forum DL21**
schreiben u.a.:
Andrea Nahles, Götz
Godowski, Björn
Böhning, Ernst-Dieter
Rossmann

Von Horst Peter

„Marx is in the air“ titelte der Feuilleton-Teil der Frankfurter Rundschau am 28.04.2005. Keine Angst: es droht der Republik kein Putsch der marxistischen Linken, auch die spw steht nicht vor der Übernahme des Vorwärts. Es ist nur ein Schreck darüber in die neoliberale Gemeinde gefahren, dass der Parteivorsitzende der SPD die neoliberalen Spielregeln verletzt hat und das Boot der intendierten neoliberalen Einheitspartei zu verlassen scheint. In der Wahrnehmung der Wirtschaftswissenschaftler des Hauptstroms (Professor Sinn sieht das Investitionskapital von „Geiselaft“ bedroht) den Spitzen der Unternehmerverbände (wie Hundt), Roland Berger von der neoliberalen Untermenschenberaterkaste, die Flugschiffe der Wirtschaftspresse „Financial Times-Deutschland“, „Wirtschaftswoche“ und Josef Ackermann (Deutsche Bank) sehen ein „Gespenst umgehen in Deutschland“, das Gespenst des Klassenkampfes.

Und das alles, weil Franz Müntefering auf dem Programmforum der SPD am 13. April in Berlin im Rahmen seiner Rede in paar Sätze gesagt hat, die in der beschwiegene linken Diskussion in Deutschland und auch international Allgemeinplätze sind. „Die international forcierten Profit-Maximierungsstrategien gefährden auf Dauer unsere Demokratie.“ Oder „Unsere Kritik gilt der international wachsenden Macht des Kapitals und der totalen Ökonomisierung eines kurzatmigen Profithandels. Denn dadurch geraten einzelne Menschen und die Zukunftsfähigkeit ganzer Unternehmen und Regionen aus dem Blick. Und die Handlungsfähigkeit der Staaten wird rücksichtslos reduziert.“ Das Ganze im Vorwärts unter der Überschrift „Soziale Marktwirtschaft statt Marktradikalismus“ dokumentiert und nachgearbeitet. Der Leser der nicht zum Hauptstrom gehörenden Medien, noch mehr die Leser von spw, fragen sich – trotz des Heuschreckenvergleichs auf internationale Kapitalanleger bezogen – „was soll die ganze Aufregung?“ Kurzum: Schon der kleinste Misston im gewohnten neoliberalen Konzert scheint die ganze Inszenierung zu gefährden.

*

Wie erklärt sich diese Aufregung? Oder noch erstaunlicher: „Wie erklärt sich, dass die Bevölkerung so störrisch behauptet, Müntefering habe mit seiner Kritik recht? Offensichtlich wissen die neoliberalen Akteure genau, dass ihre Hegemonie nicht auf Zustimmung der Bevölkerung beruht, sondern darauf, dass es gelungen ist, die Alternativlosigkeit neoliberaler Reformen zum öffentlichen Credo zu machen, Offensichtlich kann eine Zukunftsperspektive, die Gesellschaften spaltet, die die Reichen reicher und die Armen ärmer macht sowie die natürlichen Lebensgrundlagen zerstört, nur gelingen, wenn die Verlierer dieses Wirtschaftsmodells sich resigniert abwenden, weil ihnen die Stimme fehlt. Sie machen weltweit die Erfahrung, dass die Weltwirtschaftsforen überall, wo sie tagen, vor den Globalisierungskritikern geschützt werden müssen. Deshalb sind sie dünnhäutig, wenn der Parteivorsitzende der SPD aus dem neoliberalen Einheitskonzert ausbricht, Schließlich ist in Deutschland der sozialstaatliche Konsens der sozialen Sicherheit nicht tot, sondern nur stumm und resigniert, weil sie keine mehrheitsfähige Partei sehen, die ihm eine Stimme gibt.

Mag auch die Mehrheit meinen, das sei alles nur ein inszeniertes sozialdemokratisches Theater, um die

Wahlen in NRW noch zu retten, die Zustimmung zur Kapitalismuskritik hat bereits mehrere Talkshows und Umfragerunden der Meinungsbeeinflussungsinstitute überstanden. Selbst Westerwelles Zug an der Notbremse: die wahre Landplage, die Arbeitsplätze gefährdet, sind nicht die internationalen Kapitalanleger, sondern die deutschen Gewerkschaften“ wir eher wie ängstliches Pfeifen im Walde.

Kurzum: Wenn Marx recht hat, dass zwar das Sein das Bewusstsein bestimmt, aber der ideologische Überbau nur äußerst langsam umwälzt, dann müssen Kapitalismuskritik und Zustimmung zu dieser Kritik den neoliberalen Meinungsführern Sorge bereiten.

*

Aber auch die SPD hat ihre Probleme: Kann die Partei und die rot-grüne Regierung bei den bevorstehenden Neuwahlen die aufgekeimte Hoffnung, dass eine andere Politik möglich sei, einlösen? Oder bleibt Franz Müntefering in der Rolle des Zauberlehrlings, der die Besen, die er rief, nicht mehr los wird. Zumal einige Besen das Gesicht von Heiner Geißler oder Norbert Blüm oder Horst Seehofer haben und es durchaus möglich ist, dass sich der Papst aus Deutschland, Benedikt XVI, wenn er die Namensgebung aus dem sozialen Engagement des Benediktinerordens abgeleitet haben sollte, ebenfalls als Kapitalismuskritiker erweist. Jedenfalls stellt sich für Franz Müntefering nach der Wahlniederlage in NRW und der Flucht in vorgezogene Neuwahlen auf Bundesebene erst recht die Frage: „Was tun?“ Soll aus der Zustimmung zur Kapitalismuskritik auch ein Stück Hoffnung für die Bevölkerung werden, geht es um zwei Voraussetzungen: einmal gilt es die Glaubwürdigkeitslücke in Sachen Sozialstaat zu schließen, zum anderen müssen Reformperspektiven formuliert werden, die den Menschen die Angst vor neoliberalen Reformen nimmt.

Es führt kein Weg vorbei, die Reformprojekte im Bundestag zur Abstimmung zu stellen und bei den bevorstehenden Bundestagswahlen in der Bevölkerung zu werben. Sonst wird es nicht gelingen, ein eigenständiges Profil und politische Glaubwürdigkeit gegenüber CDU/CSU und FDP wieder zu gewinnen. Der schwerste, aber unverzichtbare Glaubwürdigkeitstest ist die Bereitschaft, auf der Grundlage der Erfahrungen bei der Umsetzung die offensichtlich fehlerhaften Elemente sowohl bei der Gesundheitsreform als auch bei Hartz IV zurück zu nehmen. Findet dazu rot-grün nicht die Kraft, werden alle weiteren Reformmaßnahmen mit dem Makel der selbstverschuldeten Glaubwürdigkeitslücke leben müssen. Findet rot-grün dazu die Kraft, dann ergeben sich neue Chancen für die Umstellung der Sozialversicherungen auf eine solidarische Bürgerversicherung, auf die Umstellung der Sicherung besonderer Lebenslagen auf eine bedarfsdeckende Grundsicherung, auf branchenbezogene Mindestlöhne, auf Bildungsgerechtigkeit, Familiengerechtigkeit, auf eine große, gerechte Steuerreform, die die Finanzierung der großen staatlichen Reformaufgaben qualitativ und quantitativ sichert und die Sorge um die Nachhaltigkeit als bestimmendes Reformprinzip der deutschen Politik nach innen und außen.

Kurzum: Müntefering hätte durchaus die Chance, die Geister, die er rief, zu Verbündeten einer neuen Politik zu gewinnen, wenn er auf die Kraft, die im Volke ruht vertraut und nicht wie der Zauberlehrling in der Ballade auf das klärende Wort des Meisters vertraut.

Herausgeber/Herausgeberinnen:

Karin Benz-Overhage (Frankfurt/M.)
 Klaus Dörre (Recklinghausen)
 Christel Riemann-Hanewinkel (Halle/S.)
 Michael R. Krätke (Amsterdam)
 Uwe Kremer (Dortmund)
 Detlev von Larcher (Weyhe)
 Benjamin Mikfeld (Bochum)
 Susi Möbbeck (Magdeburg)
 Andrea Nahles (Weiler)
 Horst Peter (Kassel)
 René Rösper (Hagen)
 Thomas Sauer (Mölin)
 Sigrid Skarpelis-Sperk (Kaufbeuren)
 Thomas Westphal (Dortmund)
 Ulrich Zachert (Apensee)

Redaktion:

Thorben Albrecht
 Ulf Banscheraus
 Björn Böhning
 Tanja Breuer
 Stefanie Gerszewski
 Sebastian Jobelius
 Oliver Kaczmarek
 Anja Kruke
 Lars Neumann
 Svea Reiners
 Reinhold Rünker
 Inken Wiese

Redaktionsmanagement:

Reinhold Rünker, logo office Leichlingen

Redaktions- und Verlagsadressen:

spw-Verlag/Redaktion GmbH
 Postfach 12 03 33, 44 293 Dortmund
 Telefon (Verlag) 02 31 - 40 24 10
 Telefon (Redaktion) 02 31 - 40 14 11
 Telefax 02 31 - 40 24 16
 verlag@spw.de, redaktion@spw.de
 www.spw.de

Geschäftsführung:

Hans-Joachim Olczyk
 Eckhart Seidel

Konto des Verlages:
 Postbank Dortmund
 Kto. Nr. 32 44 34 68, BLZ 440 100 46

Die spw erscheint mit 6 Heften im Jahr.
 Jahresabonnement Euro 34,-
 (bei Bankeinzug Euro 32,-)
 Auslandsabonnement Euro 37,-
 Abbestellungen mit einer Frist
 von drei Monaten zum Jahresende.
 Wir freuen uns über Manuskripte und
 Zuschriften. Wenn möglich, sollen
 Manuskripte per E-mail oder auf einer
 MS-DOS/Windows-formatierten Diskette
 mit einem Ausdruck geliefert werden.

ISSN 0170-4613

© spw-Verlag/Redaktion GmbH 2005.
 Alle Rechte vorbehalten.

Titelfoto:

Christian Kiel, Berlin

Satz und Gestaltung:

Ralf Schmitz, Leverkusen

Druck:

Nolte-Druck, Iserlohn
 1-2.Tausend, Juni 2005

Kurzum	2
<i>Andrea Nahles, Joachim Schuster</i> Wir brauchen klare Botschaften!	4
<i>Götz Godowski</i> Vorwärts – es geht zurück zur Mitte	6
<i>Ernst-Dieter Rossmann</i> Trübes Wasser im Land zwischen den Meeren	7
<i>Joachim Schuster:</i> DL21-Parlamentariertreffen: Alternativen in der Wirtschaftspolitik	9
<i>Björn Böhning</i> Juso-Bundeskongress: Nach NRW-Niederlage – vor dem Bundestagswahlkampf	10

JOB-GIPFEL!

<i>Kai Burmeister, Reinhold Rünker, Felix Welti</i> Job-Gipfel! – Einleitung	12
<i>Wolfgang Uellenberg-van Dawen</i> Regionale Arbeitsmarktpolitik in Köln	14
<i>Jürgen Karrasch</i> Hartz und die Bundesanstalt für Arbeit	18
<i>Joachim Schuster</i> Beschäftigungsversicherung – Die Antwort auf sozialstaatliche Herausforderungen der Arbeitsgesellschaft	20
<i>Stefan Gran</i> Gesetzliche Mindestlöhne in Deutschland – ein weiter Weg	22
<i>Ulla Knapp</i> Arbeitsmarktreformen und Geschlechterverhältnis	25
<i>Sabine Berghahn, Maria Wersig</i> Eigenverantwortung auch für Frauen?	29
<i>Alexandra Manske</i> Eigenverantwortlich in die Marktradikalität	31

INTERNATIONALE POLITIK

<i>Andrew Watt</i> Die unendliche Geschichte des Stabilitätspakts	34
<i>Christoph Vietzke</i> England: Bringt die knappe Mehrheit Möglichkeiten der Regulierung?	36
<i>Reimund Feld</i> Ein schwieriger Geburtstag: Die französische Sozialdemokratie wird 100	38

THEORIE & STRATEGIE

<i>Björn Böhning/Reinhold Rünker:</i> spw weiter entwickeln!	41
<i>Andrea Ypsilanti, Harald Lührmann</i> Alternativen zum Turbokapitalismus	42
<i>Hans-Günter Bell</i> „Deutschland ist ein reiches Land“ Der 2. Armuts- und Reichtumsbericht	46
<i>Jadranka Thiel, Thilo Scholle</i> Demographischer Wandel – Das Ende der Solidarität?	49
<i>Dokumentation (Auszüge): Denkfabrik</i> Sozialdemokratische Antworten auf die demografische Herausforderung	50
<i>Daniel Friedrich, Bernhard Stiedl</i> „Die IG Metall weiterentwickeln“	55
Rez.: Gustav Horn, Die deutsche Krankheit (Kai Burmeister)	57
Rez.: Luc Boltanski, Ève Chiapello, Der neue Geist des Kapitalismus (Anja Kruke)	58
Rez.: Frank Schauff, Der verspielte Sieg? (Reinhold Rünker)	59

Wir brauchen klare Botschaften!

Positionierung der Linken vor der Bundestagswahl

Von Andrea Nahles und Joachim Schuster

Der Kanzler hat Neuwahlen ausgerufen. Eine überzeugende Wahlkampfstrategie ist er uns bis heute allerdings noch schuldig geblieben. Ein Plebiszit über die Agenda 2010 reicht in keiner Weise, um die eigenen Anhänger zu mobilisieren. Es reicht aber auch nicht, weil Abstimmungen über Vergangenes nicht zum Erfolg führen. Wir müssen vielmehr klar machen, dass wir die besseren Zukunftskonzepte haben. Wir brauchen eine Agenda für Wachstum und Soziale Gerechtigkeit. Wir brauchen klare Botschaften.

- Die Kapitalismuskritik von Franz Müntefering war richtig und muss in konkrete Politik umgemünzt werden. Der altbekannte Satz der Konservativen „Wenn es der Wirtschaft gut geht, geht es uns allen gut.“ stimmt nachweislich nicht mehr. Umgekehrt natürlich auch nicht. Was wir brauchen in Deutschland sind Investitionen. Dazu ist ein handlungsfähiger Staat notwendig. Insbesondere die Kommunen müssen stark sein. Wir fordern deshalb die Verbreiterung der Einnahmehasis der Gewerbesteuer und nicht deren Abschaffung. Wir fordern daher mehr Steuergerechtigkeit. Wir verlangen das auch hohe Einkommen sich an der Finanzierung der öffentlichen Güter in unserem Land stärker beteiligen. Ein Zuschlag auf die Einkommenssteuer ab 250 000 Euro im Jahr ist sinnvoll. Investitionen brauchen wir jedoch vor allem im Bildungsbereich. Das die Forderung – höhere Einnahmen aus der Erbschaftsbesteuerung – in einem Bildungsfonds anzulegen, nicht aufgegriffen wurde, ist nicht akzeptabel.

- Wir Sozialdemokraten können und wollen den Strukturwandel im Rahmen der Europäisierung nicht aufhalten. Wir wollen ihn aber mitgestalten. Und wir wollen den Menschen Partner sein in diesen Zeiten. „Nach unten offen, nach oben zu.“ So empfinden die Menschen ihre Situation im Arbeitsleben. Der Druck steigt. Hartz IV ist keine Antwort auf die Abstiegsgänge der Menschen. Die Weiterbildungsmöglichkeiten wurden in den letzten Jahren nicht so aufgestellt, das sie wirklich Aufstiegswege eröffnet und die Beschäftigungsfähigkeit auch der über 40-jährigen nicht ausreichend gefördert. Wir brauchen eine neue Qualifizierungsoffensive. Eine ehrliche Bilanz ist nötig. Löhne dürfen nicht ins Bodenlose rutschen. Auch für ALG II Empfänger müssen ortsübliche Tarife gelten. Wir brauchen einen gesetzlichen Mindestlohn. Ältere

Arbeitslose haben kaum Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Auch hier hilft Druck alleine nicht. Eine Überprüfung der Hartz-Regelung ist dringend.

Viele Forderungen an das Wahlprogramm sind noch zu ergänzen. Zentral ist: Die SPD ist Volkspartei und muss es bleiben. Wir dürfen das Spektrum unserer Politikangebote und unserer Anhänger nicht unausgeschöpft lassen. Die PDS/WSAG-Formation – wie auch immer sie aussehen mag – ist eine Herausforderung, die wir ernst nehmen müssen. Das schaffen wir. Das schaffen wir aber nicht mit einer Wahlkampfstrategie, die allein auf die Person Schröder setzt und sich an Martin Luther (hier stehe ich und kann nicht anders) anlehnt.

Unabhängig von den dahinter stehenden Motiven und den Erfolgchancen hat die Ankündigung von Neuwahlen einen Zwang geschaffen, dem sich keiner entziehen kann. Die Auseinandersetzung mit der CDU rückt in den Mittelpunkt. Denn, auch wenn die Politik Schröders gerade von links viel Anlass zur Kritik bietet, so kann doch kein Linker das Interesse haben, diese Kritik in der Opposition zu üben und machtlos zuzusehen, wie die konservative Regierung unterstützt durch eine klare schwarze Mehrheit im Bundesrat einen Umbau der Republik angeht, der unsere Vorstellungen von sozialer Gerechtigkeit Hohn spricht.

Die plötzlich anberaumten Neuwahlen beinhalten zudem eine weitere für die Linke nicht zu unterschätzende Gefahr der Legendenbildung. Es gibt viele die ein Interesse daran haben, eine Geschichte nach folgenden Muster zu dichten: Die Schröder-Regierung hat die richtigen, historisch unvermeidlichen aber eben schmerzhaften Reformen auf den Weg gebracht, ist aber letztlich an der Blockadepolitik der CDU im Bundesrat und vor allem an der wachsenden Kritik vom linken Parteiflügel gescheitert. Dieses billige Schwarze-Peter-Spiel muss zurück gewiesen werden. Dieser Tage wird in den Zeitungen berichtet, dass Schröder genau diese Argumente gegenüber Köhler angeführt hat. Die Ursache der Wahlniederlagen liegt nicht darin, dass nur eine durch innerparteiliche Kompromissbildung verwässerte Reformpolitik betrieben werden konnte oder die zahlreichen Reformfolge von den eigenen Leuten kaputtgeredet wurden. Ursächlich ist vielmehr, dass die Bevölke-

rung den Eindruck gewonnen hat, dass die von Schröder durchgesetzten Reformen eben nicht in der Lage sind, die Probleme zu lösen, gleichzeitig aber von vielen sozial Schwächeren erhebliche Opfer verlangt, während Unternehmen und Reiche verschont bleiben. Dieser Eindruck stützt sich einerseits auf eine verzerrende öffentliche Debattenlage, aber genauso auf empirische Daten wie sie sich etwa in den offiziellen Arbeitsmarktstatistiken oder dem Armuts- und Reichtumsbericht zeigen. Bezeichnend ist, dass diese Legende von all denen Kräften verbreitet wird, die an einer grundsätzlichen Fortsetzung der neoliberal geprägten Politik Interesse haben und eben nicht wollen, dass aus der von Müntefering losgetretenen Kapitalismuskritik irgendwelche Konsequenzen erwachsen.

In den Wahlen hat dies zur Folge, dass es nicht gelingt, dass Wählerklientel der SPD auch hinreichend auszuschöpfen. Die sogenannten „kleinen Leute“, als diejenigen, die zum Teil massive Lasten tragen müssen, wenden sich ab, zunächst bei den meisten Wahlen vor allem in die Wahlenthaltung aber inzwischen auch zur Wahl anderer Parteien links wie rechts von der SPD. Ein anderer Teil der SPD-Wähler aus der gesellschaftlichen Mitte ist ebenfalls verunsichert über die SPD Politik. Viele Studien belegen, dass dem Teil dieser Wählerschichten, die von der SPD erreichbar sind, die Aspekte ‚soziale Gerechtigkeit‘ und ‚Gewährleistung sozialer Sicherheit‘ besonders am Herzen liegt. Und verunsicherte Wähler lassen sich nur begrenzt zur Wahl mobilisieren.

Diese schwierige Gemengelage darf nicht dazu führen, dass die Linke zu einer „Augen-zu-und-durch-Politik“ übergeht. Trotz oder gerade wegen des Wahlkampfes ist es notwendig unsere Politik inhaltlich auf den Prüfstand stellen und notwendigen Veränderungen bzw. Weiterentwicklungen einzuleiten bzw. zu propagieren. Dabei wird die SPD zwangsläufig ein Glaubwürdigkeitsproblem haben. Dies lässt sich allerdings deutlich verringern, wenn auch Spitzenpolitiker bereit sind, Selbstkritik zu üben, Fehler einzugestehen und daraus Konsequenzen zu ziehen. Und sicherlich erhöht sich die Glaubwürdigkeit der SPD wenn auch personelle Veränderungen die Glaubwürdigkeit veränderter Positionen untermauern.

Das heißt auch: Wir müssen uns dafür einsetzen, einen Richtungswahlkampf zu führen. Eine Wahlkampfstrategie, die darauf setzt, Schröder als den besseren Macher einer falschen Politik darzustellen, hat keine Aussicht auf Erfolg. Damit wird es wie in den neun Landtagswahlen zuvor, nicht gelingen, das eigene Wählerklientel auszuschöpfen. Weder darf das

Andrea Nahles, Vorsitzende des Forum DL21 und Mitglied im SPD-Präsidium, lebt in Weiler.

Joachim Schuster, Mitglied der Bremer Bürgerschaft und im SPD-Landesvorstand Bremen, politischer Geschäftsführer des Forum DL21, lebt in Bremen

klassische Klientel vernachlässigt werden, noch die aufgeklärten Mittelschichten, die häufig als neue Mitte bezeichnet werden. Dazu ist aber die strategische Orientierung der Wahl von 1998 wiederzubeleben. Es geht nicht allein um Modernisierung, sondern um Innovation und sozialer Gerechtigkeit.

Die Felder einer notwendigen inhaltliche Neuorientierung liegen klar auf der Hand. Dominant ist das Thema Arbeitslosigkeit bzw. Schaffung von Arbeit. Die Mehrheit der Wirtschaftswissenschaftler war sich in den letzten Jahren einig. Das Grundübel der deutschen Wirtschaft sei: Sie leide vor allem an mangelnder Wettbewerbsfähigkeit durch überzogene Löhne und könne nicht schnell und flexibel auf die Globalisierung reagieren, weil die Strukturen des Landes (sozialstaatlich) verkrustet seien. Dieses Urteil wurde von rot-grün nur unzureichend hinterfragt. Die rot-grüne Bundesregierung hat sich vor dem Hintergrund dieser falschen Analyse für eine abgemilderte, aber klare Angebotspolitik entschieden. Die Zwischenbilanz ist ernüchternd: Notwendige Wachstumsimpulse blieben aus, die Beschäftigungsentwicklung ist mehr als unbefriedigend. Die Frage nach dem Erfolg dieser Strategie ist daher unvermeidlich. Tatsache ist: Es mangelt der deutschen Wirtschaft nicht an Wettbewerbsfähigkeit. Darauf verweist nicht nur der Umstand, dass wir gleich zweimal hintereinander Exportweltmeister geworden sind, sondern auch der positive Außenbeitrag, also die Differenz zwischen Exporten und realen Importen. Woran es mangelt, ist ebenfalls offensichtlich: Private und öffentliche Investitionen und eine kräftige Nachfrage der Konsumentinnen und Konsumenten auf dem deutschen Binnenmarkt.

Deshalb muss die SPD muss an erster Stelle eine strategische Neuausrichtung in der Wirtschafts- und Sozialpolitik einleiten. Wachstum und Beschäftigung stehen ganz vorne auf der Tagesordnung einer neuen Politik, die mehrere Reformfelder parallel angehen muss:

- Internationale Koordination verstärken: Die internationale Wirtschafts- und Währungs Kooperation muss deutlich verbessert werden. Dabei kommt der Koordinierung im Rahmen der Europäischen Union eine besondere Bedeutung zu. Die Bundesregierung muss hier gemeinsam mit anderen europäischen Staaten Initiativen ergreifen.
- Eindämmung der Finanzspekulationen:
- Die Steuerfreiheit von Veräußerungsgewinnen muss begrenzt werden (Steuersatz von mindestens 20 Prozent).
- Die Erhöhung der Dividendensteuer (Halbeinkünfteverfahren ändern und Steuerpflichtigkeit auf mindestens 60 Prozent erhöhen) dämmt ebenfalls kurzfristige Spekulationen.
- Dazu würden auch europaweite Mindeststeuern, und Steuern auf transnationale Devisengeschäfte sowie auf Energie beitragen.
- Hedgefonds müssen transparenter arbeiten. Kurzfristige Interventionen müssen durch

die Offenlegung von Anlagestrategien und Eigentümerstrukturen begrenzt werden.

• **Aktive europäische Beschäftigungspolitik:** Die restriktive Politik innerhalb der Europäischen Währungsunion bedarf einer deutliche Korrektur. Die Politik der EZB darf nicht einseitig am Ziel der Geldwertstabilität ausgerichtet werden. Der vorhandene Zinssenkungsspielraum muss ausgenutzt werden. Zudem bedarf es mehr Spielraum für eine expansivere Finanzpolitik, die in Krisenphasen auch eine höhere Verschuldung toleriert.

• **Stärkung der öffentlichen Finanzen:** Die Steuerbasis muss gestärkt werden, damit Bildung, Forschung, Verkehr und die kommunale Daseinsvorsorge ausreichend finanziert werden können.

• Wir brauchen eine Neuordnung der Erbschaftssteuer, die den Gesamtertrag aus Erbschaften erhöht. Von der geplanten Freistellung von der Erbschaftssteuer bei Betriebsübergaben ist abzusehen.

• **Notwendig ist eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes** ab einem Brutto-Einkommen von 500 000 Euro (Vorschlag Schleswig-Holstein).

• Eine Umstrukturierung der Unternehmenssteuer (Körperschaftsteuersätze) kann nur bei voller Gegenfinanzierung durch die Unternehmen selbst durchgeführt werden. D.h. konkret: Verbot der grenzüberschreitenden Verlustverrechnungen solange, bis EU-weit Steuersätze und Bemessungsgrundlagen harmonisiert sind. Die derzeit vorliegenden Gegenfinanzierungsvorschläge reichen nicht aus.

• **Vorbereitung einer Steuerreform, die eine Vereinfachung des Steuersystems mit einer Erhöhung der staatlichen Einnahmen verbindet** (Vorschlag Schleswig-Holstein)

• **Sicherung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmerrechten:**

• **Förderung einer expansiven Lohnpolitik.** Lohnerhöhungen müssen zumindest die Inflationsrate ausgleichen und den Produktivitätszuwachs beinhalten.

• **Mindestlöhne müssen Lohndumping abfangen.**

• **Überarbeitung der Arbeitsmarktreformen Hartz IV unter Einbeziehung des Berichtes der Ombudsstelle.** Vorrangig sind die Ersetzung der 1-Euro-Jobs durch öffentlich geförderte Beschäftigungsprogramme und die Abschaffung der Bildungsgutscheine im Zusammenhang mit dem Aufbau einer neuen öffentlich und betrieblichen Weiterbildungsarchitektur. Die Orientierung der Zumutbarkeitskriterien am ortsüblichen Tarif sowie die Wiederherstellung der Beitragsäquivalenz für ältere Arbeits-

losengeldempfänger und eine Überprüfung der Leistungshöhe der Eckregelsätze bei der ALG II/Sozialhilfe.

• **Arbeitszeitpolitik** ist ein wichtiger Baustein einer modernen Sozial- und Arbeitsmarktpolitik. Sozial abgesicherte Erwerbsbiografien brauchen flexible Zeitfenster für Weiterbildung, Kindererziehung und Familienzeit.

• **Stärkung öffentlicher Investitionen:** Wir brauchen dringend eine Ausweitung der öffentlichen Investitionen zur Bewältigen der Herausforderungen der Wissensgesellschaft, zur Gewährleistung eines ökologi-



Andrea Nahles

schen Umbaus und zur Gewährleistung der kommunalen Daseinsversorgung. Da 65% der öffentlichen Investitionen von den Kommunen getätigt werden, muss ein aufzulegendes Investitionsprogramm gerade die Kommunen in die Lage versetzen ihren Aufgaben nachzukommen.

Hohe soziale und ökologische Standards gepaart mit ökonomischen Erfolg wird die Schlüsselkombination für erfolgreiche demokratische Staaten des 21. Jahrhunderts sein. Eine institutionalisierte Nachhaltigkeit kann aber nur dann gelingen, wenn wir heute in die Zukunft investieren und in mittel- und langfristigen Dimensionen denken. Dabei müssen wir gerade als rohstoffarmes Land in die Köpfe, also in Bildung und Forschung investieren.

• **Das Förderprogramm des Bundes zum Ausbau von Betreuungs- und Bildungseinrichtungen für Kinder sowie zur Errichtung von Ganztagschulen ist fortzusetzen.**

• **Wir brauchen ein Investitionsprogramm zur Förderung eines ökologischen Umbaus mit den Schwerpunkt regenerative Energien, Steigerung der Energie und Ressourceneffizienz und Umbau des Verkehrssektors.**

• Die nach wie vor schwierige Situation in den neuen Ländern erfordert die Auflage eines Sonderprogramms Aufbau Ost.

Stärkung der Sozialstaatsidee:

• Der Umbau der Sozialversicherungen darf nicht restriktive konjunkturelle Wir-

kungen entfalten. Statt Leistungskürzungen und der Erzeugung eines Klimas, welche Angst-Sparen der Bevölkerung befördert, bedarf es einer Ausweitung der Finanzierungsbasis durch die Heranziehung auch der Selbständigen und einer Erhöhung des steuerfinanzierten Anteils vorrangig für sogenannte versicherungsfremde Leistungen. Die Einführung einer Bürgerversicherung im Gesundheitssystem und die Ausweitung der Versicherungspflicht auf die besseren Risiken der Privaten Pflegeversicherung in einer Bürgerversicherung Pflege sind in diesem Zusammenhang Schlüsselprojekte.

• Die europäische Dienstleistungsfreiheit kann nur nach abgeschlossener Harmoni-

sierung in vollem Umfang gewährt werden. Lohn- und Sozialdumping nutzt niemandem.

• Wir brauchen einen investiven Sozialstaat. Sozialausgaben sind auch Einnahmen. Der Sozialstaat ist Arbeitgeber. Er verlangt von jedem einzelnen aktive Beteiligung. Kernziel ist es, die Beschäftigungsfähigkeit des einzelnen zu erhalten und Lebensrisiken solidarisch abzusichern.

Wir werden in den nächsten Wochen auf einen Richtungswahlkampf setzen, der polarisiert und mobilisiert. Damit das gelingt, muss eine Neuausrichtung in dem Wahlmanifest verankert werden. Im Kern geht es aber darum, Konsequenzen aus der von Müntefering losgetretenen Kapitalismuskritik in Poli-

tik umzusetzen. Das Krankenschwestern in Zukunft die Senkung des Spitzensteuersatzes mit ihren Nachtzuschlägen bezahlen sollen, das wir flächendeckend Studiengebühren und dazu nur noch Bafög auf Pump haben, das die FDP die Krankenversicherung privatisieren und die CDU die Arbeitgeber einseitig im Gesundheitssystem entlasten will, das wir wieder mehr Atomkraft haben und das CDU und FDP ernsthaft behaupten, man könne Arbeitsplätze durch die Schwächung der Gewerkschaften und des Kündigungsschutzes schaffen – das alles ist nicht mehrheitsfähig. Damit wir Sozialdemokraten eine glaubwürdige Alternative dazu sind, braucht es einen Aufbruch. Wir arbeiten mit Hochdruck dran.

Forum DL21

Vorwärts – es geht zurück zur Mitte

Von Götz Godowski

Mit ihrer Presseerklärung vom 26. Mai 2005 drohen die beiden SprecherInnen der Parteilinken Andrea Nahles und Michael Müller den Gang in den sozialdemokratischen Mainstream anzutreten. Eine Diskussion über die Verortung der Linken nach den letzten Wahlschlägen und dem einsamen Entschluss von Kanzler und Parteivorsitzendem eine Neuwahl herbeizuführen, die ja die weit fortgeschrittene Entdemokratisierung der Partei zeigt, tut dringend not. Hierbei gilt es zu unterscheiden zwischen pragmatischer Unterstützung einer Regierungspolitik, die von uns immer wieder als Sozialabbau analysiert worden ist, um das Schlimmste zu verhindern, und einer Positionierung, die schließlich bei einem sich „dahinterstellen-um-Geschlossenheit-zu-demonstrieren“ landet.

Die Linke hat sich stets sehr kritisch gegenüber den Reformen der Kanzlermehrheit geäußert. Einerseits klagten wir die solidarische und gerechte Verteilung der Lasten ein, andererseits kritisierten wir die volkswirtschaftliche Kurzsichtigkeit dieser Politik. Mit der genannten Presseerklärung tun wir uns als Linke aber keinen Gefallen. Die Diskussionen, die wir als Basis geführt haben, die Konzepte, die wir hochgehalten haben, die Kritik die wir in jeden Ortsverein getragen haben, drohen aus Gründen strategischer Sicherung der Berliner Position heraus ad absurdum geführt zu werden. Müssen wir uns ohne Not hinter den Sozialabbau stellen, muss sich die Linke inhaltlich so positionieren wie in der Presseerklärung:

1. Die Linke hat sich konstruktiv an der Diskussion um Hartz IV beteiligt. Mitnichten hat sie das. Viele Genossinnen und Genossen haben im Gegenteil schon sehr frühzeitig gegen diesen – euphemistisch Hartz IV betitelten Sozialabbau – Flagge gezeigt. Dies im übrigen auch mit einem unserer wichtigsten Bündnispartner, den Gewerkschaften. Während wir als organisierte Linke die Demonstrationen den Sektierern und politische Linkspopulisten überließe, haben wir vielen von uns einen Verbleib in der SPD erschwert oder unmöglich gemacht!

2. Die Opposition verhindert selbst kleine Reformschritte. Tatsache ist, dass diese Reformschritte auf einen Abbau des Sozialstaates, mindestens jedoch eine Schwächung der Rechte von Bürgerinnen und Bürger bedeuten. Es war die sozialdemokratische Regierung, die es durchgehen ließ, dass Apotheker trotz Mehreinnahmen einen Ausgleich im dreistelligen Millionenbereich hätten erhalten müssen – das war vertraglich im Einvernehmen mit der Bundesregierung so geregelt worden. Die Rentenkürzung, die Zuzahlung beim Arzt, die Neuversicherung der Zahnbehandlung, alles dies sind „Reformen“, die wir als SPD durchgesetzt haben. Insofern machen wir es dem politischen Gegner einfach populistisch zu sein.

3. Noch nie zuvor sollten die Wähler so betrogen werden. Dies karikiert geradezu die gesamte Kritik der Linken in der letzten Wahlperiode. War es nicht die Bundesregierung, die durch massiven Sozialrückbau, Entlastung pri-



Götz Godowski

vater und gewerblicher Vermögen, reale Rentenkürzung etc. ihre Versprechen gebrochen hat? Die Menschen wählten die SPD, weil sie für einen solidarischen, sozial verantwortungsvollen Weg der Politik stand. Stattdessen stehen wir nach 7 Jahren vor einer Gesellschaft, die Michael Vester mit dem Wort der Eieruhrgesellschaft zutreffend beschreibt.

4. Die CDU steht für eine schleichende Fortynisierung. Bei Abbau der Bürger- und Ausländerrechte steht unsere Regierung in Gestalt des Genossen Schily doch den Schwarzen in nichts nach.

Wie nun will sich die Linke im Wahlkampf positionieren? Hierauf geben Nahles/Müller nur regierungnahe Antworten. Ein Ausbau des euphemistischen Hartz IV soll es geben. Genau dieser Art von Politik hat die SPD ihre verlorenen Landtagswahlen zu verdanken. Da nützt auch die akademische Diskussion um die Kapitalismuskritik nichts. Wie sollen die Menschen einer Politik trauen, die einerseits die biblische Heuschreckenplage an die Wand

malt, andererseits aber durch Millionenentlastungen das Kapital weiter hofiert, einer Politik, die Hedge Fonds als neues Menetekel verkaufen will, aber eben diese Millionenentlastungen durch die Kürzung bei den Bedürftigen erwirtschaftet, einer Politik, die sich durch Steuerentlastungen für Großverdiener versucht die gesellschaftliche Mitte zu erkaufen, ihre eigene Wählerklientel aber 10 • beim Arztbesuch bezahlen lässt – einer Entwürdigung, der Privatversicherte nicht erliegen und die ein Abrücken der solidarisch finanzierten Versicherungen bedeutet. Andere Länder heranzuziehen um diesen Kotau vor dem Kapital zu erklären, etwa Schweden, ist eine bewusste Irreführung, hier wird das Sozialsystem anders finanziert.

Durch diese Unterstützung der Bundesregierung und des Kurses von Kanzler und Parteivorsitzendem leistet die Linke der Entdemokratisierung und der Mediokratie den letzten Kotau. Sie leistet damit allen denen, die sich für alternative, sozial gerechte und solidarisch finanzierte Sozial- und Steuersysteme stark machen einen Bärendienst. Memo Gruppe, Bofinger, Albrecht Müller, kleinen und mittleren Vereinen, dem Diskussionszusammenhang der spw, allen diesen wird das Schild der ewigen Nörgler und Vorgestrigen umgehängt – von den eigenen Leuten!

Die Linke muss sich für eine Umsteuerung stark machen. Durch eine Neuorientierung der Wirtschafts- und Sozialpolitik müssen kleine und mittlere Einkommen in die Lage versetzt werden den Konsum anzukurbeln. Staatliche Transferleistungen sind keine Ausgaben, sondern gehen zur Gänze in den Konsum, was bei Gehältern über der 40 000 • Grenze nicht der Fall ist. Neben einer Politik, die den Menschen wirklich sagt, dass der Staat auf höhere Einnahmen angewiesen ist, um konkrete Staatsaufgaben, wie Bildung und Gesundheit zu fördern, gilt es die Staatsausgaben durch gezielte Investitionen als Konjunkturmotor zu nutzen.

Den Linken wird vorgeworfen zurück in die 60er und 70er zu wollen. Das ist allerdings nicht die Frage. Es geht nicht zurück in die 50er oder zurück in die 70er, es geht um eine aktive Politik, die sich speist aus einer Wirtschaftspolitik nach Keynes und durch eine solidarische Finanzierung durch ein gerechtes Steuersystem.

Die konkreten nächsten Aufgaben für die Linke in der SPD, will sie denn noch ernst genommen werden, müssen daher sein:

1. Die SPD muss ihre Politik wieder auf das Thema soziale Gerechtigkeit, Wachstum und volkswirtschaftlicher Orientierung konzentrierte,
2. d.h. eine Neuausrichtung der Politik, weg mit Hartz IV als historischem Irrtum,

3. die Neukonzeption von Steuer- und Investitionspolitik, soziale Gerechtigkeit ist populistisch, aber richtig,

4. erst dann muss sich die Bundesregierung entscheiden, ob sie dieses solidarische und gerechte Reformprojekt durchsetzen will: dann auch mit Neuwahlen. Vorzugsweise nach Artikel 63 – Rücktritt des Kanzlers. Denn die Politik des Kanzlers ist gescheitert, nicht die Partei (auch wenn Umfragen die Schuld an der Misere offensichtlich eher der Partei als den Verantwortlichen vorwerfen mögen).

Ob die Umsetzung der neuen Politik dann mit den Grünen oder mit PDS/WASG erfolgt, ist zweitrangig. Dieselben Linken, die vor zwanzig Jahren schon die Grünen als bessere SozialdemokratInnen darstellten, sind wohl inzwischen geheilt und erkennen die neoliberal, kleinbürgerliche Ausrichtung des bisherigen Koalitionspartners. Soziale Demokratie ist rot – sie ist nicht lila, sie ist nicht grün-weiß gestreift, sie ist nicht hellbeige kariert, und ein postmodernes Projekt ähnlich einem Theaterstück oder einer Kunstaktion zum Gefallen der bürgerlichen Ästhetikelite nebst halbleerem Rotweinglas ist sie auch nicht. In diesem Sinne finden wir den Weg zurück in die Mitte der Gesellschaft. Dies ist nicht der Austausch der Generationen, sondern ein Austausch der Inhalte. Wir sind nicht gekommen um zu bleiben, sondern wir sind da, um für die Menschen zu verändern.

Forum DL21

Trübes Wasser im Land zwischen den Meeren

Die SPD nach der Landtagswahl in Schleswig-Holstein

Von Ernst-Dieter Rossmann

Schleswig-Holstein hat seit dem 27. April einen neuen Ministerpräsidenten. Carstensen statt Simonis – daran wird man sich nicht nur in Schleswig-Holstein erst gewöhnen müssen. Die SPD ist zweiter Partner : 30 CDU zu 29 SPD. 59 Abgeordnete stehen damit in einer wirklich sehr großen Koalition den nur zehn Abgeordnete von zwei Oppositionsparteien (FDP (4), Bündnis 90/Die Grünen (4) und dem SSW (2) als Partei der dänischen Minderheit gegenüber. Nach 17 Jahren ist die SPD erstmals nicht mehr führende Kraft des Landes. Dabei hätte es auch alles anders kommen können, weiter mit Heide

Simonis, weiter mit Rot-Grün, erstmals in Deutschland dann drei Mal in Folge, allerdings in einer Duldung durch den SSW. Schmählicher Verrat einer einzelnen Person hat dieses bekanntlich unmöglich gemacht. War es persönliche Rache? War es Geld? Ging es um Erpressung? Setzte hier jemand einen politischen Richtungswechsel auf eigene Rechnung durch? Wollte hier ein großes oder kleines Licht im Landtag von Schleswig-Holstein Geschichte über die Landesgrenzen hinaus schreiben? Das Stochern im trüben Wasser führt nicht weiter. Wenden wir uns den politischen Fakten zu.



Ernst-Dieter Rossmann

SH im Trend – eine fast normale Wahl für die SPD

Die Trends halten an. Das Meinungsforschungsinstitut Infratest-dimap, auf das sich diese Analyse gründet, konnte dem SPD-Parteivorstand in Berlin nach Schleswig-Holstein nichts Spektakuläres vermelden; eine fast normale Wahl also in der Serie der verlorenen Landtagswahlen. Auch in Schleswig-Holstein zeigte sich: Die Wahlbeteiligung bei Landtags-

wahlen geht kontinuierlich zurück. Mit 66,6 Prozent Wahlbeteiligung hat es gegenüber der Wahl vor fünf Jahren noch einmal ein Minus von 2,9 Prozentpunkten gegeben. Die Parteienbindung hat auch in Schleswig-Holstein nachgelassen. Von den Wählern, die sowohl 2000 als auch diesmal ihre Stimme abgaben, blieben etwa 77 Prozent der Partei treu, die sie bereits vor fünf Jahren gewählt haben. Die gesunkene Wahlbeteiligung traf bei dieser Wahl einmal mehr fast ausschließlich die SPD. Sie hatte von allen Parteien mit den größten Mobilisierungsproblemen zu kämpfen. Insgesamt hat sie nur $\frac{3}{4}$ ihres Wählerpotentials ausgeschöpft. Auch die Abwanderungen zu anderen Parteien schlugen deutlich zu Buche. Die SPD hat in alle Richtungen verloren. Besonders groß war der Verlust an die CDU mit 50 000 Stimmen. Per Saldo haben insgesamt fast 60.000 Wähler, die 2000 noch SPD gewählt haben, diesmal für andere Parteien gestimmt. Bei dem Vergleich mit dem Jahr 2000 darf allerdings nicht vergessen werden, dass die Kohl-Koch-CDU-Spendenaffäre den damaligen CDU-Spitzenkandidaten Rühle noch in den letzten Monaten den sicheren Wahlsieg kostete. Im Vergleich zur letzten „normalen“ Wahl 1996, das erste Mal mit Heide Simonis als Spitzenkandidatin, gab dagegen nur es einen Verlust von 1,1% für die SPD, für einen Zeitspanne von 9 Jahren eine bemerkenswert geringe Differenz. Die 96er Wahl hatte die letzte Blütezeit von CDU-Dauerkanzler Kohl zum bundespolitischen Hintergrund, die Wahl 2005 stand im Zeichen der andauernden Folgen von Gerhard Schröders Agenda 2010, die zu verkraften waren. Die SPD im Norden hat sich in der Ära Simonis offensichtlich bei Landtagswahlergebnissen um die 40% eingeregnet.

Die SPD stark bei Frauen, Jungen, Studenten, Städtern und Arbeitnehmern

Im Norden nichts Neues: Auch dieses Mal lag die SPD bei den Frauen vor, bei den Männern hinter der CDU. Mit 38 Prozent war die SPD die mit Abstand stärkste Partei bei den Jungwählern. Bei den jungen Frauen erreichte sie sogar 43 Prozent. Größere Verluste erlitt die SPD in den mittleren Altersgruppen. Vor fünf Jahren noch schnitt die SPD in allen Bildungsgruppen als beste Partei ab. Bei den formal weniger Gebildeten hatte sie den größten, bei den Wählern mit Abitur den geringsten relativen Rückhalt erhalten. Nach überproportionalen Einbußen gerade bei den Wählern mit Grund- und Hauptschulabschluss hat sich das Bildungsgefälle dennoch deutlich abgeflacht. Dabei schnitt die Partei in diesen niedrigen Bildungsgruppen nach wie vor am Besten ab. Bezüglich der Berufsgruppen hat die SPD bei den Arbeitern, Angestellten, Arbeitslosen und Wählern in Ausbildung die Nase vorn. Bei Arbeitslosen und Auszubildenden konnte die SPD sogar zulegen. Deutliche Verluste musste sie bei den Arbeitern hinnehmen, die mit

44 Prozent dennoch über dem SPD-Ergebnis von 38,5 Prozent gelegen haben. Vor fünf Jahren lag die SPD in diesem Traditionssegment allerdings noch deutlich über 50 Prozent der Stimmen. Von den SPD-Verlusten bei den Arbeitern profitierte vor allem die CDU.

In der Regionalbetrachtung zeigt sich ein klares Stadt-Land-Muster: In den großen Städten des Landes wie Kiel und Lübeck hat die SPD mit deutlichem Abstand vor der CDU gelegen. Ein interessantes Detail: In den Bezirken der Hochschulstädte mit hoher Studentenschaft gab es besonders gute SPD-Ergebnisse. Auch in den Mittelstädten bzw. städtisch geprägten Regionen wie dem Hamburger Umland konnte die SPD noch direkte Erfolge verzeichnen. Umgekehrt hat es drastische Verluste gerade in den ländlichen Gebieten gegeben. Hier hält die SPD kein einziges Direktmandat mehr. 1988 und 1992 mit Björn Engholm konnten dagegen noch alle (!) Direktmandate im Land gewonnen werden.

„Heide“ und mehr

Eine Wechselstimmung war in Schleswig-Holstein vor der Wahl nicht auszumachen, besondere Begeisterung für die Regierungsarbeit und die SPD allerdings auch nicht. Tatsächlich hatte sich die Zufriedenheit mit der Arbeit der Landesregierung gerade im Laufe des vergangenen Jahres kontinuierlich verbessert. Profilbildende Initiativen, gestraffte Regierungsarbeit, neue Köpfe im Kabinett hatten hierzu beigetragen. Es gab keine „ruhige Hand“, sondern mehr Dynamik, nicht zuletzt durch einen kämpferischen Finanzminister Ralf Stegner, einen der Hoffnungsträger der SPD im Lande. So stieg die Zufriedenheit mit der Landesregierung bis kurz vor der Wahl auf 50 Prozent. Weniger als 30 Prozent trauten der CDU eine bessere Problemlösung zu. Für die SPD-Wähler standen Themen wie die soziale Gerechtigkeit und die Schul- und Bildungspolitik im Vordergrund. Die mutige SPD-Initiative für eine „Gemeinschaftsschule für alle“ sorgte für Polarisierung. Pro und Contra hielten sich in der Wählerschaft die Waage. Bei der Gesamtheit der Wähler war die wirtschaftliche Lage jedoch bedeutsamer. Innere Sicherheit und Ausländerpolitik spielten dagegen nur eine geringe Rolle. In der Wahlentscheidung der SPD-Wählerinnen und Wähler hatte Heide Simonis eine deutliche Dominanz. Für diese Wählerschaft war sie Identifikationsfigur. Hier war sie das Zugpferd! Bei allen anderen Parteien überwogen die Bewertung von Parteiprogrammen und -kompetenzen vor der Bewertung der Spitzenpersönlichkeiten. „Was für das SPD-Lager eine zentrale Motivation der Stimmabgabe war, nämlich Heide Simonis, hat die CDU-Wähler in ihren Urteilen nicht entscheidend tangiert. Sie konnten offenbar „Heide“ mit Abstand als die bessere Ministerpräsidentin ansehen und dennoch CDU wählen“ (Hans Peter Bartels).

Wahlkampf lohnt sich

Rot-Grün hat gemeinsam 4,4 Prozentpunkte abgegeben – verglichen mit den letzten Landtagswahlergebnissen in den anderen Ländern eigentlich kein spektakulärer Verlust. Dabei gingen diese Verluste allein auf das Konto der SPD; B 90/Die Grünen haben ihr Ergebnis von 6,2% dagegen stabil gehalten. Mit dem SSW, der sich im Wahlkampf grundsätzlich zur Tolerierung einer rot-grünen Regierung bereit gezeigt hat, hätte sich ein aus SPD, Bündnis 90/Die Grünen und SSW gebildetes Regierungslager auf 48,5 Prozent der im Lande abgegebenen Stimmen gründen können. CDU und FDP brachten es auf 46,8 Prozent. Die Rechtsextremen, hier die NPD, die gerade nach der Sachsenwahl teilweise hoch gehandelt wurden, erreichten nur 1,9% und damit ein Plus von einem Prozent. Dabei hat es in Schleswig-Holstein schon Tradition, dass es für die rechtsextremen Kräfte relativ hohe Ergebnisse geben kann (1996: 4,3%; 1992: 6,3%; 1997: 5,8). Bei der Wahl 2005 hat es offensichtlich an einem rechtsextremen Mobilisierungsthema gefehlt. Über eine gewachsene Infrastruktur wie in Sachsen verfügen die Rechtsextremen in Schleswig-Holstein nicht. Während es sonst bei Landtagswahlen in Schleswig-Holstein oft extreme Ausschläge gibt, haben die Wahlen vom 20. Februar 2005 eher Normalität und bei allen Verlusten eine überdurchschnittliche Stärke der SPD gezeigt.

Seit langem liegen die schleswig-holsteinischen SPD-Wahlergebnisse etwa vier bis fünf Prozent über dem Bundesdurchschnitt. Bei der Stimmungslage im Februar 2005, nach der bundesweit maximal auf 31 Prozent SPD gekommen wäre, muss es dieses Mal also bei 38,7% noch einen landesspezifischen Extragewinn für die SPD in Schleswig-Holstein gegeben haben. Die Popularität von Heide Simonis, die lang anhaltende Schwäche der CDU, die Geschlossenheit der SPD, die stärkere Dynamik des Vorwahljahres und die klaren politischen Akzente haben hierzu beigetragen (Gemeinschaftsschule, alternatives Steuerprogramm, soziale Gerechtigkeit als zentraler Punkt der kritisch – solidarischen Auseinandersetzung mit der Bundespolitik, landesbezogene Konzepte wie Zukunft Meer). Mit einer hochpopulären Ministerpräsidentin und einem ganz klar auf sie als Person zugeschnittenen Wahlkampf hatte die SPD zudem schon seit über einem halben Jahr vor der Wahl eine sehr profilierte Wahlkampflinie aufgebaut. Im Urteil der Bevölkerung hat die SPD denn auch mit weitem Abstand vor den anderen Parteien den überzeugendsten Wahlkampf geführt (44 Prozent für die SPD gegenüber nur 16 Prozent bei der CDU). Als die SPD bundesweit im Sommer 2004 mit 22 bis 25 % im tiefsten Keller war, hat dieser kleine Landesverband nicht resigniert. Ganz im Gegenteil: 400 Aktivisten wurden im ganzen Jahr über Monate in besonderen Aktionen zusammengeführt. Das Profil wurde bewusst geschärft. Auch der „Schulkampf“ wurde nicht gefürchtet. Die „Ge-

meinschaftsschule“ kam in aller Munde, mobilisierte nach innen und zwang CDU/FDP eine Gegenkampagne auf. Die SPD verordnete sich die Farbe „Rot“, durchgängig und demonstrierend. Mit dem „HEIDE“-Wahlkampf schal wurde ein eingängiges Werbemittel kreiert. Dieses Fazit kann gezogen werden: Die frühe und kreative Mobilisierung der Partei kann auch über den Sonderfaktor der besonderen Identifikation mit einer Persönlichkeit wie Heide Simonis für einen Wahlkampf aus der Regierung heraus neue Energien freisetzen.

Es kommt auch auf die letzte Luft an.

Diese Stimmung hat offensichtlich weit getragen. Bis eine Woche vor der Wahl hatte sich die SPD zusammen mit Bündnis 90/Die Grünen als sicherer Sieger gefühlt und fühlen dürfen. Das sprunghafte Überschreiten der Fünf-Millionen-Grenze bei der Arbeitslosigkeit, das in seinen statistischen Ursachen nicht zu vermitteln war, sowie der öffentliche Wirbel um den Visa-Untersuchungsausschuss von Außenminister Fischer drückten dann in der letzten Woche allerdings massiv auf die Stimmung der SPD und motivierte gleichzeitig CDU-Wähler. Hinzu kam ein landesweit als bedeutsam wahrgenommenes Fernsehduell zwischen der Spitzenkandidatin der SPD und ihrem CDU-Herausforderer, bei dem Heide Simonis erstmals Nerven und Schwächen zeigte und der CDU-Spitzenkandidat entgegen seinem Image erfolgreich punkten konnte. Immerhin 11% der Wähler haben in Schleswig-Holstein ihre Entscheidung erst am Wahltag getroffen, 13% während der letzten Tage. Besonders die kleinen Parteien konnten in die-

sen letzten Tagen vor der Wahl Stimmenscheidungen auf sich ziehen, und hier besonders der SSW und auch die FDP, offensichtlich auch als Umwegreaktion auf die Entwicklung bei den großen Parteien in den jeweiligen Stimmagern. Die These sei gewagt: Die Öffnung der FDP auch hin zur Seite der SPD hat am Ende der CDU genützt und der SPD geschadet. Die SPD dagegen konnte in der letzten Woche unter dem Druck von Bundespolitik und Schwächen in der Landespolitik keine ausreichende Schlußdynamik mehr entwickeln. Dieser „letzten Luft“ muß offensichtlich für erfolgreiche Wahlkämpfe in der Zukunft noch mehr Aufmerksamkeit gezeigt werden.

Links, dickschädelig und frei – die SPD in der Großen Koalition

Tissy Bruns kommentiert im Mai-Heft 2005 der Zeitschrift Neue Gesellschaft/ Frankfurter Hefte: „Schwer zu sagen, ob das bittere Ende für Heide Simonis den stärksten Eindruck machte. Oder die Leichtigkeit, mit der die SPD im Norden zur Tagesordnung übergang – als hätte es den krampfhaften Versuch gar nicht gegeben, nach der Kieler Wahlniederlage die Macht doch festzuhalten.“ In der Tat war es ein harter, aber zügiger Weg der Einsicht in die Notwendigkeit einer großen Koalition. Denn Alternativen gab es nicht. Und Machtbewußtsein hat die SPD in Schleswig-Holstein in den letzten 17 Jahren schließlich gelernt. So lassen sich nicht nur Gestaltungsmacht ausüben, Regierungspositionen bekleiden und Einflußzonen bewahren. Auch die Veto-Macht gegen ein konservatives Roll-Back ist nicht gering zu schätzen. Zu gut

sind auch noch die langen vollkommen schwarzen Jahren der CDU-Alleinregierung in Erinnerung. „Macht verbraucht den, der sie nicht hat“, wird Charles Pasqua zitiert. Die SPD in Schleswig-Holstein muß jetzt vollbringen, was vorher noch keinem sogenannten „Junior-Partner“ in einer großen Koalition in Deutschland gelungen ist, nämlich bei der nächsten Wahl stärker und nicht schwächer zu werden. Ergebnisorientierte Kooperation, viel Koexistenz und gezielte strategische Konflikte in der Regierung müssen dazu untermauert werden durch eine lebendige und engagierte Partei, die sich kommunalpolitisch und in Vereinen und Verbänden eine neue Basis schafft, landespolitisch eigene über die Regierungspraxis hinausweisende Akzente setzt und bundespolitisch ihre klaren linken Positionen ausbaut und „dickschädelig“ vertritt. Diese Konzentration auf breite Basisaktivitäten und programmatische Arbeit ist auch das beste Gegenmittel gegen die nicht zu unterschätzenden Gefahren einer großen Koalition, nämlich das Nebeneinander einer funktionsorientierten exekutiven Führung, einer bedeutungslos werdenden Parlamentsfraktion und einer lethargischen oder mürrischen Parteibasis. Die SPD in Schleswig-Holstein muß die nächsten fünf Jahre zudem zum Aufbau eines neuen Personalangebots nutzen, mit einer Verjüngung, mit mehr Vertretern aus Arbeitnehmerschaft und Mittelstand, mit einer besseren Verankerung auch im ländlichen Raum. Die inhaltlichen Leitlinien sind vorgezeichnet. Jetzt kommt es darauf an, die trüben Wasser hinter sich zu lassen und politisch neue klare Mehrheiten vorzubereiten.

Forum DL21

Alternativen in der Wirtschaftspolitik

Bericht vom ersten Bund-Länder-Parlamentarier-Treffen

Von Joachim Schuster

Mitte April hat Forum DL 21 zum ersten Parlamentarier-Treffen von linken Abgeordneten aus dem Bundestag und den verschiedenen Landesparlamenten eingeladen. Ziel des Treffens war es, den Austausch zwischen den verschiedenen politischen Ebenen zu befördern. Zwar ist es in politischen Analysen längst eine Binsenweisheit, dass Politik sich in einem Mehrebenen-System vollzieht. Das hatte bisher allerdings

nicht zur Konsequenz, dass Foren für den systematischen Austausch zwischen Mandatsträgern der verschiedenen Ebenen geschaffen wurden. Dieses Defizit soll mit dem Parlamentarier-Treffen angegangen werden. Alternativen in der Wirtschaftspolitik war das inhaltliche Thema des ersten Treffens. Peter Bofinger, Mitglied des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung umriss aus seiner



Joachim Schuster

Sicht Ansatzpunkte für eine Wirtschafts- und Finanzpolitik, die den Abbau von Massenarbeitslosigkeit ins Zentrum rückt. Die wirtschaftliche Lage ist in Deutschland inzwischen deutlich schlechter als in den meisten entwickelten Ländern. Eine wesentliche Ursache sei dafür in der falschen, seit den 80er Jahren betriebenen Politik zu suchen, die auf angebotstheoretischen Prämissen beruht. Auch die sozialdemokrati-

Joachim Schuster, Mitglied der Bremer Bürgerschaft, politischer Geschäftsführer des Forum DL21, lebt in Bremen

sche Regierung hat nicht grundsätzlich mit dieser schon unter der CDU/CSU/FDP-Regierung betriebenen Politik gebrochen. Zudem sei bemerkenswert, dass die überraschende Mehrheit der wirtschaftswissenschaftlichen Forschung in Deutschland nach wie vor die neoliberalen Konzepte propagiere, obwohl auch der internationale Vergleich zeige, dass eine keynesianisch orientierte Wirtschaftspolitik deutlich bessere Ergebnisse aufzuweisen habe.

Nach Bofinger könnte auch ein kurzfristiger Richtungswechsel keine schnelle Lösung der Probleme – etwa eine spürbare Senkung der Massenarbeitslosigkeit – herbeiführen. Die über Jahre gewachsenen Fehlentwicklungen sind nicht innerhalb weniger Monate zu korrigieren. Gleichwohl sei ein deutliches Umsteuern geboten. Er setzt dabei auf fünf Handlungsfelder:

- Die internationale Wirtschafts- und Währungs Kooperation muss deutlich verbessert werden. Von besonderer Bedeutung ist hier die Etablierung eines weltweiten Währungs-

regimes. So sind die betriebswirtschaftlichen Kostennachteile aufgrund der Überbewertung deutlich größer, als die Kostennachteile aufgrund angeblich zu hoher Löhne in Deutschland.

- Die restriktive Politik innerhalb der Europäischen Währungsunion bedarf einer deutlichen Korrektur. Von besonderer Bedeutung ist dabei eine deutlich expansive Fiskalpolitik und die Hinnahme einer höheren Verschuldung in Krisenphasen.

- Ebenso ist die Lohnpolitik deutlich expansiver zu gestalten. Leitschnur muss dabei die Realisierung von Lohnerhöhungen, die einen Inflationsausgleich und eine Weitergabe des Produktivitätsanstiegs beinhaltet. Die Politik kann zwar dieses Feld nicht direkt beeinflussen, weil die Tarifhoheit gewahrt bleiben soll. Allerdings hätte eine entsprechende Beeinflussung der öffentlichen Meinung ebenfalls erhebliche Wirkungen.

- Zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit, von der zumeist Menschen mit ge-

ringeren Qualifikationen betroffen sind, bedarf es einer stärkeren direkten Förderung dieser Personen, anstatt einer Förderung billiger Arbeitsplätze durch Minijobs oder ähnlichem. Hier werden öffentliche Mittel zur Zeit höchst ineffizient verausgabt.

- Der Umbau der Sozialversicherung darf nicht restriktive konjunkturelle Wirkungen entfalten. Statt Leistungskürzungen und der Erzeugung eines Klimas des Angst-Sparens bedarf es einer Ausweitung der Finanzierungsbasis der Sozialversicherungen, etwa durch eine Heranziehung auch der Selbständigen. Bofinger plädiert aber in diesem Kontext klar für steuerliche Lösungen.

Die anschließende inhaltliche Debatte zeigte, dass es Sinn macht, relevante politische Themen aus unterschiedlichen Blickrichtungen zu thematisieren. Folgerichtig wurde auch vereinbart die Treffen in regelmäßigen Abständen fortzusetzen, wobei sich als nächste Themen die Rolle des Staates sowie die Diskussion um die föderalistische Ordnung ins Auge gefasst wurden.

Forum DL21

Juso-Bundeskongress 2005: Nach NRW-Niederlage – vor dem Bundestagswahlkampf

Von Björn Böhning

Die Wahlniederlage in NRW ist die neunte Wahlniederlage bei Landtagswahlen seit 2002. Der negative Bundestrend hat dazu geführt, dass Rot-Grün mittlerweile eine Regierung ohne Unterleib ist. Dies zeigt: Die Politik der Agenda 2010 hat kein Kommunikationsproblem sondern ist mit fehlender gesellschaftlicher Mobilisierung und Mehrheitsfähigkeit konfrontiert. Wer jetzt meint, die Situation müsse nur beruhigt werden, dann wäre alles gut, der täuscht sich. Ein „Weiter So“ kann es nach einer Wahlniederlage im Stammland der Sozialdemokratie nicht geben. Wegschauen und sich nur gegenseitig in der eigenen Meinung bestärken, nimmt der SPD ihre Anschlussfähigkeit an gesellschaftliche Diskurse und gefährdet die Existenz einer lernenden Organisation.

Die Ankündigung der Neuwahl passt in den Regierungsstil Schröders: Ausrichtung der Politik auf Kurzfristigkeit und die Zeitungsüberschriften des nächsten Tages. Dies hat der SPD jahrelang kaum Möglichkeiten zur politischen Diskussion gelassen. Es hat sie getrieben und gerieben in den Mühlen des tagespolitischen Regierungsaltages. Heute müssen wir feststellen, dass angesichts von knapp 30% im Bundesschnitt die SPD als linke Volkspartei in einer strukturellen Existenzkrise steckt.

Es sind vor allem drei Dinge, an denen die SPD in den Augen der Bevölkerung bisher gescheitert ist. Erstens resultieren mangelnde Kommunikations- und Einbindungsstrategien in fehlender gesellschaftlicher Mobilisierung für wichtige Reformprojekte. Gleichzeitig wird ein Kurs verfolgt, der ge-



Björn Böhning

gen den Widerstand der Mehrheit unserer Kernmilieus durchgesetzt wird – mit fatalen Wirkungen für die Zustimmung zur Partei. Dies alles ist Folge einer SPD-Bundesregierung, die von Anfang an die Zielgruppe ihrer Politik nicht ausreichend benannt hat. Erst spät wurde erkannt, dass die „neue Mitte“ – eine Metapher für ca. 10% WechselwählerInnen in der Gesellschaft – schnell sich von der SPD wieder abkehren und bei weitem nicht die Mobilisierung in den traditionellen und modernen Arbeitnehmermilieus kompensieren kann.

Zweitens muss die Frage gestattet sein: Wo liegen die Erfolge der Bundesregierung in der Wirtschaftspolitik? Das Wachstum stagniert seit Jahren, die Zahl der Arbeitslosen reduziert sich nicht, die Binnennachfrage lahm weiter. Ein selbsttragender Aufschwung ist nicht zu erwarten. Die Fiskal-

und Wirtschaftspolitik der Regierung greift nicht ineinander – eine Politik für Wachstum und Beschäftigung steht klar noch aus. Bei den Arbeitsmarktreflexionen ist von Anfang an klar gewesen, dass sie keine Beschäftigung schaffen. Stattdessen haben sie durch Zumutbarkeitsregeln und 1-Euro-Jobs die Grenze nach unten auf dem Arbeitsmarkt deutlich gelockert. Schutz vor sozialem Abstieg entsteht daraus nicht.

Diese beiden Punkte resultieren im dritten Problem: Der Gerechtigkeitslücke. Die SPD hat ihr soziales Profil verloren. Das ist das größte Problem für die Volkspartei SPD: Sie wird von neuer Unterschicht aber auch der Mittelschicht nicht mehr als Partner vor sozialem Abstieg angesehen.

Es wäre jetzt müßig darüber zu lamentieren, ob Neuwahlen richtig sind oder nicht. Es ist allerdings notwendig, gegenüber der SPD verantwortungsvoll mit dieser Situation umzugehen. Das bedeutet, die SPD auf eine kampagnenfähige inhaltliche Plattform zu stellen, einen klaren Richtungswahlkampf gegen die Marktradikalen zu führen und gleichzeitig die SPD programmatisch, organisatorisch und personell auf die Zeit nach der Bundestagswahl vorzubereiten. Das heißt auch: Ein Wahlkampf auf Grundlage von „Agenda 2010 pur“ ist ausgeschlossen. Stattdessen brauchen wir eine Agenda 2010 plus soziale Balance, welche die Mobilisierungsfähigkeit der SPD sichert.

Wir wissen, dass für die individuelle Wahlentscheidung die Lösungskompetenz entscheidend ist. Dafür muss die SPD im Wahlkampf drei Antworten geben:

1. Was wird sich ändern, wenn die SPD erneut regiert?
2. Wie will die SPD Arbeitsplätze schaffen und Beschäftigung aufbauen?
3. Schützt die SPD die Menschen vor sozialem Abstieg?

Das alles heißt: Vorfahrt für soziale Gerechtigkeit, Wachstum und Arbeit. Ein Richtungswahlkampf muss eine klare sozialdemokratische Richtung vorgeben. Die SPD muss sich deutlich von der Union abheben. Ein Wahlkampf der lauen Mitte oder des Spekulierens auf eine große Koalition ist deshalb undenkbar und falsch.

Doch wie müssen wir diese Fragen beantworten?

1. Wir brauchen ein handlungsfähigen, einen starken Staat. Nur Reiche können sich einen armen Staat leisten.

Ein handlungsfähiger Staat muss in der Lage sein, Investitionen in Bildung, Forschung und Infrastruktur zu tätigen, damit Wachstum und Arbeit geschaffen werden kann. Insbesondere die Kommunen brauchen Spielräume um den massiven Investitionsstau aufzulösen und die Binnennachfrage anzukurbeln. Das heißt im Umkehrschluss: Der Staat muss so ausgestattet sein, dass er diese Investitionen auch tätigen kann. Das

bedeutet, wir brauchen eine Umkehr der Steuerpolitik hin zu mehr Finanzierungsspielräumen für den Staat. Deshalb brauchen wir eine Erhöhung der Erbschaftssteuer für Bildungsinvestitionen, einen Milliardenzuschlag auf die Einkommenssteuer, eine europäische Steuer auf Devisentransaktionen sowie die Bekämpfung der Steuerflucht durch eine Aufhebung des Bankgeheimnisses (Kontrollmitteilungen). Die Konservativen reden von weniger Staat – was sie aber wollen ist die Abschaffung des Staates. Wir nicht.

2. Die SPD muss Partner im Strukturwandel sein. Unser Sozialstaat bietet Schutz vor sozialem Abstieg

Die SPD muss Lohndumping am Arbeitsmarkt verhindern. Hier kommt das soziale Profil ins Spiel. Die Wiederherstellung dessen funktioniert nur, wenn Korrekturen an Hartz IV deutlich werden. Das heißt, dass der anstehende Monitoring-Prozess vorgezogen wird und Fehlentwicklungen korrigiert werden. Das gilt insbesondere für die Regelung, dass ältere Arbeitslose nach einem Jahr vom Arbeitslosengeld I ins ALG II fallen. Dies muss aufgehoben werden – dies fordert auch die CDU. Gleichzeitig brauchen wir einen würdevollen Schutz vor unzumutbaren Tätigkeiten, eine Abschaffung der Verdrängungseffekte von 1+Jobs sowie die Angleichung des ALG II in Ost und West. Dies alles muss eingebunden werden in eine Strategie der gesetzlichen und branchenbezogenen Mindestlöhne. Das Entsendegesetz ist dazu der erste richtige Schritt. Wir brauchen eine Politik für existenzsichernde Einkommen. Zusammen mit der Arbeitsversicherung ist dies die Grundlage dafür, dass der Sozialstaat Partner im Strukturwandel ist. Bei der Finanzierungsreform muss das Prinzip der Bürgerversicherung in der Pflege und der Krankenversicherung durchgesetzt werden. Die Gleichstellungspolitik muss stärkere Bedeutung erhalten. Wir brauchen klare Signale gegen die Diskriminierung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt und die verbesserte Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

3. Die Zukunftschancen der Jungen ins Zentrum der Politik.

Die Union hat 16 Jahre lang ganze Generationen von jungen Menschen in die Arbeitslosigkeit geschickt. Das müssen wir klar machen. Wir haben durchaus Erfolge in der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit zu verzeichnen, die wir herausstellen können. Zugleich müssen wir die Ausbildungsfrage



endlich nachhaltig bekämpfen. Das heißt: Wir brauchen eine Ausbildungsplatzgarantie für alle jungen Menschen. Darüber hinaus müssen wir die Durchlässigkeit im Bildungssystem erhöhen und allen Azubis nach der Ausbildung den Zugang zur Hochschule öffnen. Investitionen in Bildung und Ganztagschulen müssen ganz oben auf die Agenda! Die Union will Bildung und Zukunftschancen für Wenige – wir wollen Zukunftschancen für alle!

Für diese Punkte lohnt es sich zu kämpfen. Wenn die Union regiert, bekommen wir ein anderes, ein marktradikales Land: Kündigungsschutz abschaffen, Mitbestimmung rasieren, Tarifautonomie aushöhlen, Jugendarbeitsschutzgesetz weg, Studiengebühren einführen und nicht zuletzt Wiedereinstieg in den Atomstrom – das ist die schwarze Agenda. Franz Müntefering hat die Parole ausgegeben: Vorfahrt für soziale Gerechtigkeit und Kapitalismusstrukturkritik. Dies muss jetzt mit konkreten Maßnahmen unterfüttert werden, damit die Glaubwürdigkeit der SPD wiederhergestellt wird. Auf dieser Grundlage lässt sich ein erfolgreicher Wahlkampf gestalten.

Das alles reicht aber noch nicht: Wir brauchen – für die Überlebensfähigkeit der SPD – einen radikalen Generationenwechsel in Fraktion und Partei. Einen Generationenwechsel auf Basis eines klaren sozialdemokratischen und linken Profils. Dafür werden wir Druck organisieren – denn eine Verjüngung von Bundestagsfraktion und Partei ist überfällig!

Wir Jusos hatten in den letzten Monaten klare Kritik an der Agenda 2010. Wir haben einen zweiten Teil der Agenda für Wachstum, Beschäftigung und soziale Balance eingefordert. Diese kritische Solidarität hat uns einen massiven Glaubwürdigkeitsvorrat in der jungen Generation verschafft. Nutzen wir diese Glaubwürdigkeit und investieren wir sie in den Richtungswahlkampf gegen Angelas Marktradikale. Jetzt kommt es darauf an: Wir sind gekommen, um zu bleiben. Gebt den Marktradikalen keine Chancen. Es kommt auf uns Jusos an, ob dieser Wahlkampf ein Erfolg wird. Das ist unsere Verantwortung – das ist unsere Chance.

Job-Gipfel!

Alternativen für den Arbeitsmarkt? – Einleitung zum Heftschwerpunkt

Von Kai Burmeister, Reinhold Rünker und Felix Welti

Nachdem erstmalig im Frühjahr 2005 die 5 Mio.-Grenze in der Arbeitslosenstatistik überschritten war, richtete sich die Aufmerksamkeit des Berliner Politik- und Medienbetriebs kurzfristig auf die Misere des Arbeitsmarkts. Die mediale Inszenierung des „Jobgipfels“ fand nicht die erhoffte Aufmerksamkeit, unabhängig hiervon wäre auch sonst kaum mit konkreten Resultaten für mehr Beschäftigung zu rechnen gewesen. Erst die im April durch Franz Müntefering angestoßene Kapitalismusdebatte öffnete den Raum dafür, prekäre Arbeitsverhältnisse sowie den Beschäftigungsabbau großer Konzerne zu beachten.

Arbeits- und arbeitsmarktpolitische Diskurse wurden in den letzten Jahren immer wieder der sozialdemokratischen Linken und in spw geführt. Aufgegriffen wurde etwa die Debatte um den Formwandel der Arbeit (Schwerpunkt spw 1/2002) unter dem Stichwort des Arbeitskraftunternehmers (Welti, spw 2/2000, S. 33 ff.; Voß, spw 1/2001, S. 20 ff.) mit seinen qualifizierten und prekären Formen (vgl. Hentges/Flecker, spw 3/2004, S. 50 ff.); abgeschätzt wurden die Spielräume beschäftigungsorientierter Regional- und Strukturpolitik; untersucht wurden die im internationalen Vergleich erfolgreichen Konzepte Dänemarks (Braun, spw 3/2001, S. 34 ff.) zudem wurden anstelle des missbrauchten Schlagworts „Fördern und Fordern“ Anforderungen an den Umbau der Arbeitsverwaltung sowie an eine Reform der beruflichen Bildung (Schwerpunkt spw 2/2003, insbesondere Benzenberg, S. 38 ff.) und im Kontext von Kinderbetreuung (Burmeister, spw 3/2003, S. 35 ff.) erarbeitet und Mindestlöhne kritisch diskutiert (Welzmüller, spw 5/2004, S. 48 ff.; Pusch, spw 5/2004, S. 51 ff.). Schließlich waren auch „Hartz IV“ (Sauer, spw 6/2002, S. 7 f.; Putz, spw 5/2003, S. 41 ff.; ders. spw 6/2003, S. 51 ff.) und die Proteste dagegen (Künkler, spw 5/2004, S. 25 f.) Thema.

Geht dem Kapitalismus die Arbeit aus?

Am Anfang jeder Arbeitsmarktpolitik steht ein politisch-ökonomisches Vorverständnis: Ist Vollbeschäftigung, also die möglichst weitgehende Einbeziehung der erwerbsfähigen Bevölkerung in das Lohnarbeitsverhältnis, ein wünschenswertes und erreichbares Ziel. Aus den Entwicklungsgesetzen des Kapitalismus

lässt sich dazu keine eindeutige Antwort gewinnen. So ist der ökonomischen Entwicklung der letzten 200 Jahre ein historisch beispielloses Wachstum der Produktivität eigen. Damit war und ist die Tendenz verbunden, dass bisherige Arbeitsgelegenheiten wegfallen. Die Weiterentwicklung der Bedürfnisse und die Einbeziehung zusätzlicher Bereiche in die gesellschaftliche Arbeit, namentlich bei Dienstleistungen, hat dies jedoch immer wieder kompensiert. Dazu kommt, dass der Normalarbeitstag und die Lebensarbeitszeit zentrale Stellschrauben sind, um alle vom Produktivitätswachstum profitieren zu lassen, ohne sie aus dem Erwerbsarbeitsystem auszuschließen. Eine produktivere Gesellschaft kann (und muss) sich mehr Freizeit, längere Ausbildung und einen langen Ruhestand leisten. So sind weder steigende Produktivität noch sinkendes Arbeitsvolumen zwingende Argumente dafür, dass Vollbeschäftigung unmöglich ist. Allerdings kann eine solche Entwicklung sich nur politisch vermittelt vollziehen. Im Selbstlauf der Kräfte kommt es hingegen immer wieder zum unfreiwilligen Ausschluss von Millionen von Arbeitskräften. Fehlt es am Willen oder an den Möglichkeiten zu einer vollbeschäftigungsorientierten, gesellschaftlich integrativen Politik durch Tarifparteien und Staat kann sich, wie in Deutschland seit den 1970er Jahren, eine Sockelarbeitslosigkeit herausbilden, die sich mit jedem Konjunkturzyklus erhöht hat. Dass dies kein zwingendes Ergebnis anonymer Mächte wie „der Globalisierung“ ist, zeigt die Tatsache, dass unter ganz verschiedenen politischen Vorzeichen in anderen Volkswirtschaften wesentlich höhere Beschäftigungsquoten und niedrigere Arbeitslosigkeit erreicht werden, allen voran die sozialstaatlichen Hochlohnländern Skandinaviens. Beschäftigungsorientierte Geldpolitik, nachfrageorientierte Tarifpolitik und die Förderung neuer Arbeitsfelder, namentlich von Dienstleistungen, bleiben notwendige Bedingungen einer arbeitsmarktwirksamen politischen Ökonomie. Das bedeutet dann auch die Erkenntnis, dass Wachstum möglich ist (spw-Schwerpunkt 6/2004), aber nur qualitativ programmiertes und nachhaltiges Wirtschaftswachstum auch beschäftigungswirksam und sozial integrativ sein kann.

Die langjährige Arbeitslosigkeit Deutschlands tendiert jedoch dazu, eine eigengesetzliche Verschärfung der Probleme hervorzubringen. Denn der langjährige Ausschluss von Menschen von der Erwerbsarbeit zerstört deren Beschäftigungsfähigkeit selbst für den Zeitpunkt, in dem ihnen wieder Arbeit angeboten werden könnte. Die „Reservearmee“ des Arbeitsmarktes ist immer schwerer zu mobilisieren, je stärker das Qualifikationsniveau der gesellschaftlichen Arbeit steigt. Viele Arbeitslose sind wegen Krankheit, Behinderung, Kinderbetreuung und Dequalifizierung kaum noch beschäftigungsfähig. Dies ist das klassische Ansatzfeld von Arbeitsmarktpolitik im engeren Sinne, wie sie in Deutschland traditionell von der Bundesanstalt für Arbeit und den Kommunen betrieben wurde. Hieran anknüpfend zeigt Wolfgang Uellenberg – van Dawen in seinem Artikel für die Region Köln auf, wie Gewerkschaften im Zusammenspiel mit anderen Akteuren den Strukturwandel begleiten können.

Arbeitsmarktpolitische Bilanz

Die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit war das selbst formulierte Ziel der rot-grünen Bundesregierung in ihrer zweiten Amtszeit. Im Sommer 2002 präsentierte die unter Leitung des VW-Personalvorstandes Peter Hartz eingesetzte Regierungskommission einen „Masterplan“, mit dem die Zahl der Arbeitslosen in drei Jahren um zwei Millionen reduziert und die Dauer der Arbeitslosigkeit auf durchschnittlich auf 22 Wochen verkürzt werden sollte. Aus der Bundesanstalt für Arbeit wurde schließlich die Bundesagentur für Arbeit; Personal Service Agenturen (PSA), Minijobs, Existenzgründungen (Ich-AG) bildeten die weiteren Schlagworte. Kaum jemand hatte den Bericht der Kommission tatsächlich gelesen, sonst wäre wohl aufgefallen, dass trotz der Beteiligung einiger seriöser Wissenschaftler der Bericht eher die auto-suggestive Kraft von Unternehmensberater- oder Motivationstrainerphrase entfalten konnte als eine ernsthafte Analyse von Beschäftigungs- und Arbeitsmarktproblemen zu leisten. In seinen markigen Appellen an die „Profis der Nation“ und voluntaristisch-realistischen Zielvorgaben erinnerte er eher an eine sprachlich aktualisierte Fassung planwirtschaftlicher Dokumente. Schon nach dem eigenen Anspruch hatte der „Hartz-Bericht“ beschäftigungspolitische Fragen mit makroökonomischem Bezug völlig ausgeblendet. Aber auch die Arbeitsmarktpolitik im engeren Sinne wurde ebenso ideologisch wie unvollständig behandelt. Eine Analyse von Problemgruppen am

Kai Burmeister, Dipl.-Volkswirt und IUSY-Vizepräsident, sowie Dr. jur. Felix Welti sind Mitglied im SPW-Arbeitsausschuss und leben in Lübeck, Reinhold Rünker, koordiniert die spw-Redaktion und lebt als Organisationsberater in Leichlingen.

Arbeitsmarkt und ihrer Kontextfaktoren, namentlich ihrer gesundheitlichen Situation, der Kinderbetreuungsfrage und der Folgewirkungen eines dysfunktionalen Schulsystems war unterblieben. Kein Wunder, waren doch Auftrag und Zeitplan der Kommission als mediales Spektakel zum Wahlkampf 2002 und nicht als ernsthafter und ergebnisoffener Ansatz einer wissenschaftlichen Analyse konzipiert worden.

Von Seiten der Gewerkschaften sowie der kritischen Wissenschaft wurde im Zuge der parlamentarischen Umsetzung der Hartz-Gesetze immer wieder substantielle Kritik an den zu erwartenden Verdrängungs- und negativen Beschäftigungseffekten sowie an verschärften Zumutbarkeitskriterien formuliert. Der Indikator für Erfolg bzw. Misserfolg des auf den Weg gebrachten Gesetzesbündels ist auf dem Arbeitsmarkt zu finden. Entsprechend soll mit diesem SPW-Schwerpunkt eine arbeitsmarktpolitische Bilanz vorgenommen werden, die konkret nach den Ergebnissen der eingeleiteten Maßnahmen fragt. An dieser Stelle ist es weder Zufall noch eine Doppelung, dass zwei Beiträge auf die Auswirkungen das Geschlechterverhältnis eingehen. Sowohl der Beitrag von Sabine Berghahn und Maria Wersig sowie der Artikel von Ulla Knapp problematisieren die Folgen von Hartz IV aus frauenpolitischer Sicht.

Verzicht auf Beschäftigungspolitik

Festzuhalten ist, dass seit 2001 eine Politik stattgefunden hat, bei der die Wirksamkeit von Beschäftigungspolitik rhetorisch negiert und faktisch ausgehöhlt worden ist. Durch eine restriktive Geldpolitik (europäischer Stabilitätsakt), eine investitionsfeindliche Verteilungspolitik (Steuerreformen, Krise der Staatsfinanzen und öffentlicher Investitionsstau, steuerliche Begünstigung von Finanztransaktionen statt Realinvestitionen), eine staatlicherseits unterstützte nachfragefeindliche Lohn- und Sozialpolitik (Rentenabbau, Deckelung von Gesundheitsausgaben, Druck auf die Reallöhne), eine widersprüchliche Bildungs- und Qualifikationspolitik (rhetorische Bekenntnisse zu Bildung bei gleichzeitiger Einschränkung von Weiterbildung, Verkürzung von Schulzeiten, Etablierung von Schmalspurstudiengängen) und eine Verlängerung der nominellen und vor allem realen Wochenarbeitszeiten wurden alle wesentlichen Parameter der auf die Beschäftigung wirkenden politischen Ökonomie zu Ungunsten von Vollbeschäftigung beeinflusst. Erste Anzeichen einer politischen Wende zur Vernunft lassen sich im Frühjahr 2005 durchaus erkennen, wenn die von Franz Müntefering angestoßene Debatte auch die Frage nach den Zielen von Wirtschafts- und Sozialpolitik und der Handlungsfähigkeit des Staates überhaupt wieder stellt. Auch werden staatliche Investitionstätigkeit und Lohnsteigerungen öffentlich weniger stark dämonisiert als noch vor Jahresfrist. Man wird allerdings vermuten müssen,

Foto: Christian Kiel (Berlin)



dass eine wirkliche Wende zur Vernunft nicht ohne Änderungen beim politischen Personal und vielleicht auch der politischen Konstellation vollendet werden kann.

Halbierte Arbeitsmarktpolitik

In der Arbeitsmarktpolitik hat in der gleichen Zeit durch die Hartz-Reformen eine Verschiebung stattgefunden, die in immer stärkerem Maße die angebliche Arbeitsunwilligkeit der Arbeitslosen in den Vordergrund stellt („fordern“) und daneben noch einen Einfluss von Qualifikations-, Motivations- und Gesundheitsmängeln konzediert („fördern“). Während das „fordern“ durch den Abbau von Unterstützungsleistungen und Sanktionsregelungen umgesetzt wird, ist das „fördern“ bislang politisches und gesetzliches Bekenntnis geblieben. Infrastrukturen der Arbeitsmarktpolitik durch Bundesagentur und Kommunen sind zerstört worden, während Neues zwar die klingenden Namen des Hartz-Unternehmensberater-Deutsch hat („Job-Center“, „Personal-Service-Agentur“, „Ich-AG“ usw.), in der Umsetzung aber entweder stockt oder sich als „Job-Flop“ erwiesen hat. Dies sowie der Trend zur Amerikanisierung des Arbeitsmarktes verdeutlicht der Artikel von Jürgen Karasch.

Mindestlöhne vs. Tarifautonomie?

Im Vergleich mit der Mehrheit der EU-Staaten kommt der direkten Ausgestaltung der Arbeitsbeziehungen durch Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften in Deutschland eine hohe Bedeutung zu. Gleichwohl waren die Tarifautonomie und die aus ihr resultierenden Verträge immer auch durch staatliches Handeln, wie beispielsweise durch Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen, unterstützt worden. Die Tarifautonomie ist ein hohes Gut. Ob sie aber im Widerspruch zu einer gesetzlichen Regelung von Mindestarbeitsbe-

dingungen steht, kann bezweifelt werden. Für die SPD-Linken sollte abgeschätzt werden, inwieweit gesetzliche Mindestlöhne – zusätzlich zu einer Ausweitung des Entsendegesetzes – zur Politisierung der Lohnfrage beitragen können und sollten. Wichtige Hinweise hierfür liefert der Beitrag von Stefan Gran.

Daueraufgabe – Humanisierung der Arbeit

Als weiteres Handlungsfeld für die sozialdemokratische Linke sind auch die Veränderungen in der Arbeit – sowohl mit den vorhandenen Potentialen für eine Demokratisierung der Arbeit als auch mit den Gefahren der Prekarisierung – wieder verstärkt in den Blick zu nehmen. Ein Hinweis auf dieses Feld gibt der Beitrag von Alexandra Manske, der am Beispiel von Solo-Selbständigen Anforderungen an eine Erweiterung der erwerbsbezogenen Sicherungssysteme aufzeigt. Weitergedacht und anknüpfend an den Mitbestimmungs- und gestaltungsanspruch der Beschäftigten ist also wieder an die Debatten über die Humanisierung der Arbeit sowie an die Demokratisierung der Wirtschaft anzuknüpfen.

Die erweiterte Auseinandersetzung mit den Veränderungen in der Arbeit und der Demokratisierung der Wirtschaft geht freilich über die engen Grenzen dieses Schwerpunktheftes hinaus. Weiterverfolgt wird diese Debatte in der nächsten Ausgabe der SPW, in der die Ergebnisse der ProMS- und SPW-Frühjahrstagung „Zukunft der gewerkschaftlichen Interessenvertretung“ dokumentiert werden. Hierbei soll versucht werden, sowohl die innerkapitalistische Funktion der Gewerkschaften (Lohnmaschine u.a.) als auch die systemkritischen Momente produktiv miteinander in Beziehung zu setzen.

Beschäftigungspolitik in der Region Köln

Von Wolfgang Uellenberg-van Dawen

1. Eine Region im Strukturwandel

Im Unterschied zum Ruhrgebiet oder zum Aachener Land ist die Region Köln bisher von größeren Strukturbrüchen durch eine großflächige Vernichtung industrieller Arbeitsplätze verschont geblieben. Nur im rechtsrheinischen Köln verloren zehntausende Industriebeschäftigte ihren Arbeitsplatz. Die traditionsreiche Chemische Fabrik Kalk wurde geschlossen, weil der Standort dem Mutterkonzern BASF zu wenig profitabel war, KHD musste nach gravierenden Fehlern des Managements zerlegt werden. Jedoch gelang es in einer gemeinsamen Rettungsaktion der Belegschaft, der Stadt, der Banken den Kern des Unternehmens – die Motorenherstellung in der Deutz AG – zu erhalten. F&G – hatte als Kabelhersteller die Umstellung von Kupfer- auf das Glasfaserkabel verschlafen und schrumpfte auf einen kleinen Kern. Insgesamt jedoch blieb die Bruttowertschöpfung im Produktionssektor trotz eines kurzfristigen Einbruchs Anfang der neunziger Jahre nahezu konstant und stieg in den Jahren 2001/2002 auf über 7,1 Mrd. Euro an. Im Jahre 2004 steigerte die Kölner Industrie ihre Umsätze um 33 % (NRW + 7,5 % – Rest der IHK Region + 16,5 %), während die Zahl der Beschäftigten mit 60 000 nahezu konstant blieb. Die Automobilindustrie und ihre Zulieferer (Ford und Toyota), und die chemische Industrie und ihre Weiterverarbeitungsketten (BAYER, Lanxess, BASSELL), elektrotechnische Industrie, Maschinen – und Anlagenbau bilden ihre tragenden Säulen.

Auf dieser stabilen industriellen Basis wuchs der Dienstleistungssektor beständig an. Waren 1960 noch rund 145 000 Menschen im verarbeitenden Gewerbe und 290 000 in den Dienstleistungsbranchen tätig, so arbeiten heute noch 91 000 Menschen im verarbeitenden und 360 000 bei den Dienstleistungen. Leitsektoren mit starkem Wachstum sind Verkehr und Logistik, der Medien-IT Sektor, die Versicherungswirtschaft und das Hotel- und Gaststättengewerbe. Diese Sektoren wachsen um drei Pole:

Um den Köln – Bonner Flughafen, inzwischen zweitgrößter Frachtflughafen mit einem ständig wachsenden Passagieraufkommen im Low Cost Bereich, der idealen Verbindung mit der Straße (Kölner Autobahnring) der Schiene (Ost – West – Nord – Süd Kreuz) und den Kölner Häfen haben sich

immer mehr nationale und regionale Logistikunternehmen angesiedelt, die bald 30 000 Menschen beschäftigen.

Der Medien-IT Sektor um den WDR, RTL, VOX und N-TV wurde anfangs sehr gezielt vom Land NRW und der örtlichen Sparkasse gefördert und hat zur Gründung zahlloser mittlerer und kleinerer Produktions- und Dienstleistungsfirmen und Anbieter geführt mit rund 52 000 sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten in der Region, zu denen noch zahlreiche Selbständige hinzuzurechnen werden müssen.

Köln als Stadt der Messen und Kongresse wird mehr und mehr zu einer Stadt großer und kleiner Events der Unterhaltungsbranche, deren Höhepunkt der Kölner Karneval Millionen Besucher in die Stadt und die Region führt.

Etwa 50 % aller Dienstleistungen werden jedoch rund um die Industrie angeboten. Darum hat sich auch der Begriff der industriellen Netzwerke eingebürgert.

Die Dynamik des Wirtschaftszentrums Köln strahlt auch auf die umliegenden Städte und Landkreise aus. Automobilzulieferer, Chemie und Medien wuchsen in den Rhein Erft Kreis, dessen Schwerpunkt jedoch die Energieerzeugung ist. Kleinere und mittlere Unternehmen des Maschinen- und Anlagenbaus und moderne Technologien im Rheinisch-Bergischen und Oberbergischen Kreis werden jedoch zunehmend vom Tourismus flankiert. Nur Leverkusen bleibt als klassische Industriestadt von der chemischen Industrie abhängig und leidet unter den Folgen der tiefgreifenden Umstrukturierung der BAYER AG, die ihre Chemiesparte mit Lanxess komplett aus „Sanierungsfall“ ausgegliedert hat.

Mit 781 000 SV Beschäftigte in einer Vielzahl von Branchen scheint so die Region Köln den Strukturwandel erfolgreich bewältigen zu können, wäre da nicht die krisenhafte Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt.

2. Ein Arbeitsmarkt in der Krise

Mit einer Arbeitslosenquote von 14 % (nach dem 1. Januar 2005) liegt Köln über dem Landesdurchschnitt. 21 000 Arbeitslose zählt die Agentur für Arbeit, 48 000 die Arbeitsgemeinschaft der Stadt Köln und der Arbeitsagentur, 103 000 Menschen erhalten Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II. Besonders betroffen sind Arbeiter (59 %)

Ausländer (32 %) und ältere Menschen über 55 Jahre (12,8 %) Mehr als die Hälfte aller Arbeitslosen hat keine abgeschlossene Berufsausbildung. Die Arbeitslosigkeit der Frauen ist zurückgegangen. Denn die Beschäftigungszuwächse der letzten zehn Jahre verdankt der Kölner Arbeitsmarkt den Frauen, die jedoch meist eine Teilzeitbeschäftigung gefunden haben und einen großen Teil der Minijobber stellen.

Während auf der einen Seite die Langzeitarbeitslosigkeit wächst, hat die Dynamik auf dem Kölner Arbeitsmarkt zugenommen. Zum einen werden derzeit weniger Menschen arbeitslos, während andererseits mehr Menschen eine neue Stelle finden. Auch nahm die Zahl der der Arbeitsagentur gemeldeten offenen Stellen zu. Seit Jahresbeginn meldeten die Arbeitgeber 10516 offene Stellen (bis April 2005). Da sie erfahrungsgemäß nur jede dritte Stelle angeben, waren immerhin im ersten Drittel des Jahres rund 30 000 Stellen zu besetzen. Gestiegen ist die Jugendarbeitslosigkeit. Rund 1.500 junge Menschen suchen nach Ende der Ausbildung eine Arbeit, rund 4 500 junge Menschen haben bisher weder Arbeit noch Ausbildung gefunden, oft aus mangelnder Qualifikation.

Der Widerspruch zwischen Strukturwandel und Beschäftigungsdynamik auf der einen und einer hohen Sockelarbeitslosigkeit auf der anderen Seite klärt sich zum Teil mit Blick auf die Einpendlerzahlen auf: 1990 waren 37 % der Kölner Arbeitsplätze von Einpendlern besetzt, 2003 waren es schon 46 %. Diese für die Kölner negative Entwicklung führt jedoch zu einer niedrigeren Arbeitslosenquote in der Region. Auch wenn im Oberbergischen Kreis und in Leverkusen strukturbedingt eine höhere Arbeitslosigkeit herrscht, liegt sie um 3 – 4 % unter den Kölner Zahlen. Wohnen in der Region und Arbeiten in Köln lautet die Devise von mehr als 1/3 der Beschäftigten in Köln.

3. Herausforderungen.

Aus dieser nur grob umrissenen Situation stellen sich allen Akteuren auf dem Arbeitsmarkt der Region Köln drei große Herausforderungen:

- Sie müssen zum einen die industrielle Basis und die damit verbundenen Dienstleistungen stabilisieren, um eine hohe Wertschöpfung und wirtschaftliche Stabilität zu erhalten und damit Arbeitsplätze zu sichern;
- sie müssen zum anderen den Strukturwandel beschleunigen, um möglichst viele neue Arbeitsplätze zu schaffen.

- Besonders die arbeitslosen Menschen mit Migrationshintergrund und junge Menschen mit unzureichender Schulbildung brauchen eine umfassende Bildung, um die überdurchschnittlich hohe Arbeitslosigkeit abzubauen bzw. zu vermeiden.
 - Durch die demographische Entwicklung wird die erwerbsfähige Bevölkerung älter, weiblicher und multikultureller. Vor allem die geringe Beteiligung junger Migranten an der Berufsausbildung und damit an der künftigen erwerbstätigen Bevölkerung ist eine große und von allen Seiten zumindest verbal anerkannte Herausforderung.
 - Die stärkere Erwerbsbeteiligung der Frauen durch eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf für beide Geschlechter und ein Paradigmenwechsel in der Beschäftigung Älterer sind unbedingte Voraussetzungen, um in den nächsten Jahrzehnten in der Region Köln ein ausreichendes Angebot an qualifizierten Arbeitskräften zu haben.
 - Der hohe Sockel der Langzeitarbeitslosen und die demgegenüber geringen Chancen auf absehbare Zeit in eine hochmoderne Arbeitswelt integriert werden zu können, verlangt nach neuen Antworten, die nicht im Niedrigstlohnsektor gefunden werden dürfen.
- Beschäftigungspolitik in der Region Köln braucht eine integrierte Strategie, um
- neue Arbeitsplätze zu schaffen und bestehende möglichst zu erhalten –
 - Menschen vorausschauend für den Arbeitsmarkt von morgen zu qualifizieren
 - und Arbeitslose wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren oder zumindest sinnvoll zu beschäftigen.

4. Hemmnisse

Regionale Beschäftigungspolitik wird zum einen durch die über lange Jahrzehnte gewachsenen Strukturen einer Region begrenzt. Der oftmals propagierte Wandel von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft, von der Produzenten zur Wissensökonomie vollzieht sich in der Wirklichkeit viel langsamer.

Sie folgt aber auch nicht von vorneherein festgelegten Gesetzen. Standortentscheidungen für oder gegen ein Unternehmen, Um- und Ausbau von Unternehmen folgen immer betriebswirtschaftlichen Logiken oder schlicht Profitmaximierungsstrategien, die sich durch die Europäisierung und Globalisierung immer mehr verstärkt haben. Insofern fasst der Begriff des Strukturwandels viele Einzelentscheidungen und ihre Folgen zu einer Tendenz zusammen.

Diese Tendenzen und Entwicklungen und mehr noch die Entscheidungen der Unternehmen beeinflussen zu können, bleibt ordnungspolitisch zwischen Wirtschaft und Gewerkschaften aber auch innerhalb der Politik umstritten.

Regionale Beschäftigungspolitik kann aber auch nicht gegen den Strom schwimmen: Solange die Binnenkonjunktur auf Grund der nachlassenden Kaufkraft schwach bleibt, werden sich Teile der Dienstleistungen nicht erholen. Solange der Export stark bleibt, kann sich demgegenüber die Industrie und die verbundenen Dienstleistungen erholen. Solange zudem Bund und Länder die Finanzkraft der Kommunen nicht deutlich stärken, sondern statt dessen auf immer neue Steuersenkungen setzen, nimmt die Fähigkeit der Kommunen als Investor und Arbeitgeber für mehr Beschäftigung zu sorgen. Im Gegenteil: Die Finanzkrise der Kommunen schränkt die Handlungsmöglichkeit einer regionalen Beschäftigungspolitik ein. Und: Politisch herbeigeführte Katastrophen wie die aktuellen Berliner Arbeitsmarkt und Sozialreformen können bewährte kommunale Modelle wie das Kölner Modell der gemeinsamen Betreuung und Förderung von Arbeitslosen – und Sozialhilfeempfängern durch Stadt und Arbeitsamt akut gefährden. Regionale Beschäftigungspolitik scheitert aber auch an hausgemachten Hemmnissen. Dies waren in der Vergangenheit:

- unterschiedliche Vorstellungen über die Entwicklung einer Region,
- gegensätzliche ordnungspolitische Positionen und daraus resultierende Bewertungen des Stellenwertes und der Wirksamkeit regionaler Strukturpolitik,
- die unzureichende Kooperation und Rivalität zwischen der Stadt Köln und den Gebietskörperschaften der Region,
- die mangelnde Kooperationsbereitschaft der Kammern, die sich vor über zehn Jahren weigerten gemeinsam mit den Kommunen und Gewerkschaften in eine gemeinsame Struktur der regionalisierten Wirtschafts – und Strukturpolitik zu gehen
- die nur punktuelle Zusammenarbeit der Akteure auf dem Arbeitsmarkt – der Stadt, der Arbeitsagentur, der Wirtschaft, der Gewerkschaften, der Bildungs- und Qualifizierungsträger
- die Unübersichtlichkeit der vom Land eingesetzten

Förderinstrumente und die Vielfalt regionaler Gremien, Zusammenschlüsse und Instanzen.

Diese Hemmnisse haben eine regionale Beschäftigungspolitik in der und für die Region Köln lange Zeit fast unmöglich gemacht. Kooperation wurde, wenn überhaupt vorhanden, durch Vorgaben des Landes (regionalisierte Wirtschaftspolitik, Vergabe der ESF Mittel und der Landesmittel über die regionalen Konsense) angestoßen. Relative Stärke und eine gewisse Selbstzufriedenheit aber auch die Dominanz der Stadt Köln haben ebenfalls dazu beigetragen, dass sich sehr lange Zeit zu wenig bewegt hat.

5. Strategische Handlungsfelder und Akteure

a) Strukturpolitik meint die Förderung der regionalen Infrastruktur sowie ausgewählter Wachstumskerne, um Beschäftigung zu sichern und neue zu entwickeln. Dabei lässt sie sich heute von einer umfassenden Definition regionaler Kompetenzen leiten, die Wissen und Erfahrung der Beschäftigten, ihre Qualifikation, technische Ausstattung, wissenschaftliches Umfeld, aber auch Unternehmensübergreifende Kooperationen und regionale Steuerungskompetenz umfasst.



Foto: Christian Kiel (Berlin)

Hier hat sich in den letzten 2 Jahren eine bemerkenswerte Entwicklung vollzogen: Erst seit etwa 4 Jahren wurden Initiativen für eine strategische regionale Beschäftigungspolitik gestartet: In Köln erarbeiteten die IG Metall und die IG BCE Vorschläge für eine Industriekonferenz. Mit der Industriekonferenz sollte das Bewusstsein für die Bedeutung des Industriestandortes Köln wieder geweckt werden. Denn die Strategie der Politik und öffentlicher Investoren wie der Stadtparkasse Köln zielte auf die Stärkung der Stadt und der Region als Zentrum für Medien, IT und Dienstleistungen. Auch in einem Gutachten des IAT Gelsenkirchen wurde die industrielle Basis der Stadt nicht mehr erwähnt. Parallel zur industriepolitischen Initiative der Gewerkschaften veröffentlichte die IHK Köln ein Gutachten über industrielle Netzwerke in der Region Köln und Düsseldorf. Automobil und Zulieferer, Chemie und Weiterverarbeitung sowie Medien und IT Netze wurden als Wachstumsfelder anerkannt und sollten in einem Verbund der Regionen Köln und Düsseldorf entwickelt werden. Während die Kooperation mit Düsseldorf am kommunalen Eigensinn scheiterte, eröffnete das neue Verständnis industrieller Netzwerke – als Verbände von Industrie – und industriennahen Dienstleistungen die Möglichkeit, die Industrie wieder stärker in der wirtschaftspolitischen Debatte zu betonen. Der 1998 nach langen Jahrzehnten der SPD Herrschaft gewählte CDU Oberbürgermeister Harry Blum machte sich die Industriepolitische Initiative der Gewerkschaften zu eigen. Nach seinem frühen Tod schrieb die SPD Kandidatin Anke Brunn diese Initiative auf ihre Fahnen. Dies und eine weitgehende Dominanz der „Immobilienfraktion“ in der CDU verhinderte nach dem Wahlsieg des CDU OB Fritz Schramma, die Einberufung einer Industriekonferenz. Erst durch die Einwirkung der IHK auf die CDU und den Druck des DGB, der aus der industriepolitischen Initiative den Vorschlag einer Konferenz zur Förderung der Beschäftigung in Industrie und Dienstleistungen entwickelt hatte, brachten die Fronten in Bewegung. Der Rat gab eine Umfrage zum Industriestandort Köln in Auftrag, die von der Stadt, der IHK, den Arbeitgebern Köln und dem DGB durchgeführt wurde. Auf Grund der Ergebnisse der Umfrage, die der Stadt Köln zwar eine relativ gute Standortqualität aber eine Vernachlässigung industriepolitischer Belange bescheinigte, gründete der Rat ein Branchenforum Industrie, in dem Kölner Industrielle, der Wirtschaftsdezernent, Vertreter des Rates, der IHK, der Arbeitgeber und des DGB (vertreten durch IG Metall und IG BCE) vertreten sind. Damit hat Köln seit Jahren wieder eine Plattform, auf dem gemeinsame Interessen der Industrie artikuliert werden können. Die Beschlüsse des Gremiums zum Gewerbeflächenbereitstellungs-

konzept und zur Einrichtung einer One Stop Agency für Unternehmensansiedlungen werden jedoch nur sehr langsam umgesetzt.

Ergänzend zum Industrieforum verabredeten die DGB Region Köln und der Arbeitgeberverband Köln ein Positionspapier zur Entwicklung der regionalen Infrastruktur, das die wesentlichen Infrastrukturprojekte (Erweiterung Autobahnring, Ausbau Flughafen, Hafenkonzept, City Logistik und Öffentlichen Personennahverkehr, Gewerbeflächenangebot und Industriepolitik) umfasste und zu einer Verständigung der großen Parteien und der Stadt über diese Projekte wesentlich beitrug. Wesentliche Forderungen dieses Papiers fanden im September 2004 Aufnahme in einen Brief der IHK, der Handwerkskammer und der Arbeitgeber und des DGB an den Rat der Stadt Köln, in dem der Vorrang für die Förderung und Entwicklung des Wirtschafts- und Beschäftigungsstandortes Köln angemahnt wurde.

Zeitgleich mit der industriepolitischen Initiative entwickelte der DGB Vorschläge für eine stärkere Kooperation von Wirtschaft und Gebietskörperschaften in der Region. Vor allem sollte das sogenannte zwei Säulen Modell überwunden werden. Auf Grund der Abneigung der damaligen IHK Führung konnte 1993 bei der Umsetzung der regionalisierten Wirtschaftspolitik des Landes NRW kein gemeinsamer Verein aller Akteure gegründet werden. Vielmehr schlossen sich Kommunen, Sparkassen und der DGB zum Verein Region Rheinland und die Kammern zur Wirtschaftsvereinigung Rheinland zusammen. Der DGB wollte, beide Säulen zu einer gemeinsamen Initiative für eine abgestimmte regionale Strukturpolitik zusammenführen. Die IHK Köln hingegen startete mit den Sparkassen die Initiative zur Gründung einer Standortmarketing GmbH, die wesentliche Aufgaben der Wirtschaftsvereinigung wie des Vereins Region Rheinland übernehmen sollte. Nach anfänglichen heftigem Widerstand gaben die Gebietskörperschaften grünes Licht. Auch der DGB sah in der Abwägung der Vor- und Nachteile einer solchen Initiative einen größeren Gewinn in einer institutionellen Verbindung zum Standortmarketing. 2004 wurde die Standortmarketing GmbH gegründet, in der seitdem ein Geschäftsführer die Regionale 2010, ein regionales Strukturförderprojekt, das vom Land NRW finanziert wird, vorbereitet und eine Geschäftsführerin sich dem Standortprofil und seiner Vermarktung widmet. Beide Geschäftsfelder werden von Beiräten gestaltet, der DGB nimmt am Beirat für die Regionale 2010 teil. Während für die Regionale 2010 förderwürdige Projekte präsentiert werden konnten, wurde der Strukturfehler der Standortmarketing Aktivitäten schnell sichtbar. Ohne ein abgestimmtes und von allen Akteuren getrage-

nes Standortentwicklungskonzept, ist auch kein wirksames Standortmarketing möglich – ohne Produkt keine Vermarktung. Auch die Zusagen der Wirtschaft, Geld für wirksames internationales Marketing zu besorgen, wurde bis heute nicht eingelöst.

Die Lücke zwischen dem Standortmarketing und der Regionale 2010 musste geschlossen werden. Der Verein Region Rheinland hatte sich mittlerweile in Verein Region Köln Bonn umbenannt, seine Geschäftsführung auf die Standortmarketing übertragen und damit keine Instrumente mehr, um selber Strukturpolitik initiieren zu können.

In dieser Situation wurde die mit dem Düsseldorf Signal 2003 begonnene Neuordnung der regionalisierten Struktur- und Arbeitspolitik des Landes zum Rettungsanker. Auf der Basis des IHK Bezirks Köln arbeiten seitdem in einem Lenkungskreis die Kammern, die Arbeitsagenturen Köln, Brühl und Bergisch Gladbach, der DGB Region Köln sowie DGB Oberberg, die Handwerkskammer, die Kreishandwerkerschaften, die Arbeitgebervereinigungen, die Städte Köln und Leverkusen sowie die Landkreise Rhein Berg, Oberberg und Rhein Erft zusammen. Auf einem gemeinsamen Workshop verständigten sie sich erstmalig in der Geschichte auf Schwerpunkte wirtschaftlicher Entwicklung: Automobil und Zulieferer, Chemie und Weiterverarbeitung, Energiewirtschaft, Verkehr und Logistik, Medien- IT und Gesundheitswirtschaft. Zugleich wurden entsprechend den Vorgaben des Landes Facharbeitskreise zum Arbeitsmarktmonitoring sowie zur Beschäftigungsfähigkeit und modernen Arbeit eingerichtet. Auf Initiative der IHK, HWK, der Arbeitgeber Köln sowie des DGB Köln beschloss der Lenkungskreis für die Region Köln der Region Bonn einen gemeinsamen Arbeitskreis zur Standortentwicklung vorzuschlagen, der dann gemeinsam mit der Standortmarketing GmbH Strukturpolitik und Standortmarketing inhaltlich zusammenführt.

Während die jahrzehntelangen Bemühungen einer gemeinsamen Institution zur Entwicklung strukturpolitischer Initiativen auf Initiative des Landes relativ schnell zu einem Ergebnis führten, gelang die Verständigung dank der Vorarbeit des Vereins Region Rheinland. Er hatte 2001 ein Gutachten des IAT Gelsenkirchen über Cluster in der Region Rheinland in Auftrag gegeben. Die Analyse von Dieter Rehfeld und seinem Team ermöglichte erstmals eine differenzierte und regionale Analyse der wirtschaftlichen Stärken und Wachstumspotenziale der Region Köln und Bonn ohne Rücksicht auf kommunale Grenzen. Dabei folgte die Analyse dem Netzwerksansatz, der auch in Köln zur Überwindung ideologischer Betrachtungsweisen zum Thema Industrie versus Dienstleistungen geführt hatte.

Eine Verständigung auf Handlungsschwerpunkte, die sich aus der Cluster Studie ergeben, im Rahmen der Region Rheinland scheiterte am offensichtlichen Desinteresse der Gebietskörperschaften, die lieber für ihre Stadt und ihren Kreis Cluster definierten, was zu teilweise absurden Ergebnissen führte.

Vor diesem Hintergrund ergriff der DGB Köln die Initiative und gab mit Unterstützung der Hans Böckler Stiftung ein Gutachten zur Kompetenzentwicklung in der Region und am Beispiel der chemischen Industrie, des Maschinen und Anlagenbaus sowie der Medien beim IAT in Auftrag. Vorgestellt von Dieter Rehfeld und Dagmar Grote Westrick im September 2004 auf einem Workshop mit Vertretern von Wirtschaft und Politik gab dieses Gutachten einen wichtigen Impuls zur Zusammenarbeit aller Akteure. Da das Kompetenzgutachten des Landes NRW, in dem die Stärken der Regionen formuliert wurden ebenfalls vom IAT Gelsenkirchen erstellt worden war, konnten widerspruchsfrei Kompetenzen definiert werden.

Da sich in der Standortmarketing GmbH Wirtschaftsförderer der Städte und Kreise und die Wirtschaft auf analoge Schwerpunkte verständigt haben, steht nunmehr der Entwicklung und Vermarktung eines gemeinsamen Standortprofils nur noch die Landtagswahl 2005 im Wege, die über die zukünftige regionalisierte Strukturpolitik des Landes von großer Bedeutung sein kann. Setzen sich die marktliberalen Ordnungspolitiker in der CDU und der FDP durch, kann die neue Struktur in Frage gestellt werden. Bleibt die jetzige Koalition im Amt, erhalten die Regionen endlich die Zeit, sich nach eigenen Vorstellungen entwickeln und profilieren zu können, ohne vom Wahlkampf bedingten Aktionismus der Landesregierung bedrängt zu werden.

Unabhängig davon wird die Region auf eine Verständigung über regionale Entwicklungsschwerpunkte und daraus folgend konkrete Projekt angewiesen bleiben, will sie sich im Standortwettbewerb profilieren und vor allem Mittel der Europäischen Union aus dem Sozialfonds und nach 2007 auch aus dem Strukturfonds in Anspruch nehmen zu können.

b) Qualifizierung/Weiterbildung.

Die regionale Vernetzung in der Ausbildung ist mit den Ausbildungskonsens für die Region, der federführend von der IHK wahrgenommen wird, gegeben. Im Unterschied zu anderen Regionen kann die Ausbildungsbilanz seit Jahren statistisch ausgeglichen werden. Dieser Ausgleich wird jedoch auch die Zuweisung zu berufsvorbereitenden Maßnahmen vorgenommen. Nach Auskunft des Leiters der Agentur für Arbeit Köln befinden sich derzeit 1000 Jugendliche in solchen Maßnahmen, die ausbildungswillig

und ausbildungsfähig sind und damit sofort in einen Ausbildungsplatz vermittelt werden könnten. Problematisch aber ist die mangelnde Berufsorientierung junger Menschen mit Migrationshintergrund. Obwohl ihr Anteil an der Erwerbsbevölkerung wächst und mittlerweile 20 % eines Jahrganges beträgt, sucht nur jeder zweite junge Mensch einen Ausbildungsplatz. Kulturelle Barrieren bei den Eltern, die Möglichkeit innerhalb der eigenen Community eine Ausbildung zu beginnen aber auch schulische Defizite tragen dazu bei. Darum haben sich seit einigen Jahren Kammern, Arbeitgeber, Gewerkschaften und Arbeitsagentur zusammengeschlossen, um mit einer Vielzahl von Aktivitäten, die auch durch das EU geförderte Equal Projekt unterstützt werden, die Ausbildungsbereitschaft und die Ausbildungsfähigkeit junger Migranten zu erhöhen.

Mit Gründung des Netzwerkes lernende Region Köln und den Weiterbildungsmessen und Initiativen der Kammern existiert ein durchlässiges und transparentes Angebot der beruflichen Weiterbildung. Durch die Hartz Reformen sehen sich jedoch eine Reihe Weiterbildungsträger in ihre Existenz gefährdet, da sie unter enormen Kostendruck geraten sind. Und obwohl alle Erfahrung und auch Untersuchungen des IAB der Bundesagentur dagegen sprechen, wurden die Umschulungsmaßnahmen in neue Berufe zu Gunsten eines modularisierten Training on the job geopfert.

Notwendig bleibt eine regionale Vernetzung und vor allem mehr Investitionen in die Weiterbildung, um die Qualifizierung vor allem von Migranten zu verstärken.

c) Integration von Langzeitarbeitslosen

Mit dem Kölner Modell der gemeinsamen Betreuung von Arbeitslosenhilfe- und Sozialhilfeempfängern verbunden war eine stadt-eilbezogene Beschäftigungspolitik. ABM, Lohnkostenzuschüsse und Programme Hilfe zur Arbeit wurden in vielfältiger Form eingesetzt, um Beschäftigungsinitiativen und Projekte zu fördern. Besonders im Sozialkulturellen Bereich aber auch im 2.Arbeitsmarkt konnten mehrere tausend Menschen zeitweilig sinnvoll beschäftigt oder aber aus einer solchen Beschäftigung in reguläre Arbeit vermittelt werden. So fanden von rund 30 000 Kunden des Job Centers Köln bis zum Jahresende 2004 10 000 Arbeit im 1.Arbeitsmarkt oder im 2.Arbeitsmarkt. Mit Hartz III und Hartz IV ist dieses Netz jedoch akut gefährdet. Hartz III bindet die Vergabe von ABM an enge Kriterien, die Mittel für die Förderung der ALG I Bezieher sind äußerst gering. Mit der Umsetzung des SGB III (Hartz IV) sind erhebliche Fördermittel in die Region geflossen – in Köln allein 100 Mio. Euro. Diese werden jedoch nur zögerlich abgerufen, da sich derzeit die ARGE Köln auf die Feststellung und Auszahlung der Leistung konzent-

riert. Zudem werden viele Maßnahmen gekürzt und zu Gunsten von Integrationsjobs zurückgestellt. Geplant sind 4000 Integrationsjobs, die längstens 6 Monate angeboten werden, sodass 8 000 Menschen zugewiesen werden können. Um zu verhindern, dass sie reguläre Arbeit verdrängen, wurde ein Beratungsgremium von IHK, HWK; Arbeitgebern, DGB und Ver.di eingerichtet, dass an die Vergabe der Integrationsjobs strenge Kriterien anlegt.

Völlig unterentwickelt ist jedoch die Kooperation der drei Arbeitsagenturen der Region, von einer gemeinsamen Planung und Abstimmung ist nichts bekannt.

6. Vorläufige Zwischenbilanz.

Es ist in relative kurzer Zeit gelungen, arbeitsfähige Strukturen zu bilden und sich auf Schwerpunkte zu verständigen. Ursache dafür ist ein pragmatischer Zugang aller Akteure. Kammern stellen ordnungspolitische Bedenken zurück, Gewerkschaften sehen in der Standortentwicklung und im Standortwettbewerb, der auf Innovationen und Investitionen setzt, mittlerweile eine Alternative zum Wettbewerb um die niedrigsten Entgelte, die längsten Arbeitszeiten und die schlechtesten Sozialstandards. Nach dem Motto „Besser statt billiger“ entwickeln sie Konzepte und wirken als Scharnier zwischen verschiedenen Akteuren.

Dennoch steckt die Region in den Anfängen: Aus den vereinbarten Schwerpunkten des regionalen Wachstums müssen konkrete Projekte folgen. Die Förderung der Integration von Langzeitarbeitslosen, Behinderten und Frauen in den Arbeitsmarkt muss damit verbunden werden. Noch wird sie parallel betrieben und beansprucht immer noch einen Hauptteil der Tätigkeit der Regionalagentur, die als operative Einheit des Lenkungskreises arbeitet und die Förderpolitik des Landes abwickelt – also Geld an Projekte verteilt.

Auch muss die zweite Achse eines integrierten Wirtschafts- und Beschäftigungsförderungskonzeptes die Aus- und Weiterbildung in die neuen Strukturen integriert werden. Sowohl der Ausbildungskonsens in der IHK Region Köln aus auch der Verein Netzwerk lernende Region arbeiten außerhalb des Lenkungskreises. auch wenn ihre Integration faktisch über die IHK und den DGB gewährleistet werden kann.

Dennoch lässt sich sagen: Wenn sich alle Akteure über das Profil einer Region verständigen, wenn sie Visionen haben, wohin eine Region sich entwickeln sollte, wenn sie Interessen so miteinander abgleichen, dass möglichst alle die Gewinner sind und wenn sie ordnungspolitische Bedenken zurückstellen, kann eine vernünftige Förderung durch das Land vorausgesetzt regionale Beschäftigungspolitik in unserer Region erfolgreich sein.

Hartz und die Bundesanstalt für Arbeit

Von Jürgen Karasch

Die Vorschläge der Hartz-Kommission

Am 16. 08. 2002 übergab die von der Bundesregierung im Frühjahr desselben Jahres einberufene Kommission „Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“ unter Vorsitz des VW- Personalvorstands Hartz in einer spektakulären Feierstunde im Französischen Dom zu Berlin ihren Abschlussbericht, nach dessen Studium allerdings nur die Feststellung bleibt: Der Berg kreiße – und gebar eine Maus. Kein einziger der Hartz-Vorschläge ist – im Wortsinn – radikal, das heißt, packt das Problem – Arbeitslosigkeit – an der Wurzel, die da schlicht und einfach – man muss es doch noch einmal in Erinnerung rufen dürfen – lautet: Es fehlen Arbeitsplätze, in Millionenhöhe. Punkt.

Kürzungen beim Arbeitslosengeld, vor allem für Ältere, und die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe eher auf dem Niveau letzterer, die Ausweitung von Leiharbeit, auch über die Arbeitsämter („Personal-Service-Agenturen“) und befristeter Beschäftigung, die Verschärfung der Zumutbarkeitsregeln und die Lockerung des Kündigungsschutzes, neue Modelle der (Schein-)Selbständigkeit („ICH-AG“) und geringfügiger Beschäftigung sowie Minijobs – all dies schafft keinen einzigen zusätzlichen sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplatz. Die Hartz-Vorschläge zielen – ebenso wie das Gegenkonzept der Union, das noch darüber hinausgeht – letztlich (nur) auf eine effizientere Verwaltung bestehender Arbeit und Arbeitslosigkeit.

Darüber hinaus werden auch die noch bestehenden Normalarbeitsverhältnisse durch die massive Ausweitung der Leiharbeit und den flächendeckenden Ausbau eines Niedriglohnssektors – zusätzlich zu dem bereits bestehenden im ganzen Osten Deutschlands, wo die durchschnittlichen Stundenlöhne gerade mal 78 Prozent des westdeutschen Niveaus erreichen und wo er bekanntlich nicht zu mehr Beschäftigung geführt hat – unter Druck geraten. Immer mehr feste sozialversicherungspflichtige Stellen werden in prekäre Beschäftigungsverhältnisse umgewandelt, wie zum Beispiel im Reinigungs- und Gaststättengewerbe und im Einzelhandel. Viele weitere Unternehmen werden zukünftig lieber einen Arbeitnehmer, auch beim Arbeitsamt,

ausleihen anstatt ihn selber fest anzustellen oder einen sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplatz in eine „ICH-AG“ umwandeln oder in mehrere Minijobs aufteilen – wie auch die Bundesagentur für Arbeit selbst, die seit 1. April 2004 bei den Reinigungsarbeiten in ihren Liegenschaften statt sozialversicherungspflichtiger Beschäftigter 400-Euro-Jobber einsetzen ließ, um damit 3,2 Millionen Euro im Jahr einzusparen. Der Kündigungsschutz wird allein dadurch ausgehebelt werden, und noch mehr Lohndumping wird sich breit machen. Die geltenden Tarifverträge werden dem auf Dauer nicht mehr standhalten können; die Tarifflucht wird weiter zunehmen.

Hartz I und II und die Reform der Arbeitsämter

Dennoch erfolgte die gesetzgeberische Umsetzung der Hartz-Vorschläge – ob Eins zu Eins ist bis heute umstritten – mit den ersten beiden Gesetzen für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt zum 1.1.2003 und der Einführung der Personal-Service-Agenturen (PSA), der 400-Euro-Jobs und der „ICH-AGs“ und der Ausweitung von Leiharbeit und befristeter Beschäftigung.

Zugleich wurde die seit dem Jahre 2000 laufende interne Reform der Arbeitsämter unter dem anspruchsvollen Titel „Arbeitsamt 2000“, deren flächendeckende Einführung nach jahrelangen Vorarbeiten erst am 12.7.2000 beschlossen worden und die von Anfang an mit gravierenden Mängeln behaftet war, am 18.11.2002 schon wieder gestoppt. Stattdessen wurde nur ein Jahr später ein neuer, diesmal der größte Umbauprozess in der Geschichte der deutschen Arbeitsverwaltung begonnen, eine vorwiegend von externen privaten Beratungsunternehmen entwickelte grundlegende Veränderung von Organisation und Strukturen, ein – wie es in einem Strategiepapier der Zentrale heißt – „Quantensprung der Arbeitsvermittlung in drei Dimensionen“, allerdings ohne Beteiligung der betroffenen Mitarbeiter und ihrer Gewerkschaften. Entsprechend fiel das Ergebnis einer Mitarbeiterumfrage „Meine Arbeitswelt“ Ende 2003 aus: nur elf Prozent erwarteten positive Auswirkungen der neuerlichen Reform.

Die flächendeckende Einrichtung von Service-Centern (vulgo: „Callcenter“) und Kundenzentren in allen Agenturen für Arbeit bis Ende 2005 und die Implementierung einer privatwirtschaftlichen Führungs- und Organisationskultur mit den Agenturen als je eigenem Profitcenter mit Controlling, Budgetierung und Kosten-Leistungs-Rechnung soll zu einer deutlichen Verbesserung im Bereich Beratung und Vermittlung, dem künftigen Kerngeschäft der Bundesagentur, führen, übersieht dabei allerdings geflissentlich, dass die Bundesagentur immer noch kein (profitorientiertes) Wirtschaftsunternehmen ist, sondern ein Sozialversicherungsträger mit einem grundgesetzlich festgelegten Sozialstaatsauftrag und – ökonomisch gesehen – einem Anbietermonopol und der „Kunde“ ein Arbeitsloser, der auf seine Nachfrage keinesfalls verzichten kann – es sei denn um den Preis seines physischen Überlebens. Auch dass in unserem Wirtschaftssystem die Unternehmen Arbeitsplätze schaffen – oder eben auch nicht, keinesfalls jedoch die Bundesagentur für Arbeit, wird bei Hartz oft übersehen (BA-Vorstandsvorsitzender Weise: „Wenn es keine freien Stellen gibt, können wir auch keine vermitteln“).

Beides jedenfalls – der Abschluss vergabe-rechtswidriger Beraterverträge und die Missachtung der Interessen der Mitarbeiter und ihrer Organisationen, die immerhin zu einem Drittel im Verwaltungsrat der Anstalt vertreten sind –, dazu die Verfehlung aller grundlegenden Ziele (kein Bundeszuschuss 2003, weniger Bürokratie und Vorschriften, weniger Personal und weniger Landesarbeitsämter) führten schließlich dazu, dass der keine zwei Jahre zuvor – nach der unrühmlichen Ablösung des langjährigen Präsidenten Jagoda (CDU) – als Tiger gestartete Vorstandsvorsitzende Gerster (SPD) am 24.1.2004 erst einmal als Bettvorleger landete. Nachdem ihm der drittelparitätisch mit Vertretern der Arbeitnehmer-, der Arbeitgeberorganisationen und der öffentlichen Hand besetzte Verwaltungsrat das Misstrauen ausgesprochen hatte, entließ ihn die Bundesregierung am selben Tag, beteuerte aber zugleich, dass die angelaufene Reform der Bundesagentur für Arbeit zu einem modernen kundenorientierten Dienstleistungsunternehmen ohne jegliche Abstriche weiterginge. Nachfolger wurde wenige Tage später Finanzvorstand Weise (CDU), der bis zwei Jahre zuvor Chef eines Logistik-Unternehmens gewesen war.

Bundeszuschuss versus „Aussteuerungsbetrag“

Im ersten Jahr nach Hartz, 2003, sollte die Bundesanstalt für Arbeit (BA) erstmals seit zehn Jahren – trotz weiter steigender Arbeitslosigkeit – ohne einen Zuschuss des Bundes auskommen, nachdem noch 2002 5,6 Milliarden Euro erforderlich waren. Da hierzu die in den beiden ersten Hartz-Gesetzen enthaltenen Einsparungen und Leistungskürzungen für Arbeitslose nicht ausreichten, wurden darüber hinaus Einsparungen bei Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik, wie Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) und berufliche Fortbildung, vorgenommen, die Sanktionen gegen Arbeitslose durch „Verfolgungsberatung“ und verschärfte Meldekontrollen ausgeweitet und die Beitragsbemessungsgrenze erhöht. Tatsächlich erwiesen sich jedoch alle offiziellen Annahmen über die Entwicklung der Arbeitslosigkeit und der Beschäftigung – wie zu erwarten – bald als Makulatur, und schon Anfang Mai 2003 war die Bundesanstalt praktisch zahlungsunfähig. Am Jahresende 2003 erhielt Nürnberg dann mit 6,2 Milliarden Euro den höchsten Zuschuss, den die BA je benötigt hatte, und Ende Oktober 2003 wurde auch schon für das folgende Jahr, 2004, erneut ein Zuschussbedarf von 5,2 Milliarden Euro eingeplant, mit dem die Behörde dann allerdings auch auskam.

2005 hätte die BA dann tatsächlich erstmals ohne Bundeszuschuss auskommen können, wenn, ja wenn nicht Hartz IV und der mit ihm eingeführte „Aussteuerungsbetrag“ wäre. Nach dieser Regelung muss die BA für jeden Arbeitslosen, der in das neue Arbeitslosengeld II fällt, einen Betrag von rund 10 000 Euro an die Bundeskasse abführen; hierfür sind im Haushalt der BA 2005 insgesamt 6,7 Milliarden Euro veranschlagt, so dass die BA dann doch wieder 4 Milliarden Euro Bundeszuschuss benötigen wird – ein fröhliches Hin- und Hergeschiebe zwischen den verschiedenen öffentlichen Kassen.

Hartz III und IV

Und die nächsten Reformen ließen nicht lange auf sich warten, die Abstände werden immer kürzer, Zeit das Neue überhaupt umzusetzen, bleibt nicht.

Hartz III brachte zum 1.1.2004 die insgesamt 7,5 Millionen Euro teure Umbenennung der „Bundesanstalt für Arbeit“ in „Bundesagentur für Arbeit“, der „Landesarbeitsämter“ in „Regionaldirektionen“ und der guten alten „Arbeitsämter“ in „Agenturen für Arbeit“, Hartz IV zum 1.1.2005 die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe zum neuen „Arbeitslosengeld II“ für alle Erwerbsfähigen zwischen 15 und 64 auf dem Sozialhilfeniveau: einheitlich, bedarfsorientiert, bedürftigkeitsgeprüft und pauschaliert mit einem monatlichen Regelsatz

von 345,— Euro im Westen und 331,— Euro im Osten Deutschlands.

Hartz IV machte zugleich mit der Optionsregelung die Reform permanent: 69 Städte und Landkreise dürfen danach, statt in einer Arbeitsgemeinschaft (ARGE) mit der örtlichen Agentur für Arbeit, eigenständig als Träger für alle Leistungen rund um das Arbeitslosengeld II auftreten. Die Agentur für Arbeit verliert mit dieser Entscheidung auf einen Schlag die Zuständigkeit für sämtliche ehemaligen Arbeitslosenhilfebezieher, vielfach mehr als die Hälfte ihrer „Kunden“. Damit wurden viele der gerade zuvor frisch umgebauten Empfangszonen und Kundenzentren ebenso überflüssig wie ein Großteil des agentureigenen Personals, das nun irgendwo geparkt werden muss. Entscheidet sich nämlich – und nun kommt der Clou in diesem absurden Theater – die Kommune sechs Jahre später wieder anders, bräuchte die Agentur für Arbeit nicht nur wieder alle zwischenzeitlich leer stehenden Räumlichkeiten, sondern auch das seinerzeit ausgemusterte Personal für die nun wieder hinzukommenden Arbeitslosengeld II-Bezieher!

Fordern und fördern – wo bleiben die Jobs?

Während das mit dem Fordern vom ersten Tag an klappt, bleibt der zweite Teil des Hartz'schen Begriffspaars – Fördern – vollkommen unterbelichtet.

Weder gibt es die vollmundig angekündigte bessere Beratung und Betreuung Arbeitsloser mit einem persönlichen Ansprechpartner für 75 Arbeitslose; ein Verhältnis von einem Vermittler für 500 Job-suchende dürfte in der Praxis schon als optimal gelten.

Noch besteht in der Wirtschaft plötzlich Bedarf an Millionen von Arbeitslosen, selbst im Billiglohnbereich nicht; im Gegenteil ist insbesondere der Arbeitsmarkt für Langzeitarbeitslose jenseits der 50 nach wie vor leergefegt (dafür wurde ihnen im Zuge des Forderns die Bezugsdauer des „normalen“ Arbeitslosengeldes drastisch gekürzt) – da hilft auch aller Druck nichts.

Da auch die „aktivierenden Maßnahmen“ für Arbeitslosengeld (ALG) II-Bezieher nur noch Ermessens- oder Kannleistungen darstellen, auf die ein Rechtsanspruch nicht besteht (selbst diejenigen wie zum Beispiel Überbrückungsgeld oder „ICH-AG“, die für Arbeitslosengeld I-Bezieher

Foto: Christian Kiel (Berlin)



Pflichtleistungen sind) und die für Qualifizierungen vorgesehenen gut sechs Milliarden Euro nur für bestenfalls ein Viertel der Arbeitslosen ausreichen, bleiben letztlich wieder nur „Beschäftigungsprojekte“ und gemeinnützige Arbeiten, also im Zweifel das Harken im Stadtwald. Neben dem ALG II bekommt man dann noch zusätzlich eine „Aufwandsentschädigung“ von einem bis zwei Euro die Stunde. 600 000 solcher Billigjobs sollen laut Wirtschaftsminister Clement in diesem Jahr geschaffen werden – um genau diese Zahl sänke damit die statistische Arbeitslosigkeit.

Ausblick

Als Ergebnis der diversen Arbeitsmarktreformen von Hartz I-IV zeichnen sich für einen wachsenden Anteil des Beschäftigtenpotentials eine Reihe von Trends ab, die man unter dem Begriff der „Amerikanisierung von Arbeitsmarkt und Sozialsystem“ zusammenfassen kann:

- Ungeschützte abhängige Arbeit unter dem Schein der Selbstständigkeit und schlecht bezahlte und befristete (Teilzeit-/Mini-)Jobs mit erheblichen Einkommenseinbußen und Abstrichen bei sozialer Sicherung zulasten regulärer sozialversicherungspflichtiger Stellen („working poor“),
- erzwungene neue „Wanderarbeit“ auf Abruf, unter Orts- und Zeitdiktat,
- Unterwerfung von innovativem Arbeitspotenzial unter börsenspekulative Unternehmensziele
- Verdrängen dialogischer Kommunikation durch „nach innen genomene“ Vorgaben des so genannten Marktes,
- weitere Liberalisierung und Privatisierung der öffentlichen Dienstleistungen im Bereich der Sozialversicherungen mit der Auflösung der Bundesagentur für Arbeit zu Gunsten kommunaler und privater Organisationen,
- schließlich zunehmende soziale Polarisierung mit der „Akkumulation von Reichtum auf dem einen Pol..(und) zugleich Akkumulation von (Armut)..auf dem Gegenpol“ (MEW 23, 675).

Die Beschäftigungsversicherung

Die Antwort auf Hartz und die Bundesanstalt für Arbeit

Von Joachim Schuster

Moderne, in die weltwirtschaftliche Arbeitsteilung eingebundene Volkswirtschaften stellen vielfältige Anforderungen an die Beschäftigten. Sie sollen flexibel und mobil sein, sich darauf einstellen, in ihrem Erwerbsleben mehrmals den Arbeitgeber zu wechseln, durch ausreichende Weiterbildung ihre Qualifikationen auf der Höhe der Zeit und damit beschäftigungsfähig zu halten. Gleichzeitig steigen die gesellschaftlichen Anforderungen und individuellen Ansprüche. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf steht hier ganz oben auf der Liste,

Diesen Anforderungen steht in Deutschland ein Sozialsystem gegenüber, welches auf einer Vorstellung von Erwerbsbiographien und Lebensweisen aufbaut, die zunehmend veraltet sind. Es gibt nicht mehr in hinreichendem Umfang den männlichen Facharbeiter mit einer Beschäftigungsdauer von 45 und mehr Jahren. Und auch die lange Zeit bestehende ‚Normalität‘ der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung, die Haus- und Familienarbeit der Frau zuordnet und damit eine ökonomische Abhängigkeit der Frauen von Männern begründet, erodiert. Damit zeigt aber auch das auf dieser Vorstellung von ‚Normalität‘ und Normalarbeitsverhältnis aufbauende sozialstaatliche Arrangement Risse.

Gefragt ist ein neues sozialstaatliches Arrangement, welches die Bedürfnisse der Menschen nach Sicherheit mit den Anforderungen der Wirtschaft an die Flexibilität und Risikobereitschaft verbindet und damit die Bedingungen schafft, dass die Menschen diese Anforderungen dauerhaft erfüllen können. Erst in einer solchen Konstellation kann der Sozialstaat seine Funktion als Produktivkraft voll entfalten. Heute gibt der Sozialstaat weder genug Absicherung gegen drohende Risiken und normale Brüche im Erwerbsleben, noch schafft es hinreichende Anreize für den/die EinzelneN, sich offensiv den Herausforderungen zu stellen. Eine der wesentlichen Aspekte einer Modernisierung des Berliner Grundsatzprogramms der SPD besteht nun m.E. gerade darin, Antworten auf den offensichtlichen

Reformbedarf des Sozialstaates zu geben. Die Weiterentwicklung der Arbeitslosenversicherung in eine Beschäftigungsversicherung kann neben der Bürgerversicherung ein Kernpunkt einer solchen Antwort sein.

Ausgangspunkt der Überlegungen ist, dass Arbeitslosigkeit heute nur einer unter mehreren möglichen Gründen für zunehmende ‚normale‘ Unterbrechungen und Brüche in den individuellen Erwerbsbiographien ist:

- Die Unterbrechung der Erwerbstätigkeit zum Zwecke der Weiterbildung gewinnt in der sogenannten Wissensgesellschaft einen größeren Stellenwert.

- Kindererziehung erfordert häufig eine Unterbrechung der Erwerbstätigkeit für ein Elternteil, in der Realität der Frau. Der Wiedereinstieg in den Beruf erfolgt anschließend häufig auf einem deutlich geringeren Qualifikationsniveau. Die Möglichkeit zur Vereinbarung von Beruf und Familie ist nicht gewährleistet.

Gleichzeitig erfasst die Arbeitslosenversicherung ausschließlich formal abhängig Beschäftigte abzusichern. Inzwischen ist jedoch eine relevante Gruppe von neuen Selbständigen entstanden, die sich in vielen qualitativen Merkmalen nur wenig von abhängig Beschäftigten unterscheidet. Insbesondere kann es nicht mehr als Selbstverständlichkeit gelten, dass diese Gruppe durch den Besitz von Vermögen eine eigenständige soziale Absicherung gewährleisten kann.

Die Beschäftigungsversicherung zielt auf ein neues sozialpolitisches Arrangement, um die alten und neuen Brüche in den Erwerbsbiographien sozialstaatlich abzusichern und eben nicht Sozialabbau zu betreiben und damit die soziale Unsicherheit zu erhöhen. Zugleich werden damit wichtige wirtschafts- und sozialpolitische Anforderungen erfüllt, die nicht zuletzt eine Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft bewirken:

- Die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie wird zu einer Erhöhung der Frauenerwerbsquote beitragen, die gerade auch

unter dem Aspekt der Finanzierung des Sozialstaates wünschenswert ist. Gleichzeitig bliebe das durch die Ausbildung erreichte Qualifikationsniveau erhalten und würde nicht verschüttet.

- Die Absicherung von Weiterbildung schafft wichtige Voraussetzungen, damit sich Deutschland im wirtschaftlichen Wettbewerb, der immer stärker von dem Qualifikationsniveau der Beschäftigten geprägt wird, behaupten kann.

- Die veränderte sozialstaatliche Absicherung korrespondiert mit den veränderten Ansprüchen der Beschäftigten an ihre Erwerbstätigkeit und hebt dadurch deren Lebenswohlstand.

Elemente einer Beschäftigungsversicherung

Im folgenden werden Vorschläge zu drei Bereichen umrissen, die im Zuge eines Überganges zur Beschäftigungsversicherung neu geordnet werden sollten. Die Ausführungen sollen die Konzeption einer Beschäftigungsversicherung illustrieren, wobei es auf der Hand liegt, dass über die konkrete Ausgestaltung der einzelnen Elemente noch umfangreiche Diskussionen zu führen sind. Gleichzeitig werden weitere Veränderungen angedeutet, die erfolgen müssten, damit ein im obigen Sinne neues konsistentes sozialstaatliches Arrangement entstehen kann.

Weiterbildung fördern – zentrale Lernzeitkonten und Qualifizierungsgutscheine

Lernzeitkonten sind ein bisher schon erprobtes Instrument zur Förderung und Finanzierung von Weiterbildung. Allerdings bedarf es einer überbetrieblichen Absicherung, weil ansonsten insbesondere im Falle von Konkursen die angesparten Zeitguthaben verfallen. Im Zusammenhang mit Überlegungen zur Etablierung einer Beschäftigungsversicherung bietet es sich an, zentrale Lernzeitkonten einzurichten und als Bestandteil in die Beschäftigungsversicherung aufzunehmen. Organisatorisch sollten die Lernzeitkonten von der Bundesagentur geführt werden, die aber zugleich offen für betriebs- und branchenspezifische Regelungen bleiben müssen.

Die „Einzahlung“ auf zentrale Lernzeitkonten könnte über zwei Wege erfolgen. Erstens können ArbeitnehmerInnen Zeit-

guthaben aus Arbeitszeitkonten auf die Lernzeitkonten einzahlen. Sie würden faktisch damit einen Teil ihrer Freizeit auf die Lernzeitkonten übertragen und damit für Weiterbildungsmaßnahmen nutzen. Sollten „Stunden“ überwiesen werden, müsste gleichzeitig vom Unternehmen die entsprechende Vergütung der Arbeitszeit an die Bundesagentur überwiesen werden, bzw. in einen dort verwalteten Fonds eingezahlt werden. Der zweite Weg der „Einzahlung“ könnte durch eine Vergabe von Qualifizierungsgutscheinen erfolgen.

Durch Qualifizierungsgutscheine erhält jeder Erwerbstätige die Option, für eine begrenzte Zeit an Weiterbildungsmaßnahmen teilzunehmen. Denkbar wäre ein Zeitraum von einem halben Jahr, verteilt über die gesamte Lebensarbeitszeit. Die Kosten der Gutscheine sollten direkt von der Beschäftigungsversicherung getragen werden. Bei Inanspruchnahme der Qualifizierungsgutscheine würden die Kosten für die Qualifizierungsmaßnahmen ganz übernommen werden. Beschäftigte, die wegen einer solchen Fortbildung ihre Arbeit unterbrechen müssen, wäre Arbeitslosengeld auszubahlen.

Um derartige Qualifizierungsgutscheine praktikabel zu machen, müssten zwei Rahmenbedingungen erfüllt sein. Erstens müssen die Beschäftigten einen Anspruch auf befristete Beurlaubung mit einem anschließenden Rückkehrrecht erhalten. Zweitens muss sichergestellt werden, dass die Beschäftigungsversicherung lediglich die Finanzierung von solchen Qualifizierungs- und Weiterbildungsmaßnahmen übernimmt, welche die Beschäftigungsfähigkeit der Beschäftigten steigern und die keinen Charakter einer betrieblichen Weiterbildung haben. Es muss genau definiert werden, welche Kriterien eine förderungsfähige Qualifizierung erfüllen muss. Zu nennen wären hier:

- Modularisierte Weiterbildung, Zusatzqualifikationen nach einem Baukastenprinzip
- Zertifizierte Abschlüsse, Anerkennung der Qualifikation innerhalb der Bundesrepublik, bundesweit einheitliche Qualitätssicherung
- Langfristige Zielsetzung: eine einheitliche Zertifizierung innerhalb der Europäischen Union

Förderung von Existenzgründungen und Einbeziehung Selbständiger

Die Einbeziehung Selbständiger in die Beschäftigungsversicherung ist geboten, weil für sie individuell im Grundsatz die gleiche Schutzbedürftigkeit besteht wie für sozialversicherungspflichtig Beschäftigte. Gerade vor dem Hintergrund veränderter Erwerbsbiographien sowie der zunehmenden Vermischung zwischen abhängiger Beschäftigung und Selbständigkeit – Selbständigkeit

Foto: Christian Kiel (Berlin)



ist heute keineswegs mehr gleichbedeutend mit dem Besitz von Vermögen – ist eine grundsätzliche Sonderstellung der Selbständigen nicht zu begründen.

Über Beitragsbemessungsgrenzen wäre sicherzustellen, dass zwar angemessene aber nicht überhöhte Beiträge an die Beschäftigungsversicherung zu entrichten sind. Gleichzeitig müsste eine Beitragsbemessungsgrenze für einen Mindestbeitrag festgelegt. Um die Beitragsbelastung in Grenzen zu halten, sollten für die Beschäftigungsversicherung nur die Arbeitnehmerbeiträge entrichtet werden. Die Arbeitgeberbeiträge entfallen. Die Leistungen der unterschiedlichen Versicherungszweige sollen sich nach den real gezahlten Beiträgen richten. Die Bezugsgröße für passive Leistungen der Beschäftigungsversicherung wären also nur 50 Prozent des für die Beitragszahlung zugrunde gelegten Einkommens.

Eine große Schwierigkeit besteht darin, zu definieren, wann ein Selbständiger arbeitslos ist. Eindeutig sind Fälle, in denen Konkurs angemeldet wird oder das bestehende Geschäft aufgegeben werden muss und sich der Selbständige beim Arbeitsamt meldet und dem Arbeitsmarkt zur Verfügung steht. Allerdings muss auch sichergestellt werden, dass normale Schwankungen in der Auftragslage nicht dazu führen, dass Leistungen aus der Beschäftigungsversicherung bezogen werden. Ein Ausweg bestünde darin, die Beitragsleistungen rückwirkend mit dem Jahreseinkommen abzugleichen. Dies erfordert aber eine annähernd objektive Bezugsgröße für das zu erwartende Einkommen. Denkbar wäre es, das durchschnittliche Einkommen der letzten drei Jahre als Bezugsgröße zu nehmen. Soweit eine selbständige Tätigkeit nur eine

geringere Zeit vorliegt, sollte das Einkommen der letzten ein oder zwei Jahre zur Grundlage genommen werden. Auf Antrag können die passiven Leistungen der Beschäftigungsversicherung in Anspruch genommen werden. Rückwirkend muss über den Steuerbescheid nachgewiesen werden, ob die Beitragszahlungen bzw. die eventuell in Anspruch genommenen Leistungen korrekt waren. Falls dies nicht der Fall war, sind entsprechende Nachzahlungen zu entrichten.

Die Beschäftigungsversicherung hätte also den Effekt, eine Einkommensabsicherung für Selbständige zu gewährleisten und zweitens die arbeitsmarktpolitischen Leistungen auch für diese Gruppe zugänglich zu machen.

Einbeziehung von Familienphasen

Die gegenwärtige Organisation der Familienarbeit wird weder den Ansprüchen der beteiligten Männer und Frauen umfassend gerecht wird noch ist sie arbeitsmarktpolitisch wünschenswert. Sie erschwert angesichts der demographischen Entwicklung zugleich die Finanzierung der Sozialsysteme. Zudem trägt sie zur Beibehaltung der bestehenden geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung und Diskriminierung der Frau bei. Eine Veränderung dieser Situation erfordert weitreichende Bewusstseinsänderungen und vielfältige Reformen. Von herausgehobener Bedeutung dafür ist sicherlich eine neue Arbeitszeitpolitik, die die Zeitstrukturen von Männern und Frauen insgesamt ins Blickfeld nimmt und damit sich als Lebenspolitik begreift. Ein weiteres Kernelement einer derartigen Reformpolitik wäre der rasche und umfassende Ausbau von Betreuungseinrichtungen für Kinder.

Daneben kann aber auch eine Beschäftigungsversicherung wichtige Beiträge zur Verbesserung der Situation leisten. Zu gewährleisten wäre:

- die Abmilderung des Einkommensverlustes, wenn der Arbeitsplatz wegen Kindererziehung aufgegeben werden muss
- der Erhalt der Beschäftigungsfähigkeit – etwa durch Qualifizierungsmaßnahmen – im Falle längerer Erwerbsunterbrechung
- die Gewährleistung einer eigenständigen sozialen Sicherung (Krankheit und Alter)

Konkret könnte folgendes vorgesehen werden:

- Anspruchsberechtigt sind Personen, die im Zusammenhang mit der Erziehung von Kindern unter drei Jahren ihre Erwerbstätigkeit aufgeben oder im Umfang reduzieren, Personen die Elternzeit in Anspruch nehmen sowie arbeitslos gemeldete Personen mit Kindern unter drei Jahren.
- Als Lohnersatzleistungen wird den anspruchsberechtigten Personen im ersten Jahr Arbeitslosengeld und für die anschließenden zwei Jahre Arbeitslosengeld II ausgezahlt. Die Zahlung von Arbeitslosengeld II erfolgt unabhängig vom eigenen Vermö-

gen und Unterhaltsansprüchen gegenüber Dritten. Sollten die Personen weiterhin in Teilzeit beschäftigt sein, mussten aber ihre Arbeitszeit reduzieren, wird für den reduzierten Teil Arbeitslosengeld ausgezahlt. Nimmt ein Anspruchsberechtigter nach dem ersten Jahr an Weiterbildungsmaßnahmen teil oder arbeitet Teilzeit, wird als Anreiz auf eine Absenkung der Zahlungen auf Arbeitslosengeld II verzichtet.

- Kranken- und Rentenversicherungsbeiträge werden analog zur ‚normalen‘ Arbeitslosigkeit ausgezahlt.

- Die Personen können die aktiven Leistungen der Arbeitsvermittlung in Anspruch nehmen. Allerdings entfallen die Zumutbarkeitsregelungen und ähnliches, da bei Kindererziehung grundsätzlich unterstellt werden kann, dass nicht missbräuchlich Leistungen in Anspruch genommen werden.

Nach der bis zu dreijährigen Familienphase erhalten die Personen – soweit sie nicht beschäftigt sind – Arbeitslosengeld II. Dabei wird vorausgesetzt, dass sie aktiv die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit betreiben. Sie unterliegen dann den üblichen Zumutbarkeitsregelungen.

Beschäftigungsversicherung – eine lohnende Modernisierung

Die Einführung einer Beschäftigungsversicherung hätte erheblich finanzielle Umschichtungen zur Folge. Einige staatliche Transfers wie etwa das Erziehungsgeld, könnten in die Beschäftigungsversicherung überführt werden. Gleichzeitig würde die Kranken- und die Rentenversicherung entlastet. Kostenabschätzungen haben ergeben, dass unterm Strich kurzfristig nur geringe Mehrkosten gegenüber den Ausgaben der heutigen Arbeitslosenversicherung entstehen würden. Diesen Mehrkosten wären die Vorteile aus einer verbesserten Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft aufgrund der Finanzierung von Qualifikationserhalt und Weiterbildung, die wirtschaftlichen Vorteile einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf, und nicht zuletzt die Vorteile einer besseren sozialstaatlichen Absicherung der Menschen gegenzurechnen. Unter solchen Voraussetzungen gälte es deutlich besser, die potentiellen Produktivkräfte, die dem Sozialstaat innewohnen zu entfalten. Damit würden sich die kurzfristig entstehenden Mehrkosten schon nach relativ kurzer Zeit durch die positiven wirtschaftlichen Effekte refinanzieren.

spw 3 / 2005

Gesetzliche Mindestlöhne in Deutschland – Ein weiter Weg

Von Stefan Gran

■ Gesetzliche Mindestlöhne, für die einen ein marktfeindliches und arbeitsplatzvernichtendes Ungetüm, für die anderen die letzte Bastion zur Verhinderung eines ungehemmt fortschreitenden Lohndumpings. Die Wahrheit wird wie so oft irgendwo dazwischen zu finden sein. Zumindest zeigt uns die Realität ein differenzierteres Bild. So haben allein in der Europäischen Union 18 von 25 Mitgliedsstaaten einen einheitlichen gesetzlichen Mindestlohn. Sogar die als kapitalistisches Vorbild geltenden Vereinigten Staaten besitzen auf Bundes- sowie auf Staatenebene gesetzlich definierte Mindestlöhne. Allerdings muss eingeschränkt werden, dass das bloße Vorhandensein von gesetzlichen Mindestlöhnen noch nichts über ihre Schutzwirkung aus. Schließlich existiert gerade in den USA trotz eines Mindestlohnes das Phänomen des „Wor-

king Poor“. Dies mag unter anderem daran liegen, dass der gesetzliche Mindestlohn in den USA gerade einmal ca. 700 Euro beträgt. Es stellt sich also dringend die Frage nach der Höhe und der institutionellen Ausgestaltung des jeweiligen Mindestlohnes.

Nun ist seit geraumer Zeit auch in Deutschland die Debatte über die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes in vollem Gange. Dabei wird diese jedoch zumindest zum Teil ein wenig scheinheilig geführt. Die Gewerkschaften sind sich als Ganzes bei weitem noch nicht Einhundertprozentig einig, ob sie einen gesetzlichen Mindestlohn wirklich unterstützen wollen oder nicht. Aus diesem Grunde setzen sie sich lieber für die „Second Best“-Lösung und damit für die Ausweitung des Entsendegesetzes ein. Betrachtet man dieses als ersten Schritt mag es

durchaus Sinn machen und ist zu unterstützen. Heikel ist jedoch, dass diese Maßnahme besonders für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die am dringendsten auf einen Mindestlohn angewiesen wären, nur eine marginale Unterstützung darstellt. Dies liegt vor allem daran, dass diese Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer meist überhaupt nicht unter einen Tarifvertrag fallen und daher vom Entsendegesetz nicht erfasst werden. Zudem existieren Tarifverträge, deren unterste Lohnklasse gerade einmal einen Lohn von 4,32 Euro (Wach- und Kontrollpersonal im Osten) vorsieht. Selbst eine Ausweitung des Tarifvertrages auf alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer würde kaum eine spürbare Verbesserung bringen. Trotz allem sollte dieser Schritt – als erster von hoffentlich weiter folgenden – gegangen werden.

Ähnlich wie damals in Großbritannien vor Mitte der 80er-Jahre, sind es auch heute in Deutschland vor allem die Industrieergewerkschaften die bei Einführung eines Mindestlohnes um ihren Einfluss fürchten,

während die Dienstleistungsgewerkschaften diesem Thema zumeist positiv gegenüberstehen. Dabei zeigt ein Blick in Länder mit Mindestlöhnen, dass trotz des gesetzlich fixierten Mindestlohnes keine negativen Auswirkungen auf die Tariffähigkeit und vor allem die Tarifabschlüsse der Gewerkschaften ergeben müssen. Das immer wiederkehrende Argument der Tariffreiheit in Deutschland kann zudem relativ einfach gekontert werden. Schließlich würde sich kaum eine Gewerkschaft gegen eine gesetzlich fixierte Maximalarbeitszeit oder den gesetzlich fixierten Mindesturlaub wehren. Ganz im Gegenteil werden solche gesetzlichen Eingriffe eher begrüßt und haben in den letzten Jahrzehnten offensichtlich nicht daran gehindert, dass weitaus bessere Regelungen in Tarifverträgen zu finden sind. Warum soll es also bei einem Mindestlohn anders sein?

Scheinheiligkeit kann bis zu einem gewissen Grade auch der Politik attestiert werden. War es doch gerade auch die SPD, die seit Jahren realpolitisch dafür eintritt einen Niedriglohnssektor in Deutschland zu schaffen oder besser gesagt den längst vorhandenen weiter auszubauen. Nun nach einem Mindestlohn zu rufen, nachdem man die Gewerkschaften seit Jahren zu niedrigen Tarifabschlüssen angehalten hat, klingt seltsam. Obwohl die Ernsthaftigkeit, dieses Thema wirklich zu einem erfolgreichen Abschluss zu bringen, zumindest angezweifelt werden darf, siehe Ausbildungsplatzumlage, ist es doch hoch anzurechnen, dieses Thema überhaupt auf die politische Agenda zu heben.

Am Scheinheiligsten jedoch sind so manche Argumente der Mindestlohngegner. Dies vor allem vor dem Hintergrund der Erfahrungen aus den europäischen Mindestlohnländern. Das quasi schon gebetsmühlenartig wiederkehrende Argument, Mindestlöhne würden Arbeitsplätze vernichten ist dabei noch am leichtesten zu entkräften. Die Grundlage für solche Aussagen liegt zumeist in eher älteren Studien oder aber im Irrglauben an das neoklassische Arbeitsmarktmodell begraben. Folgt man dieser Theorie führt ein wie auch immer ausgestalteter Mindestlohn, sofern er über dem Marktgleichgewicht liegt, automatisch zu einer Reduktion des Faktors Arbeit. So einfach dieses Modell mit einem Koordinatensystem und zwei Kurven auch ist, umso weniger kann es jedoch die komplexe Realität abbilden oder gar erklären. Wie so oft in der Volkswirtschaft wird versucht ein Problem durch Abstraktion und damit vor allem mit Vereinfachungen zu erklären. Dies mag solange kein Problem darstellen, solange sich der Betrachter dieser Abstraktion klar ist. In der Debatte wird jedoch oft

der Eindruck erweckt, als funktioniere die Welt wirklich so einfach wie in manchen Modellen. Nur zwei von etlichen an dieser Betrachtungsweise zu kritisierenden Punkten sind zum einen das unterstellte Vorhandensein von homogener Arbeit und zum anderen das völlige Ausblenden von etwaiger Marktmacht. Allein die homogene Arbeit würde bedeuten, dass jede Arbeitskraft in ihrer Ausgestaltung nach Qualifikation und Leistung haargenau wie die andere ist. Das Fehlen von Marktmacht wiederum blendet das Vorhandensein von Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften völlig aus. Ein doch wohl eher weltfremdes Konstrukt.

Wichtiger als die Welt von Modellen ist jedoch was uns die Realität zu sagen hat. Bei der Betrachtung von empirischen Studien wird deutlich, dass das Lied von Arbeitsplatzverlusten wohl eher leise gesungen werden sollte. Gerade neuere Studien kommen zu dem Schluss, dass es zwar durchaus negative Arbeitsplatzeffekte gibt, diese aber zumeist gegen Null tendieren. Einige Studien weisen sogar positive Effekte nach. Allerdings sind diese eher in der Minderheit. Nicht übersehen werden darf jedoch, dass gesetzliche Mindestlöhne gerade für junge Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer über so ziemlich alle Studien hinweg signifikante negative Auswirkungen haben. Diesem kann jedoch in der Ausgestaltung des Mindestlohnes Rechnung getragen werden. Dieses wird zumeist in der Praxis dadurch versucht, dass man durch geringere Mindestlohnsätze für junge Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Auszubildende diesen Effekten entgegenzuwirken versucht. Am Beispiel Frankreich verdeutlicht, bedeutet dies, dass der Mindestlohnsatz für 16-17-jährige Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer 80% des regulären gesetzlichen Mindestlohnes beträgt. Zusätzlich existieren noch besondere Regelungen für Auszubildende. Auch die meisten anderen Mindestlohnländer verfügen über ähnliche Sonderregelungen für junge Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Auszubildende und Menschen mit körperlichen oder geistlichen Einschränkungen.

Welche Wirkung ein gesetzlich fixierter Mindestlohn nun tatsächlich hat, hängt wie bereits erwähnt entscheidend von seiner Höhe ab. Wird er zu niedrig angesetzt, wird seine Wirkung wohl eher begrenzt sein, wird er zu hoch angesetzt, wird er mit Sicherheit zu negativen Arbeitsplatzeffekten führen. Wie kann man also den richtigen Mindestlohnsatz ermitteln? Eine bloße Formel scheint es nicht zu geben, eher wohl Anhaltspunkte an denen man die Höhe ungefähr bestimmen kann. Jedes Land hat dabei sehr unterschiedliche Ansätze seinen Mindest-

lohnsatz zu bestimmen. Für Deutschland könnte dabei insbesondere das jüngste Mindestlohnland Großbritannien als Vorbild dienen.

In Großbritannien wurde der gesetzliche Mindestlohn (National Minimum Wage) 1999 nach einer fast dreißigjährigen Diskussion von der Labour-Party unter Tony Blair eingeführt. Wie in Deutschland war er anfangs auch in der Gewerkschaftsbewegung sehr umstritten. Erst nachdem die Regierung Thatcher zu einer immensen Schwächung der gesamten Gewerkschaftsbewegung in Großbritannien führte, wurde erstmalig Mitte der 80er Jahre vom Trade Union Congress, dem Äquivalent des DGB, die Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn erhoben. Die Labour-Party griff diese Forderung letztendlich in ihrem Wahlkampf 1992 auf. Interessant war vor allem die Forderung, die sich damals auf einen Mindestlohn in Höhe von 50% des Durchschnittsverdienstes belief. Die in der Bevölkerung durchaus anklang findende Forderung wurde von der regierenden konservativen Partei mit dem bekannten Argument des Arbeitsplatzverlustes gekontert. Demnach sollten bei einem entsprechend hohen Mindestlohn mindestens zwei Millionen Arbeitsplätze verloren gehen. Um die Diskussion über die Höhe des Mindestlohnes und die entsprechenden Auswirkungen in ihrem nächsten Wahlkampf 1997 zu vermeiden, hatte man sich entschlossen nun keine konkreten Zahlen mehr zu nennen, sondern dieses vielmehr einer aus Arbeitgebern, Gewerkschaften und Wissenschaftlern besetzten Kommission zu überlassen. Nach ihrem Wahlsieg 1997 wurde diese unter dem Namen „Low Pay Commission“ firmierende Kommission ins Leben zu rufen. Diese arbeitet bis heute durchaus erfolgreich zusammen. Jedes Jahr werden von ihr bereits mindestens sechs Monate im Voraus die Empfehlungen über die Höhe des Mindestlohnes veröffentlicht. Schließlich liegt das letzte Wort zwar bei der Regierung, diese hat sich aber bis heute weitestgehend an die Empfehlungen gehalten. Bei der Erstellung der Empfehlung soll die Kommission die Auswirkungen des Mindestlohnes auf die Beschäftigung sowie die Wettbewerbsfähigkeit Großbritanniens berücksichtigen. Der heutige Mindestlohn liegt mit 4.85 Pfund, was ungefähr 7.10 Euro entspricht.

Wie sieht es nun vergleichsweise in den anderen europäischen Staaten aus? Festzuhalten ist erst einmal, dass innerhalb der Europäischen Union die absolute Höhe des Mindestlohnes extrem differiert. Dabei ist wie bei den Löhnen ein klares West-Ost und Nord-Süd-Gefälle zu

beobachten. Die Schlusslichter bilden demnach vor allem die neuen Mitgliedsländer wie zum Beispiel Polen (205,- Euro/Monat), Tschechien (235,- Euro/Monat) oder Lettland (116,- Euro/Monat). Im Mittelfeld finden sich Länder wie Slowenien (490,- Euro/Monat), Spanien (598,- Euro/Monat) oder Griechenland (668,-

Euro/Monat). An der Spitze stehen vor allem die Benelux-Staaten, angeführt von Luxemburg mit 1.467,- Euro pro Monat. Frankreich und Großbritannien stehen mit jeweils ca. 1.197,- Euro im Monat auf Platz drei und vier.

Bei der Betrachtung dieser Zahlen wird man leicht feststellen, dass auch ein Mindestlohn die Lohnunterschiede in der Europäischen Union nicht beseitigen kann. Zudem trügen die absoluten Zahlen, da hiermit nichts über die Kaufkraft bzw. das Lohngefüge in dem jeweiligen Land ausgesagt wird. So wird ein Laib Brot in Lettland vermutlich weniger kosten als in Luxemburg. Die Betrachtung der absoluten Zahlen kann uns aus diesem Grunde kaum weiterbringen. Um eine Aussage über die richtige Höhe des gesetzlichen Mindestlohnes machen zu können, bedarf es somit anderer Eckpfeiler. Wie schon am Beispiel Großbritannien gesehen, scheint einer dieser immer wieder benutzten Eckpfeiler eine Orientierung des Mindestlohnes an die Höhe des durchschnittlichen Verdienstes zu sein. Doch auch hier bleibt die Frage nach dem Orientierungspunkt, sollen es 20, 30 oder wie einst in Großbritannien gefordert 50% des Durchschnittsverdienstes sein. In der Diskussion über gesetzliche Mindestlöhne scheint der letztere Wert immer wieder einen gewissen Fixpunkt darzustellen. Dies mag unter anderem daran liegen, dass es als allgemein akzeptiert anzusehen ist, dass ein Mensch als arm gilt, wenn seine Einkünfte lediglich 50% der Durchschnittseinkünfte betragen. Dies umgemünzt auf die Mindestlohndebatte würde bedeuten, dass der Mindestlohnsatz mindestens 50% des Durchschnittsverdienstes betragen müsste. Bei der Bemessung des Mindestlohnes müsse es ja letztendlich darum gehen, dass ein Vollzeit Arbeitnehmer mit seinem Verdienst zumindest die Armutsgrenze überschreitet. Alles andere würde im Hinblick auf die „Working Poor“-Diskussion keinen Sinn machen. Demnach macht eine Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn in Höhe von 50% des Durchschnittsverdienstes durchaus Sinn. Für Deutschland würde dieses bedeuten, dass ein gesetzlicher Mindestlohn für einen Vollzeitbeschäftigten bei mindestens 1.442 Euro liegen müsste. Damit läge Deutschland mit an der Spitze der europäischen Mindestlöhne, aber noch nicht an erster Stelle. Hiefür müsste es erst noch Luxemburg mit seinen 1.467 Euro toppen.

Die Realität zeigt uns jedoch, dass in den seltensten Fällen dieser Wert erreicht wird. In der Europäischen Union schwanken die gesetzlichen Mindestlöhne zwischen 34% des Durchschnittsverdienstes in der Slowakei und 56% in Malta. Mit

Malta erreichen nur noch Irland und Luxemburg mit jeweils ca. 50% die magische Grenze. Alle anderen Länder liegen zumeist weit darunter. Großbritannien erreicht mit ca. 38% bei weitem nicht den noch 1992 von der Labour-Party geforderten Wert. Auch Frankreich als unser nächster Nachbar kommt gerade einmal auf einen Wert von ca. 37% des Durchschnittsverdienstes.

Woran mag es nun liegen, dass in den meisten Ländern der Wert unter den angepeilten 50% liegt? Zuallererst ist es wohl ein Resultat der jeweiligen Mindestlohnfindungssysteme. In den seltensten Fällen wird der Mindestlohn, wie zum Beispiel in Ungarn, einfach durch den politischen Willen per Gesetz festgelegt. In diesem Fall wäre es also einfach eine Frage des politischen Willens, welche Höhe der Mindestlohn am Ende annehmen soll. In Ungarn beträgt er mit ca. 41% des Durchschnittsverdienstes 232 Euro.

In Belgien wiederum ist der Mindestlohn ein Resultat aus Kollektivverhandlungen zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften. Er wird alle zwei Jahre neu verhandelt. Zudem gibt es eine automatische Indexierung an die Preisentwicklung. Somit greifen hier gleich zwei Mechanismen, die die Höhe des Mindestlohnes regeln. Je nachdem wie gut das Verhandlungsgeschick und die Stärke der Gewerkschaften ausgeprägt ist, wird sich in diesem Fall ein entsprechend gutes oder schlechtes Ergebnis abzeichnen. In Belgien kann es um dieses Verhandlungsgeschick zur Zeit nicht allzu schlecht bestellt sein, da der Mindestlohn hier mit 1.210 Euro im Monat ca. 46% des Durchschnittsverdienstes entspricht. Ähnlich sieht es übrigens in Frankreich aus, auch dort existiert eine automatische Kopplung an den Preisindex. Darüber hinaus wird er jährlich auf Empfehlung einer nationalen Tarifkommission durch den Minister rat angepasst.

Abschließend kann man heute noch nicht sagen, wie hoch ein gesetzlicher Mindestlohn in Deutschland wirklich sein wird. Es wird entscheidend von der Ausgestaltung des Systems abhängen. Das Beispiel Großbritannien könnte für uns ein gutes Vorbild darstellen. Immerhin beträgt der Mindestlohn dort heute mehr als 7 Euro die Stunde. Wohlgermerkt muss man berücksichtigen, dass die Lebenshaltungskosten in Großbritannien weitaus höher sind als in Deutschland. Als anzupeilender Wert sollte auch für Deutschland ein Mindestlohn von mindestens 50% des Durchschnittsverdienstes gelten. Bleibt nur zu hoffen, dass die, die sich jetzt für einen Mindestlohn stark machen, auch am Ende die Kraft haben dieses Vorhaben in die Tat umzusetzen. Bis dahin, das darf an der jetzigen Stelle vermuten werden, bedarf es noch eines langen Atems.

OST-WEST GEGEN informationen

AUSGABEN 2004

Heft 1/04:

DIE NEUE EU UND EUROPA
Vom Enthusiasmus zur Desillusion?

Heft 2/04

KOMMERZ UND AVANTGARDE
Kunst nach dem Realsozialismus
Dossier: Russland, Ukraine, Belarus
und die EU

Heft 3/04

PROGRAMM UND POLITIK
Die Rechte in Ost- und Südosteuropa
Dossier: Freie Medien im Osten

Heft 4/04

zwischen Globalisierung und Tradition
Sexualität nach dem Realsozialismus
Dossier: Nordkaukasus

Die nächsten Hefte

Heft 1/05

WOHNEN IM OSTEN
Dossier: Frauen nach 1989

Heft 2/05

ARBEITSLOSIGKEIT IN OSTEUROPA
Dossier: Internationales
Kriegsverbrechertribunal in Den Haag

Heft 3/05

ERINNERUNGEN AN DEN
„SOZIALISMUS“
Dossier: Antisemitismus in Osteuropa

Weitere Informationen und Abo- bzw.
Einzelheftbestellungen unter:

OST-WEST-GEGENINFORMATIONEN

c/o Abteilung für Südosteuropäische
Geschichte, Mozartgasse 3, A-8010 Graz,
Österreich. Fax Nr. 0043/316/3809735
E-Mail: ostwest@gewi.kfunigraz.ac.at
<http://www-gewi.kfunigraz.ac.at/cbsc/ostwest>

Arbeitsmarktreformen und Geschlechterverhältnis

Von Ulla Knapp

Eine ältere und lange Fassung dieses Artikels ist als Diskussionspapier (Knapp 2004) veröffentlicht worden. Dort befindet sich auch eine ausführliche Literaturliste. Die Arbeiten zum hier abgedruckten Artikel wurden Ende Februar 2005 abgeschlossen, die Informationen entsprechen der derzeitigen Rechtslage und Verwaltungspraxis, obwohl sich einige (richter)rechtliche Änderungen (z.B. bei der Bedürftigkeitsprüfung) bereits abzeichnen. Zuerst veröffentlicht wurde dieser Artikel in „standpunkt: sozial“, Heft 1/05, Themenschwerpunkt „Fordern und Fördern“.

Vorgeschichte

Vor etwa drei Jahren – nach einer hitzigen öffentlichen Kampagne gegen ‚geschönte‘ Vermittlungsstatistiken der Bundesanstalt für Arbeit – setzte die Bundesregierung eine Kommission unter Vorsitz des VW-Managers Peter Hartz ein, die Vorschläge für eine effizientere Arbeit der Bundesanstalt entwickeln sollte. Die Kommission allerdings strebte nach Höherem. Ohne weitere theoretische und empirische Fundierung propagierte sie ein 10-Punkte-Programm, mit dem die Arbeitslosigkeit in Deutschland – so Hartz – bis Ende 2005 halbiert werden sollte. Die rot-grüne Koalition wies diese Anmaßung nicht etwa befremdet zurück, sondern setzte sie, teils in erheblich verschärfter Form, in vier Gesetzen für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt um (vgl. Neuregelungen).

Diese sog. Hartz I-IV-Gesetze umfassen neben Kürzungen bei der Arbeitslosenunterstützung vor allem einen Umbau der aktiven Arbeitsförderung. Traditionelle Instrumente wie ABM und Qualifizierungsmaßnahmen wurden abgebaut und die überkommene Weiterbildungsstruktur reorganisiert (manche sagen: zerschlagen). Stattdessen setzte man auf neue Instrumente, wie etwa die Intensivierung der Vermittlungstätigkeit (u.a. durch Fallmanagement), die Förderung von Leiharbeit (Personal-Service-Agenturen), die Ausweitung der Niedrigeinkommensbeschäftigung in Gestalt von Mini- und Midi-Jobs, kurzfristige Trainingsangebote und 1-Euro-Jobs.

Die vielleicht weitestgehende Neuerung wurde zum 1.1. 2005 mit der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe (Hartz IV) durchgesetzt. Ihr Ziel ist es, für Langzeitar-

beitslose – egal ob es sich um ehemalige Sozialhilfeempfängerinnen oder Arbeitslosenhilfeempfängerinnen handelt – ein einheitliches System der aktiven und passiven Arbeitsförderung zu schaffen. Dazu wurde die Arbeitslosenhilfe abgeschafft und ein neues Arbeitslosengeld II (ALG II) eingeführt, das in etwa der ehemaligen Sozialhilfe entspricht. Auch die Prüfung der Bedürftigkeit der Arbeitslosenhilfeempfängerinnen, die ALG II beantragen, ist weitgehend der ehemaligen Sozialhilfe angepasst, also verschärft worden. Die Kürzungen sollen im Verein mit den genannten Neuerungen bei der aktiven Arbeitsförderung vor allem die Suchbereitschaft der Arbeitslosen erhöhen (Fordern) und die Vermittlung in offene Stellen beschleunigen (Fördern).

Mit den genannten Arbeitsmarktgesetzen wird der vielleicht größte Umbau oder Abbau des Sozialstaats seit Bestehen der Bundesrepublik durchgesetzt – mit gravierenden Folgen für die weitere Entwicklung des Geschlechterverhältnisses. Diese werden im Folgenden auf zwei Ebenen untersucht: Zunächst wird gefragt, welche Auswirkungen Hartz IV auf die finanzielle Situation und die aktive Arbeitsförderung weiblicher Langzeitarbeitsloser hat und ob sich darin ein Muster oder gar ein geschlechterpolitisches Konzept erkennen lässt. Für die Zukunft des Geschlechterverhältnisses sehr viel relevanter erscheint die anschließende Analyse auf der gesamtgesellschaftlichen oder makroökonomischen Ebene: Welche Auswirkungen haben die sog. Reformen auf die Einkommens- und Arbeitsmarktposition von Frauen generell? Lässt sich ein neues geschlechterpolitisches Leitbild erkennen?

1. Finanzielle Folgen von Hartz IV für langzeitarbeitslose Männer und Frauen

Von Hartz IV betroffen sind schätzungsweise gut 7% der Bevölkerung, darunter 2,2 Mio. Arbeitslosenhilfebezieherinnen (2004; Frauenanteil etwa 35%) und ihre Haushalte (Arbeitsagentur 2005). Wie sich ihre Einkommenssituation verändert, kann nur aufgrund einer relativ alten Quelle (der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998) geschätzt werden.

Wegen der verschärften Bedürftigkeitsprüfung wird ein Teil der ehemaligen Arbeits-

losenhilfeempfängerinnen ab 2005 überhaupt keine Unterstützung mehr beanspruchen können. Die aktuellste Schätzung ergibt für diese Gruppe der ‚Ausgesteuerten‘ einen Wert von etwa einem Viertel (Jan Schulte 2004), im Zuge des Gesetzgebungsverfahrens war ein etwas höherer Anteil geschätzt worden (28%; BT-Drs. 15/1279). Es gibt allerdings auch Quellen, die mit 14% – 15% noch deutlich kleinere Anteile ausweisen (Helmut Rudolph 2004; Arbeitsagentur 2005). Erfahrungsgemäß stellen Frauen etwa 75% derer, die ihren Anspruch verlieren. Nach Haushaltstypen betrachtet überproportional betroffen sind Paare ohne Kinder in Ostdeutschland; hier werden knapp 50% keine Leistungen mehr bekommen. Für unverheiratete Paare verschärft sich das Problem dadurch, dass die Partner ohne Anspruch, überwiegend die Frauen, dann meist eine eigene Krankenversicherung abschließen müssen.

Weniger Geld werden nach Schulte 34% aller Arbeitslosenhilfeempfängerinnen bekommen (BT-Drs. 15/279: 47%). Dabei sind Paare ohne Kinder die größten Hartz IV-Verlierer: 80% von ihnen müssen ab 1.1.05 mit weniger Geld auskommen, aber auch bei den Paaren mit einem Kind sind es noch über 60%. Bei den Alleinlebenden und den Paaren mit mehr als einem Kind sind Verlierer und Gewinner in etwa gleich stark vertreten. Die Verliererhaushalte müssen zusammengekommen im Schnitt ein Minus von gut 200 Euro hinnehmen. Im Osten gibt es mehr Verlierer als im Westen.

Bei den Gewinnern (Schulte: 41%; BT-Drs. 15/279: 25%) weit überproportional vertreten sind demgegenüber die Alleinerziehenden: knapp 72% von ihnen werden im Schnitt (wenn die Schätzung zutrifft) ca. 50 Euro mehr pro Monat haben. Grund dafür sind u.a. die höheren Regelleistungen.

Insgesamt verliert die Gruppe der ehemaligen Arbeitslosenhilfebezieherinnen (im Schnitt 89 Euro pro Haushalt); innerhalb der Gruppe findet eine Umverteilung in Richtung auf mehr Gleichheit statt, d.h. insbesondere die weniger Armen müssen Kürzungen hinnehmen. Ein einheitliches Muster nach dem Motto ‚frauenfeindlich‘ oder ‚Stärkung der Versorgerehe‘ ist nicht erkennbar: vielmehr werden die Alleinerziehenden leicht begünstigt und zugleich die Frauen in Partnerhaushalten mit Einkommen oberhalb der Freigrenze (also in relativ weniger schlecht gestellten Haushalten) in eine verstärkte Abhängigkeit vom Partner gebracht.

Während die ehemaligen Arbeitslosenhilfebezieherinnen durch die Reform überwiegend verlieren, wird sich die finanzielle Situation der erwerbsfähigen Sozialhilfeempfängerinnen, die nun ALG II beziehen werden (vermutlich ca. 800.000 Frauen), möglicherweise geringfügig verbessern. Positiv zu merken ist vor allem, dass sie – anders als Sozialhilfeempfängerinnen – renten-, kranken- und pflegeversichert sind.

Durch die Hartz-Gesetze nimmt also einerseits die Gefahr zu, dass Frauen in Partnerschaften keinen Anspruch mehr auf Arbeitslosengeld haben. Andererseits gibt es einige kleinere Verbesserungen bei der finanziellen und sozialen Sicherung Alleinerziehender. Insgesamt sind die geschlechterpolitischen Auswirkungen – also die politisch bedingte Veränderung der Einkommensverteilung zwischen langzeitarbeitslosen Frauen und Männern – nicht eindeutig. Weitgehende Einigkeit herrscht aber darüber, dass die Gruppe der Langzeitarbeitslosen als ganze finanziell verliert.

2. Weibliche Langzeitarbeitslose und aktive Arbeitsförderung

Von vielen wurde die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe ursprünglich vor allem deshalb befürwortet, weil man sich davon eine Anhebung der erwerbsfähigen Sozialhilfebezieherinnen auf den Status von Arbeitslosen erhoffte, und zwar in finanzieller Hinsicht ebenso wie im Bereich der aktiven Arbeitsförderung. Beides ist durch die Hartz-Gesetze in sein Gegenteil verkehrt worden. Alle Langzeitarbeitslosen sind quasi Sozialhilfebedürftige geworden, und die Arbeitsförderung von Langzeitarbeitslosen ist teilweise auf das Niveau von 1-Euro-Jobs abgesenkt worden. Zugang zur aktiven Arbeitsförderung nach SGB III, die selbst ja auch quantitativ und qualitativ erheblich zurückgeschraubt wurde, haben ehemalige Arbeitslosenhilfebezieherinnen nur noch als Ermessensleistung. Auch die Position der Berufsrückkehrerinnen verschlechtert sich durch die Reformen, sie haben keinen Rechtsanspruch auf arbeitsmarktpolitische Förderung mehr.

Arbeitsförderung als Ermessensleistung (einschließlich der Vermittlung der erforderlichen Kinderbetreuung) stellt nur für die erwerbsfähigen Sozialhilfeempfängerinnen eine rechtliche Verbesserung dar. Allerdings ist deren Umsetzung zweifelhaft. Es zeichnet sich nämlich ab, dass sich in der Praxis noch deutlichere Verschlechterungen für Frauen ergeben werden als in rechtlicher Hinsicht:

- Das Qualitätsniveau der aktiven Arbeitsförderung nach SGB III ist gesunken.
- In Zukunft dürften mehr arbeitslose Frauen als bisher aus dieser Förderung ausgegrenzt werden. Denn für die unter Sparzwang stehende Arbeitsverwaltung liegt es nahe, aktive Arbeitsförderung noch stärker als heute auf ALG I – Bezieherinnen zu konzentrieren, weil sie für jeden ALG I-Bezieher, den sie nicht in Arbeit vermitteln kann, ein Art Strafgeld (Aussteuerungsbetrag) zahlen muss. Die beiden größer werdenden Gruppen der arbeitslosen Frauen ohne Leistungsbezug und ohne Rechtsanspruch auf Förderung werden zunehmend ausgegrenzt.
- Durch den Umbau der Weiterbildung (Weiterbildungsgutschein, Trainingsmaßnahmen) dürfte sich dieser Aussonderungsprozess verstärken. Mit marktgängigen Zielgruppen können die neuen, erhöhten, Eingliederungsziele und kostengünstigere Kurse leichter verwirklicht werden als z. B. mit Berufsrückkehrerinnen, die überdies auf leicht erreichbare Teilzeit-Angebote angewiesen sind.
- ALG II-Bezieherinnen schließlich werden in Zukunft vermutlich weniger gefördert, als vielmehr gefordert werden. Dafür spricht erstens, dass ihnen jede legale Arbeit zuzumuten ist, es sei denn, sie verstößt gegen ein

Gesetz oder die guten Sitten, ist durch Arbeitskampf frei geworden, gesundheitsgefährdend oder wird zu Löhnen angeboten, die deutlich vom ortsüblichen Niveau abweichen. Das mögen – wo keine Tarife gelten – 20 bis 30% sein. Zweitens verfügt die Arbeitsverwaltung bis auf weiteres nicht über das für die intensive Betreuung von erwachsenen Langzeitarbeitslosen notwendige Personal. Eigentlich soll eine Fallmanagerin auf 75 Arbeitslose kommen, das würde eine Vervielfachung des Personals erforderlich machen. Drittens können Eingliederungsvereinba-

rungen zwischen ALG II-Empfängerin und Fall-Managerin neben der Arbeitsförderung auch z.B. Hilfen bei der Kinderbetreuung, Schuldner- und Suchtberatung etc., betreffen, allerdings existieren die 1,5 Mrd. Euro, aus denen die Kommunen die Betreuungsplätze finanzieren sollen, bislang nicht.

Viertens sind in der öffentlichen Diskussion und vielfach auch faktisch sog. 1-Euro-Jobs, vor allem im Bereich der Kinderbetreuung und der Altenpflege, in den Mittelpunkt der Arbeitsförderung gerückt. Diese begründen kein Arbeitsverhältnis im Sinne des Arbeitsrechts (die Arbeit wird nicht entlohnt, die normalen Arbeitnehmerinnenrechte gelten für 1-Euro-Jobs nicht). Die Diskriminierung von Arbeitslosen durch Arbeitsförderung dürfte sich verschärfen.

Insgesamt ergibt sich auch bei der aktiven Arbeitsförderung ein ähnliches Bild wie bei den finanziellen Leistungen: Vor allem die größer werdende Gruppe der Nicht-Leistungsempfängerinnen und die Berufsrückkehrerinnen dürften verlieren, die Sozialhilfeempfängerinnen gewinnen (auf dem Papier zumindest). Die Qualitätsstandards in der Arbeitsförderung und für die Tätigkeiten, in die vermittelt wird, werden abgesenkt, d.h. das Humankapital der Vermittelten wird entwertet (dadurch mag sich scheinbar auch die Vermittlungsgeschwindigkeit erhöhen).

Misst man die Auswirkungen der Arbeitsmarktformen auf das Geschlechterverhältnis daran, wie Arbeitsförderungschancen und Transfereinkommen (ALG I und II) zwischen langzeitarbeitslosen Männern und Frauen umverteilt werden, so sind die Auswirkungen unklar; in diesem Sinne kann die ‚Reform‘ nicht als systematische Politik für oder gegen ein bestimmtes Geschlechterverhältnis eingeordnet werden.

3. Die makroökonomische Ebene: Auswirkungen der Hartz-Gesetze auf Einkommen, Beschäftigung und Geschlechterverhältnis

Diese Positionsbestimmung ändert sich grundlegend, wenn die Auswirkungen der Hartz-Gesetze auf der makroökonomischen Ebene des Geschlechterverhältnisses untersucht werden. Gefragt wird dabei, welche Folgen die arbeitsmarktpolitischen Neuerungen für Einkommen und Beschäftigung und deren Verteilung auf die Geschlechter haben:

Kontroverse beschäftigungspolitische Strategien

Dem Kanzler ist darin zu folgen, dass eine wirtschaftspolitische Strategie nur entweder richtig oder falsch sein kann. Wenn mehr Beschäftigung nur durch harte Schnitte ins soziale Netz möglich ist, müssen diese im Interesse der arbeitslosen Frauen und Männern durchgestanden werden. Die zentrale Frage lautet deshalb nicht, ob die neue Arbeitsmarktpolitik ungerecht für die



Foto: Christian Kiel (Berlin)

unmittelbar Betroffenen ist, sondern ob sie wirtschaftspolitisch richtig ist.

Eine schlichte These dazu lautet, dass es in Wirklichkeit eigentlich genug offene Stellen, gebe, nur seien die Arbeitslosen aufgrund ihrer üppigen sozialen Absicherung nicht bereit oder wegen mangelhafter Qualifikation nicht in der Lage, diese anzutreten. ‚Fordern‘, eine schnellere Vermittlung und Training würden in diesem Fall Sinn machen. In einem Land allerdings, in dem sich im Schnitt 19 Arbeitslose um eine offene Stelle streiten, kann dies keine ernst zu nehmende politische Strategie sein (Daten aus Arbeitsagentur 2005). Zu diskutieren ist nicht, wie Arbeitslose schneller auf nicht vorhandene Jobs vermittelt werden können, sondern wie der Mangel an Arbeitsplätzen zu bekämpfen ist. Dazu werden innerhalb der VWL unterschiedliche und teilweise kontroverse Positionen vertreten.

In der bundesdeutschen wissenschaftlichen und politischen Debatte durchgesetzt hat sich derzeit eine sehr einseitige, neoklassisch oder neoliberal fundierte Sichtweise. Diese macht als Ursache der hohen Arbeitslosigkeit den (zu) üppigen Wohlfahrtsstaat aus. Zum einen wird – wie oben ausgeführt – die mangelnde Suchbereitschaft der Arbeitslosen beklagt. Die zentrale These aber lautet, dass der Wohlfahrtsstaat – also die sog. Lohnnebenkosten, sozial-, arbeits- und vor allem tarifrechtliche Regelungen – zu hohe Lohnkosten (und Steuern) mit sich bringe, was die Nachfrage nach Arbeitskräften hemme. Wenn die Real-löhne im Vergleich zur Produktivität fallen und die Steuern gesenkt würden, entstünden mehr Jobs und die Arbeitslosigkeit würde abgebaut (beispielhaft dazu: Hans-Werner Sinn u.a. 2002).

Folgerichtig geht es im neoliberalen Konzept darum, die Lohnquote weiter zu senken. Lässt man die sog. Reformen der letzten Jahre Revue passieren, so erschließt sich die ganze Palette der Möglichkeiten (ohne Anspruch auf Vollständigkeit), mit denen der Anstieg der Löhne gebremst werden kann: von der Senkung der Arbeitslosenunterstützung über arbeitsrechtliche Deregulierung bis hin zur Umverteilung der Steuern und Sozialabgaben zulasten der abhängig Beschäftigten und Arbeitszeitverlängerungen ohne Lohnausgleich. Aus keynesianischer Sicht ist diese Umverteilungsstrategie kontraproduktiv, sie schafft keine Jobs, sondern vernichtet Beschäftigung (beispielhaft dazu Arbeitsgruppe 2004; Peter Bofinger 2004; Albrecht Müller 2004). Erstens wird die Kaufkraftseite des Lohnes überhaupt nicht berücksichtigt, zweitens tut man so, als könne ein Unternehmen nach gusto mehr oder weniger kapitalintensive Techniken wählen, drittens werden andere Angebotsfaktoren, wie etwa die Wechselkurse, ausgeblendet, viertens tut man so, als könne ein Land seine Beschäftigung dauerhaft über Exportüberschüsse auf Kosten anderer sanieren, fünftens wird suggeriert, Lohnkonkurrenz

mit Niedriglohnstandorten sei für die BRD ein ökonomisch sinnvoller Weg; sechstens wird auf diese Weise den steigenden Renditeforderungen (und dem damit einhergehenden Arbeitsplatzabbau) großer Konzerne, die durch die Deregulierung der internationalen Finanzmärkte ermöglicht und angetrieben werden, widerspruchslos stattgegeben usw. usf.

Zentrale beschäftigungspolitische Instrumente sind aus keynesianischer Sicht daher nicht Lohnkürzungen, sondern die Geldpolitik, die Finanzpolitik, die Währungspolitik und – bei manchen – Arbeitszeitverkürzungen. Sie sind so aufeinander abzustimmen, dass die gesamtwirtschaftliche Nachfrage stabilisiert wird. Lohnkürzungen und Sozialabbau in der Krise schädigen Wachstum und Beschäftigung. Vielmehr soll die Lohnpolitik möglichst stetig dem Anstieg von Produktivität und Preisniveau folgen. Aktive Arbeitsmarktpolitik ist kein zentrales beschäftigungspolitisches Instrument, aber notwendig, um Zeiten der Arbeitslosigkeit produktiv zu überbrücken (etwa bei ABM mit Qualifizierung) und um durch Qualifizierung und Mobilitätsförderung Strukturkrisen zu bewältigen. Außerdem werden durch die Arbeitslosenunterstützung – also die Sicherung der Kaufkraft der Arbeitslosen – negative Nachfrageeffekte vermindert.

Niedriglohnsektor, Frauenbeschäftigung und geschlechtsspezifische Einkommensverteilung

Demgegenüber wird mit Hartz I – IV die Arbeitsmarktpolitik in den Dienst der neoliberalen Lohnsenkungsstrategie gestellt: Kern der ‚Reformen‘ ist die Förderung eines Niedriglohnsektors, um Geringqualifizierte (und das sind, nach Auffassung von Sinn z.B., eigentlich alle Langzeitarbeitslose) gezielt in Arbeit zu bringen. Durch Fördern und vor allem Fordern sollen sie dazu gebracht werden, auch Billigjobs anzunehmen. Diese werden – so das Versprechen – entstehen, weil Arbeitgeber direkt und indirekt dafür belohnt werden, dass sie zusätzliche Arbeitsplätze im Niedriglohnsektor schaffen. Beispiele dafür sind die Niedrigtariflöhne für Leiharbeit in PSAs, der völlig fehlende Schutz bei Ich-AGs, die fehlende Versicherungspflicht bzw. bezuschusste Sozialabgaben bei Mini- und Midi-Jobs etc. Fruchten diese Subventionen nicht, werden öffentliche Arbeitsgelegenheiten bereitgestellt (1-Euro-Jobs). Für Langzeitarbeitslose ist grundsätzlich (fast) jede Arbeit zumutbar, ggf. sollen Arbeitslose also bis zu 30 % unter dem ortsüblichen Niveau arbeiten. Mittelfristig kann und soll die Ausbreitung von Niedriglöhnen und der Wegfall arbeitsrechtlicher Sicherungen das gesamte Tarif- und Effektivlohniveau ins Rutschen bringen.

Auch in ihrer Zuspitzung auf das Niedriglohnsegment überzeugt die neoliberale Strategie nicht. Bei den geförderten Stellen

handelt es sich kaum um zusätzliche Jobs. Vielmehr kommt es in erheblichem Umfang zu Mitnahme- und Verdrängungseffekten, wenn etwa Reinigungsdienste in Leiharbeit überführt und Busfahrer|innen oder Altenpflegerinnen als Ich-AGs eingestellt werden, geplante und schon bestehende sozialversicherungspflichtige Teilzeitarbeit in Mini- oder Midi-Jobs umgewandelt oder der notwendige Ausbau der sozialen Dienste mittels 1-Euro-Jobs umgangen wird. Zusätzliche Beschäftigungseffekte kann es nur geben, wenn die Arbeitgeber sich nicht einfach nur über niedrigere Kosten freuen, sondern tatsächlich merklich mehr Leute einstellen als geplant – aber warum sollten sie das ohne zusätzliche Nachfrage tun?

Im öffentlichen Bereich, wo die Beschäftigung getreu der neoliberalen Dogmatik schon seit Jahren schrumpft, werden die Niedriglohnjobs, vor allem die 1-Euro-Jobs, genutzt werden, um unabweisbare Bedarfe bei den sozialen Diensten zu decken. Dabei darf es – so die Fördervoraussetzungen – eigentlich weder zu einer Verdrängung von regulär Beschäftigten kommen, noch darf die Qualität des Erziehungs- und Bildungsangebotes darunter leiden. -Vorgaben, die angesichts von Dumpinglöhnen nichts als törichte Wünsche sein dürften. Falls es – wie etwa von Clement propagiert – tatsächlich gelänge, 600.000 Arbeitsgelegenheiten einzurichten, wäre das ein Fiasko für die reguläre Beschäftigung im öffentlichen Bereich und vor allem bei den sozialen Diensten.

Eigentlich sind die Humandienstleistungen, und vor allem die sozialen Dienste das Wachstumsfeld der Zukunft. Denn – u.a. seit die Hausfrauen ihre sozialen Dienste nicht mehr so umfassend und geräuschlos ableisten wie früher – braucht man qualifizierten und massenhaften Ersatz. Dieser ist nicht umsonst. Gleichwohl stellt die Politik die Weichen im öffentlichen Diskurs und in der Steuer- und Sozialpolitik nicht für einen menschenwürdigen Ausbau der sozialen Dienste. Vielmehr wird der ohnehin schon vorhandene Trend, die tatsächliche und die potenzielle Beschäftigung in diesem Bereich durch Niedriglohnkonkurrenz zu verdrängen und zu entwerten, durch Arbeitsförderung verschärft.

Die Entwicklung der letzten Monate zeigt denn auch, dass Ich-AGs und Mini-/Midijobs rapide zugenommen haben (Bundesagentur 2004). So ist allein die Zahl der Minijobs zwischen Ende März 2003 und März 2004 um knapp 1,4 Million angewachsen – ein Prozess, der sich danach noch beschleunigt fortsetzte. Gleichzeitig nahm die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung um gut 560.000 ab. Frauen stellen 2/3 der ausschließlich geringfügig Beschäftigten.

Aus frauenpolitischer Sicht bildet die Förderung des Niedriglohnsegments den negativen Kern der sog. arbeitsmarktpolitischen Reformen:

- Vor allem sozialversicherungspflichtige Teilzeittätigkeiten von Frauen, etwa in Handel und Gastgewerbe und bei den sozialen Diensten, dürften durch Mini- und Midi-Jobs sowie 1-Euro-Jobs ersetzt werden.
 - Bei den sozialen Dienstleistungen steht zu befürchten, dass sie als einfache Dienste abqualifiziert werden. Als Wachstums- und Beschäftigungsmotor fallen sie aus.
 - Die Qualität der sozialen Dienste lässt sich nicht sichern, wenn die Löhne hier abgesenkt werden. Nötig wäre für die Beschäftigten in diesem Bereich – ganz im Gegenteil – eine Aufwertung und Professionalisierung, für den Sektor insgesamt Ausbau und bessere finanzielle Ausstattung.
 - In Deutschland stellen Frauen bislang die große Mehrheit der Beschäftigten im Niedriglohnsegment. Der Ausbau dieses Sektors ist deshalb aller Voraussicht nach gleichbedeutend mit mehr Lohndiskriminierung.
- Fazit: Die Hartz-Gesetze sind für viele unmittelbar Betroffene ungerecht. Schlimmer ist, meine ich, dass sie Wachstum und Beschäftigung schädigen, eine zukunftsorientierte geschlechtergerechte Dienstleistungspolitik verhindern und die Verdienstunterschiede generell und zwischen den Geschlechtern auseinander driften lassen.

Was kommt nach der modernisierten Versorgung?

Das deutsche Geschlechterverhältnis lässt sich als modernisierte Versorgung charakterisieren (Birgit Pfau-Effinger 2000): Die Frauenerwerbsquote ist im Vergleich zu den skandinavischen Ländern und den USA niedrig, weil Mütter kleiner Kinder möglichst nicht, andere nur in Teilzeit erwerbstätig sein sollen (und meist auch sind). Institutionell abgesichert wird dieses Erwerbsmuster durch die Förderung der Versorgung in Einkommenssteuer- und Sozialsystemen sowie die Unterversorgung mit Humandienstleistungen. Allerdings steckt dieses Modell in einer schweren Krise: Erstens verhalten sich die Frauen schon seit Jahrzehnten nicht mehr modellgerecht; mehr als erwünscht wollen erwerbstätig sein oder sind es. Die zunehmende Erwerbsneigung der Frauen wurde vor allem in steigende Arbeitslosigkeit umgesetzt. Diese Problematik wird zweitens durch den Beitritt der DDR, die kaum Unterschiede zwischen männlichem und weiblichem Erwerbsmuster kannte, verschärft. Drittens führt der mangelhafte Konsens über die Versorgung – besonders in Zeiten der Massenerwerbslosigkeit – zu Geburtenrückgang, wenn Frauen, vor die Wahl zwischen Beruf und Kinder gestellt, vermehrt nicht das Mutterdasein, sondern Kinderlosigkeit wählen. Unter diesen Bedingungen verfehlt die Förderung der Versorgung ihre wichtigsten Ziele (die unentgeltliche Versorgung von

Kindern und Pflegebedürftigen; die Eindämmung des Erwerbsangebots; die Gewährleistung der ökonomischen Abhängigkeit der Frau vom Mann). Die dafür aufgewendeten, sehr umfangreichen finanziellen Mittel sind vielfach verschleudert, die Institution hat sich überlebt. Die Frage ist, welches Modell ihre Nachfolgerin wird. Durch die Agenda 2010 und die Hartz-Gesetze ist diese Frage vorerst abschließend geklärt worden. Entschieden ist jedenfalls, wohin die Reise nicht gehen soll: Nicht mehr in Betracht kommt das skandinavische Modell. Die rot-grüne Koalition hat gegen eine im traditionellen Sinne sozialdemokratische Reform des Geschlechter- und Wohlfahrtsregimes der Bundesrepublik votiert:

- Eine Geschlechterpolitik nach skandinavischem Vorbild ist auf eine wirksame keynesianische Beschäftigungspolitik und einen starken öffentlichen Sektor angewiesen. Mit den Hartz-Gesetzen aber wurde die aktive Arbeitsmarktpolitik, das letzte Überbleibsel der keynesianischen Beschäftigungspolitik in Deutschland, entsorgt. Die (regierende) Sozialdemokratie hat sich damit endgültig von Keynes, ihrem wirtschaftspolitischen Nestor nach Godesberg, abgewandt.

- Die neue Arbeitsmarktpolitik fördert vor allem Lohnunterbietungen und Verdrängungskonkurrenz bei den sozialen und öffentlichen Diensten. Ganz im Gegensatz dazu sind die Humandienstleistungen im skandinavischen Modell offensiv als Wachstums- und Beschäftigungsmotor eingesetzt worden. Das Ende der Versorgung bedeutet ja, dass erstens soziale und andere Dienste, die früher unbezahlte Hausfrauen verrichtet haben, unerledigt bleiben und dass zweitens zusätzliche Arbeitsplätze für eine steigende Zahl erwerbssuchender Frauen geschaffen werden müssen. Die Humandienstleistungen sind daher der Wachstumssektor der Zukunft oder könnten es sein, wenn zukunftsorientierte Dienstleistungspolitik und Wachstumspolitik verknüpft würden. Dass stattdessen unbezahlte Arbeitslose und working poor die Hausfrauenarbeit erledigen sollen, ist vielleicht die am weitesten in die Zukunft reichende Fehlentscheidung der sog. Reformer.

- Arbeitslosigkeit hat die Wirkung und vielleicht auch die Funktion, Lohnsenkungen durchzusetzen. Im wissenschaftlichen und politischen Raum gibt es die begründete Vermutung, dass eine ernsthafte keynesianisch orientierte Politik aus verteilungs- und gesellschaftspolitischen Interessen heraus nicht betrieben wird, so dass auf der Grundlage dauerhafter Massenerwerbslosigkeit ein sozialpolitischer Systemwechsel möglich wird¹. Das Wohlfahrtsstaatsmodell, in dessen Richtung die Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik steuert, ist das

wirtschaftsliberale. Im Gegensatz zum skandinavischen führt es zu einer größeren Lohnspreizung, sprich: einem größeren Niedriglohnsektor mit niedrigeren Löhnen, einem ausgedünnten öffentlichen Sektor und einem rissigen sozialen Netz.

Wirtschaftsliberale Modelle zeichnen sich – ähnlich wie das skandinavische – durch eine hohe Erwerbsintegration von Frauen aus; anders als dieses weisen sie aber wegen der hohen Lohnspreizung, solange Frauen in schlechter bezahlten Tätigkeiten überrepräsentiert sind, auch hohe Verdienstunterschiede zwischen den Geschlechtern auf (Francine D. Blau u.a. 2004). Frauen verlieren deshalb in diesem Modell, es sei denn, sie setzen ihre Interessen – wie in den USA – durch eine entschlossene Gleichstellungsgesetzgebung durch. In der gleichstellungsgesetzlosen BRD kommt möglicherweise die zunehmende Bildungsüberlegenheit des weiblichen Geschlechts qualifizierten Frauen zugute. Wahrscheinlicher aber ist, dass das deutsche Geschlechterverhältnis sich im nächsten Jahrzehnt, gemessen am gesamtwirtschaftlichen Verdienstunterschied, zum Schlechteren wandeln wird.

spw 3 / 2005

Literatur

- Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (2004): Memorandum 2004, Beschäftigung, Solidarität und Gerechtigkeit – Reform statt Gegenreform, Köln
- Blau, Francine/Ferber, Marianne/Winkler, Anne (2002): *The Economics of Women, Men and Work*, 4. Aufl., Upper Saddle Hill: Prentice Hall
- Bofinger, Peter (2004): *Wir sind besser, als wir glauben. Wohlstand für alle*. München u. a.
- Bundesagentur für Arbeit (2005): Monatsbericht Januar 2005; im Internet unter www.arbeitsagentur.de
- Bundesagentur für Arbeit (Dezember 2004): Mini- und Midi-Jobs in Deutschland, im Internet unter www.arbeitsagentur.de
- Heise, Arne (2003): *Dreiste Eliten*, Hamburg
- Knapp, Ulla (2004): Die neuen Gesetze am Arbeitsmarkt aus frauenpolitischer Sicht, discussion paper des Fachgebiets Volkswirtschaftslehre der Hamburger Universität für Wirtschaft und Politik; im Internet unter www.hwp-hamburg.de
- Knapp, Ulla (2004/2): Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik, discussion paper des Fachgebiets Volkswirtschaftslehre der Hamburger Universität für Wirtschaft und Politik, im Internet unter www.hwp-hamburg.de
- Müller, Albrecht (2004): Die Reformpläne, München 2004
- Neuregelungen zur Arbeitsförderung laufend unter z. B. www.sozialpolitik-aktuell.de; www.arbeitnehmerkammer.de; www.tacheles-sozialhilfe.de; aus der Sicht der Bundesregierung: www.bmwa-bund.de
- Pfau-Effinger, Birgit (2000): *Kultur und Frauenerwerbstätigkeit in Europa. Theorie und Empirie des internationalen Vergleichs*, Opladen
- Rudolph, Helmut (2004): *Arbeitsmarkt-Reformen 2005. Aktualisierte Schätzungen zum Start von ALG II*. IAB-Kurzbericht Nr. 11 vom 23. 11. 2004
- Schulte, Jan (2004): *Arbeitslosengeld II und Arbeitslosenhilfe: Gewinner und Verlierer. Eine Schätzung der Nettoeinkommenseffekte von Hartz IV*. Diskussionspapier des Instituts für öffentliche Finanzen und Sozialpolitik/FU Berlin vom 6. 12. 2004; im Internet unter www.fu-berlin.de
- Sinn, Hans-Werner/Holzner, Christian/Meister, Wolfgang/Ochel, Wolfgang/Werding, Martin (2002): *Aktivierende Sozialhilfe – Ein Weg zu mehr Beschäftigung und Wachstum*, in: *ifo-Schnelldienst* 55, Sonderausgabe 9/2002

Eigenverantwortung auch für Frauen?

Hartz IV im Spannungsfeld zwischen Individualisierung und Zwangsvergemeinschaftung

Von Sabine Berghahn und Maria Wersig

Einleitung

Mit der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe zum neuen „Sozialgesetzbuch II – Grundsicherung für Arbeitsuchende“ zum 1.1.2005 wurde die Schnittstelle von Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik in Deutschland grundlegend neu gestaltet. Der Titel ist Programm: Gesichert wird das Existenzminimum, aber nicht jeder/r Arbeitslose soll Leistungen erhalten, sondern nur, wer Arbeit *sucht*. Die Verantwortung für die Arbeitslosigkeit wird durch das Prinzip des „Förderns und Forderns“ weitgehend auf die Individuen übertragen: Aspekte dieser Individualisierung sind die umfassend eingeforderte Suche nach Arbeit und die Verpflichtung zur Ausübung *jeder* Arbeit. Das Fordern ist bei Nichtbefolgung mit entsprechenden Sanktionen (Kürzung der Leistungen) bewehrt, das Fördern ist dagegen jeweils als „Kann“-Bestimmung ausgestaltet, lässt den „Jobcentern“ also einen breiten Ermessensspielraum. Das Lebensstandardprinzip der Arbeitslosenhilfe (die Leistung betrug 57% bzw. 53% des früheren Nettoeinkommens) wurde zugunsten der bloßen Sicherung des sozio-kulturellen Existenzminimums (ähnlich der bisherigen Sozialhilfe) abgeschafft. Die umfassende Verpflichtung zur Suche nach bezahlter Arbeit, verbunden mit der Begrenzung der Geldleistung auf die Grundsicherung, wird vielfach als Systemwechsel von der Stattsicherung zur Eigenverantwortung verstanden. Richtet sich die Forderung nach Eigenverantwortung aber wirklich an alle Arbeitslose? Und ermöglicht das System sie ihnen auch? – Eigenverantwortung, so unsere These, wird im deutschen System der sozialen Grundsicherung – jedenfalls bei zusammenlebenden Erwachsenen – als Eigenverantwortung von (Zwangs-)Gemeinschaften, nicht Individuen, interpretiert. Diese Vergemeinschaftung von Menschen basiert auf veralteten Vorstellungen von geschlechtsspezifischer Rollenverteilung und verwehrt in der Folge gerade Frauen den gleichberechtigten Zugang zu einer eigenständigen Existenzsicherung.

Entgegen der Rhetorik des Strukturumbruchs und der Beteuerung, dass nunmehr alle „erwerbsfähigen“ Personen in die Erwerbsförderung einbezogen werden sollen, finden sich auch im neuen Sozialgesetzbuch II deutliche Elemente des „männlichen Ernährermodells“ wieder. Obwohl formal die Rechts- und Sozialordnung geschlechtsneutralisiert wurde, sind in der spezifischen Konstruktion der Schnittstellen des Unterhaltsrechts mit dem Arbeitsrecht, dem Steuerrecht und dem Sozialrecht Steuerungsimpulse in Richtung auf das männliche Ernährermodell angelegt (Berghahn 2004a). Das heißt, dass die Rechtsordnung immer noch davon ausgeht, dass ein (in der Regel männlicher, verheirateter) Normalarbeitnehmer den Großteil des Haushaltseinkommens verdient und das Erwerbseinkommen der anderen Person, meist der (Ehe-)Partnerin, allenfalls als Zuverdienst für die Familie dient. Dem zugrunde liegt die Vorstellung, dass der Großteil ihrer Arbeit unbezahlt im Haushalt erfolgt und auch erfolgen soll. Daher wird bei Ehepaaren das „Ernährereinkommen“ steuerlich privilegiert und das „Zuverdiensteinkommen“ steuerlich abgewertet (durch die ungünstige Lohnsteuerklasse V und den Splittingtarif). Auch die Systeme der Sozialversicherung sind auf die Risiken des männlichen Normalarbeitnehmers ausgerichtet. Fehlende Betreuungseinrichtungen für Kinder und andere Anreize für Teilzeitbeschäftigung (z.B. Minijobs) tun ein Übriges, um Frauen auch heute noch die eigenständige Existenzsicherung durch Erwerbsarbeit zu erschweren. Im Bereich der sozialen Grundsicherung sind ebenfalls Elemente dieses Ernährermodells zu finden. Diese liegen darin, dass bei den Leistungen der sozialen Grundsicherung die Bedürftigkeit des Betroffenen geprüft wird, dabei mindern eigenes Einkommen, darunter auch empfangene Unterhaltszahlungen, sowie Vermögen der Antragstellerin oder des Antragstellers die Bedürftigkeit, aber ebenso Einkommen und Vermögen des Partners oder der Partnerin.

Der Vorrang privater Versorgung vor staatlicher Grundsicherung

Die Vorrangigkeit anderweitiger Versorgung (Subsidiaritätsprinzip) ist wie in der bisherigen Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe auch ein Prinzip des neuen SGB II. Wer über Einkommen bzw. anzurechnendes Vermögen verfügt, gilt nicht als hilfebedürftig und erhält kein Arbeitslosengeld II. Ehegattensubsidiarität bedeutet, dass bei der Bedürftigkeitsprüfung das Einkommen des Partners mit herangezogen wird – Personen mit einem erwerbstätigen oder vermögenden Partner (in der Regel Frauen) werden demzufolge oft auf den Partner verwiesen und erhalten gekürzte oder keine Sozialleistungen. Die Sozialreformen der „Agenda 2010“ haben im Bereich der bedarfsgeprüften Sozialleistungen eine immer konsequentere Vergemeinschaftung von (Ehe-)Paaren durch das Prinzip der „Ehegattensubsidiarität“ betrieben.

Diese Subsidiaritätsregeln gelten nicht nur für EhepartnerInnen, sondern aufgrund der verfassungsrechtlichen Interpretation des Schutzgebotes von Art. 6 Abs. 1 GG (Schutz von Ehe und Familie) auch für „eheähnliche“ Formen von Partnerschaften (Berghahn 2004b). Die traditionelle Auslegung des Schutzgebotes lehnt eine Schlechterstellung der Ehe gegenüber anderen Lebensformen als verfassungswidrig ab. Deshalb müssen nichtehelich zusammenlebende Paare auch die Lasten der Ehe (wie die Anrechnung von Partnereinkommen im Sozialrecht) erfahren, ohne von den Rechten der Ehe zu profitieren. Auch homosexuelle eingetragene LebenspartnerInnen sind von der Anrechnung von Partnereinkommen betroffen. Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Urteil zum Lebenspartnerschaftsgesetz 2002 (Urteil vom 17. Juli 2002, Az: 1 BvF 1/01, 1 BvF 2/01, in: NJW 2002, S. 2543-2552) darauf hingewiesen, dass eine Privilegierung der Lebenspartnerschaft in diesem Punkt einen Verstoß gegen das Benachteiligungsverbot des Art. 6 Abs. 1 GG darstellen würde. Nicht institutionalisierte homosexuelle Paare bleiben dagegen (im Gegensatz zu eheähnlichen heterosexuellen Paaren) von der Anrechnung von Partnereinkommen verschont. Dies ist ein Umstand, der die Frage nach einem möglichen Verstoß gegen den Gleichbehandlungsgrundsatz (Art. 3 Abs. 1 GG) aufwirft und die Gleichbehandlung der hetero-

Foto: Christian Kiel (Berlin)



sexuellen Paare bei den Lasten der Ehe (unabhängig von der Rechtsform der Beziehung) als überholte Orientierung an der Institution Ehe darstellt, möglicherweise aber deshalb ins Wanken bringt (Berghahn/Wersig 2005 a und b).

Im Zuge der Arbeitsmarktreformen wurde die Subsidiarität schrittweise ausgebaut: die Anrechnung von Partnereinkommen in der Arbeitslosenhilfe wurde bereits zum 1. Januar 2003 verschärft. Der Mindestfreibetrag des Partners/der Partnerin der Arbeitslosenhilfe beziehenden Person wurde von 602,92 Euro im Monat um 20 % auf 482,34 Euro reduziert. Vorher konnten die arbeitslosen Personen mit ihrer Arbeitslosenhilfe immer noch einen Beitrag zum Einkommen der Familie leisten, ebenso blieben Teilzeit-Erwerbseinkommen von PartnerInnen der Arbeitslosenhilfe beziehenden Personen in der Regel anrechnungsfrei. Im Bereich des Arbeitslosengeldes II trat ab 2005 eine noch strengere Anrechnungsmethode in Kraft, die diese Konstellationen inzwischen beinahe ausschließt. Im neuen SGB II werden Individuen auch sprachlich nur noch als „Bedarfsgemeinschaften“ erfasst. Sobald das Einkommen eines Partners ausreicht, den (gesetzlich festgelegten) Bedarf der in der Bedarfsgemeinschaft zusammengefassten Personen zu sichern, gelten die anderen Personen insoweit nicht mehr als bedürftig. Die Regelsätze des ALG II sind ohnehin knapp bemessen: Für Bedarfsgemeinschaften mit zwei Mitgliedern über 18 Jahren beträgt der Regelsatz pro Person 311 Euro (West) bzw. 298 Euro (Ost), plus eventuelle Zuschläge, z.B. wegen Mehrbedarfs. Besonders Paare ohne Kinder sind die größten Verlierer der Reform, 80% von ihnen müssen nach der Reform mit weniger Geld auskommen (Schulte 2004, S. 6). Das bedeutet, dass überwiegend Frauen keine Leistungen (auch keine Sozialversicherungsbeiträge) und keine Eingliederungshilfen (Vermittlung, Qualifizierung, Beschäftigungsförderung) erhalten werden. Nach Schätzungen des DGB werden ca. zwei Drittel der

fängerInnen mit ihrem „Ernährer“ nicht verheiratet, ergeben sich Folgeprobleme, da ihnen die Familienversicherung der Kranken- und Pflegeversicherung nicht offen steht und zusätzliche Beiträge anfallen. Zusammenfassend kann man sagen, dass sich Ehepaare oder eheähnlich zusammenlebende Paare im neuen System der Grundsicherung für Arbeitsuchende mit erheblichen Solidaritätserwartungen des Staates konfrontiert sehen. In einer Partnerschaft lebende Erwerbstätige haben die Verpflichtung, nach Sicherung des eigenen Existenzminimums auch die Partnerin/den Partner zu versorgen. Auf der Ebene des Existenzminimums ist die Ernährerehe weiterhin das Leitbild. Dadurch ergibt sich faktisch, dass Existenzsicherung und Eigenverantwortung nicht für die einzelnen Erwerbsbürgerinnen und -bürger gedacht ist, sondern für in Ehen (oder „eheähnlich“) vergemeinschaftete Paare. Die Folgen dieser Politik für die Existenzsicherung und Arbeitsmarktintegration von Frauen werden im Rahmen der offiziellen regierungsamtlichen Arbeitsmarktpolitik entgegen dem Grundsatz des Gender Mainstreaming nicht in den Blick genommen.

Ehegattensubsidiarität, Geschlechtervertrag und „Hilfe zur Selbsthilfe“

Das Subsidiaritätsprinzip so weitgehend anzuwenden, widerspricht den regierungsamtlichen Forderungen nach Eigenverantwortlichkeit, Individuen werden vielmehr in eine gegenseitige Solidarität gezwungen. Der abhängige Teil, meist die Frau, hat kaum Chancen, dieser Situation zu entfliehen und ihre längerfristigen Sicherungsnachteile später zu kompensieren. Woher diese Solidarität stammt, ob und warum sie voraussetzen ist, bleibt dabei unklar. Der wirtschaftliche Einspareffekt bei einem gemeinsamen Haushalt kann so weitgehende Einstandspflichten zweifellos nicht rechtfertigen, andere Legitimierungsversuche, die aus dem „Wesen der Ehe“ abgeleitet werden, sind fragwürdig. Subsidiarität als In-

strument der Politik ist keine neue Idee, sondern hat in Deutschland eine lange Tradition. Die Katholische Soziallehre, die den deutschen Sozialstaat wesentlich mitgeprägt hat, dachte Solidarität immer mit Subsidiarität als Einheit. In diesem Cocktail mit dabei war aber auch immer der „Geschlechtervertrag“ des 19. Jahrhunderts: Versorgung der Ehefrau und Kinder durch das Erwerbseinkommen des Mannes, Haus- und Familienarbeit als Gegenleistung der Frau.

Dieses starre Rollengefüge gehört heute nicht mehr zum Leitprogramm von Staat und Gesellschaft in Deutschland. Auch das Bundesverfassungsgericht hat in seiner „Arbeitslosenhilfeentscheidung“ von 1992 (BVerfG, Urteil vom 17.11.1992 – 1 BvL 8/87, in: NJW 1993 S. 643-647) die Abkehr vom „Zwang zur Einverdienerehe“ in der Bemessung der Freibeträge bei der Anrechnung von Partnereinkommen gefordert. Das war zwar auf die Anknüpfung der Arbeitslosenhilfe an das frühere Erwerbseinkommen bezogen, die durch den Systemwechsel entfallen ist, entspricht aber dennoch modernen Auslegungen einer „tatsächlichen Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern“ (Art. 3 Abs. 2 Satz 2 GG) in der Existenzsicherung. Das gilt auch für eine „Grundsicherung“, wenn diese das in der Regel strukturbedingte Schicksal der Langzeitarbeitslosigkeit betrifft. Eine Politik, die die traditionelle Rollenverteilung nicht mehr im Hinterkopf hat, sollte andere Formen der Solidarität als die partnerschaftliche (Zwangs)Solidarität in Form von Ehegattensubsidiarität fördern.

Da sich die Institution Ehe seit der Blütezeit der Katholischen Soziallehre weiterentwickelt hat, lässt sich heute die eheliche Gemeinschaft – und erst recht die nichteheliche Gemeinschaft – nicht mehr bedingungslos zu Lasten des Individuums heranziehen, um den Staat vom Organisations- und Finanzierungsaufwand der Existenzsicherung zu entlasten. Letztlich widerspricht die Zwangsvergemeinschaftung von gleichberechtigten erwachsenen Individuen der „Hilfe zur Selbsthilfe“, die ein Kerngedanke der Katholischen Soziallehre war und ist. Dieser Sozialethik geht es schließlich auch darum, dass die kleinere private Gemeinschaft nicht durch den übermächtigen Staat bevormundet werde. Heute aber besteht die Gefahr, die mit der Ehegattensubsidiarität verbunden ist, darin, dass Frauen (und bisweilen auch Männer) unter dem Zwang des abgebauten Sozialstaats und der verknappten Mittel zur aktiven Wiedereingliederungsförderung beim Arbeitslosengeld II (- wie auch schon zuvor bei der Arbeitslosenhilfe, nur in höherem Maße -) aus dem Leistungsbezug und damit faktisch aus der Wiedereingliederungsförderung verdrängt werden, so dass sie dann – ohne jegliche Finanzmittel – dauerhaft

der persönlichen Abhängigkeit von ihren Lebenspartnern ausgeliefert sind. Damit wird das Gegenteil von „Hilfe zur Selbsthilfe“ bewirkt, nämlich die Exklusion aus dem System eigenständiger erwerbsbasierter Sicherung. Damit dies nicht geschieht, müsste Subsidiarität fortgeschrieben werden: Heute kann also nicht mehr das Ehepaar oder eheähnliche Paar, vielmehr muss das Individuum als kleinste private Einheit gelten, der „Hilfe zur Selbsthilfe“ zu gewähren ist.

Gefordert ist also ein kollektiv organisiertes und durch konsequente Individualisierung der Ansprüche geschlechterdemokratisch ausgestaltetes System der sozialen Absi-

cherung, auch der Grundsicherung bei Erwerbslosigkeit. Nur so lässt sich der Rückfall in die Geschlechterverhältnisse des 19. Jahrhunderts vermeiden.

spw 3/2005

Literatur

Berghahn, Sabine (2004a): Der Ehegattenunterhalt und seine Überwindung auf dem Weg zur individualisierten Existenzsicherung. In: Wohlfahrtsstaat und Geschlechterverhältnis im Umbruch: Was kommt nach dem Ernährermodell? (Hrsg. Ostner, Ilona/ Leitner, Sigrid/ Schratzenstaller, Margit) Wiesbaden, 2004, S. 105-131.

Berghahn, Sabine (2004b): Ist die Institution Ehe eine Gleichstellungsbarriere im Geschlechterverhältnis in Deutschland?, In: Verharrender Wandel. Institutionen und Geschlechterverhältnisse. (Hrsg. Oppen, Maria/Simon, Dagmar) Berlin, 2004, S. 99-138.

Berghahn, Sabine/ Wersig, Maria (2005a): Keine Einkommensanrechnung bei Ehen ohne Trauschein! – Das Sozialgericht Düsseldorf problematisiert die Zwangsvergemeinschaftung heterosexueller Paare, Download (Stand:26.4.05) unter: <http://www.fu-berlin.de/ernaehrermodell/sozialgericht.pdf>.

Berghahn, Sabine/ Wersig, Maria (2005b): Homoeheähnlich. In: Blätter für deutsche und internationale Politik. Heft 5/05, S. 528-531.

Schulte, Jan (2004): Arbeitslosengeld II und Arbeitslosenhilfe: Gewinner und Verlierer. Eine Schätzung der Nettoeinkommenseffekte von Hartz IV. In: Diskussionsbeiträge des Fachbereichs Wirtschaftswissenschaft der Freien Universität Berlin Nr. 2004/29, Volkswirtschaftliche Reihe, Download (Stand:26.4.05) unter: http://www.wiwiss.fu-berlin.de/files/K6UAD7B/discpaper29_04.pdf.

Eigenverantwortlich in die Marktradikalität

Beispiele aktivierter Arbeitsbürger

Von Alexandra Manske

„Die Mittelschicht kennt vielleicht die Angst (vor dem sozialen Abstieg, A.M.). Die Unterschicht lebt mit den Konsequenzen.“ (FAZ am Sonntag, 06.03.05, S. 25), so schrieb unlängst die FAZ am Sonntag. Sie stimmt somit in den Kanon ein, der das Feuilleton seit Hartz IV beherrscht. So bedenkenswert diese Meldung ist – sie verkürzt soziale Verhältnisse auf industriegesellschaftliche Muster, die in dieser Polarität nicht mehr existieren. Ein Beispiel für neue soziale Distinktionslinien jenseits traditioneller Statusgrenzen sind Solo-Selbständige, sogenannte Free Lancer. Sie stammen sowohl aus der gut qualifizierten, sozialen Mittelschicht als auch aus benachteiligten Milieus. Ihre absolute und relative Anzahl wächst beständig. Zwar sind ihre Tätigkeitsfelder und die individuelle Ressourcenausstattung äußerst heterogen; doch stimmt ihre soziale Lage darin überein, dass sie im besonderen Maße auf eine eigenverantwortliche, soziale Absicherung angewiesen und in ihren sozialen Rechten auf ähnliche Weise depriviert sind. Allerdings scheinen die politischen Akteure in diesem erwerbsstrukturellen Wandel keinen sozialpolitischen Handlungsbedarf zu sehen und be-

quemten sich nur zu „perspektivlosem Zapfen“ (Offe 2003), wie sich am von Widersprüchen durchzogenen, sozialstaatlichen Umbau zeigt.

Dieser Beitrag beleuchtet gleichwohl einige, bereits sichtbare Folgekosten einer neu justierten, sozialen Absicherungslogik, die auf eine steigende Eigenverantwortung setzt – wobei *Eigenverantwortung* eine Privatisierung sozialer Risiken und gesellschaftlicher Kosten beschreibt, entkleidet man sie der gelegentlich gepflegten, euphemistischen Konnotation. „Folgekosten“ meint, dass sich neue gesellschaftliche Teilhabemuster heraus kristallisieren. So ist die soziale Existenz von Solo-Selbständigen aus wohlfahrtsstaatlichen Arbeitsmarktprozessen heraus gelöst und steht somit außerhalb erwerbsbezogener Sicherungssysteme sowie außerhalb traditioneller arbeitspolitischer Strukturierung von Erwerbsverhältnissen. Kurz, sie leben weitgehend abseits sozialstaatlicher Bezugssysteme und erwirtschaften materielle sowie institutionelle Teilhabe markt- oder personenabhängig. Solche neuen Abhängigkeiten, wie sie für die solo-selbständige Erwerbsgruppe, aber auch für Be-

schäftigte des Niedriglohnssektors gelten, deuten insoweit auf einen Neuzuschnitt von gesellschaftlicher Teilhabe hin, als die Frage der materiellen, institutionellen sowie kulturellen Teilhabe am gesellschaftlichen Leben (Kronauer 2002) für immer mehr Gesellschaftsmitglieder zur marktabhängigen Privatsache wird. Ein wesentlicher und stratifizierender Effekt privatisierter gesellschaftlicher Teilhabe ist, dass die soziale Lage wieder stärker von der jeweiligen Erwerbsteilhabe geprägt wird. Diese ihrerseits erlaubt im steigenden Maß keine eigenständige Existenzsicherung und verweist die Betroffenen folglich auf private und/oder sozialstaatliche Transfereinkommen.

Nach einem Überblick über die quantitative Entwicklung solo-selbständiger Erwerbsformen in den 90er Jahren werde ich eigenverantwortlich agierende Arbeitsbürger anhand aktueller empirischer Befunde vorstellen (vgl. Manske 2005 b, c). Hier geht es um gelebte Eigenverantwortung am Beispiel von hochqualifizierten, solo-selbständigen Webdesignern. Von Interesse ist, warum sie in ein schwach bürokratisiertes Feld wie die Internetindustrie einsteigen, mit welchen Risiken eine radikal marktabhängige Existenz behaftet ist und welche Schlussfolgerungen sich daraus für Prozesse gesellschaftlicher Teilhabe aufdrängen.

Foto: Christian Kiel (Berlin)



Neue Selbständige als arbeitsmarktpolitisches Entlastungspotenzial

Seit bald zwei Dekaden stammen Beschäftigungszuwächse vorwiegend aus den Randgebieten von „Normalarbeit“ (Bögenhold/Leicht 2000). Sie, sowie die signifikanten Strukturveränderungen beruflicher Selbständigkeit, verändern sukzessive das Gesicht des deutschen Arbeitsmarktes. Während der Zuwachs an Arbeitgeber-Selbständigen seit Mitte der 90er Jahre stagniert, steigt der solo-selbständige Erwerbsanteil seit Beginn der 90er Jahre kontinuierlich und seit Mitte der 90er Jahre sprunghaft an: Von den im Jahr 2002 rund 3,65 Mio. Selbständigen in Deutschland arbeiten knapp 50% alleine und stellen ca. 5% aller Erwerbstätigen (Leicht/Philipp 2005). Wachstumsbranchen sind vor allem wirtschaftsnahe Beratungsdienste sowie noch stärker personenbezogene Dienstleistungen; sie machen 4/5 des Gesamtwachses aus. Bis vor kurzem galt, dass Solo-Selbständige überdurchschnittlich qualifiziert sind und ein Drittel von ihnen einen Hochschulabschluss aufweist; indes zeigen neueste Untersuchungen, dass sich das Qualifikationsprofil wandelt und der Anteil jener ohne beruflichen Abschluss ansteigt (ebenda). Der steigende Anteil von Einfach- und Niedriglohnstätigkeiten wie Imbissbudenbesitzer u.ä. scheint neben der verfestigten Massenarbeitslosigkeit auch mit politischen Anreizstrukturen zusammen zu hängen, die auf einen Ausbau des abhängigen wie selbständigen Niedriglohnsektor setzen, wie etwa die „Ich-AG“ (Manske 2005a). Niedriglohnstrategien sind jedoch nicht nur zweifelhafte arbeitsmarktpolitische Instrumente; sie gehen auch am Absicherungsbedarf dieser neuen Erwerbsgruppen vorbei. Denn Solo-Selbständige werden realpolitisch über einen Kamm geschoren und stellen, egal ob hoch- oder niedrigqualifiziert, ein arbeitsmarktpolitisches Entlastungspotenzial dar, indem sie zur kurzfristigen Entlastung der Sozialversicherungssysteme beitragen. Mehr noch: Die derzeitige

politische Praxis untermauert prekäre Lebenslagen, indem sie zur Aufnahme nicht-existenzsichernder Erwerbsarbeit animiert. So sind die Verdienste in den Erwerbssegmenten mit niedrigen Eintrittsbarrieren, d.h. in den radikal marktregulierten Bereichen auch bei einer wöchentlichen Arbeitszeit von bis zu 50 Stunden mit um die 1.000 Euro netto/Monat oder weniger

vergleichsweise niedrig (Leicht/Philipp 2005).

Der politisch geforderte Unternehmergeist scheint sich jedenfalls zunehmend in potenziell prekären und in niedrig qualifizierten Branchen zu entfalten, von denen nach aller – auch internationalen – Erfahrung keine arbeitsmarktpolitischen Impulse ausgehen. So festigen entsprechende politische Anreizstrukturen zum einen hergebrachte soziale Ungleichheiten wie das Zuverdienermodell und tragen zum anderen sowohl zu einer sozialstrukturellen Polarisierung bei als auch zu einer sozialstaatlichen Ausgrenzung von leistungsorientierten Hochqualifizierten. Folglich müssen wir uns wohl mit dem Phänomen der „working poor“ vertraut machen, wie auch der aktuelle Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung andeutet. Denn wer einmal in den Niedriglohnsektor gerät, hat gute Chancen, auch die nächsten drei Jahre eine gering entlohnte Erwerbsarbeit zu verrichten, insbesondere bei geringem Qualifikationsniveau (Schupp/Birkner 2004).

Prekarisierung auf hohem Niveau

Verlassen wir nun die arbeitsmarktpolitische Ebene und wenden uns der sozialen Praxis zu:

„Ich hab einfach den Vorteil, dass Mama dahinter steht ... Also, ohne ging's vermutlich nicht. Oder streich das vermutlich, ohne ging's nicht. (weiblich).“

So fasst eine 31-jährige Webdesignerin ihre Lebenslage als gleichermaßen prekär und privilegiert zusammen. Das Zitat stammt aus einer qualitativen Fallstudie in der Internetindustrie, welche zwischen 2001 und 2002 in Berlin erhoben wurde. Exemplarisch bringt sie auf den Punkt, dass Verwandtschaftsbeziehungen zu einem spezifischen sozialen Kapital werden, welche die Risiken eigenverantwortlich agierender Arbeitsbürger privat ausgleichen, denn im Zweifel ist „Mama“ ihre finanzielle Stütze. Die Webdesignerin produziert Internet-Dienstleistungen, in denen Beratungstätig-

keiten zur Internet-Nutzung sowie produktionsbezogene als auch konsumorientierte Dienstleistungen in Form von Websites erbracht werden und im World Wide Web erscheinen. Sie ist diplomierte Medienwissenschaftlerin und seit 2000 als Free Lancer in der Internetindustrie tätig. Ihr Arbeitstag beruht auf projektförmiger Arbeit, kurzfristigen Deadlines und extremen Arbeitsamplituden, unberechenbare Kundenanforderungen sowie auf informellen Konkurrenzverhältnissen.

„Die Befragten sind typische Vertreter ihrer „Zunft“. Teils haben sie einen Hochschul- oder Fachhochschulabschluss in z.B. Architektur, teils sind sie Studienabbrecher, einige absolvierten eine vom Arbeitsamt finanzierte Weiterbildung zum „Screendesigner“. Ihre Berufserfahrungen sind unterschiedlich und reichen vom Berufseinstieg bis zu zehn Jahren Erwerbserfahrung. Gut die Hälfte der Interviewten lebt in einer festen, aber überwiegend kinderlosen Beziehung. Ihr Verdienst beträgt 10.000 – 30.000 Euro/Jahr.“

Wegen der informellen Strukturen lässt sich die Anzahl der Beschäftigungsverhältnisse nicht genau beziffern. Schätzungen gehen für 2002 von ca. 70.000 bis 150.000 Web-Workern aus (Mayer-Ahuja/Wolf 2004) und davon, dass ca. 65.000 WebWorker solo-selbständig sind, also ungefähr die Hälfte (Vanselow 2002). Augenfällig ist, dass neue Erwerbs- und Arbeitsformen mit industriegesellschaftlichen Ordnungsmustern kollidieren.

WebWorker sind kategorisch ausgeschlossen aus traditionellen, sozialen Sicherungsinstitutionen. Als soziales Sicherungsprinzip bleiben zwei Varianten. Zum einen die private Absicherung, welche sich die Mehrheit der Interviewten nicht leisten kann. Zum anderen bleibt die kostengünstigere Künstlersozialkasse (KSK), die jedoch WebWorker nicht als Kunst- und Kulturschaffende anerkennt. Deshalb müssen sie sich entweder in die KSK „reintricksen“, sich in einen Rechtsstreit begeben und/oder ihre sozialstaatliche Teilhabe marktabhängig erwirtschaften.

WebWorker gehören insgesamt zu jener wachsenden Gruppe, die Bildungstitel nicht herkömmlich umsetzen kann (vgl. Müller 1998). Sie befinden sich in einem sozialen Zwischenraum zwischen drohendem sozialen Abstieg und „laufbahngerechter“ Positionierung (vgl. Bourdieu 1987: 190f.) und daher in einem Spannungsfeld von Privilegierung und Prekarisierung: Ist ihre materielle Existenz oftmals und ihre institutionelle Teilhabe kategorisch prekär, sind sie aufgrund ihres hohen Bildungsniveaus und damit verknüpfter Kulturkompetenzen vergleichsweise privilegiert. So balancieren sie auf einem im Bourdieu'schen Sinne (ders. 1983) vergleichsweise kapitalstarken Grat. Ihre soziale Lage ist insofern privile-

giert, als die Betroffenen die Privatisierung sozialer Risiken bis zu einem gewissen Grad eigenverantwortlich ausgleichen und ihre Lebensführung vergleichsweise souverän steuern können.

Während die Tore der Internetindustrie in der Expansionsphase zwischen 1998 und 2000 weit offen standen, folgte auf den Zusammenbruch der New Economy in 2000/1 eine schnelle Konsolidierungsphase, die vor allem eine Schrumpfungphase war: Das Feld unterliegt einer marktlichen Radikalisierung. Aufträge sind rar, der Verdrängungswettbewerb hat sich verstärkt, die Verdienstmöglichkeiten sind gefallen, inhaltliche Profile differenzierten sich, führten zu stärker konturierten Aufgabenkomplexen und verschärften wiederum die Konkurrenzverhältnisse. War Webdesign anfangs eine relativ undifferenzierte Tätigkeit und beruhte weitgehend auf einer Programmiersprache (HTML), differenzierten sich durch die technische Entwicklung bald inhaltliche Aufgabenprofile aus und verschärften wiederum die Konkurrenz. Das Ergebnis ist ein verschärfter Verdrängungswettbewerb bei sinkenden Preisen. Er spiegelt sich auch in Vormachtkämpfen über die Bedingungen legitimer Teilhabe am Feld wider. In diesen Positionskämpfen wird ausgefochten, was Webdesign „wirklich“ ist (Kunst oder Technik?), wer legitimiert ist teilzuhaben und was als Legitimationsnachweise zählt – Zertifikate sind es nicht, sondern Portfolios sowie der Ruf und die inhaltliche und formale Spezialisierung. So zeigt sich etwa, dass diejenigen, die sich eher als Künstler verstehen und sich auf die Erstellung künstlerischer und kulturbezogener Webseiten kaprizieren, ein vergleichsweise geringes Einkommen erzielen.

Die Teilnahme an der Internetindustrie wird konkurrenzer und aufwändiger, sodass die Möglichkeiten auf eine eigenständige Existenzabsicherung geschwächt werden. Zudem wird die existenzielle Erwerbsabhängigkeit subjektiv auch deutlicher erfahrbar. Warum also machen die Befragten das mit?

„Sich auf sich selbst verlassen“ vs. brutale Existenzängste

Einerseits sind die Akteure angetrieben von der Idee, ihre Arbeits- und Lebensverhältnisse selbstbestimmt und flexibel zu gestalten. Andererseits ist ihr Erwerbsverlauf häufig von der Befürchtung oder Erfahrung gerahmt, ihre Qualifikationen nicht in eine entsprechende soziale Position umsetzen zu können. So weisen die Befunde auf zweierlei Motive hin, die sich in folgender Einstellung treffen: Auf traditionelle soziale Sicherheiten zu setzen, halten die Befragten für „blauäugig“ und verlassen sich nur mehr auf sich selbst. Zwar seien damit höhere Risiken, doch zugleich auch größere Unabhängigkeiten verbunden. Auf eigene Faust, d.h. als Free Lancer in der Internetindustrie wollen sie potenziellen Abstiegsrisiken entgehen. So seien Zeiten angebrochen, in denen man zusehen muss, wo man bleibt –

so ließe sich Eigenverantwortung in Alltagssprache übersetzen, wie die Interviewte P. ausführt.

„Ich glaub, so die Zeiten, dass man ne Ausbildung macht und denn bis ins Rentenalter am selben Bankschalter oder in derselben Fleischerei hockt, das ist sowieso gegessen. Tja, dann macht man halt 5, 6 andere Sachen vielleicht. Ich glaube, das ist eh so der Weg, wo es hingehen wird... Und deshalb sage ich mir, wenn ich alleine freiberuflich arbeite, dann bin ich wenigstens auf niemanden angewiesen. ... Aber mir hat das auch echt Spaß gemacht mit dem Web. Ja, und dann bin ich eben dabei geblieben. (weiblich).“

Allerdings kann sich auch diese Interviewte im Zweifelsfall auf „Mama“ verlassen und individualisierte Risiken privat glätten. Gleichwohl gehören Existenzängste für viele Interviewte zum Alltag. In unterschiedlichen Berufsphasen und Lebensformen werden sie auf zum einen private und zum anderen sozialstaatliche Transferleistungen verwiesen. Je nachdem, zu was für einem Versorgungspaket die Einzelnen ihre familiäre Bande schnüren können, greift ein familiäres Sicherheitsnetz als ökonomisierbares soziales Kapital. Dass der Wunsch nach Selbstbestimmung und soziale Deklassierung mithin zwei Seiten derselben Medaille sind, verdeutlicht folgendes Beispiel.

Die Interviewte M. ist seit dem Jahr 2000 als Webdesignerin tätig. Nachdem sich die Geschäfte zunächst gut anließen, geriet sie 2001 infolge schwindender Aufträge in eine prekäre soziale und finanzielle Situation. Zudem beschied die Investitionsbank Berlin (IBB) eine beantragte Anschubfinanzierung abschlägig. M. sah sich deshalb gezwungen, sozialstaatliche Transferleistungen nach dem Bundessozialhilfegesetz zu beantragen, da sie keine familiäre Unterstützung erhielt. Die „Durchleuchtungsprozesse“ auf dem Sozialamt hat sie in schlechter Erinnerung: „Das hat total geschlaucht und war echt Arbeit“. Da sie nicht nur sich selbst, sondern auch ihr Kind zu versorgen und zudem ihr Ehemann „zu der Zeit auch nichts hatte“, war die Durststrecke nach dem vielversprechenden, wirtschaftlichen Beginn existenzgefährdend. Manchmal habe sie „ganz krass Existenzangst gehabt [...] und man weiß einfach nicht, wovon man was zu essen kaufen soll. Das war wirklich brutal“.

Bei M. verfiel im Gegensatz zur Interviewten P. kein familiäres Sicherheitsnetz, sodass ihr der Weg zum Sozialamt blieb, den sie als entwürdigend empfand. So offenbart sich insbesondere in jenen Fällen, die nicht auf familiäre Netzwerke zurück greifen können, das Risiko einer marktradikalen Lebenslage. Neben dem, dass der Familienhintergrund und die soziale Herkunft eine wichtige Ressource zu sein scheint, um die spezifischen Bedingungen in der Internetindustrie aufzufangen, deutet sich darin ein gewissermaßen verkehrtes Generationsverhältnis an. Während die Eltern vom west-deutschen Traum im-

merwährender Prosperität profitierten und daher ihre Kinder ökonomisch unterstützen können, erweist sich die soziale Lage derer ohne „Mama“ im Hintergrund als umso labiler. Eigenverantwortung heißt also zum einen, dass Statusgrenzen durchlässiger werden und dass sich soziale Abstiegsrisiken in die soziale Mitte ausdehnen. Zum zweiten sprechen die Befunde zugleich dafür, dass sich hergebrachte Ungleichheitsstrukturen widersprüchlich zuspitzen und folglich herkunfts- und qualifikationsbedingte Bewältigungsressourcen aufwerten. Zu befürchten ist daher, dass die Frage, wer wie am gesellschaftlichen Leben teilnimmt, künftig vermehrt ständischen Prinzipien folgen wird. Angesichts dieses Wandels erscheint die politische Debatte über „Eigenverantwortung“ und „Aktivierung“ mindestens einseitig und industriegesellschaftlich verengt, wenn nicht gar weltfremd.

spw 3/2005

Literatur:

- Bögenhold, Dieter/Leicht, René (2000): „Neue Selbständigkeit und Entrepreneurship: Moderne Vokabeln und damit verbundene Hoffnungen und Irrtümer.“ *WSI-Mitteilungen* 53 (12) S. 779 – 787.
- Bourdieu, Pierre (1983): Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital. In: Kreckel, Reinhard (Hg.): *Soziale Ungleichheiten; Soziale Welt, Sonderband 2*. Göttingen, S. 183-198.
- Bourdieu, Pierre (1987): *Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft*. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Kronauer, Martin (2002): *Exklusion. Die Gefährdung des Sozialen im hoch entwickelten Kapitalismus*. Frankfurt/New York: Campus.
- Leicht, René; Philipp, Ralf (2005): Die wachsende Bedeutung von Ein-Personen-Unternehmen in Deutschland: Wo und unter welchen Bedingungen arbeiten Selbstständige zunehmend alleine? In: Welter, Friederike (Hg.): *Dynamik im Unternehmenssektor: Theorie, Empirie und Politik*. Berlin: Duncker & Humblot, S. 131-154.
- Manske, Alexandra (2005a, i.E.): *Eigenverantwortung statt wohlfahrtsstaatliche Absicherung. Anmerkungen zum Gestaltwandel sozialer Absicherung*. *Berliner Journal für Soziologie*, 2/2005.
- Manske, Alexandra (2005b): *Prekariisierung auf hohem Niveau. WebWorker und die Ungleichheitsordnung von Arbeit*. Dissertation an der Humboldt Universität zu Berlin, Institut für Soziologie.
- Manske, Alexandra (2005c, i.E.): *Vom Umgang mit Instabilitäten. Wie WebWorker ihre soziale Lage bearbeiten*. In: Rehberg, Karl-Siebert (Hg.): *Soziale Ungleichheit – Kulturelle Unterschiede, Verhandlungen des 32. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in München 2004*, Campus Frankfurt 2005.
- Mayer-Ahuja, Nicole/Wolf, Harald (2004): *Jenseits des Hype: Arbeit bei Internetdienstleistern*. *SOFI-Mitteilungen* 32, S. 79-96.
- Müller, Walter (1998): *Erwartete und unerwartete Folgen der Bildungsexpansion*. In: Friedrichs, Jürgen/Lepsius, M. Rainer/Mayer, Karl Ulrich (Hg.): *Die Diagnosefähigkeit der Soziologie*. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft, S. 81-112.
- Offe, Claus (2003): *Perspektivloses Zappeln. Oder: Politik mit der Agenda 2010*. *Blätter für deutsche und internationale Politik* 7, S. 807-817.
- Schupp, Jürgen/Birkner, Elisabeth (2004): *Kleine Beschäftigungsverhältnisse: Kein Jobwunder*. *DIW-Wochenbericht* 34/2004.
- Vanselow, Achim (2002): *Neue Selbständigkeit in der New Economy – Beobachtungen zur Situation von „E-Lancern“ in Deutschland*. In: Eichmann, Hubert/Kaup, Isabel/Steiner, Karin (Hg.): *Game Over? Neue Selbständigkeit und New Economy nach dem Hype*. Wien: Falter, S. 157-184.

Die unendliche Geschichte des Stabilitätspakts

Ist die Reform gut für Wachstum und Beschäftigung?

Von Andrew Watt

Maastricht, Dublin, Berlin: Die Vorgeschichte

Als Preis für den Eintritt in die Währungsunion (EWU) wurde mit den Konvergenzkriterien von Maastricht eine Beschränkung des jährlichen Haushaltsdefizits auf 3% und der Gesamtverschuldung auf 60% des BIP festgelegt. Dies hat in einer sich verbessernden wirtschaftlichen Lage dazu beigetragen, die Haushaltsdefizite bis 1997 nahezu zu halbieren und unter die 3%-Schwelle zu drücken. Allerdings bestand die Sorge, dass diese haushaltspolitische „Tugend“ – von den Kosten war wenig die Rede – auf der Strecke bliebe, nachdem der Eintritt in die Währungsunion gelungen war. Die Staats- und Regierungschefs einigten sich deshalb 1997 in Dublin auf den so genannten Stabilitäts- und Wachstumspakt (SWP), der die 3%-Marke zur permanenten Einrichtung machte, kombiniert mit einem mittelfristigen Haushaltsziel eines „nahezu ausgeglichenen Haushalts oder eines Überschusses“. Dadurch sollten im Falle eines Abschwungs die „automatischen Stabilisatoren“ (Steigerung der Sozialausgaben und geringere Steuereinnahmen) wirken können, ohne die 3%-Marke zu brechen.

Trotz lautstarker Kritik am Pakt von der politischen Linken und keynesianischen Ökonomen blieben die praktischen Schwierigkeiten begrenzt – so lange die europäische Wirtschaft vom Boom der späten 1990er profitierte. Als dieser im Jahr 2000 zu Ende ging, häuften sich allerdings die Probleme und die politische Debatte gewann schnell wieder an Fahrt. Ein Mitgliedsstaat der EWU nach dem anderen, angefangen bei Portugal, schnell gefolgt von Frankreich, Deutschland (ironischerweise Hauptautor des Pakts) und Italien, sah das eigene Defizit über die erlaubten 3% steigen. Als Folge wurden sie mit einer Bloßstellung durch das Defizitverfahren der Europäischen Kommission konfrontiert. Inzwischen wurden keynesianisch inspirierte Zweifel an der Sinnhaftigkeit der Schuldenbegrenzung durch den Pakt wieder lauter und immer häufiger auch von Kommentatoren des Mainstreams übernommen. Andauernde Opposition gegen

jede „Schwächung“ des Pakts kam allerdings von einigen kleineren Ländern ohne Finanzprobleme und vor allem von der Europäischen Zentralbank (EZB).

Vor diesem Hintergrund war es für die Kommission unmöglich, die Regeln unverändert anzuwenden. Nachdem Kommissionspräsident Romano Prodi den Pakt als „dumm“ bezeichnet hatte, wurden die Regeln ab Ende 2002 weicher angewendet, vor allem durch einen stärkeren Fokus auf das Defizit über den gesamten Wachstumszyklus anstatt lediglich auf das aktuelle Defizit.

Die wirtschaftliche Stagnation hielt allerdings an und ergriff sogar immer mehr Länder, so dass Ende 2003 der Pakt effektiv außer Kraft gesetzt wurde, nachdem die Kommission im Rat der Mitgliedstaaten keine Mehrheit für Schritte gegen Deutschland und Frankreich für deren wiederholte Verletzung des Pakts bekam. Diese De-facto-Aussetzung, begleitet von einer schier endlosen Debatte in den Medien, dauerte ungefähr ein Jahr. Nun wurde sie – vorläufig – beendet: Im Dezember 2004 hat die Kommission eine Reform des Paktes vorgeschlagen und im März diesen Jahres wurden die veränderten Regeln vom Rat angenommen.

Was hat sich im neuen Pakt geändert und wie ist es zu bewerten? Greift es die Bedenken auf, dass der alte Pakt unnötige Kosten in Form von Arbeitslosigkeit und mangelnden wirtschaftlichen Output in Europa verursacht hat? Vor einer solchen Bewertung ist es sinnvoll, sich noch einmal die Hauptkritikpunkte am alten Pakt vor Augen zu führen.

Warum Haushaltspolitik in einer Währungsunion koordinieren, und wie?

Niemand bestreitet ernsthaft die Notwendigkeit einer haushaltspolitischen Koordination in einer Währungsunion. Die Hauptbegründung für den Pakt bestand darin, dass Länder mit einer laxen Haushaltspolitik Kosten (höhere Zinsen) auf andere Mitgliedstaaten abwälzen, in dem sie die Inflation anheizen und so die (gemeinsame) Zentralbank unter Druck setzen. Allerdings gibt es in der Theorie keinen klaren Zusammenhang zwischen nationalem Haushaltsdefizit und Inflation: Die Autoren des Paktes waren geprägt

von der hohen Inflation der 1970er und 80er Jahre und ignorierten, dass Defizite ebenso durch langsames Wachstum (das Inflation unterdrückt) entstehen können, wie durch lockere Finanzpolitik. Es ist daher nicht überraschend, dass ein klarer Zusammenhang auch empirisch nicht zu belegen ist (siehe Grafik 1).

Ein anderer Kritikpunkt war, dass der Pakt nicht auf die Unterschiede zwischen verschiedenen Ländern einging. Dabei gibt es zwei Hauptpunkte. Der erste hat mit dem Stand der öffentlichen Verschuldung zu tun. Während es klar ist, dass haushaltspolitische Disziplin in Ländern notwendig ist, die einen hohen Schuldenstand von mehr als dem BIP eines Jahres haben, können Länder mit einem nachhaltig tragfähigen Schuldenstand freier mit Investitionen und aktiven Maßnahmen gegen zyklische Wirtschaftsschwäche vorgehen. Grundsätzlicher gesagt muss sich die Währungspolitik an den Bedürfnissen des Währungsraums als Ganzem orientieren. Geht durch die Währungsunion die Möglichkeit verloren, einzelne Länder oder Regionen betreffende Schocks (asymmetrische Schocks) durch geldpolitische Maßnahmen zu bekämpfen, bedeutet dies, dass Staaten mehr (nicht weniger) Spielräume bei der Bekämpfung von Schocks durch Fiskalpolitik brauchen.

Aus einem anderen Blickwinkel betrachtet müssen etwaige Fehlbeträge eines Landes auch im Kontext der Situation in den anderen Ländern gesehen werden, um ein Gesamtbild für den Währungsraum zu erhalten. Defizite in Staaten, die von spezifischen Schocks getroffen sind, werden durch Überschüsse in anderen Staaten ausgeglichen. Grafik 2 zeigt, dass tatsächlich das Gesamtdefizit der EWU begrenzt ist (und viel niedriger als beispielsweise in den USA) und vor dem Hintergrund der Wirtschaftsschwäche vollkommen gerechtfertigt ist.

Ein weiterer Kritikpunkt am Pakt war, dass weder beim 3%-Kriterium noch bei der Regel eines nahezu ausgeglichenen Haushalts verschiedene Ausgabenarten differenziert wurden. So wurden keine Unterschiede gemacht zwischen Investitionen in Infrastruktur oder Forschung und Entwicklung (Maßnahmen die von der Lissabon-Strategie gefordert wurden) und Steuererleichterungen für die Reichen oder Militärausgaben, beispielsweise für einen völkerrechtswidri-

gen Krieg. Zusammen mit der asymmetrischen Struktur des Pakts – mit dem Fokus auf Länder nahe des Defizit-Kriteriums, aber ohne effektive Maßnahmen, um Länder mit hohem Wachstum zu einer zurückhaltenderen Haushaltspolitik zu bewegen – besteht die Gefahr, dass der Pakt öffentliche Investitionen trifft, da diese leichter zu kürzen sind als Ausgaben, hinter welchen ein Rechtsanspruch steht. Und tatsächlich ist der Anteil der öffentlichen Investitionen am BIP in Europa kontinuierlich gefallen (während er in den USA gestiegen ist).

Ein neuer SWP? Die Veränderungen im März 2005

Wie so oft in der Ökonomie, werden politische Veränderungen weniger durch solche Argumente erreicht, als durch (negative) Entwicklungen in der Realökonomie und politische Krisen. In diesem Fall bestand die Krise in dem sich Ende 2003 zuspitzenden Konflikt zwischen Kommission und Rat und der tiefen Spaltung zwischen den Mitgliedstaaten. Der Lösungsversuch für diese Krise kam in Form des Kommissionsvorschlages, der im März diesen Jahres vom Rat umgesetzt wurde.

Fünf Bereiche notwendiger Verbesserung wurden identifiziert. Die Notwendigkeit, die „ökonomische Rationalität“ des Paktes zu verbessern, Verbesserung der „Ownership“ (also der Bereitschaft, den Pakt auch tatsächlich zu erfüllen), Vermeidung pro-zyklischer Politiken im Auf- und Abschwung und größere Aufmerksamkeit auf den Schuldenstand und dessen Nachhaltigkeit. Wenn man diese Liste mit den oben beschriebenen Kritikpunkten vergleicht, muss konstatiert werden, dass zumindest die deutlichsten Schwächen des Paktes anerkannt worden sind. Aber wie soll dies in die Praxis umgesetzt werden? Neben einigen eher technischen Fragen (zuverlässige Daten, Prognosen etc.), wurden folgende Änderungen eingeführt:

- Das mittelfristige Haushaltsziel besteht nicht mehr im „nahezu ausgeglichenen Haushalt oder Überschuss“ für alle Länder. Stattdessen sollen nationale Besonderheiten (besonders Schuldenstand, Wachstumspotential und Ausgaben für Investitionen) berücksichtigt werden und zu differenzierten mittelfristigen Haushaltszielen führen. Allerdings bleibt dieses auf einen Rahmen eines zyklisch bereinigten Defizits von 1% des BIP beschränkt.

- Die Konvergenzperiode zum Erreichen des mittelfristigen Haushaltsziels wurde verlängert und in vage Worte gefasst: Während ein Benchmark für die jährliche Anpassung von 0,5% des BIP besteht, wird in „guten“ Zeiten mehr und in „schlechten“ Zeiten weniger erwartet. Zudem müssen Mitgliedstaaten Abweichungen von diesem Pfad nurmehr „erklären“.

- Größere „Strukturreformen“, die das Wachstumspotential erhöhen und langfris-

tig die öffentlichen Finanzen verbessern, können Abweichungen vom mittelfristigen Haushaltsziel rechtfertigen. Rentenreformen werden als Beispiel genannt. Allerdings bleibt das 3%-Kriterium bestehen.

- Bei der Anwendung des Defizitverfahrens, hat der Rat die „relevanten Faktoren“ neu bestimmt, anhand derer festgestellt werden soll, ob ein Land, das das 3%-Kriterium verletzt, tatsächlich ein exzessives Defizit aufweist:

- Während bisher nur eine schwere Wirtschaftskrise eine höhere Verschuldung rechtfertigte, gilt dies nun auch bei einem akkumulierten Verlust an ökonomischem Output durch ein lang anhaltend niedriges Wachstum

- Ausgaben im Rahmen der Lissabon-Agenda, besonders F+E und Innovationspolitik

- Nachhaltigkeit des Schuldenstandes – soll stärker berücksichtigt werden – und öffentliche Investitionen

- Finanzielle Beiträge zur internationalen Solidarität und die Europäische Einigung

- Rentenreformen erneut benannt als Grund für gerechtfertigtes Defizit für bis zu fünf Jahren in Ländern, die kapitalgedeckte Systeme einführen

- Schließlich wurden die Zeiträume vor der Feststellung eines exzessiven Defizits, zur Ergreifung von Maßnahmen nach Politikempfehlungen und für die tatsächliche Korrektur des Defizits ausgeweitet.

Wurde das Kind mit dem Bade ausgeschüttet?

Die Reaktionen auf die Ratsentscheidung waren ganz überwiegend negativ. Viele Mainstream-Kommentatoren, die vorher die Logik des Paktes angezweifelt hatten, halten ihn nun nicht mehr des Papiers für wert, auf dem er geschrieben steht. Meine Bewertung ist gemischt. Die Reform ist einige der offensichtlichsten Schwächen des ursprünglichen Pakts angegangen. Es gibt keine ökonomische Rechtfertigung für das 3%-Kriterium. Während das Kriterium bestehen bleibt, haben Länder, die Schwierigkeiten haben, das Kriterium oder das mittelfristige Haushaltsziel zu erfüllen, eine breite Auswahl an möglichen Faktoren zur Rechtfertigung ihres De-

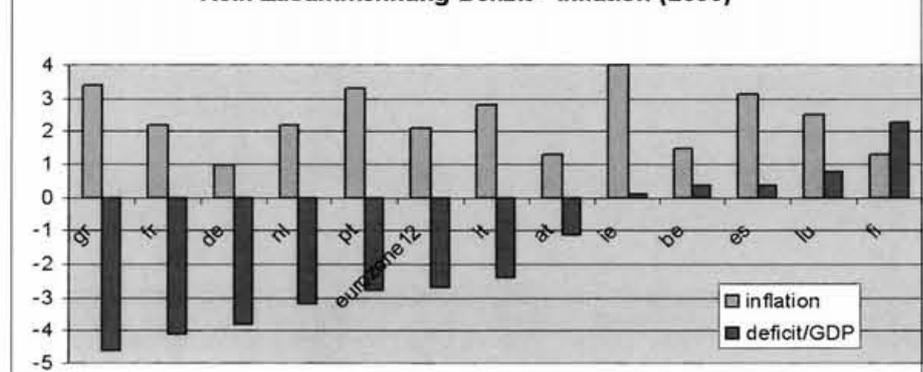
fizits. Betrachtet man nur die Fiskalpolitik, ist dies sicherlich gut: Europa hat in den vergangenen Jahren Arbeitsplätze verloren und ein zu geringes Wachstum gehabt, weil die Regierungen in einer ohnehin schon schwierigen Lage den Gürtel enger geschnallt haben. Und wie wir gesehen haben, war die aggregierte Haushaltspolitik trotz des ineffektiven Pakts angemessen.

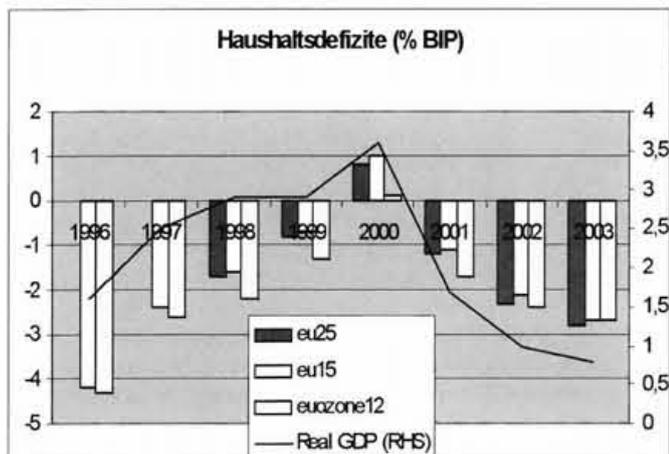
Allerdings kann die Fiskalpolitik nicht isoliert betrachtet werden. Im Gegenteil, in der Maastricht Architektur bestimmt die geldpolitische Autorität die nominale Nachfrage in der Wirtschaft, basierend auf – neben anderen Faktoren – der Haltung, die von den aggregierten Haushaltspolitik eingenommen wird (oder eingenommen werden sollte): Die EZB hat sehr kritisch auf die Reform reagiert. Sie hat – eigentlich zu Recht – auf die vielen möglichen Ausweidfaktoren und deren schwammige Formulierung hingewiesen. Es ist zu befürchten – obwohl es wenig Grund dafür gibt, dass die haushaltspolitische Haltung großen Einfluss auf die zinspolitischen Entscheidungen der EZB hat –, dass reale oder befürchtete „fiskalpolitische Unsicherheit“ zur Begründung einer zurückhaltenderen Geldpolitik genutzt wird. Eine lockerere Fiskal- aber zurückhaltendere Geldpolitik wäre ein schlechter Deal für die europäische Wirtschaft und vor allem für die Nicht-Kapitalbesitzer, also die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Auf der politischen Linken gab es Stimmen die den „Tod“ des Paktes begrüßten, weil (sozialdemokratische) Regierungen die Brüsseler Ketten abwerfen und die Freiheit einer keynesianischen Fiskalpolitik nutzen könnten. Ich habe da meine Zweifel. Eine sozialdemokratische Vision von Europa muss die einer verstärkten politischen Koordinierung sein. Den nationalen Regierungen (gleich welcher Couleur) zu erlauben, in einem wichtigen Bereich wie der Fiskalpolitik zu tun was sie wollen, ist mit dieser Vision nicht vereinbar. Die Linke in vielen Ländern wird froh sein, in Brüssel einen Verbündeten zu haben, wenn Rechtsregierungen ihrer Klientel Steuergeschenke machen wollen.

Was wäre die Alternative gewesen? Es wäre besser gewesen, statt viele unklare oder ökonomisch unpassende Faktoren („Beiträge

Kein Zusammenhang Defizit - Inflation (2003)





zur europäischen Einigung“) „berücksichtigen“ zu wollen, von Anfang an die Ausgabenbereiche klar zu definieren, die als öffentliche Investitionen gewertet werden und diese dann aus der Kalkulation des Defizits schlicht heraus zu nehmen: Die übrigen Ausgaben müssten über den Wachstumszyklus durch das Steueraufkommen gedeckt sein (ausgeglichener Haushalt). Dies ist die

um zu entscheiden, ob ein Land sich Haushaltspolitisch beschränken muss oder eine lockere Ausgabenpolitik machen darf.

Der neue Kompromiss beim SWP ist unvollständig, aber ein Schritt in die richtige Richtung: Die europäische Linke sollte ihn als Sieg ihres wirtschaftspolitischen Denkens über die bislang dominierende neoliberale Sicht werten. Allerdings ist die Fiskalpolitik

„goldene Regel“, die – bislang erfolgreich – im Vereinigten Königreich angewandt wird. Um die ökonomische Vernunft des Paktes (Vermeidung von Inflationsdruck, der zu zurückhaltender Geldpolitik führt) zu betonen, müsste die nationale Inflationsrate – besonders ob sie über oder unter dem EZB-Ziel liegt – als zentraler Indikator genutzt werden,

ein zweitrangiges Feld der wirtschaftspolitischen Auseinandersetzung im Kontext der WWU. Es ist in diesem Sinne unglücklich, dass der SWP so viel Beachtung bekommen hat. Geldpolitik ist der Kern des Maastricht-Systems und Fortschritte bei Beschäftigung und Wachstum in Europa hängen von einer wachstumsorientierten Geldpolitik ab. Um diese ohne Inflation zu ermöglichen, brauchen wir eine pragmatische Koordinierung der Lohn- und Fiskalpolitik in Europa, einschließlich gestärkter Koordinierungsmechanismen. Diese könnten auf dem bestehenden Forum des Makroökonomischen Dialogs auf europäischer Ebene aufbauen und durch zu entwickelnde angemessene Institutionen auf nationaler Ebene ergänzt werden. Sicher zu stellen, dass die Fiskal- (und Lohn-) Politik in jedem Land den jeweiligen Bedürfnissen entspricht und gleichzeitig mit den europäischen Zielen übereinstimmt – vor allem um „beggar-thy-neighbour“-Politiken zu vermeiden – ist eine zentrale Aufgabe der europäischen Linken in den kommenden Jahren.

spw 3 / 2005

Bringt die knappe Mehrheit Möglichkeiten der Regulierung?

Labour nach der Wahl in England

Von Christoph Vietzke

Die Labour Party hat zum ersten Mal in ihrer Geschichte zum dritten Mal in Folge die Parlamentswahl Großbritanniens gewonnen. Dieser unbestreitbare Erfolg wird überschattet von herben Stimmenverlusten für Labour, die ihre überragenden Erfolge von 1997 und 2001 nicht wiederholen konnte, mit 356 Sitzen aber eine tragfähige Mehrheit der 645 Abgeordneten erhielt (ein Wahlkreis muss aufgrund des Todes eines Bewerbers nachgewählt werden). Die Liberalen konnten aus ihrer klaren Haltung gegen den Irak-Krieg nur wenig profitieren, und auch die Opposition gegen die Erhöhung der Studiengebühren brachte ihnen nur wenig Zuwächse. Lediglich 62 Stimmen umfasst die Fraktion der LibDems, die ihren Versuch, auf ausgewählten Feldern links von Labour zu punkten, wohl einstellen werden. Die Kon-

servativen konnten zulegen, aber blieben mit 197 Abgeordneten deutlich hinter Labour zurück. Der unterlegene Michael Howard trat Meinungen aus der eigenen Partei entgegen, dass ihr Wahlkampfthema, die Begrenzung von Zuwanderung, die Wähler abgeschreckt habe. Im Gegenteil bedauerte er, in der letzten Woche nicht noch mehr Angst vor Zuwanderung geschürt zu haben, um noch ein Dutzend weiterer Wahlkreise zu holen, was die Mehrheit von Labour hauchdünn gemacht und Tony Blair zum Rücktritt gezwungen hätte. Sein eigener angekündigter Rücktritt kann der britischen Politik nur gut tun. Bis zum Jahresende diskutieren die Konservativen, wie sie überhaupt den neuen Parteichef wählen werden und man kann hoffen, dass die Personaldiskussionen die Konservativen auf absehbare Zeit weiterhin

aus der inhaltlichen Diskussion ausschließen werden.

Labour, das den Zusatz „New“ im Wahlkampf fast völlig ausließ, betonte den ökonomischen Aufschwung, der Großbritannien seit dem Amtsantritt Tony Blairs und des Schatzkanzlers Gordon Brown geprägt hat. Der grundsätzliche Eindruck der abhängig Beschäftigten, in Bezug auf Einkommen und öffentliche Dienstleistungen bei Labour besser aufgehoben zu sein als bei den Konservativen, gab letztendlich den Ausschlag. Die Wirtschaftspolitik Labours ist populär, obwohl sich die Regierung darauf beschränkt, das Wirtschaftswachstum zu verteilen, ohne eine Umverteilung zwischen Kapital und Arbeit oder auch nur innerhalb der abhängigen Klasse vorzunehmen. So hat sich zwar das durchschnittliche Einkommen erhöht, aber die Ungleichheit in der Verteilung wurde nicht gemindert. Diese Selbstbeschränkung von Labour könnte in der nächsten Zeit unter gehörigen Druck geraten. Nach einigen negativen Wirtschaftsdaten beginnen



sich Kommentatoren zu fragen, warum Tony Blair das Parlament vorzeitig auflöste und nicht wartete, bis die weit verbreitete Opposition gegen den Irak-Krieg weiter in Vergessenheit geriet. Offensichtlich befürchtet die Regierung eine Abschwächung des beispiellosen Wirtschaftswachstums, das für den bescheidenen Zuwachs an Reallohn und hohe Beschäftigungszahlen sorgen konnte. Vor allem der Einzelhandel, die Wachstumslokomotive der letzten Jahre, klagt über stagnierenden Umsatz und sinkende Gewinne, was maßgeblich auf die Überschuldung der privaten Haushalte zurückzuführen ist. Gerade niedrige und damit konsumintensive Einkommensgruppen sind angesichts rapide gestiegener Hauspreise, höheren Zinsen und für europäische Verhältnisse niedrigen Einkommen nicht mehr in der Lage, das Wirtschaftswachstum „auf Pump“ zu finanzieren. Die Regierung sieht den Grund für das Bremsen des Wachstums im Wirtschaftssystem Kontinentaleuropas und will die EU-Präsidentschaft nutzen, auf wirtschaftliche Deregulierung und Flexibilisierung zu drängen, um das gerade in Misskredit geratende angelsächsische Modell als beispielhaft zu preisen. Das zeigte sich schon Tage nach dem Wahlsieg, als die Regierung aktiv wurde, um eine Initiative des Europaparlaments zu verhindern und den Briten weiterhin die regelmäßige Überschreitung der 48-Stunden-Woche zu bescheren. Schatzkanzler Brown verteidigte den Einsatz knappe zwei Wochen nach der Wiederwahl auf einer Gewerkschaftskonferenz und feierte die lange Arbeitszeit als Teilbestand des angelsächsischen Modells, das im Gegensatz zu Kontinentaleuropa stabile Wachstumszahlen aufweisen könne. Zwar kritisierten die Delegierten Brown für die Äußerung, aber die Gewerkschaften sind sichtlich bemüht, den unumstrittenen Nachfolger Blairs nicht zu sehr zu kritisieren. Im Gegenteil, Gewerkschaftsführer forderten kurz nach der Wahl unverblümt den Rücktritt Blair zugunsten Browns in der Hoffnung, dass unter Brown die Parteiorganisation von *Labour* mehr Einfluss zu

rückgewinnen kann, in der sie nach wie vor über erheblichen Einfluss verfügen. Auch die Kommentatoren sehen in Gordon Brown den eigentlichen Wahlgewinner und spekulieren über den möglichen Wechsel an der Spitze der Regierung. Viel interessanter als diese Spekulation ist jedoch die Frage, wie sich das Verhältnis zwischen Regierung und der *Labour*-Fraktion entwickeln wird. Die vergangene Legislaturperiode war geprägt von Abwechslern aus der Regierungsfraktion, was aufgrund der überwältigenden Mehrheit von *Labour* im Parlament jedoch kaum Auswirkungen zeigte. Lediglich an zwei Stellen drohte der Regierung eine Abstimmungsniederlage: Viele Abgeordnete verweigerten sich der enormen Erhöhung der Studiengebühren und den ersten Schritten zur Privatisierung des Gesundheitssystems. Sowohl Blair als auch Brown standen hinter beiden Maßnahmen, die innerhalb der *Labour-Party* für genau so viel Diskussionsstoff sorgten wie der Irak-Krieg. Alle drei Maßnahmen sorgten für Stimmenverluste. Gerade die traditionellen Wählergruppen von *Labour* entziehen sich der Wahl, an der sich nur gut 60 Prozent beteiligten (die leichte Steigerung gegenüber der Wahl von 2001 erklärt sich aus der besseren Mobilisierung der Konservativen). Viele Abgeordnete von *Labour* müssen daher um ihre Wiederwahl fürchten und werden wenig geneigt sein, unpopuläre Entscheidungen wie die genannten Beispiele in dieser Legislaturperiode zu unterstützen.

Bei den herausragenden Themen der nächsten Legislaturperiode – die öffentlichen Dienstleistungen inklusive Gesundheit und Erziehung – könnte die knappe absolute Mehrheit von 33 Abgeordneten dazu führen, allzu marktförmige Lösungen zu verhindern. Für eine positive Mehrheit für eine regulierende Politik wird es aber nicht reichen. Gedanken an europäische Sozialstandards oder harmonisierte Besteuerung erfüllen weite Teile von *Labour* mit Schaudern. Ob unter Blair oder unter Brown: Großbritannien wird sich weiterhin gegen verbindliche EU-weite Regelungen auf arbeitsrechtlichem, fiskalischem und auf absehbare Zeit auch monetärem Gebiet sträuben. Nur unter diesen Vorzeichen sieht *Labour* eine Chance, im Referendum über die EU-Verfassung eine Zustimmung zu erreichen – wenn es denn überhaupt durchgeführt wird.

spw 3/2005

www.sozialismus.de

Sozialismus

Wahltag: 13. Sonntag im Oktober 2005

Redaktion Sozialismus: Ende einer Ära – Neugründung der politischen Linken; »Der Mut zu originellen Lösungen ist aufgebraucht«, Diskussion mit dem PDS-Vorsitzenden Lothar Bisky; Joachim Bisschoff: Kapitalismuskritik aktuell

John P. Neelsen: Kontroverse um die EU-Verfassung in Frankreich; Armando Fernández Steinko: Ein Jahr Zapatero; Jan Helbak/Klaus Krogsbæg: Zirkel geschlossen. Die dänische Sozialdemokratie unter neuer Führung; Richard Detje: Gewerkschaften in der Integrationsfalle?

Michael Wendl: Renaissance des Keynesianismus? Peter Balluff: Jedes Tarifergebnis wird als Erfolg verkauft; Ewald Wehner: ver.di-Gewerkschaftsprogramm von der Stange? Horst Mathes: »Wer Anstöße geben will, muss auch Anstoß erregen können«. Zum Tod von Hans Preiss

Brigitte Young: Finanzkrisen und deren Auswirkungen auf lokale Governance Strukturen – Asien, Argentinien und Brasilien; Stefan Kalming: Von der Dependenz- zur Weltsystemtheorie – Ein Nachruf auf Andre Gunder Frank

Dietmar Jochum: »Die Interessen Frankreichs wurden nicht von einem Krause vertreten« (zu Friedrich Wolff); Veranstaltungen & Internet-Links; Klaus Bullan: »Hotel Ruanda« (Filmkritik)

Probeabo (3 Hefte): Abo: € 10,-

Abo: € 62,- (erm. € 44,-)

Redaktion Sozialismus

St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg

Fax 040/280 505 68

e-Mail: redaktion@sozialismus.de

Ein schwieriger Geburtstag

Die französische Sozialdemokratie wird 100

Von Raimund Feld

In diesem Jahr wird die französische sozialdemokratische Partei einhundert Jahre alt – und scheint derzeit wenig Grund zum Feiern zu haben. Ohnehin ist zur Altersangabe zweierlei anzumerken: Zum Einen bezeichnet sich die Partei weiterhin als sozialistisch und nicht als sozialdemokratisch („Parti Socialiste“, PS) – auch wenn das Wort „sozialdemokratisch“ inzwischen weitgehend hoffähig geworden ist und die negativen Konnotationen, die an ihm haften, auf die Bezeichnung „sozialliberal“ übergegangen sind. Zum Anderen bezeichnet dieser Jahrestag die Vereinigung älterer Gruppierungen, die sich 1905 zur französischen Sektion der Arbeiterinternationalen (Section Française de l'Internationale Ouvrière, SFIO) zusammenschlossen. Unter dieser Bezeichnung ging die Partei dann bis 1969 durchs Leben. Mit 66 Jahren fing dann auf dem Parteitag von Epinay ein neues Leben an, als die PS unter der Führung von François Mitterrand nicht nur dem Namen nach die SFIO ablöste. Die Neugründung war mit einer grundlegenden strategischen Neuausrichtung verbunden, in deren Mittelpunkt die Zusammenarbeit mit den Kommunisten (FKP) stand, die damals in Bezug auf die Wahlergebnisse die größte Linkspartei waren. Im Rahmen dieser Zusammenarbeit gelang es der PS, die FKP zum Juniorpartner zu degradieren und 1981 mit François Mitterrand die Präsidentschafts- und die im Anschluss daran ausgeschriebenen Parlamentswahlen zu gewinnen.

Plurale Linke

Die Ära Mitterrand ging in den neunziger Jahren zu Ende, als sich der PS-Politiker Lionel Jospin mit dem berühmt gewordenen „Recht auf eine Bestandsaufnahme“ von seinem Vorgänger distanzierte – mit Erfolg: Unter Jospin gewann die Linke 1997 die [vom neogaullistischen Präsidenten Jacques Chirac ausgeschriebenen] Parlamentswahlen und stellte fünf Jahre lang als „plurale Linke“ eine Koalitionsregierung. An ihr beteiligten sich außer den Sozialdemokraten und einigen ihnen nahe stehenden Kleinparteien auch die FKP und – dies war ein Novum – die Grünen, die sich nach langem Zögern für eine Zusammenarbeit mit den im Parlament vertretenen Linksparteien entschieden hatten. Im Jahr 2002 standen dann sowohl Präsi-

dentschafts- als auch Parlamentswahlen an. Für beide Wahlen gilt grundsätzlich ein Mehrheitswahlrecht mit zwei Wahlgängen, wobei im zweiten Wahlgang nur die am besten platzierten KandidatInnen antreten. Für die Präsidentschaftswahlen wurde allgemein ein zweiter Wahlgang erwartet, in dem Jospin den Amtsinhaber Chirac herausfordern würde. Diese Erwartung wurde bekanntlich enttäuscht, weil der Rechtsaußen Le Pen knapp vor Jospin lag. [Im zweiten Wahlgang stand der Neogaullist Chirac somit Le Pen gegenüber, was die – noch unter dem Schock des Ausscheidens von Jospin stehende – Linke mit der Frage konfrontierte, ob sie zur Wahl Chiracs aufrufen sollte. Die parlamentarischen Linksparteien entschieden sich dafür, das zu tun. Dass es ihnen nicht leicht gefallen ist und häufig ein flaes Gefühl in der Magengegend hinterließ, ist verständlich. Ebenso verständlich ist auch, dass Viele sich nicht ohne Weiteres in der Lage sahen, wieder zur Tagesordnung überzugehen.] Zwei Fragen wurden immer wieder gestellt: Wie hatte es dazu kommen können, und wie kann die Linke – die dann auch die Parlamentswahlen haushoch verlor – eine Wiederholung vermeiden? Die in dieser Diskussion vertretenen Positionen wurden in der spw bereits dargelegt. Für die politische Praxis blieben sie bislang weitgehend folgenlos; dies gilt etwa für die Diskussion über eine mögliche Einigung der Linksparteien und wohl ebenso in Bezug auf die rudimentär gebliebene Analyse der Fehler, die der Regierung der pluralen Linken anzulasten sind.

Zwei Jahre nach der Niederlage

Dies hat insbesondere die PS nicht daran gehindert, bei den zwischenzeitlich ausgerichteten Regional- und Europawahlen äußerst zufrieden stellende Ergebnisse zu erzielen (siehe den Beitrag von Scholle in spw 4/2004). Die Kehrseite dieser Medaille besteht darin, dass der Zuspruch der WählerInnen sowie die von der derzeitigen Regierung betriebene „Reformpolitik“ – in vielerlei Hinsicht „reaktionär“ im eigentlichen Sinn des Wortes – eine gründlichere Analyse und Folgerungen daraus überflüssig zu machen scheint und es nahe legt, sich auf die Verteidigung oder zumindest Rechtfertigung sozialer Errungenschaften bzw. Neuerungen zu

konzentrieren, die von der Regierung der pluralen Linken durchgeführt wurden. Dabei geht es insbesondere um die 35-Stunden-Woche, die für einen Teil der Regierungsmehrheit ein rotes Tuch darstellt und von dieser selbst auf die Gefahr hin soweit verwässert werden soll, dass ein Teil der Wählerschaft hier nicht folgt.

Das von VertreterInnen aller Flügel in der PS eingestandene Fehlen konzeptioneller Alternativen hat auch institutionelle Ursachen. Im politischen System der V. Republik spielt der Präsident – dieser Posten wurde bislang nur von Männern bekleidet – als Staatsoberhaupt eine zentrale Rolle, und spätestens in den 2-3 Jahren vor einer Wahl wird ein großer Teil des innerparteilichen Geschehens in den Parteien, deren KandidatInnen sich eine realistische Erfolgchance ausrechnen können, durch deren Versuche dominiert, sich eine gute Ausgangsbasis zu verschaffen und vielleicht der Konkurrenz Sand ins Getriebe zu streuen. Ein Paradebeispiel für diese Tendenz ist nach Auffassung zahlreicher Wahrnehmender das Engagement des von der Parteilinken Marie-Noëlle Lienemann dem „neoliberalen Flügel“ der PS zugerechneten Laurent Fabius gegen die europäische Verfassung. Für die Entscheidung darüber, wer nun von der Partei in den Sattel gehoben wurde, spielten in der PS traditionell die „Strömungen“ – innerparteiliche „Kreise“, die jeweils die Hausmacht der potentiellen KandidatInnen darstellten – eine entscheidende Rolle. Für die eventuelle Zusammenarbeit dieser Strömungen konnte die Zahl ihrer Parteitage delegierten sehr viel wichtiger sein als die programmatische Ausrichtung [– dieses auch heute noch spürbare Erbe erinnert im Übrigen an die SFIO, die den Spagat zwischen orthodox-marxistischen Erklärungen und opportunistischer Tagespolitik beherrschte wie wohl keine andere Partei]. In jüngster Zeit ist die Bedeutung der Strömungen zurückgegangen; insgesamt sind eine stärkere programmatische Ausrichtung und die Zunahme von Strömungen feststellbar, deren Leitfiguren [– wie allerdings auch schon im Fall des CERES in den siebziger Jahren –] zumindest in der überschaubaren Zukunft innerhalb der Partei nicht mehrheitsfähig und damit „präsidentiel“ sein werden. Hinzu kommt, dass in der PS – wie auch in anderen französischen Parteien – mit der Durchführung von Abstimmungen der Mitglieder über den Präsidentschaftskandidaten und den Parteivorsitz ein plebiszitäres Element an Boden gewonnen hat. In eine ähnliche Richtung weisen auch die Überlegungen, die zu einer Reform des Mitgliedschaftsstatus angestellt werden – durch eine stärkere Einbeziehung von Nichtmitgliedern in parteinterne Entscheidungsprozesse würde der Stellenwert der „Strömungen“ vermutlich noch weiter zurückgehen.

Mitgliedschaft

Im Übrigen ist die PS bereits seit einiger Zeit in einen Wandlungsprozess eingetreten, der keineswegs als abgeschlossen gelten kann. Die Ergebnisse einer – allerdings schon einige Jahre zurückliegenden – parteisozologischen Untersuchung deuten darauf hin, dass es sich bei den ca. 120 000 Mitgliedern (von denen etwa ein Drittel für die Partei ein Mandat wahrnimmt!) weiterhin vorwiegend um besser situierte Männer in oder jenseits der Mitte des Lebens handelt. Der Anteil der Frauen an der Mitgliedschaft scheint jedoch langsam zuzunehmen (1985: 20%, 1998: 26%). Das Gegenteil gilt in Bezug auf ArbeiterInnen, und auch bei den in untergeordneter Stellung beschäftigten Angestellten und den Beschäftigten mit Zeitverträgen liegt der Anteil an der Mitgliedschaft weit unter dem an der Gesamtbevölkerung. Daraus sollte aber nun nicht ohne weiteres auf einen Rechtstrend geschlossen werden: Insgesamt verortete sich ein deutlich größerer Teil der Mitglieder links als Mitte der achtziger Jahre, und über 90% bezeichneten die Umwandlung der Gesellschaft als wichtig oder sehr wichtig. Diese Ausrichtung geht mit einer abnehmenden Neigung vor allem der jüngeren Mitglieder, für das Verständnis der Gesellschaft und der eigenen Position in ihr den Klassenbegriff heranzuziehen, sowie mit einem stärker ausgeprägten kulturellen Liberalismus bzw. Relativismus einher. Eine Ausnahmestellung nimmt diesbezüglich – dies gilt insbesondere für die Einstellung zu Fragen der Sicherheit und der Migration – ein etwa 10% der Mitglieder umfassender Personenkreis ein, der sich vor allem aus Mitgliedern mit geringerem „kulturellem Kapital“ zusammensetzt. Wie situiert sich diese Partei im heutigen Frankreich?

„Moderne“ Sozialdemokratie oder Umverteilung?

Auf die Bedeutung, die das Scheitern des sozialdemokratischen Kandidaten Lionel Jospin im ersten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen 2002 hatte, wurde bereits hingewiesen. Auch wurde bereits erwähnt, dass der im Anschluss an diese Wahlen mancherorts für unumgänglich gehaltene organisatorische Umbau der parlamentarischen Linken ausgeblieben ist. Dennoch hatte diese Niederlage – genauer gesagt, die Interpretation ihrer Gründe – weit reichende Folgen für die PS. Einigermaßen vergrößernd lässt sich sagen, dass die Gewichtung der Gründe für das Scheitern Jospins zu einer neuen Konstellation der Strömungen innerhalb der Partei führte. Die Mehrheit sah nicht zuletzt im guten Abschneiden der beiden trotzkistischen KandidatInnen von LO und LCR den entscheidenden Faktor dafür, dass Jospin von Le Pen geschlagen wurde. Dies führte logischerweise dazu, dass diesen Parteien verstärkte Aufmerksamkeit gewidmet wurde, was unter anderem darin zum Ausdruck

kam, dass Henri Weber, einst führendes Mitglied der LCR und dann ein Vertrauter von Fabius, 2004 eine Kritik seiner ehemaligen Partei in Buchform veröffentlichte. Darin brachte er die Vermutung zum Ausdruck, dass die trotzkistischen Parteien objektiv der Regierung Raffarin helfen, die davon ausgeht, dass die Linke „dank“ der Stimmenkonkurrenz durch die Trotzkisten keine Gefahr mehr darstellt.

Gegen diese Interpretation wurde eine eher soziologische Lesart der Niederlage ins Feld geführt, die besagt, dass es vor allem die Kluft zwischen der parlamentarischen Linken – in erster Linie der PS – und den sozial Schwachen dazu geführt hat, dass diese entweder nicht oder (extrem-)rechts gewählt und damit Jospins Niederlage verursacht haben. Dass diese beiden genannten Phänomene – Wahlenthaltung bzw. Nichteintragung in das WählerInnenverzeichnis und Stimmabgabe für Jospins Konkurrenten auf der (extremen) Rechten – der Realität entsprechen, ist wohl unstrittig. Keine Einigkeit besteht hingegen in der Frage, ob sich diese Entwicklung umkehren lässt. Die Antwort hat selbstverständlich weit reichende strategische Implikationen. Die Parteimehrheit scheint der Auffassung zu sein, dass dieser Zug abgefahren ist, und setzt entsprechend eher auf Themen, die als kennzeichnend für eine „moderne“ Sozialdemokratie angesehen werden können. So bringt der ehemalige Finanzminister Dominique Strauss-Kahn („DSK“) in einem längeren Beitrag für das französische Pendant der Friedrich-Ebert-Stiftung mit dem Titel „Für die tatsächliche Gleichheit. Bausteine für einen radikalen Reformismus“ seine Überzeugung zum Ausdruck, dass die Ungleichheit der Einkommen zwar fortbesteht, sich aber neue Formen der Ungleichheit wie z.B. nicht erfüllte Hoffnungen auf sozialen Aufstieg herausbilden, die „ebenso ungerecht sind und zweifellos zu noch größerer Unzufriedenheit führen“. Es gehe nun darum, die Ungleichheit in Bezug auf den Ausgangspunkt zu korrigieren, was – im Unterschied zur Ungleichheit am Ziel – vom traditionellen sozialdemokratischen Modell und dem Wohlfahrtsstaat nicht geleistet werde.

Gegen diese Lesart wandte sich eine starke Minderheit, die in den Strömungen „Neue Sozialistische Partei“ (NPS) und „Neue Welt“ vertreten ist, wobei die Einstufung als „Strömung“ zurückgewiesen wird – es handle sich um „ein Werkzeug im Dienst der gesamten sozialdemokratischen Partei und der Linken mit dem Ziel der eigenen Transformation“ (NPS). Beide

setzen eher darauf, diese potentiellen WählerInnen zurückzugewinnen, und plädieren für eine eher „traditionelle“ sozialdemokratische Politik. So steht im Mittelpunkt der wirtschaftspolitischen Forderungen die Anhebung der Kaufkraft, vor allem der Niedriglöhne und des Mindestlohns. Zur Illustration: Die Hälfte der Beschäftigten verdient weniger als EUR 1370 im Monat; der Mindestlohn – den etwa 13% der Beschäftigten beziehen – liegt bei EUR 1100.

Eine Besonderheit der NPS besteht darin, dass sie weit gehende institutionelle Neuerungen vorschlägt, die mit dem Schlagwort „VI. Republik“ umschrieben werden. Die maßgeblich von de Gaulle gestaltete V. Republik wird von der NPS im Gegensatz zu vielen anderen Kritikern auch innerhalb der PS als nicht mehr reformierbar angesehen. Sie soll durch einen neuen institutionellen Rahmen ersetzt werden, der folgende Hauptmerkmale aufweist: umfassendere Partizipation (Volksentscheide, partizipatorische Haushalte) und Rechenschaftspflicht der EntscheidungsträgerInnen, klarere und ausgewogenere Gewaltenteilung, Aufwertung der Rolle der Abgeordneten bei Beschränkung der Höchstzahl der Mandate, die gleichzeitig wahrgenommen werden können, unabhängige und ohne Ansehen der Person vorgehende Justiz.

Die NPS hat auch zu dem Anfang März erstmals vom Parteivorstand diskutierten Entwurf eines „Projet socialiste“ (Programm), das 2007 angenommen werden soll, einen Alternativtext vorgelegt. Auch hier finden sich die unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen in der wünschenswerten Deutlichkeit. Während der Vorstandsentwurf darauf hinweist, dass die Globalisierung kein linearer Prozess ist und die Öffnung der Märkte ein großes Wachstumspotenzial in sich birgt, heißt es im NPS-Text, dass die „liberale“ Globalisierung die kapitalistische Ordnung grundlegend verändert habe. In Bezug auf Europa bezeichnet der Vorstandsentwurf den Verfassungsvertrag als eine für einen neuen politischen Anlauf erforderliche Etappe; der NPS-Text sieht ein Europa, das statt der Bereitstellung des von den Nationalstaaten nicht mehr zu leistenden sozialen Schutzes die entgegengesetzte Politik verfolgt. Und der „fragmentierten“ (und klassenlosen,

analysen, fakten & argumente

ISW institut für sozial-ökologische wirtschaftsforschung e.V.

Der Wandel der Unternehmenskultur durch Wissensproduktion und Globalisierung

am Beispiel des Siemens-Konzerns und seiner IT-Standorte München Hofmannstraße

ISW forschungshfte 2

Am Beispiel Siemens wird untersucht, wie sich der Übergang von der Produktions- zur Wissensgesellschaft und die damit zusammenhängende Globalisierung von Produktion und Märkten auf die Unternehmenskultur und insbesondere auf deren Kern, das System der Arbeitsbeziehungen, auswirken. (Stichpunkte: Kernbelagschaften, Offshoring)

isw-forschungshfte 2
März 2005 / 40 Seiten / 4,00 EUR + Vers.
isw-forschungshfte 155N 1514-8254

Gesamtprogramm anfordern, Bestellungen
isw – institut für sozial-ökologische wirtschaftsforschung münchen e.V.
Johann-von-Weber-Str. 3, 80639 München, fon: 089-130041,
fax 168 94 15, email: isw_muenchen@t-online.de

www.isw-muenchen.de

RF) Gesellschaft des Vorstandsentwurfs steht ein Verweis darauf gegenüber, dass die gesellschaftliche Lage von zwei Dritteln der Lohnabhängigen dieselbe ist und die Einbindung dieser Gruppe das Ziel eines sozialdemokratischen Projekts sein sollte (NPS). Über diese Divergenzen sollte nicht aus dem Auge verloren werden, dass auch das Projekt der NPS weit von dem von Thilo Scholle in spw 4/2004 als Desiderat genannten „konsistenten sozialistischen Zukunftsprojekt“ entfernt ist. Auffällig ist insbesondere, dass die analytische Formel vom „grundlegenden Wandel des Kapitalismus“ recht plakativ bleibt und auf der Ebene der traditionell keynesianisch anmutenden Strategie keine Folgen zu haben scheint.

Europa

Wie bereits angedeutet, fanden die Unterschiede bei der Analyse der Gründe für die Wahlniederlage des Jahrs 2002 ihre Verlängerung in der Diskussion über die Europäische Verfassung bzw. den Verfassungsvertrag, wie die offizielle und von den Befürwortern bevorzugte Bezeichnung lautet. Über die Ratifikation dieses Vertrags wurde in Frankreich am 29. Mai in einem Volksentscheid abgestimmt. Die PS hatte ihre Stellungnahme vom Ergebnis einer Mitgliederbefragung abhängig gemacht, die Anfang Dezember durchgeführt wurde und eine Mehrheit für ein „Ja“ zur Verfassung erbrachte – sehr zur Freude auch der deutschen Sozialdemokratie, die sich im

Vorfeld mehrfach in französischen Medien zu Wort gemeldet hatte, zuletzt mit einem Artikel in „Le Monde“ unmittelbar vor der Mitgliederbefragung, der außer vom deutschen auch vom spanischen und vom tschechischen Regierungschef unterzeichnet war. Dass die Mitglieder der PS mehrheitlich für die Verfassung sein würden, konnte zwar nicht als ausgemacht gelten, kam aber doch nicht völlig unerwartet – der Prozentsatz von 59% entsprach annähernd dem der Parteimitglieder, die auf dem letzten Parteitag den Text von François Hollande gestützt hatten (61,4%). Die Überraschung lag eher im Schulterschluss von Laurent Fabius mit den VerfassungsgegnerInnen – die meisten von ihnen sind anders als er eher der Linken in der Partei und der Gruppe derer zuzurechnen, die als Konsequenz aus den Wahlergebnissen des Jahres 2002 an der Tradition der Partei und der Vertretung der Interessen der weniger Begüterten anknüpfen wollen. [Fabius hatte sich in seiner Zeit als Finanzminister unter Lionel Jospin bei ihnen eher unbeliebt gemacht, als er vehement für eine steuerliche Entlastung der „Mittelklasse“ plädierte und somit eine andere strategische Ausrichtung der PS zu verfolgen schien.]

Inhaltlich lassen sich in Bezug auf die Verfassung kaum Unterschiede zwischen Fabius, [der seine Argumente ebenso wie der Befürworter Dominique Strauss-Kahn Ende 2004 in Buchform vorgestellt hat,] und der Parteilinken feststellen. Der in Deutschland relativ häufig vorgetragene Aspekt der Militarisierung der EU spielte in der französischen Diskussion im Übrigen so gut wie keine Rolle; im Mittelpunkt der Kritik von links standen die Festlegung auf eine bestimmte Wirtschaftsverfassung bzw. die Verankerung sozialer Aspekte (Charta der Grundrechte und Schaffung einer Rechtsgrundlage für die öffentlichen Dienste). Die Gewichtung der Argumente war [- ohne dass diesem Punkt besondere Aufmerksamkeit geschenkt wurde -] auch davon abhängig, welcher Status und welche „Mindesthaltbarkeit“ dem Verfassungsvertrag zugemessen werden: Die Gegner befürchteten, dass er den Neoliberalismus für 20-30 Jahre festschreibt, die Befürworter gaben zu verstehen, dass die – auch von ihnen für wünschenswert gehaltenen Verbesserungen – sukzessiv realisiert werden können.

Die Beschlusslage innerhalb der PS war seit der Mitgliederbefragung im Grundsatz klar. Die Partei hat sich dann nicht auf eine Empfehlung fürs „Ja“ beschränkt, sondern – mit Unterstützung u.a. des deutschen Bundeskanzlers, der an fünf Veranstaltungen teilnahm – aktiv Kampagne für die Ratifikation geführt. Demgegenüber haben sich immer wieder – auch prominente – Parteimitglieder zum „Nein“ bekannt und an Veranstaltungen der Verfassungsgegner beteiligt. Trotz diskreter Hinweise auf deren Möglichkeit hat die Parteiführung keine Disziplinarmaßnahmen eingeleitet. Diese hätten

ohnehin wohl kaum Fabius oder die Exponenten der NPS betroffen, die darauf geachtet haben, sich nicht zu weit aus dem Fenster zu lehnen. Die Umfrageergebnisse der letzten Wochen wurden trotz des Einsatzes etwa von Lionel Jospin, der erstmals seit dem April 2002 wieder in die politische Arena stieg, am 29. Mai bestätigt. Somit stand Laurent Fabius doch noch auf der Seite der Sieger: Nicht nur 55% der WählerInnen, sondern – ersten Analysen zufolge – sogar 59% der sozialdemokratischen WählerInnen haben mit „Nein“ gestimmt. Daraus könnte er Ansprüche auf den Posten des Parteivorsitzenden ableiten, der in der PS traditionsgemäß eng mit der Kandidatur für das Amt des Staatspräsidenten verbunden ist. Ob dies aber Folgen für das politische Selbstverständnis und die Strategie der PS hätte, ist nicht ausgemacht.

Ein Pyrrhussieg?

Auch ein Sieg des „Ja“ beim Volksentscheid wäre für die PS nicht unproblematisch gewesen, da mit der FKP einer ihrer Partner aus der Regierung der pluralen Linken Kampagne gegen die Verfassung Kampagne geführt und in diesem Rahmen sogar Veranstaltungen mit Teilen der trotzkistischen (!) Linken ausgerichtet hat. Auch große Teile der so genannten „sozialen Bewegung“ lehnen die Verfassung ab – in der CGT (ursprünglich der FKP nahe stehender Gewerkschaftsbund, der sich in der letzten Zeit der PS angenähert hat) wurde gar gegen die Gewerkschaftsführung eine Empfehlung für das „Nein“ durchgesetzt. Die Ablehnung der Verfassung stellt die Linke vor die Aufgabe, Scherben zu kitten und die zentrifugale Dynamik der letzten Wochen umzukehren, um die Zusammenarbeit der Linken wieder zu verbessern und vor allem die wegen des Wahlrechts äußerst wichtige Stimmenübertragung im zweiten Wahlgang zu ermöglichen. Innerhalb der PS stehen sicherlich umfangreiche Personaldiskussionen an: Es wäre erstaunlich, würde Laurent Fabius nicht versuchen, sein verbessertes Standing bei der nicht sozialdemokratischen Linken und die Tatsache, dass all die, die ihm die sozialdemokratische Präsidentschaftskandidatur streitig machen könnten, bei der Volksabstimmung auf der Verliererseite standen, in die Waagschale zu werfen. Die Parteiführung scheint zu beabsichtigen, das Ergebnis des Volksentscheids ausschließlich als ein Votum gegen die Politik der Rechten zu interpretieren, die „Neinsager“ unter Berufung auf ihr vom Votum der Parteimitglieder abweichendes Verhalten aus der Parteiführung zu entfernen und Fabius kaltzustellen. Wer aus dieser Auseinandersetzung als Sieger hervorgeht, mag nach dem „Klärungsparteitag“, der seit der Endphase der Volksabstimmungs-Kampagne im Gespräch ist und im Herbst stattfinden könnten, deutlich sein. Was dies jedoch konzeptuell bedeutet, wird jedoch vermutlich noch einige Zeit im Dunkeln bleiben.

Antifaschistisches Blatt
info

Sonderausgabe zum 8. Mai

VERGESSEN
VERDRÄNGEN
VERSCHWEIGEN
VEREINAHMEN

mit Beiträgen von:
Gerd Wiegel, Stefan Bollinger,
Marc Czichy, Jörg Kronauer,
Martin Büsser, Rolf Surmann
u.a.

Antifaschistisches Infoblatt
Gneisenaustr. 2a | 10961 Berlin
E-Mail: aib@nadir.org
Einzel exemplar 3.10 EUR

spw weiter entwickeln!

Von Björn Böhning und Reinhold Rünker

Mit der Abwahl der letzten rot-grünen Landesregierung in NRW und der Ankündigung, Bundestagsneuwahlen im September anzustreben, ist der mediale und demoskopische Abgang des rot-grünen Projektes mit Händen zu greifen. Auch innerhalb der Linken war und ist das, was realpolitisch davon übrig geblieben ist, heftig umstritten. Soziale und gesellschaftliche Protestbewegung, zahlreiche Austritte aus der SPD sowie die Gründung einer neuen Linkspartei bei weiterer wahlpolitischer Marginalisierung der Linken sind aber nicht nur Resultat verfehlter rot-grüner Politik, sondern auch Ausdruck einer fehlenden innerlinken Verständigung auf notwendige Diskurs- und Aktionsfelder.

Plattform des innerlinken Dialogs

Auf der spw-Frühjahrstagung im April haben wir einen Diskussionsprozess über die Zukunft des spw-Projektes begonnen. Hintergrund unserer Überlegungen ist vor allem, dass ein Diskurs- und Theorieorgan wie die spw der programmatischen Entwicklung und Auseinandersetzung der sozialistisch orientierten Linken im Umfeld der SPD ein Forum bilden muss. Voraussetzung dafür ist, dass erstens die Linien programmatischer Auseinandersetzungen wieder erkennbar sein müssen und zweitens die spw ein Forum für viele verschiedene Teile der SPD-Linken und ihren Dialog mit der gesellschaftlichen Linken bilden muss. Der Spagat zwischen programmatischer Debatte und tagespolitischer Intervention muss dabei

genauso ausgehalten werden wie die divergierenden Sichtweisen, die sich aus unterschiedlichen Rollenerfahrungen ergeben. Ziel der spw ist und bleibt es, eine Schnittstelle zwischen sozialistischer Theoriebildung und politischer Handlungsfähigkeit zu bilden.

Neben der weiterhin vorhandenen ökonomischen Substanz, die eine Zeitschrift benötigt, bedarf es einer Neujustierung bzw. „Neuaufladung“ auch der politisch-strategischen Substanz. Wir halten daran fest, dass die gesellschaftliche Linke einer starken Linken innerhalb der Sozialdemokratie bedarf. Wir halten eine Verengung der innerlinken Debatte darauf, wie die Organisationsfrage entschieden wird, für falsch und für zu kurz gegriffen. Erforderlich ist es vielmehr, wieder einen innerlinken Dialog zu beginnen.

Die spw muss Spinne im Netzwerk verschiedener linkssozialdemokratischer Diskurse und Gruppierungen werden.

Ein innerlinker Dialog setzt voraus, sich zunächst selbst zu positionieren. Das heißt für uns stärker als in der Vergangenheit zu berücksichtigen, dass unterschiedliche Verantwortlichkeiten auch unterschiedliche Bedürfnisse sowie Loyalitäten begründen. Kurzum: Die spw muss Hintergrunddiskurse und Beiträge politischer Praxis zusammenbringen und das Forum der diversifizierten gesellschaftlichen Linken in Politik, Wissenschaft und Arbeit und ihres Kontakts zur gesellschaftlichen Wirklichkeit werden. Dazu gehören vor allem die Zirkel der sozialdemokrati-

schen Linken, der kritische wissenschaftliche Diskurs auch außerhalb der Sozialdemokratie sowie die Diskussion in den Gewerkschaften und bei den ökonomischen Akteuren.

Die spw muss Diskurse an langen Linien entwickeln.

Die spw muss ein klareres politisch-strategisches Profil bekommen. Alltagsphänomene und –probleme werden aus Sicht der Linien betrachtet, theoretisch eingeordnet und kontrovers diskutiert werden. Das bedeutet auch den Versuch, einer erneuerten sozialistischen Theorieaneignung und –entwicklung. Kurzum: Weg von den Ereignisberichten, hin zu programmatischen Impulsen aus unterschiedlichen thematischen und theoretischen Zusammenhängen, die sich auf die Linien beziehen. Ziel ist es, aus diesen Linien heraus politische Praxis zu erklären. Zu diesen Linien gehören folgende Felder: (1) Finanzkapitalismus, Wachstum und moderne Wirtschaftspolitik; (2) Reform des Sozialstaats; (3) Bildung und Innovation; (4) Europa und Internationales sowie (5) Staat, Politik und Partei unter veränderten Bedingungen. Tagungen müssen innerhalb der sozialdemokratischen Linken strategisch zusammengeführt werden. Sie müssen Ausstrahlung auch auf linke Zusammenhänge außerhalb der Sozialdemokratie entwickeln. Programmatische Impulse müssen nachhaltiger und zielführender in die Kanäle der politischen Entscheidung eingeführt werden.

Impulse einer neuen politischen Generation nutzen

Eine Reform der spw braucht neue TrägerInnen. Die personelle Basis des Projekts muss wieder breiter werden. Wir brauchen Impulse einer neuen politischen Generation. Dies gilt für Personal, Programmik, Strategie und Kultur. Die Voraussetzung dafür ist auch, dass „die Jungen“ eine stärkere Verantwortung übernehmen müssen und die spw in ihre alltägliche politische Praxis stärker integrieren.

An diesen Punkten wollen wir spw weiter entwickeln und freuen uns über kritische und konstruktive Beiträge hierzu.

spw 3/2005

Björn Böhning, Bundesvorsitzender der JungsozialistInnen in der SPD, wurde auf der Frühjahrstagung in Hamburg in Nachfolge von Horst Peter (Kassel) zum Vorsitzenden des Vereins zur Förderung von Demokratie und Völkerverständigung gewählt. Er lebt in Berlin.

Reinhold Rünker, Organisationsberater, Mitglied der spw-Redaktion, lebt in Leichlingen.

Leserbrief zu spw intern, 2/2005, S. 52:

Liebe spw-Redaktion,

im intern bedauert Ihr den Parteiaustritt von Peter von Oertzen und haltet ihm ein eigenes Zitat entgegen (...). Was mir dabei auffällt ist, dass ihr nicht thematisiert, dass das von Oertzens Zitat von Ende 1993 stammt. Haben sich wirklich seit 1993, vor allem aber seit Übernahme der Regierung 1998, die

Strukturen in der Gesellschaft, in den Medien, in der SPD und die Zwänge, die auf sie ausgeübt werden, so wenig verändert, dass man ein solches Zitat bruchlos fortschreiben kann? (...) Muss nicht die SPD-Linke ernsthafter, als ich es hier erkennen kann, die gesellschaftliche Funktion der Partei und von sich selbst befragen, wenn sie ernst genommen werden will? (...) Warum redet man nicht (öffentlich oder nicht) mit Peter von Oertzen (...) über seine Gründe, jetzt zu gehen? Es stimmt ja, wenn die Redaktion meint, auf so kluge Köpfe könne die SPD nicht verzichten. (...)

Eine solche Tagung mit Ex-Genossen/innen würde echte Neugier, humane Nähe mit jahrzehntealten Weggefährten und eine gewisse Souveränität beweisen. Oder haben wir etwa Angst, die anderen, „von denen wir manche Kritik teilen,“ könnten uns überzeugen? (...) Ich wäre jedenfalls dabei, so etwas zu machen, weil ich trotzdem diskutieren und nicht austreten, aber auch nicht stur weitertröten will, ohne nach links, rechts und zurück zu sehen.

Stefan Grönebaum, Berlin

Alternativen zum Turbo-Kapitalismus

Langfristiges und ganzheitliches Augenmaß für eine nachhaltige Gesellschaft statt mit kurzfristiger Renditenmaximierung zum Turbokapitalismus!

Von Andrea Ypsilanti und Harald Lührmann

Aus Anlass der Diskussion um das Vorgehen der Deutschen Bank, nämlich bei großen Gewinnsteigerungen und ehrgeizigen Renditezielen gleichzeitig Arbeitnehmer zu entlassen, wird (wieder einmal) deutlich, dass es in unserem Wirtschaftsleben verschiedene Vorgehensweisen („Philosophien“) gibt. Mit der Strategie der Deutschen Bank wird ein früher normales Selbstverständnis in der deutschen und den kontinentaleuropäischen Gesellschaften aufgegeben. Entgegen den Aussagen der Deutschen Bank ist deren Vorgehen nicht alternativlos.

Es ist wichtig und richtig aus diesem und bei jedem ähnlichen Anlass zwei Zusammenhänge aufzuzeigen. Zum einen ist deutlich zu machen, dass überhaupt etwas anders praktiziert wird als bisher üblich und in welchen Aspekten. Die Änderung des bisher üblichen muss benannt werden. Zum zweiten ist zu erläutern, dass überhaupt und inwieweit jetzt und für die Zukunft Alternativen bestehen. Dadurch wird jene gedankliche Welt, in der der Mensch irgendwelchen Mächten und Sachzwängen ausgeliefert und damit letztlich unfrei ist, verlassen. Jetzt ist der Bürger und die Gesellschaft gedanklich und vom Anspruch her frei, um zwischen Alternativen zu wählen. Dies ist ein sehr wichtiger Aspekt, der bei all diesen Debatten schon alleine eine Diskussion notwendig macht und legitimiert.

Es ist in einer Demokratie selbstverständlich nicht nur das Recht, sondern ausdrücklich die Aufgabe von Politik und Öffentlichkeit für die „richtige“ Alternative des Wirtschaftens zu werben. Schließlich gehört es zum Grundbestand einer demokratisch und marktwirtschaftlich organisierten Gesellschaft, dass der Bürger entscheidet, wie gelebt und gearbeitet werden soll. Theoretisch tut er dies einerseits mit dem Stimmzettel bei den Wahlen und andererseits über seine souveräne Entscheidung, wo er was mit welcher Qualität in welchen Mengen und zu welchem Preis kauft (Konsumentensouveränität).

Im Ergebnis kommt man bei der gegenwärtigen Diskussion um die Strategie der Deutschen Bank zu folgender Feststellung:

1. Die Deutsche Bank handelt anders als bisher in Deutschland üblich. Sie wirft Traditionen über Bord, die bisher zum Grundkonsens der deutschen Gesellschaft gehörten.
2. Sie tut dies aus freier Entscheidung und ohne Not. Es gäbe Alternativen für eine nachhaltige Entwicklung des Instituts.
3. Es ist gut, dass diese Zusammenhänge in der öffentlichen Debatte thematisiert werden.
4. Letztlich sind und bleiben die Gesellschaft als Ganzes und jeder einzelne Bürger in seinem Einflussbereich dafür verantwortlich, wie gelebt und gewirtschaftet wird.

Unternehmerisches Gestalten statt Anpassungsreflex

Der Weltmarkt und globaler Wettbewerb sind zwar mächtig und schränken die Handlungsoptionen für einzelne Unternehmen und sogar für ganze Nationalstaaten ein, aber sie sind nicht determinierend. Für jeden einzelnen Parameter und insbesondere auch für Kosten und Renditeniveaus gibt es erhebliche Spielräume. Diese sind wiederum nicht beliebig sondern begrenzt. Aber sie sind deutlich erkennbar. TINA (There Is No Alternative) ist falsch. Das Verleugnen solcher Gestaltungsalternativen hat fundamentale Konsequenzen: Gäbe es eine solche Gestaltungsoption nicht, wäre auch der Freiheitsanspruch für die eigene individuelle und kollektive Lebensgestaltung gefährdet. TINA ist Volksverdummung. Vor allem vertragen sich TINA und Unternehmertum nicht. Man kann diese Spielräume auch klar erkennen, wenn man sich Vergleichszahlen anschaut. Die Deutsche Bank liegt hier mit vielen Kennziffern im oberen Mittelbereich. Lediglich bei den Privat- und Gewerbetunden in Deutschland hat sie sich in den letzten Jahren in eine schlechte Position manövriert, wie sie mittlerweile selber eingesteht und zu korrigieren versucht.

Schon für die Gesamtheit aller Gestaltungsparameter eines Unternehmens (oder einer Nation) gibt es diesen Spielraum. Betrachtet man aber gar nur einen einzigen Parameter wie die Kosten, dann ist für diesen Parameter

allein der Spielraum noch viel größer, weil relative Nachteile hier durch größere Vorteile bei anderen Parametern ausgeglichen werden können.

Es ist eine triviale Weisheit und muss doch immer wiederholt werden: Für das Durchsetzen im Wettbewerb gibt es nicht nur die Kosten als Gestaltungsparameter. Neben den Preisen sind es insbesondere Qualität und Innovationsgrad der Produkte einerseits und Kundenbeziehungen, -bindung und allgemeines Ansehen bzw. Image andererseits. Produkte und Kundenbeziehungen sind wiederum in sehr hohem Maße von der Qualität und Motivation der Mitarbeiter abhängig. Prinzipiell gibt es daher für jedes Unternehmen im globalen Wettbewerb die Chance ein höheres Kostenniveau durch mehr Innovation, höhere Produktqualität und stärkere Kundenbindung auszugleichen. Nicht nur das; es ist sogar für viele Unternehmen und insbesondere für den Wirtschaftsstandort Deutschland sehr ratsam auf eine Strategie der Innovation und Kundennähe und Qualität zu setzen. Dieses setzt aber in der Unternehmensführung die Fähigkeit voraus, hochqualifizierte und hochmotivierte Mitarbeiter zu gewinnen und nachhaltig im Unternehmen zu entwickeln und zu halten. Diesen Zusammenhang kennen alle guten Unternehmer. In fast allen Unternehmen mit einer dynamischen Wachstumsgeschichte findet sich in der Wachstumsphase eine hochmotivierte Belegschaft, die von guten Unternehmern „anständig behandelt“ und „gut geführt“ wurden, wie man früher ganz selbstverständlich und richtig sagte.

Preise und Kosten sind selbstverständlich nicht unwichtig. Jeder kennt es aus seinem eigenen Kaufverhalten: Manchmal muss es das Billigste sein; manchmal nimmt man Teuerste, weil man meint, es sei das Beste; am häufigsten hat das Abwägen von Preis und Qualität ein Ergebnis, bei dem man hofft das beste Preis-Leistungs-Verhältnis zu bekommen. Es liegt in der Regel nicht bei den beiden Preis-Extremen. Auch für Unternehmen gibt es selbstverständlich die strategische Option der „Preisführerschaft“ verbunden mit der „Kostenführerschaft“, also das Ziel, billigster zu sein. Diese Strategien passen aber nicht zu einem Produktionsstandort in einem hochentwickelten Land. Ein Unternehmen mit dieser Strategie wird über kurz

Andrea Ypsilanti, MdL, ist SPD-Landesvorsitzende Hessen

Dr. Harald Lührmann leitet gemeinsam mit Gernot Grumbach die Grundsatzprogramm-Kommission des SPD-Bezirks Hessen-Süd

oder lang in Länder mit niedrigeren Personal- und Infrastrukturkosten auslagern. Es sei denn es benötigt für seine Produktion hochqualifizierte Arbeitskräfte, einen hohen Stand an sozialer und technischer Infrastruktur oder die Nähe zum Absatzmarkt.

Die Tatsache der Verlagerung als solche ist positiv zu sehen wegen der Verringerung der Ungleichverteilung zwischen den Weltregionen. Insofern ist nichts dagegen zu sagen, wenn die Deutsche Bank einen Teil der Backoffice-Funktionen auslagert. „Smart Sourcing“ ist nicht schlecht an sich. Es geht hier um die soziale und gesellschaftliche Verträglichkeit der Umsetzung. Es geht auch darum, dass eine solche Strategie der Kostenführerschaft für die Deutsche Bank falsch wäre. Aber insgesamt muss es bei der Diskussion nicht um die Deutsche Bank gehen, sondern um die Gesellschaftsveränderung, welche die Deutsche Bank betreibt.

Nachhaltige Optimierung statt überzogener Kurzfristigkeit und einseitiger Quantifizierung

Mittlerweile haben aber vier Entwicklungen dafür gesorgt, dass der Zusammenhang von guten Kundenbeziehungen, regelmäßiger Innovation, hochqualifizierten und –motivierten Mitarbeitern und langfristigen Gewinnen bei den Entscheidungen und Strategien nicht mehr so stark zum Tragen kommt:

1. Eine extreme Ökonomisierung und Quantifizierung erhöht das Gewicht von Sachverhalten, die sich in Zahlen ausdrücken, und verringert das Gewicht qualitativer Aspekte und sogenannter „weicher Faktoren“.

2. Eine Analyse und Beurteilungskultur auf der Grundlage von Quartalsberichten, bei denen ein Jahresbericht schon fast als langfristige Übersicht gilt, lässt schon mittelfristige Abwägungen und Investitionen hinter kurzfristigen Aktionismus zurücktreten.

3. Der Kulturwandel innerhalb der Unternehmen insbesondere beim Management vergrößert den Anteil „wissenschaftlicher“ Praxis gegenüber dem Erfahrungswissen. Wissenschaftliches Management präferiert wiederum „Messbares“ und „Hartes“ vor „Geschätztem“ und „Weichem“. Gleichzeitig wird die Gruppe der Entscheider und Entscheidungsvorbereiter deutlich jünger. Beides verstärkt die Tendenz zu einem partialistischen und kurzfristigen Rechnen.

4. Sehr hohe Prämien und Bonuszahlungen sind an das Erreichen von Aktienrenditen geknüpft, die obendrein noch auf relativ kurze Laufzeiten ausgelegt sind. Dadurch gibt es weitere massive strukturelle Anreize, sich kurzfristig und geldorientiert zu verhalten. Diese Entwicklung wird institutionell global vor allem von drei Gruppen vorangetrieben: Den großen Kapitalsammelstellen, Investmentbankern und den Managementberatern. Eine besondere Rolle spielen dabei jene Private Equity Firmen die alle drei Funktio-

nen in sich vereinen, und für sehr vermögende Privatpersonen global strategisch investieren, d.h. aktiven unternehmerischen Einfluss ausüben wollen. Diese drei Gruppen und ihre Arbeitskultur sind die Katalysatoren des Umformungsprozesses.

Sie zeichnen sich dadurch aus, dass sie auf der Basis von theoretischen Modellen das Wirtschaftsgeschehen in Rendite-Risiko-Relationen vereinfachen und behandeln. Konkretes Produktionswissen und tiefergehendes sozialpsychologisches Verständnis von Menschenführung ist diesen Gruppen relativ fremd. Es kommt zwar in Einzelfällen vor, aber in der Masse der Beteiligten ist es auf ein relativ oberflächliches Modellwissen beschränkt. (Wissen und Wissenschaft selbst unterliegt nämlich auch dieser Rendite-Risiko-Logik. Sie führt dazu, nicht in mehr Wissen zu investieren als zwingend und ohne kurzfristige Schäden notwendig ist.) Selbstverständlich finden sich diese drei Gruppen als Funktionen auch in „normalen“ Unternehmen. Das ist nichts Schlechtes an sich. Schlecht ist nur der Absolutheitsanspruch der in der Regel damit einhergeht.

Bei der Deutschen Bank haben sich vor einigen Jahren in den internen Auseinandersetzungen um die Machtpositionen die Investmentbanker gegenüber den klassischen Bankern auch deshalb durchgesetzt, weil sie dieses neue Spiel des kurzfristigen Aktionismus auch besser beherrschen. Ackermann ist Investmentbanker und macht nun das, was er kann und was ihm geholfen hat, an diese Position zu kommen. Er setzt nicht auf die Ausweitung der Gewinne durch zusätzliche Geschäfte mit Hilfe des vorhandenen Kapitals und der vorhandenen Mitarbeiter, sondern er verkleinert das Geschäft bzw. bleibt hinter seinem Potential, indem er Mitarbeitern – aber auch Aktionären – kündigt. Mit der Kündigung der Aktionäre ist folgendes gemeint: Die Eigenkapitalrendite ist der Quotient von Gewinn und Eigenkapital. Sie muss hinreichend hoch sein, damit genügend Eigenkapital für die Geschäfte des Unternehmens zur Verfügung steht. Normalerweise ist alles Kapital in Geschäften investiert und die Rendite hängt vom Gewinn dieser Geschäfte ab. Die Deutsche Bank unter Führung von Ackermann versucht nun aber die Eigenkapitalquote auch dadurch nach oben zu treiben, indem sie eigene Aktien zurückkauft und damit das Eigenkapital verringert. Insgesamt bezeugen Abbau von Mitarbeitern und von Eigenkapital, dass die Unternehmensführung keine Wachstumsmärkte sieht, in denen es sich lohnte, „etwas zu unternehmen“.

Dieses Vorgehen ist eine deutliche Veränderung gegenüber der traditionellen Unternehmerlogik. Diese sah immer vier Erfolgsfaktoren für nachhaltige Gewinne

- Personalqualifikation und -entwicklung,
- nachhaltig nach außen und -innen bindender Unternehmenskultur,

- wettbewerbsfähige Kostenstrukturen und

- Marktdominanz durch Produktinnovation und hohe Kundenbindung

Trotz der heute von Unternehmen wie der Deutsche Bank betriebenen Veränderungen sind die „alten Unternehmerwahrheiten“ nicht falsch geworden. Sie stehen auch zu recht noch in jedem betriebswirtschaftlichen Lehrbuch. Sie sorgen auch nach wie vor in längerfristiger Betrachtung für den höheren Gewinn, wie entsprechende Analysen zeigen. Sie sind nur nicht immer kurzfristig im Unternehmenswert bzw. im Aktienkurs enthalten, weil der kurzfristig sehr stark von der Meinung der Analysten abhängt – und die irren sich nachweislich sehr häufig.

Es gibt zwei große Indizienbereiche dafür, dass diese „alten“ oder „klassischen“ Zusammenhänge nach wie vor Geltung beanspruchen und dies zu recht:

1. Die Diskussion im Unternehmer- und Managerlager selbst ist ein Indiz. Hier wird über die Meute der Analysten, Fonds- und Investmanager und deren große Macht im Verein mit ihrer zahlengläubiger Lebens- und Unternehmensblindheit lauthals geklagt. Manche Familienunternehmer weigern sich wegen dieses Zusammenhangs an den Aktienmarkt zu gehen. Herausragend ist das Beispiel von Bertelsmann hier. Nicht nur – aber auch aus diesen Gründen musste damals dort Thomas Middelhoff gehen. Aldi, Oetker, Tchibo und Miele sind ähnliche Fälle. In die gleiche Richtung zielt die öffentlichkeitswirksame und bewusst agitatorische Weigerung von Wedekind, dem Vorstandsvorsitzenden von Porsche, Quartalsberichte vorzulegen.

2. Empirische Studien aus den USA zeigen, dass Unternehmen mit einer nachhaltigen Unternehmensführung mittelfristig eine deutlich bessere Wertentwicklung aufweisen als diejenigen, die sich ausschließlich am kurzfristigen Gewinn orientieren. Mittlerweile hat sich auch ein rasch wachsender Kapitalmarkt entwickelt, bei dem Unternehmen nach ihrer Nachhaltigkeit als Anlage ausgewählt werden. Ein führendes Beispiel dafür ist der Dow Jones Sustainability Index, der die nachhaltigsten 20% Unternehmen eines Wirtschaftszweigs umfasst. Bei ihm gehen Soziales, Ökologisches und Ökonomisches in die Beurteilung für die Auswahl ein. Bisher zählte bei den Banken in Europa auch die Deutsche Bank zu den ausgewählten. Diesen Index gibt es seit 1999. Ca. 50 Fonds verwenden allein diesen Index. Sie verwalten in Europa ca. 3 Mrd. Euro. Die Londoner Börse bietet als Index den „FTSE4Good Europe“, der Verhaltensnormen, Arbeitsstandards usw. als Eintrittskriterium bewertet. Mittlerweile gibt es eine Reihe weiterer Indizes mit unterschiedlichen Aspekten, Gewichtungen und Methoden. Immer mehr Fonds mit einer solchen Anlagestrategie entstehen, weil es genügend Kapitalanleger

gab, die nur in solchen Unternehmen anlegen wollten. Unternehmen, die in diesen Indices aufgelistet werden, haben eine deutlich bessere Performance als die Gesamtheit aller Unternehmen.

Für eine verantwortungsvolle und nachhaltige Unternehmensführung gibt es also auch in den Zeiten starken globalen Wettbewerbs einen nennenswerten Spielraum.

Souveräne Konsumenten

Es gehört zu den Grundpfeilern der Legitimation von Marktwirtschaft, dass man dem Bürger als Konsumenten letztlich die Macht zuordnet, das Wirtschaftsgeschehen durch seine Kaufentscheidung zu steuern. Bei den Verfechtern der reinen Marktwirtschaftslehre ist dies sogar besonders ausgeprägt.

Aber auch hier ist die reine Theorie realitätsfern und falsch. Das idealtypische Steuern der Wirtschaft durch den Konsumenten ist sicher nicht gegeben, weil dem Konsumenten dazu das Wissen, die Informationen und auch die Rationalität des Handelns fehlen. Dies heißt jedoch wiederum nicht, dass er überhaupt keinen Einfluss hätte. Auch in der Praxis ist ein gewisser Einfluss der Konsumenten gegeben. Dieser Einfluss ist umso größer je stärker in einem Marktsegment die Markenbildung vorangeschritten ist. Der Automobilmarkt ist hier z.B. viel sensibler als der Markt für Zucker oder ähnliche Massengüter.

Mittlerweile gibt es auch die Forderung nach einem Testat insbesondere für global agierende Unternehmen, das das soziale, ökologische und ethisch-politische Verhalten der Unternehmen verbindlich und vergleichbar festhält. Dies sollte den gleichen Stellenwert haben, wie das heutige Testat durch die Wirtschaftsprüfer. Während letzteres vor allem für die Eigen- und Fremdkapitalgeber relevant ist würde sich ein Nachhaltigkeitsstat an die Kunden und an die allgemeine Öffentlichkeit wenden.

Wichtig ist im Zusammenhang mit der Diskussion um die Strategie der Deutschen Bank zweierlei:

1. Das Verhalten der Unternehmen ist nicht nur in Deutschland sondern weltweit selbstverständlich ein wichtiger Gesichtspunkt bei der Kaufentscheidung durch den Konsumenten – und sollte es sein.
2. Zu den (Legitimations-)Grundlagen einer marktwirtschaftlich und demokratisch organisierten Gesellschaft gehört die Vorstellung, dass der Käufer einen Einfluss auf das Ausgestalten des Wirtschaftsgeschehens hat. Als Konsequenz daraus ist es eine triviale Selbstverständlichkeit, wenn die Politik an die Souveränität der Konsumenten bei dem Bewerten alternativen Verhaltens von Unternehmen erinnert.

Sozial und ökologisch nachhaltige Marktwirtschaft

Es ist mittlerweile richtigerweise unbestrittenes Gemeingut, dass in einer Gesellschaft Produktion und Verteilung marktwirtschaft-

lich organisiert sein sollten. Es ist aber ebenso klar, dass es verschiedene Ausprägungsformen von Marktwirtschaft gibt. Deshalb bedeutet eine Kritik an der neuen radikalen Form von Marktwirtschaft (auch Turbo-Kapitalismus genannt), die von Einigen auch in Kontinentaleuropa neu eingeführt werden soll, noch lange keine Aufgabe des marktwirtschaftlichen Prinzips als grundsätzliche Form der Wirtschaftsorganisation. Nur jene turbo-kapitalistischen Dogmatiker, die nicht differenzieren wollen oder können, greifen bei der entsprechenden Kritik zu dem Vorwurf, der Kritiker wolle zurück zur Zentralplanwirtschaft. Vielmehr stellt der Turbo-Kapitalismus ein Zurück dar. Stattdessen käme es darauf an, die soziale Marktwirtschaft als gute Grundlage zu nehmen und zukunftsfähig weiter zu entwickeln.

Die deutsche soziale Marktwirtschaft

Die deutsche Soziale Marktwirtschaft gilt als eine besondere Ausprägung von Marktwirtschaft, die zunächst für die Bundesrepublik und seit 1990 für ganz Deutschland spezifisch ist. Sie spielt auch in den Debatten um die richtige Wirtschaftsordnung in den einzelnen Entwicklungs- und Transformationsländern wie auch in der Diskussion um die Gestaltung der globalen Marktwirtschaft eine nennenswerte Rolle. Das bedeutet aber leider nicht, dass damit auch ein klares Leitbild vorliegt. Vielmehr sind mit dem Begriff Soziale Marktwirtschaft drei verschiedene Bedeutungsebenen verbunden:

1. Ein theoretischer Entwurf einer Wirtschaftsordnung.
2. Das konkrete Wirtschafts- (und Gesellschafts-)System in Deutschland zu den verschiedenen Zeiten seiner Entwicklung. Hier unterscheidet man üblicherweise vier Phasen in etwa entlang den Wechsels in der Regierungsverantwortung:
3. Ein Kampfbegriff in der politischen Auseinandersetzung sowohl innerhalb Deutschlands wie auch zwischen den Systemen

Abhängig von der jeweiligen Bedeutungsebene variiert der Inhalt des Begriffs Soziale Marktwirtschaft sehr erheblich. Gerade in Abgrenzung zu der neoliberalen Auffassung besteht ein wesentlicher Aspekt in der Praxis der sozialen Marktwirtschaft in dem Überwinden eines theoretisch häufig postulierten Entweder-Oder: Entweder Staat oder Markt, institutionelle oder marktmäßige Koordination, Kooperation oder Wettbewerb. Genau genommen gilt dies Sowohl-als-auch nicht nur für die deutsche Soziale Marktwirtschaft. In ihrer faktischen realen Existenz agieren alle Marktwirtschaften immer nicht an sondern zwischen den Polen dieser Unterscheidungen. Reale Marktwirtschaften sind immer ein Sowohl-als-auch. Auch in den USA sind manche System-Indikatoren faktisch eher wie bei einer gebundenen (d.h. sozial und ökologisch nachhaltigen) als wie bei

einer unregulierten Marktwirtschaft ausgeprägt. Das gilt z.B. für die eher aktive makropolitische Rolle des Staates. Aber hinsichtlich des gesamten Profils gibt es doch erhebliche Unterschiede, die eine Typenbildung rechtfertigen. Die deutsche soziale Marktwirtschaft gehört dabei faktisch zu den Systemen, bei denen das marktmäßige Wirken in vielen Aspekten und teilweise sehr nachhaltig kanalisiert und korrigiert wird. Sie ist damit nicht nur Exponent eines besonderen Typs oder einer besonderen Form von Marktwirtschaft. Sie ist in dieser Rolle auch in besonderer Weise prominent.

Trotz – oder besser – gerade wegen dieser Prominenz sollte man aber vermeiden, den Begriff Soziale Marktwirtschaft zu verwenden, weil er aus den oben genannten Gründen zu unklar ist.

Finanzwirtschaft in Deutschland ist zukunftsfähiges Beispiel

Das Verhalten des Managements der Deutschen Bank ist auch jenseits von den aktuellen Konflikten um ihre Unternehmensstrategie bedeutsam. Denn gerade in der wirtschaftlichen Organisation der Finanzwirtschaft tobt in Deutschland ein heftiger Systemkampf. Hier versuchen die privaten Banken mit der Deutschen voran und mit Hilfe der EU, aber auch mit Hilfe von Bundes- und Landesministerien (Wirtschaft und Finanzen) die Dreigliedrigkeit (Sparkassen, Genossenschaften und Privatbanken) zu beseitigen. Diese Vielfalt gilt als einer der Gründe dafür, dass Deutschland einerseits eine hohe Qualität in der Versorgung mit Bankdienstleistungen hat, während gleichzeitig der hohe Wettbewerbsdruck zu relativ geringeren Margen führt. Diese Margen sind aber immer noch hoch genug, um genügend Eigenkapital anzuziehen. So hat die Deutsche Bank mehr Eigenkapital als sie gebrauchen kann. Jedenfalls kauft sie ihre Aktien mittlerweile zurück und verkleinert damit ihr Eigenkapital. Die Margen und Gewinne sind auch höher als in anderen Wirtschaftszweigen. Die in und an Deutschland verdienbaren Margen von Banken und Investmenthäusern sind auch hinreichend, um dafür zu sorgen, dass sich in den letzten Jahren die gesamte entsprechende globale Elite in Deutschland niedergelassen hat. Teilweise bauen sie bis heute nachhaltig Personal auf. Es scheint also nicht aus Existenznot um eine höhere Eigenkapitalrendite zu gehen. Zwar gibt es diese andernorts (zum Teil) und in Deutschland nicht, weil das pluralistische System höhere Margen erschwert. Aber in Deutschland ist die Deutsche Bank bei der Eigenkapitalrendite führend. Insofern ist die Diskussion, um die Bedingungen für Banken in Deutschland, wenn sie von der Deutschen Bank geführt wird, eher eine Diskussion über die Verfasstheit des deutschen Bankensystems. Die Vielfalt von Eigentumsformen ist nämlich gerade ein Merkmal einer gebundenen

Marktwirtschaft, für die sich die deutsche Gesellschaft bisher entschieden hatte. Wenn die privaten Banken mit der Deutschen vorweg dies zu verändern suchen, dann wollen sie auch hier die bisherige wirtschaftliche Verfasstheit Deutschlands ändern. Dies ist selbstverständlich legitim. Aber es ist eine politische Debatte und dabei ist selbstverständlich die Politik gefordert. Es ist jedoch nicht legitim, zu versuchen, sich gegen diese Politisierung und Öffnung der Debatte dadurch zu immunisieren, indem man Sachzwänge vorspiegelt.

Bewusste Gestaltung der globalen Wirtschaftsordnung

Mittlerweile ist es notwendig, die Debatte um die Alternativen bei der Wirtschaftsordnung wieder offensiver zu führen. Von neoliberaler Seite ist der alte Konsens einer prinzipiell sozial ausgewogenen (solidarischen) Gesellschaftsordnung aufgekündigt. Es geht dabei aber nicht mehr nur um die nationale Wirtschaftsordnung. Hier ist der Gestaltungsspielraum durch Globalisierung in der Tat enger geworden. Es geht um Europa und die Weltwirtschaft. Hier wird faktisch und weitgehend ohne eine breitere politische Debatte von der richtig verstandenen guten Tradition der sozialen Marktwirtschaft Abschied genommen. Dies gilt traurigerweise auch für den Aufbau der Europäischen Wirtschafts- und Sozialordnung. In der breiten Öffentlichkeit grassiert gleichzeitig TINA. Dagegen muss die Gestaltung der globalen Weltwirtschaft und das Verhaltensleitbild der Unternehmen in dieser Weltwirtschaft als Wahl zwischen Alternativen thematisiert werden und nicht als alternativloser Sachzwang. Jede Aktivität und öffentliche Diskussion, welche dieses bewirkt, erfüllt eine selbstverständliche demokratische Pflicht. Das Formulieren von Alternativen ist die Voraussetzung von demokratischer Freiheit.

Corporate Social Responsibility ernstnehmen

Corporate Social Responsibility (CSR) und Corporate Citizenship ist für die Unternehmensführungen häufig ein Thema, bei dem lediglich der allgemeine Anspruch formuliert wird, für die Gesellschaft nützlich zu sein. Immer mehr Unternehmen nehmen dies auf und machen eigene Berichte zu diesem Thema oder nehmen es zumindest in ihren Geschäftsberichten auf. Mittlerweile ist das Thema aber vorangeschritten. Die Stiftung Warentest hat kürzlich 39 Kriterien zusammengestellt, mit denen diese beanspruchte Verantwortung für das Gemeinwesen konkret überprüft und eingefordert werden kann. Auf weltweiter Ebene hat der VN-Generalsekretär Kofi Annan Ende 1999 eine Initiative Global Compact ins Leben gerufen. Global Compact ist eine Plattform, um für ökologisch und sozial verantwortliche Unternehmensführung im In- und Ausland zu werben.

Ein wichtiges Beispiel ist die Verbreitung von Sozialstandards insbesondere der sogenannten Kernarbeitsnormen der International Labour Organisation (ILO). Hierzu gehören Vereinigungsfreiheit von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die Abschaffung von Kinder- und Zwangsarbeit und die Nichtdiskriminierung am Arbeitsplatz. Die weltweite Umsetzung der Kernarbeitsnormen ist schließlich eine wichtige Voraussetzung für mehr globale Gerechtigkeit, Wohlstand, Wachstum und Entwicklung. Im Grundsatz gilt hier das Gleiche wie oben bei den Indizes. Selbstverständlich sollte auch diese Aspekte des „Lebens unserer Wirtschaftsorganisationen“ transparent und überprüfbar erfasst und testiert werden.

Orientierungskampf um politische Grundwerte

Generell steht in Zeiten großer Umbrüche und Veränderungen die Orientierungs- und Sinnfrage verstärkt auf der Tagesordnung. Diese Umbrüche sind die Folge von technischen Neuerungen (z.B. Erleichterung, Beschleunigung und Verbilligung von Verkehr und Kommunikation), ökonomischen Triebkräften (wie oben beschrieben), gesellschaftlicher Emanzipation von alten Werten, Mythen und Glaubensinhalten und zunehmender persönlicher Freiheit. Wenn man das so formuliert, kommt man leicht darauf, dass diese Umbrüche ambivalent sind. Sie haben viele positive Aspekte, aber sie bergen auch viel Negatives. Insofern gibt es auch ein großes öffentliches Getöse über die Wirkungen. Dies verstärkt die Orientierungslosigkeit. In solchen Zeiten haben Fundamentalisten, Esoteriker und Mystiker vieler Schattierungen großen Zulauf. Dieser Zulauf wird noch größer, wenn die verantwortungsvollen gesellschaftlichen Kräfte die Sinn- und Orientierungsdimension völlig leer lassen. Dies ist wiederum eine Anforderung insbesondere an die Multiplikatoren wie Politiker, Vorstände von Wirtschaftsunternehmen, Wissenschaftler, Journalisten usw. Deshalb muss immer wieder die Diskussion über Endzwecke wirtschaftlichen und politischen Handelns und deren Einordnung in die verschiedenen Weltbilder geführt werden. Positive und negative Folgen der gleichen Ursache müssen in ihrem Zusammenhang belassen werden. Sie dürfen nicht künstlich auseinandergerissen werden. Dieses Auseinanderreißen macht die Deutsche Bank durch ihre Kombination von Gewinnexplosion, Smart-Sourcing und Personalverringern. Wir in Kern-Europa können uns mehr leisten, wenn unsere Produkte dadurch billiger werden, dass in Regionen produziert wird, die durch diese Produktion von einem niedrigen Niveau aus erheblich wachsen. Diese gute Folge vertiefter globaler Arbeitsteilung wird nur dann bei uns zu einem Problem, wenn bei uns diese Vorteile ausschließlich von enormen Gewinnanstiegen aufgesaugt wird

und für die Lohnsumme nichts übrig bleibt. Dann ist zwar die Veränderung der Einkommensverteilung bei uns die Wurzel des Übels, aber in der öffentlichen Wahrnehmung wird dies der Globalisierung angelastet. Das ist gefährlich, weil es langfristig der Globalisierung die Legitimation entzieht. Es könnte so sein: Wenn die Deutsche Bank durch Smart-Sourcing, d.h. die Verlagerung von Produktion in Billiglohnländer kostengünstiger produziert, dann ist dies gut für das Billiglohnland, wenn Mindeststandards eingehalten werden. Es ist gut für Deutschland, weil Bankdienstleistungen hier billiger werden und weil das Billiglohnland unsere Exportprodukte nachfragt. Es ist gut für die Mitarbeiter der Deutschen Bank, weil ihre Arbeitsplätze sicherer werden und ein Teil des Produktivitätsanstiegs an sie durch höhere Gehälter weiter gegeben wird. Schließlich wäre es auch gut für die Kapitaleigner der deutschen Bank, weil die Gewinne steigen. So könnte es sein, wenn ein Vorstand versuchen würde, alle vier Gesichtspunkte zu optimieren: Kunden, Mitarbeiter, Gemeinwesen und Aktionäre. Es ist aber nicht so; nicht aus Sachzwang, sondern weil der Vorstand sich für eine einfachere und einseitige Lösung entschieden hat. Er denkt nur an die Kapitaleigner (und seine eigene gewinnabhängige Prämie) und dies auch nur kurzfristig. Da darf man nicht nur, da muss man „Haltet den Dieb!“ rufen.

spw 3 / 2005

FANTÔMAS

magazin für linke debatte und praxis

Nr. 7 - Sommer 05

4,50 €



www.akweb.de

**ideologische zäsuren
körper – glaube – raum**

Brüche im Neoliberalismus ·
Kranke in der Normalisierungsgesellschaft ·
Symbolische Gesundheit als Lebensstil ·
Christlicher Fundamentalismus in den USA ·
Religiöse Hegemonie in Brasilien ·
Anmerkungen zu Huntington, Menzel
und Empire/Multitude ·
Fotoarbeiten von Markus Dorfmueller

Preis: 4,50 € + Porto (per Rechnung)
oder 5 € Schein beilegen

Bestellungen an: fantomas@akweb.de
ak, Rombergstr. 10 · 20255 Hamburg
Tel.: 040-40170174 · Fax: 40170175

„Deutschland ist ein reiches Land“

Der 2. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung

von Hans Günter Bell

Im Dezember 2004 gelangte der Entwurf des zweiten Armuts- und Reichtumsberichtes der Bundesregierung (BMGS (Hrsg.), 2005. Die Zahlenangaben in Klammern beziehen sich jeweils auf die Seiten dieses Berichts.) an die Öffentlichkeit. Mittlerweile ist er im Bundeskabinett beschlossen und wird in Kürze im Deutschen Bundestag debattiert werden. Damit ist die Bundesregierung dem Auftrag des Deutschen Bundestags nachgekommen, regelmäßig einen Armuts- und Reichtumsbericht zu erstatten und hat damit Skeptiker widerlegt, die glaubten, der im April 2001 erschienene erste Armuts- und Reichtumsbericht (BMAS (Hrsg.), 2001; vgl. Gilges, 2001; Bell / Recht, 2001.) würde eine einmalige Angelegenheit bleiben.

Der Bericht fand in der Öffentlichkeit naturgemäß eine widersprüchliche Aufnahme: Während die Bundvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) die Einschätzung der Bundesregierung hervorhob, dass eine Neuorientierung sozialstaatlichen Handelns erforderlich sei (Vgl. BDA, 2005.), sprach Barbara Stolterfoth, Vorsitzende des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, von einem „erschreckenden Beleg für die soziale Zerrissenheit in Deutschland“ und erkannte eine „wachsende Dynamik der gesellschaftlichen Spaltung“ (Paritätischer Wohlfahrtsverband, 2005).

1. Der Bericht gliedert sich in zwei Teile: eine Bestandsaufnahme und Analyse (Berichtsteil A) und eine Erläuterung der Maßnahmen der Bundesregierung (Berichtsteil B). Im Zentrum der Bestandsaufnahme steht der Zeitraum von 1998 bis 2002/2003; die Maßnahmen der Bundesregierung sind bis in das Jahr 2004 beschrieben.

Es ist zu begrüßen, dass nicht nur Einkommen und Vermögen thematisiert werden, sondern die Lebenslage in verschiedenen Bereichen (Bildung, Erwerbstätigkeit, Wohnraum und Gesundheit) sowie verschiedener Bevölkerungsgruppen (Familien und Kinder, behinderte Menschen, Migrantinnen und Migranten, Menschen in extremer Armut). Positiv ist auch, dass gegenüber dem ersten Bericht zwei zusätzliche Kapitel aufgenommen worden sind: Zum einen wird auf die Lebenssituation von besonders armutsge-

fährdeten und begrenzt selbsthilfefähigen Menschen im Sinne extremer Armut (z.B. wohnungslose Menschen, Suchtkranke, etc.) eingegangen; zum anderen thematisiert der Bericht die Möglichkeiten der gesellschaftlichen und politischen Partizipation.

Grundsätzlich ist jedoch zu beachten, dass die verschiedenen, dem Bericht zugrunde liegenden Erhebungen (Einkommensteuerstatistik, Sozio-ökonomischen Panel, Einkommens- und Verbrauchsstichprobe etc.), je spezifische Mängel haben. Die Aussagen des Berichts sind daher nur grobe Schätzungen und unterzeichnen in der Regel das Ausmaß sowohl der Armut als auch des Reichtums. Im Bericht wird hierzu u.a. angemerkt, dass im unteren Einkommenssegment Personen ohne festen Wohnsitz nicht erreicht werden, und im oberen Einkommenssegment Gruppen mit besonders hohem Einkommen etwa in die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe entweder gar nicht einbezogen werden oder eine eingeschränkte Auskunftsbereitschaft insbesondere bei den Fragen nach Einkommen und Vermögen besteht. (Vgl. BMGS (Hrsg.), 2005, S. 14.) Tatsächlich ist die soziale Ungleichheit in Deutschland also größer, als der Bericht dies darstellt. Ein schwerwiegender analytischer Mangel des ersten Armuts- und Reichtumsberichtes ist auch in diesem zweiten Bericht nicht behoben worden: Ursächliche Zusammenhänge zwischen dem Vorhandensein von Armen und Reichen in einer Gesellschaft werden weder benannt noch untersucht. Im Verständnis der Regierung scheint es einen solchen Zusammenhang nicht oder allenfalls in der Form zu geben, dass Reichtum eine Stimulanz für Fleiß und Wirtschaftswachstum sei und dadurch letztlich Alle vom Reichtum der Wenigen profitierten.

Armut

Der Bericht stellt zutreffend fest, dass sich der Begriff „Armut“ nach wie vor einer allgemeingültigen Definition entzieht und je nach Standpunkt und Forschungsinteresse unterschiedlich gefüllt werden kann. Die Aufgabe, Armut zu messen sei im streng wissenschaftlichen Sinn nicht lösbar.

Die Entscheidung der Bundesregierung, in diesem Bericht die zwischen den EU-Mit-

gliedstaaten vereinbarte Definition einer „Armutrisikoquote“ zugrunde zu legen, ist durchaus plausibel. Diese Armutrisikoquote ist definiert als Anteil der Personen in Haushalten, deren bedarfsgewichtetes Nettoäquivalenzeinkommen weniger als 60% des Mittelwerts (Median) aller Haushalte beträgt. In Deutschland beträgt die so errechnete Armutrisikogrenze 938 Euro. Bezogen auf diesen Wert ist die Armutrisikoquote von 12,1% in 1998 auf 13,5% in 2003 gestiegen. Eine solche relative Definition bezieht Armut auf das Wohlstandsniveau der jeweiligen Gesellschaft. Hiervon unterscheidet sich das sozio-kulturelle Existenzminimum, das im Sozialhilferecht definiert ist. Im Rahmen der Sozialhilfe reform wurden die Regelsätze neu festgelegt und umfassen mit wenigen Ausnahmen auch die bisherigen einmaligen Leistungen (z.B. Bekleidung, Hausrat). Der neue Regelsatz beträgt in den alten Ländern 345 Euro, in den neuen Ländern 331 Euro. Insgesamt bezogen in Deutschland zum Jahresende 2003 2,81 Mio. Personen Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen (HLU). Außerdem haben Ende 2003 rund 264.000 Personen Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz bezogen. Die Sozialhilfequote betrug damit 3,4%.

In der öffentlichen Debatte wird von jeher kontrovers bewertet, ob diese Sozialhilfequote ein Armutindikator ist. Bereits die Kohl-Regierung verneinte dies. In seiner Antwort auf die Große Anfrage der SPD-Bundestagsfraktion zur „Armut in der Bundesrepublik Deutschland“ stellte der damalige Bundesgesundheitsminister Horst Seehofer 1995 fest: „Die Sozialhilfe bekämpft Armut, sie schafft sie nicht. Wer die ihm zustehenden Leistungen der Sozialhilfe in Anspruch nimmt, ist nicht mehr arm“. (Bundesminister für Gesundheit, 1995, S. 1.) Zehn Jahre später klingt dies bei Rot-Grün genauso: „Die Inanspruchnahme von Sozialhilfe [...] ist jedoch nicht mit Armut gleichzusetzen.“ (7 f.).

Demgegenüber weist u.a. der Paritätische Wohlfahrtsverband schon seit längerem darauf hin, dass die Regelsätze zu niedrig bemessen sind. (Paritätischer Wohlfahrtsverband, 2004; Stolterfoth, 2004.) Dem Anspruch, den Menschen nicht nur das zum Überleben notwendige zu gewähren, sondern sie darüber hinaus in die Lage zu versetzen auch am sozialen und kulturellen Leben in der Gemeinschaft teilhaben zu können, werde die Sozialhilfe nicht mehr gerecht. Die Regelsatzbemessung erfolge offensichtlich nicht mehr nach objektiven Kri-

terien, sondern nach Kassenlage. Der Paritätische Wohlfahrtsverband sieht daher die Notwendigkeit, Arbeitslosengeld II, Sozialgeld und Sozialhilfe um mindestens 19 % zu erhöhen.

Hinzu kommt, „dass die Hilfebedürftigen durch die Angebote des Sozialstaates, insbesondere der Sozialhilfe, nur noch sehr eingeschränkt bzw. gar nicht mehr erreicht werden“ (65) – wie der Bericht selbstkritisch feststellt. Dies trifft z.B. auf Obdachlose oder Straßenkinder zu. Das quantitative Ausmaß dieser „verdeckten Armut“ ist allerdings schwierig einzuschätzen. Die Bundesregierung geht davon aus, dass auf drei Empfänger von HLU zwischen 1,5 und 2 weitere Berechtigte kommen.

Einkommensreichtum

Wie bei der Armut, so ist auch beim Reichtum bisher weder ein allgemein akzeptierter Begriff des Einkommensreichtums entwickelt worden noch besteht eine allgemeingültige Einkommensabgrenzung. Definiert man Einkommensreichtum analog zum Messkonzept der relativen Einkommensarmut dann könnte als einkommensreich gelten, wer über mehr als das Doppelte des durchschnittlichen Nettoäquivalenzeinkommens verfügt. Für das aktuell verfügbare Jahr 1998 ergibt sich eine Anzahl von 3,6 Mio. Personen, die demnach als Reiche angesehen werden könnten.

Alternativ gibt die Bundesregierung auch die Zahl der Millionäre und die obersten 1 % der Einkommensverteilung an. Über der Grenze von einer Million Euro Nettoäquivalenzeinkommen lagen 1998 etwa 6.000 Personen. Die Grenze zu dem obersten 1 % der Einkommensverteilung lag 1998 bei etwa 65.000 Euro; etwa 609.000 Personen verfügen über ein Nettoäquivalenzeinkommen, das darüber liegt. Dieses reichste 1 % der Bevölkerung verfügte 1992 über 8,4% aller Einkommen, 1998 betrug der Anteil rund 10%.

Ungleiche Vermögensverteilung

Der Armuts- und Reichtumsbericht stellt fest, dass die Privatvermögen in Deutschland „sehr ungleichmäßig verteilt [sind]“. (35) Sie umfassen im engeren Sinne das verzinsliche Geldvermögen (Hierzu zählen Spar- und Bausparguthaben, Wertpapiere, Termingeld und angesammeltes Kapital bei Lebensversicherungen.) und die Verkehrswerte von Immobilien abzüglich Bau- und Konsumschulden. Diese Vermögen sind in den vergangenen Jahrzehnten stetig gestiegen und haben 2003 eine Summe von rund 5 Billionen Euro erreicht. Im Durchschnitt besitzt jeder Haushalt rund 133.000 Euro.

Während die unteren 50% der Haushalte nur über etwas weniger als 4% des gesamten Nettovermögens verfügen entfallen auf das oberste Zehntel knapp 47% des gesamten Nettovermögens. Dieser Anteil des obersten Zehntels ist gegenüber 1998 um gut zwei Prozentpunkte gestiegen.

Diese Ergebnisse beziehen sich allerdings nur auf das Privatvermögen in einem engeren Sinne. Langlebige Konsumgüter, Betriebsvermögen sowie Bargeld und Guthaben auf Girokonten sind darin grundsätzlich nicht enthalten. Diese Abgrenzung des Privatvermögens erlaubt also gar keine umfassenden Aussagen über die Vermögensverteilung im weiteren Sinne. Des Weiteren ist zu beachten, dass beim steuerlichen Gesamtvermögen privater und betrieblicher Grundbesitz erheblich unter dem Marktwert mit starren Einheitswerten angesetzt wird, Schulden dagegen voll abgezogen sind. Karl-Georg Zinn stellte deshalb bereits zum ersten Armuts- und Reichtumsbericht völlig zu Recht die Frage, „ob die Auslassung der Produktivkapitals in der Beschreibung der Vermögensverteilung, die aus technischen Gründen nicht erfassten sehr hohen Vermögen sowie die Ausblendung des Problems der Steuerhinterziehung nicht bedeuten, dass durch die damit bedingte Unterschätzung der Reichtumskonzentration nicht einer verharmlosenden Betrachtung Vorschub geleistet wird.“ (Zinn, 2001, S. 24.) Dieser Einwand bleibt auch für den zweiten Bericht aktuell.

2. Konnte die rot-grüne Bundesregierung beim ersten Armuts- und Reichtumsbericht noch darauf verweisen, dass für den Untersuchungszeitraum bis 1998 die Kohl-Regierung verantwortlich gewesen sei, muss sie beim zweiten Bericht Farbe bekennen, denn er bewertet die Erfolge und Misserfolge ihrer eigenen Politik. Und diese Bilanz ist ernüchternd: die Armutsrisikoquote ist gestiegen, die Streuung der Bruttoeinkommen aus unselbstständiger Arbeit hat zugenommen und das Vermögen der Privathaushalte ist extrem ungleich verteilt. Zudem hat die Arbeitslosigkeit neue Rekordmarken erreicht. Was also tun?

Die Bundesregierung wählt eine Doppelstrategie: Zum einen stellt sie in Frage, ob denn der Ausgleich ökonomischer Ungleichheiten überhaupt erstrebenswert sei, zum anderen spricht sich von aller Schuld frei und verweist stattdessen auf den Weltmarkt.

Teilhabe- und Verwirklichungschancen

Nach Ansicht der Bundesregierung ist eine „Neuorientierung sozialstaatlichen Handelns“ (XVIII) und ein „Paradigmenwechsel“ (XX) in der Sozialpolitik erforderlich. Früher habe sich das Sozialstaatsverständnis vorrangig darin manifestiert, durch den Ausbau sozialer Leistungen ökonomische Ungleichheiten auszugleichen und den materiellen Status zu sichern. Teilhabe- und Verwirklichungschancen (Die Bundesregierung bezieht sich auf das Konzept des Nobelpreisträgers Amartya Sen. Er versteht unter Teilhabe- und Verwirklichungschancen die Möglichkeiten der Menschen, „ein Leben führen zu können, für das sie sich mit guten Gründen entscheiden konnten und das die Grundla-

gen der Selbstachtung nicht in Frage stellt.“ (9)) entstünden jedoch nicht automatisch durch den Ausgleich ökonomischer Ungleichheiten. Verteilungspolitische Maßnahmen seien unter veränderten ökonomischen Bedingungen vielmehr nur noch begrenzt wirksam. Im im Dezember 2004 bekannt gewordenen Entwurf wurde sogar behauptet, eine Sicherung des sozialen und ökonomischen Status könne „kontraproduktiv wirken“, denn sie verhindere möglicherweise „die flexible Anpassung an die neuen Herausforderungen der Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft“. Dass der Bericht dennoch betont, „dass sozialstaatliche Politik in Deutschland auch weiterhin Armut und soziale Ausgrenzung mittels materieller Leistungen verhindern und die Grundbedürfnisse der Menschen sichern wird“ (XIX), ist nur ein schwacher Trost.

Wen wundert es, dass diese Aussage den Applaus der BDA fand (Vgl. BDA, 2005, 3.), beim DGB hingegen auf Ablehnung traf? „Die Konzentration auf das Konzept der Teilhabegerechtigkeit vernachlässigt die Notwendigkeit von Verteilungsgerechtigkeit in Marktökonomien. Die materiellen Voraussetzungen [...] von Teilhabe werden in diesem Ansatz in ihrer Bedeutung unterschätzt.“ – so die Bewertung des DGBs. Folgerichtig fordert er die Bundesregierung auf, „das ursprüngliche Ziel der Armutsbekämpfung wieder in den Focus zu nehmen.“ (ebd.)

Wachstumsschwäche aufgrund externer Schocks

Natürlich ist die Einschätzung zutreffend, dass Arbeitslosigkeit die Hauptursache von Armut und sozialer Ausgrenzung ist, und dass die Schaffung von Arbeitsplätzen und der Integration Erwerbsloser in den Arbeitsmarkt eine vordringliche Aufgabe der Politik ist. (Der Förderung der Erwerbstätigkeit kommt eine entscheidende Bedeutung bei der Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung zu.“ (XXIII)). Der Argumentation der Bundesregierung, die Wachstumsschwäche der vergangenen Jahre resultiere „vor allem aus zahlreichen externen Schocks“ und der „damit einhergehende[n] Schwäche der Weltwirtschaft“ (XVII) muss man jedoch mit Nachdruck widersprechen. Die Schwäche der deutschen Wirtschaft ist überwiegend hausgemacht – darauf hat z.B. Claus Schäfer vom Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut in der Hans-Böckler-Stiftung (WSI) wiederholt hingewiesen. (Vgl. Schäfer, 2004; Schäfer, 2005a; Schäfer, 2005b.) Er mahnt, eine Politik, die als Lösung aller Probleme ausgegeben werde, habe diese Probleme „erst erzeugt oder zumindest verschärft“ (ebd.). Hierfür können die Steuer- und die Gesundheitsreform als Beispiele dienen.

Steuerreform: Den Reichen geben ...

Die Bundesregierung nimmt für sich in Anspruch, das Steuersystem so reformiert zu

Tabelle 1: Verteilungswirkungen der Rot-Grünen Einkommensteuer-Reformen 1998-2004¹⁾

Zu versteuerndes Einkommen	Netto-Einkommen nach Steuern				Entlastungswirkung / Einkommenserhöhung	
	1998		2004		nominal ²⁾ in %	real ³⁾ in %
	Durchschnittl. Steuersatz in %	Netto-Einkommen	Durchschnittl. Steuersatz in %	Netto-Einkommen		
10.000	9,8	9.020	4,0	9.600	6,38	4,94
20.000	19,4	16.120	14,3	17.140	6,31	5,27
30.000	23,8	22.860	19,4	24.180	5,77	4,77
40.000	27,2	29.120	23,1	30.760	5,60	4,34
50.000	30,4	34.800	26,2	36.900	6,05	4,44
60.000	33,6	39.840	28,8	42.720	7,15	5,15
70.000	36,3	44.590	30,7	48.510	8,77	6,78
80.000	38,4	49.280	32,1	54.320	10,19	8,36
90.000	40,1	53.910	33,2	60.120	11,43	9,65
100.000	41,3	58.700	34,1	65.900	12,28	10,72
200.000	47,2	105.600	38,0	124.000	17,34	16,41
300.000	49,1	152.700	39,4	181.800	19,06	18,43
400.000	50,1	199.600	40,0	240.000	20,17	19,69
500.000	50,7	246.500	40,4	298.000	20,82	20,40
600.000	51,1	293.400	40,7	355.800	21,17	20,82
700.000	51,3	340.900	40,9	413.700	21,43	21,13
800.000	51,5	388.000	41,0	472.000	21,75	21,50
900.000	51,7	434.700	41,1	530.100	21,95	21,72
1.000.000	51,8	482.000	41,2	588.000	22,07	21,87

¹⁾ Einschließlich der sog. 3. Reformstufe, die nach Absicht von Rot-Grün von 2005 auf 2004 vorgezogen werden soll. –

²⁾ Erhöhung des Netto-Einkommens 2004 in Prozent des Netto-Einkommens von 1998, die auf die reformbedingte Senkung des Steuersatzes im Zeitpunkvergleich zurückgeht. –

³⁾ Wie in Fußnote 2, aber vermindert um die steuerliche Belastung, die aufgrund von Preissteigerungen bzw. Einkommenssteigerungen und der damit verbundenen steuerlichen Progressionswirkung im untersuchten Zeitraum unvermeidlich ist („kalte Progression“). Hier wird eine Einkommenssteigerung im Ausmaß des Verbraucherpreisanstiegs von August 1998 bis August 2003 unterstellt (7,16%).

Quelle: G. Corneo (2003), zit. nach Claus Schäfer 2005

WSI Hans-Böcker Stiftung

haben, dass es das Armutsrisiko gesenkt hat und von ihm Impulse für neue Teilhabe- und Verwirklichungschancen ausgegangen sind. Als Argument werden v.a. die zwischen 1998 und 2005 erfolgte Senkung des Eingangsteuersatzes von 25,9% auf 15,0% und die Erhöhung des Grundfreibetrages genannt. Dies habe die unteren und mittleren Einkommen deutlich entlastet.

Die Steuerreform habe auch dafür gesorgt, dass auch wohlhabende Menschen ihren Beitrag dazu leisten, die staatlichen Finanzen zu konsolidieren und damit die finanzielle Grundlage für eine sozial gerechte Politik zu sichern. Die Absenkung des Einkommensteuer-Spitzenatzes auf 42% sei „kein Geschenk für die Reichen“ (XXIV), denn die gleichzeitig vorgenommene Verbreiterung der Bemessungsgrundlage beschneide gerade die Steuergestaltungsmöglichkeiten der besser Verdienenden und nehme ihnen in Verbindung mit der Beseitigung einer Vielzahl von Steuervergünstigungen und Ausnahmeregelungen, die Möglichkeit, sich durch Steuersparmodelle „arm“ zu rechnen. Demgegenüber ist auf den Sachverhalt hinzuweisen, dass es sich bei den Steuersätzen um Grenzsteuersätze handelt. Von der Absenkung des Eingangsteuersatzes – wie auch von der Anhebung des steuerfreien Grundfreibetrags – profitieren also alle SteuerzahlerInnen, auch die einkommensstarken. Zudem profitieren natürlich nur diejenigen von solchen steuerpolitischen Maßnahmen, deren Einkommen nicht schon vorher unterhalb der jeweiligen Grundfreibeträge

gelegen hat. An den ärmsten Bevölkerungsgruppen geht dieser Aspekt der Steuerpolitik wirkungslos vorbei. Selbst dann, wenn die Bundesregierung den Spitzensteuersatz konstant gelassen hätte, wäre die absolute Entlastung bei den höheren Einkommen am größten gewesen. Weil sie zusätzlich auch den Spitzensteuersatz gesenkt hat, haben die höchsten Einkommen doppelt profitiert.

Diese abstrakten Überlegungen zu den Verteilungswirkungen der rot-grünen Steuerpolitik konkretisierten Claus Schäfer auf der Tagung des Forum Demokratische Lin-

ke 21 am 24.02.2005. Während der Durchschnittsverdiener mit einem zu versteuernden Einkommen von 30.000 Euro durch die Einkommensteuerreformen 1998-2005 um nominal 5,77% bzw. 1.320 Euro entlastet worden ist, beträgt dieser Effekt für Steuerzahler mit einem zu versteuernden Einkommen von 1 Mio. Euro 22,07% bzw. 106.000 Euro.

Die steuerpolitischen Weichen sind also falsch gestellt: einerseits sind den öffentlichen Haushalten Finanzmittel entzogen worden, die für arbeitsplatzschaffende Investitionen gebraucht würden, andererseits gehen von dieser Steuerpolitik die notwendigen Impulse für die Steigerung der Massenkaufkraft nicht aus. Angesichts dieser Bilanz hilft kein Verweis auf die Schwäche der Weltwirtschaft, um die Erfolglosigkeit der Bundesregierung bei der Verringerung der Arbeitslosigkeit in Deutschland zu erklären.

... und den Armen nehmen: Gesundheitsreform

Ein Beispiel für viele, wie die rot-grüne Politik die Lebenslage vieler Menschen verschlechtert hat, ist die Gesundheitsreform. Die medizinische Versorgung einkommensschwacher Menschen hat sich nach Angaben der Nationalen Armutskonferenz durch diese Reform massiv verschlechtert. (Vgl. Nationale Armutskonferenz, 2005.) Seit der Einführung der Praxisgebühr Anfang 2004 sei die Zahl der Arztbesuche bei Personen mit einem Einkommen unter 1.000 Euro um 19 Prozent zurückgegangen, bei Bürgern mit einem Einkommen über 3.000 Euro aber nur

um acht Prozent. Es ist offensichtlich, dass auch medizinisch notwendige Untersuchungen und Behandlungen unterbleiben und dadurch Erkrankungen verschleppt und wichtige Vorsorgeleistungen wie Impfungen nicht Anspruch genommen werden.

Die Folge eines solchen Verhaltens lässt sich schon heute in Jahre bemessen: Wer zum Fünftel der Bevölkerung mit dem niedrigsten Einkommen zählt, hat im Schnitt ein um sieben Jahre kürzeres Leben als ein Bundesbürger aus dem Fünftel mit dem höchsten Einkommen. Es ist zu erwarten, dass sich diese Unterschiede in Folge der rot-grünen Gesundheitsreform vergrößern werden. Es gilt also der Satz: „Weil du arm bist, musst du früher sterben.“

spw 3/2005

Literatur:

- Bell, Hans Günter / Recht, Alexander, 2001: Lebenslagen in Deutschland. Der erste Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung; in: spw 4/2001, S. 26-31
- Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung [BMAS] (Hrsg.), 2001: Lebenslagen in Deutschland. Der erste Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung (2 Bde.), Bonn
- Bundesministerium für Gesundheit und soziale Sicherung [BMGS] (Hrsg.), 2005: Lebenslagen in Deutschland. Der 2. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung (2 Bde.), Berlin
- Bundesminister für Gesundheit, 1995: Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der SPD-Fraktion betr. „Armut in der Bundesrepublik Deutschland“, Bundestags-Drucksache 13/3339 (13.12.1995)
- Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände [BDA], 2005: Stellungnahme zum Entwurf des 2. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung vom 07.01.2005 (unter: www.bda-online.de)
- Deutscher Gewerkschaftsbund [DGB]: Lebenslagen in Deutschland – Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Erste Einschätzung des DGB; in: einblick 02/2005
- Gilges, Konrad, 2001: Erster Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung im Frühjahr 2001; in: spw 1/2001, S. 47-48
- Nationale Armutskonferenz, 2005: Pressemitteilung vom 28.02.2005 (unter: www.nationale-armutskonferenz.de)
- Paritätischer Wohlfahrtsverband, 2004: Arbeitslosengeld II und Sozialhilfe um 19 Prozent zu niedrig; Pressemitteilung vom 20.12.2004 (unter: www.paritaet.org)
- Paritätischer Wohlfahrtsverband, 2005: Erschreckendes Dokument sozialer Zerrissenheit – Paritätischer Wohlfahrtsverband (DPWV) fordert rasche Konsequenzen aus Armutsbericht, Pressemitteilung vom 01.03.2005 (unter: www.paritaet.org)
- Schäfer, Claus, 2004: Mehr soziale Ungleichheit – weniger ökonomischer Erfolg: Zur Verteilungsentwicklung in 2003 und den Vorjahren, in: WSI-Mitteilungen 11/2004, S. 583-595
- Schäfer, Claus, 2005a: Umverteilung für Gerechtigkeit und Wachstum. Konsequenzen aus dem Armuts- und Reichtumsbericht, Vortrag vom 24.02.2005 auf der Tagung des Forum Demokratische Linke 21 (unter: www.forum-dl21.de)
- Schäfer, Claus, 2005b: Die öffentliche Finanzpolitik gefährdet die gesellschaftliche Zukunft; in: spw 2/2005, S. 53-55
- Stolterfoth, Barbara, 2004: Zum Leben zu wenig, Statement vom 20.12.2004 (unter: www.paritaet.org)
- ver.di-Bundesvorstand (Hrsg.), 2005: Armutszeugnis Reichtumsbericht; in: Wirtschaftspolitische Informationen 2/2005
- Zinn, Karl Georg, 2001: Gediogene Daten – problematische Rezepte. Zum „ersten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung“, in: Supplement der Zeitschrift Sozialismus 6/2001, S. 20-29

Demographischer Wandel – Das Ende der Solidarität?

Von Thilo Scholle und Jadranka Thiel

Der oft prognostizierte demographische Wandel hat sich in der aktuellen politischen und vor allem sozialpolitischen Debatte zum allgegenwärtigen Menetekel des Untergangs des Sozialstaates entwickelt. Wenige Begriffe tauchen in der politischen Diskussion der letzten Jahre dabei öfter auf als der Begriff der „Generationengerechtigkeit“. In einer scheinbar unabwendbaren Frontstellung zwischen Jung und Alt werden die gesellschaftlichen Ressourcen neu verteilt und während Rentnerinnen und Rentner sich als heutige Verlierer des Umbaus des Sozialstaats fühlen, sind die Jungen angeblich die zukünftigen Verlierer.

Ursprünglich war der Begriff der Generationengerechtigkeit jedoch vor allem mit dem Gedanken der Nachhaltigkeit verbunden. Im Mittelpunkt der Überlegungen stand dabei vor allem das Problem des Verbrauchs natürlicher Ressourcen und der Umweltverschmutzung. Von dieser Problemsicht hat sich die aktuelle Diskussion deutlich entfernt.

Der Umgang mit der Demographie in dieser Debatte ist fraglich. Dass sich die Lebenserwartung von Menschen im Zuge von sozialem Fortschritt verlängert, ist kein neues Phänomen, und darüber hinaus auch eine positive Entwicklung. Demographische Prognosen können nur fortschreiben, was aktuell an Trends erkennbar ist. Zudem sind demographische Entwicklungen keine Naturgesetze, sondern politisch und gesellschaftlich beeinflussbar.

Hauptursache für das aktuelle Finanzierungsproblem der sozialen Sicherungssysteme ist nicht die Alterung der Gesellschaft sondern die Massenarbeitslosigkeit, die dem System BeitragszahlerInnen entzieht. Weitere Probleme sind die geringe Frauenerwerbsquote und die unzureichende Steigerung von Produktivität und wirtschaftlichem Wachstum.

Die Diskussion um die Verteilung gesellschaftlichen Wohlstands zwischen den Generationen verstellt den Blick auf eine viel wichtigere Tatsache: Entscheidend ist die Verteilung von Reichtum innerhalb einer Gesellschaft, nicht zwischen Generationen. Reichtum und Armut reproduziert sich in Deutschland seit und über Generationen,

ein Ausbruch aus den Verhältnissen, in der Mensch hineingeboren wird, ist aus eigener Kraft kaum möglich, es sei denn er wird sozialpolitisch unterstützt. Beispiel hierfür ist die vor allem von sozialdemokratischen Landesregierungen in den 1960er und 1970er Jahren forcierte Bildungsexpansion, die erstmalig einen nennenswerten Anteil von Arbeiterkindern zum Abitur und an die Hochschulen führte. Interessant wird vielmehr ein anderer Berührungspunkt zwischen alter und junger Generation: Die Erbschaft. An kaum einer anderen Stelle wird so direkt über die Verteilung von Zukunftschancen für junge Menschen entschieden wie hier. Es ist eine politische Entscheidungsfrage, ob hier individueller Wohlstand weitergereicht wird, oder aber – mittels einer angemessenen Erbschaftsbesteuerung beispielsweise für Investitionen in das Bildungssystem – Zukunftschancen für alle jungen Menschen verteilt werden.

Die entscheidende Gerechtigkeitsfrage bleibt damit auch im 21. Jahrhundert die Frage nach der Verteilungsgerechtigkeit innerhalb einer Gesellschaft. Generationengerecht ist in diesem Sinne, was Zukunftschancen schafft. Viel wichtiger wären Investitionen hier und heute in Bildung und Ausbildung und in die Förderung von Innovation und neuen Wachstumsfeldern sowie eine Politik, die den Sozialstaat als ein Mittel zur solidarischen Absicherung individueller Lebensentwürfe gestaltet und entwickelt.

Vor diesem Hintergrund stellt sich für spw die Frage, wie die Diskussion um den „Demographischen Wandel“ mit linken Gestaltungsoptionen verbunden werden kann. Welche Anknüpfungspunkte ergeben sich in den verschiedenen Politikfeldern für eine Reformperspektive, die demographischen Wandel mit Verteilungsgerechtigkeit verbindet und gerade damit der nachfolgenden Generationen auch Gerechtigkeit angedeihen lässt?

Den Auftakt der Debatte soll in diesem Heft die Dokumentation des Papiers „Sozialdemokratische Antworten auf die demografische Herausforderung“ der *Denkfabrik* bilden. Danach wollen wir verschiedene Themenblöcke vertiefen:

- Einführende Überlegungen zum Demographischen Wandel

- Wachstum und Nachhaltigkeit
- Soziale Stadt
- Arbeit und Wirtschaft
- Familie, Bildung und Geschlechterverhältnis

In der globalen Perspektive bedeutet demographischer Wandel nach wie vor steigende Bevölkerungszahlen. Wie muss die Debatte um die Generationengerechtigkeit vor diesem Hintergrund eingeordnet werden? Ist es zutreffend, dass sich das Fenster für vorausschauende Politikansätze angesichts einer steigenden Zahl an RentnerInnen in den Industriegesellschaften allmählich schließt?

Welche Wachstumsfelder lassen in Zukunft weiterhin steigende Produktivität und wirtschaftliches Wachstum erwarten? Hat die Gesundheitswirtschaft das Potenzial zu diesem Wachstum? Eine andere aktuelle Frontstellung ist die zwischen Umwelt und Wirtschaft, auch hier ist eine Rückbesinnung auf den positiven Zusammenhang von Wachstum und Nachhaltigkeit dringend notwendig. Schließlich müssen die Perspektiven für das Nord-Süd-Verhältnisses überprüft werden.

Das Konzept der sozialen Stadt muss stärker als Antwort auf den demographischen Wandel profiliert werden. Neben den schon bekannten Stadt-Land-Wanderungsbewegungen wird uns insbesondere die Bevölkerungsentwicklung in Ostdeutschland vor besondere Herausforderungen stellen.

Erwerbsbiographien flexibilisieren sich und die sozialen Sicherungssysteme wie auch Lebensarbeitszeitmodelle müssen stärker darauf reagieren. Die Voraussetzungen für ein lebenslanges Lernen müssen geschaffen werden. Und welchen Einfluss hat Zuwanderung auf den Arbeitsmarkt?

Kinderarmut und soziale Spaltung im Jugendalter bereits heute sind ein zentrales Hindernis für die Teilnahme an gleichen Bildungschancen. In Kombination mit einer modernen Familienpolitik kann ein neuer Geschlechtervertrag einen wichtigen Beitrag zu einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf und damit zu einer steigenden Zahl von Kindern führen.

Klar ist: Die Debatte um die Chancen und Risiken der demografischen Entwicklung ist im Kern eine Debatte um die solidarische Erneuerung und Entwicklung sozialstaatlicher Perspektiven im flexiblen Kapitalismus.

Damit fügt sich die Diskussion ein in die Suche nach einem neuen übergreifenden Projekt für die politische Linke. Beiträge sind erwünscht!

Jadranka Thiel, arbeitet als Referentin bei der SPD-Landtagsfraktion NRW u.a. für die Enquete-Kommission "Situation und Zukunft der Pflege in NRW", lebt in Duisburg
Thilo Scholle, Mitglied im Juso-Landesvorstand, lebt in Unna

Sozialdemokratische Antworten auf die demografische Herausforderung

Auszüge aus dem Positionspapier der „Denkfabrik“ vom März 2005

Die „Denkfabrik“ ist ein Zusammenschluss zumeister junger sozialdemokratischer Funktions- und MandatsträgerInnen und MitarbeiterInnen, u.a.: Niels Annen, Ingrid Arndt-Brauer, MdB, Klaus Barthel, MdB, Marie-Luise Beck, Björn Böhning, Marco Bülow, MdB, Martin Deschauer, Lars Klingbeil, MdB, Bärbel Kofler, MdB, Christine Lambrecht, MdB, Heiko Mau, Rolf Mützenich, MdB, Andrea Nahles, Dietmar Nietan, MdB, Florian Pronold, MdB, Gerold Reichenbach, MdB, Holger Reise, René Rösper, MdB, Heinz Schmitt, MdB, Kai Senf, Regina Suchanek, Simone Violka, MdB, Thomas Wisniewski.

Die vollständige Fassung steht auf www.spw.de zur Verfügung.

1. Demografische Entwicklung: zwischen Realität und Kaffeesatz

Demografie = Reformbedarf? Ohne dies zu hinterfragen, gilt die demografische Entwicklung als zentrale Begründung für Reformbedarf. Die damit begründeten Reformen zielen dabei meist auf eine „Wende zum Weniger“. Der bisherige Standard – so wird argumentiert – sei vor allem in den Sozialsystemen nicht mehr zu finanzieren. Dabei werden weder die Grundannahmen der Bevölkerungsforschung noch die daraus entwickelten Prognosen ausreichend kritisch beleuchtet. Die politischen Ableitungen daraus entsprechen weniger den Fakten als vielmehr den politischen Interessen.

Die meistzitierte Prognose zur Bevölkerungsentwicklung ist die 10. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes. Sie bietet keinesfalls eine exakte Prognose, sondern einen breiten Korridor möglicher Entwicklungen. Schon die Basisgrößen jeder demografischen Prognose sind schwer zu bestimmen. Je nachdem, welche Annahmen über Geburtenrate, Lebenserwartung und Zuwanderung getroffen werden, schwanken die Ergebnisse erheblich. In der Fachwelt werden daher Prognosen, die über einen Zeitraum von 10 Jahren hinausgehen, mit Vorsicht gewertet.

Die öffentliche Diskussion ist jedoch nicht ergebnisoffen, sondern interessengeleitet. Sie konzentriert sich oft auf worst-case-Szenarien. Daraus abgeleitet werden soziale Sicherungssysteme in Frage gestellt – zugunsten kapitalgedeckter Eigenvorsorge.

Die demografische Entwicklung kann nicht auf das Verhältnis von Erwerbsfähigen zu Nicht-Erwerbsfähigen reduziert werden. Sie wirkt vielfältig auf die gesellschaftlichen Entwicklungen. So hat der demografische Wandel eben auch Auswirkungen auf die Infrastruktur, auf Arbeit und Bildung.

Die Zukunftsfähigkeit unserer Sozialsysteme wird jedoch wesentlich von der wirtschaftlichen Entwicklung beeinflusst. Sie ist weniger eine Frage der Verteilung zwischen den Generationen, sondern vor allem eine Frage der Verteilung zwischen Reich und Arm.

Wenn auch das Ausmaß der Veränderungen nur schwer zu bestimmen ist, so können wir

doch von zwei zentralen demografischen Trends ausgehen: Niedrige Geburtenraten und die steigende Lebenserwartung führen zu einer Erhöhung des Altersdurchschnitts und einem Rückgang der Bevölkerung. Diese Entwicklung wird von Wanderungsbewegungen überlagert und vollzieht sich deshalb regional völlig uneinheitlich.

Die Geburtenrate liegt in Deutschland seit 30 Jahren unter dem so genannten Ersatzniveau, das den einfachen Ersatz der jeweiligen Elterngeneration – also eine stabile Bevölkerungszahl – ermöglicht. Die dadurch entstehende demografische Veränderung kann bei realistischer Betrachtung weder durch geburtenfördernde Politik noch durch Einwanderung gestoppt werden. Sowohl eine Steigerung der Geburtenrate durch eine Verbesserung der Rahmenbedingungen als auch eine zukunftsgewandte Einwanderungspolitik können die Entwicklung jedoch abschwächen und helfen die Folgen des demografischen Wandels besser zu bewältigen.

Wir wollen mit diesem Diskussionsbeitrag zeigen, welche Fehlschlüsse sich hinter manchen populären Ableitungen verbergen und wo die tatsächlichen Herausforderungen der demografischen Entwicklung liegen.

2. Die Generationendebatte

Bevölkerungsrückgang bei gleichzeitigem Anstieg des Altersdurchschnitts ist in der Menschheitsgeschichte ein absolutes Novum. Eine breite gesellschaftliche Debatte ist deshalb notwendig.

Die Debatte um Generationengerechtigkeit suggeriert jedoch einen unausweichlichen Verteilungskonflikt zwischen Jung und Alt. Dieser besteht so nicht. Als Beleg für die vermeintliche Ungerechtigkeit wird u.a. der Altersquotient angeführt. Der Altersquotient beschreibt das Verhältnis von Personen im rentenfähigen Alter zu Personen im erwerbsfähigen Alter. Aussagekräftig ist jedoch nicht der Alters-, sondern der Gesamtquotient. Dieser beschreibt das Verhältnis von Erwerbstätigen zu allen Nichterwerbstätigen, wozu auch Kinder und Jugendliche zählen. Entscheidend ist nicht, wie viele Personen erwerbsfähig sind, sondern wie viele

tatsächlich erwerbstätig sind und in die Sozialsysteme einzahlen. Eine Senkung der Arbeitslosigkeit und eine Steigerung von Erwerbstätigkeit dürfen als Faktor in dieser Rechnung nicht einfach ignoriert werden.

(...)

2.1. Lebensrisiken: Solidarisch finanzieren

Alle sozialen Leistungen müssen aus dem laufenden Sozialprodukt einer Gesellschaft finanziert werden. Dies gilt auch für kapitalgedeckte Systeme. Der Produktivitätsfortschritt bzw. das Wirtschaftswachstum bestimmen daher primär, ob die Sozialversicherungssysteme bezahlbar sind.

Die heutigen Probleme der vorwiegend aus Löhnen und Gehältern finanzierten Sozialsysteme haben weniger mit der demografischen Entwicklung zu tun, als mit:

- hoher Arbeitslosigkeit,
- einer Verschiebung versicherungspflichtiger Beschäftigung hin zu Schwarzarbeit, geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen und Scheinselbständigkeit,
- sinkendem Anteil von Arbeitnehmereinkommen am Volkseinkommen,
- der Finanzierung der Sozialsysteme ohne die finanziell Leistungsfähigsten.

Deutlicher demografischer Druck auf die Sozialversicherungssysteme wird erst zwischen 2010 und 2015 erwartet.

Wenn wir es schaffen, die geschilderten aktuellen Probleme zu lösen, können wir den Sozialstaat langfristig stabilisieren und sind so besser aufgestellt, um den demografischen Wandel zu bewältigen. Denn vom Rückbau des Sozialstaates wären alle Generationen betroffen, heute und morgen! Wir wollen aber eine konsequente und gerechte Umstrukturierung der Einnahmeseite der Sozialsysteme, in der gesellschaftlicher Reichtum, Produktivitätsfortschritt und Wirtschaftswachstum ihren Ausdruck findet.

(...)

3. Zentrale Handlungsfelder zur Bewältigung der demografischen Entwicklung

Es ist unbestritten: Der Bevölkerungsrückgang bei gleichzeitigem Anstieg des Altersdurchschnitts stellt neue Anforderungen an

Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Diese Herausforderungen wollen wir an zentralen Handlungsfeldern darstellen und sozialdemokratische Lösungsmöglichkeiten aufzeigen.

3.1. Produktivitätswachstum erhalten

Wie gut die Herausforderungen der demografischen Entwicklung bewältigt werden können, hängt entscheidend davon ab, ob wir das Produktivitätswachstum erhalten bzw. steigern können. Gleichzeitig hat die demografische Entwicklung vielfältige Auswirkungen sowohl auf die Angebots- als auch auf die Nachfrageseite der Volkswirtschaft. Produktivität und Wachstum müssen also unter sich verändernden Rahmenbedingungen weiter gesteigert werden.

Auf der Angebotsseite werden mittelfristig die Arbeitskräfte vor allem mit sehr hoher Qualifikation knapp. Der Altersdurchschnitt der erwerbsfähigen Bevölkerung wird sich erhöhen. Der höhere Anteil älterer Arbeitnehmer muss sich allerdings nicht – wie häufig behauptet – negativ auf den Produktivitätsfortschritt auswirken. Gerade der spezielle Erfahrungsschatz und das damit verbundene Innovationspotential älterer Arbeitnehmer muss verstärkt als Ressource genutzt werden. Auch in Zukunft kann der Produktivitätsfortschritt sichergestellt werden, wenn wir Erst- und Weiterqualifikation verbessern und Arbeitsprozesse anpassen. Während die langfristige Ausgrenzung von Teilen der Bevölkerung aus dem Arbeitsmarkt heute vorwiegend ein soziales Problem ist, kann es in Zukunft zu einem Hindernis der ökonomischen Entwicklung werden. Wir können es uns nicht mehr leisten, Begabungen und Talente brachliegen zu lassen. Die vordringlichste Reaktion auf die demografische Entwicklung ist deshalb eine umfassende Bildungs- und Qualifikationsoffensive.

Auf der Nachfrageseite stagniert oder schrumpft mittelfristig die Zahl der Konsumenten auf dem Binnenmarkt. Aufgrund der sehr starken Exportorientierung der Deutschen Wirtschaft und der – wenn überhaupt – relativ langsamen Schrumpfung der Konsumentenzahl, muss das jedoch keine negativen Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung haben. Entscheidend ist, dass die Verteilung der Produktivitätsfortschritte nicht in zu hohem Maße in Kapitaleinkünfte fließt, sondern die Massenkaufkraft durch eine deutlich bessere Lohnentwicklung gestärkt wird. Darüber hinaus sind die Entwicklung der Sparquote der privaten Haushalte und des Konsumverhaltens zukünftiger Rentnergenerationen wichtige Faktoren. Die Sozialpolitik muss das Vertrauen in den Sozialstaat und die umlagefinanzierte Altersvorsorge wiederherstellen um Angstsparen zu verhindern und die Konsumneigung zu stärken. Die Unternehmen können durch eine frühzeitige und langfristige Anpassung an

das Konsumpotenzial der zukünftigen Rentnergeneration Nachfrage im Inland sichern und erschließen. Durch eine sozial gerechte Verteilung der Steuerlast und eine solide Finanzierung der öffentlichen Ausgaben muss schließlich der Staat dafür sorgen, dass ausreichende öffentliche Investitionen die Angebotsbedingungen verbessern und wirksam Nachfrage schaffen.

3.2. Bildung

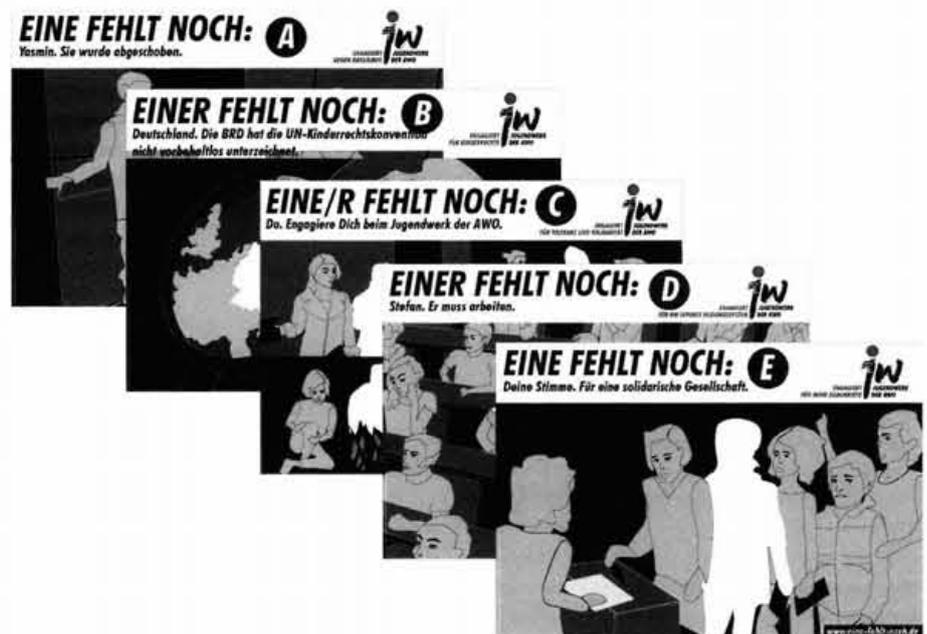
Unser Bildungssystem ist schlechter als möglich, enthält soziale Barrieren und konzentriert sich auf eine relativ kurze Lebensphase. Dadurch verschwenken wir ein immenses Potenzial an Bildung, Qualifizierung und Wissen. Unsere Gesellschaft und die Wirtschaft werden sich eine solche Verschwendung in Zukunft noch weniger leisten können.

Der Bildungs- und Wissens-Input in Wirtschaft und Gesellschaft stagniert und droht aufgrund der demografischen Entwicklung sogar zurückzugehen. Es ist zu befürchten, dass ein Wirtschafts- und Bildungssystem, in dem der Bildungstransfer sehr stark auf die jeweils nachwachsende Generation beschränkt ist, die Innovationsfähigkeit einschränkt.

Wirtschaft, Staat und Individuen müssen eine alle gesellschaftlichen Bereiche und Gruppen umfassende Kultur Lebenslangen Lernens entwickeln.

Daher muss:

- das Schulsystem besser werden (PISA-Debatte). Wir müssen fördern statt auslesen.
- ein Rechtsanspruch auf einen qualifizierenden Schulabschluss eingeführt werden. Dieser ist Voraussetzung für eine Chance am



Du kannst diese Motive als Plakat (DIN A1, für nur 40 Cent zzgl. Versandkosten), als Flyer oder als Postkarte (für nur jeweils 10 Cent zzgl. Versandkosten) bestellen.

- Ich möchte Plakate A, Plakate B, Plakate C, Plakate D, Plakate E bestellen.
- Ich möchte Flyer A, Flyer B, Flyer C, Flyer D, Flyer E bestellen.
- Ich möchte Postkarten A, Postkarten B, Postkarten C, Postkarten D, Postkarten E bestellen.
- Ich hätte gerne weitere Informationen über das Jugendwerk der AWO.

Mein Name: _____

Meine Anschrift: _____

Mein Wohnort und PLZ: _____

Telefon: _____ E-mail: _____

Geschäftsstelle des Bundesjugendwerkes der AWO

Oppelner Straße 130, 53119 Bonn

Telefon: 0228/6685-117

e-mail: info@bundesjugendwerk.de

www.einer-fehlt-noch.de

www.dampfboot-verlag.de

**Worldwatch Institute (Hrsg.)
Zur Lage der Welt 2005**

Globale Sicherheit neu denken in Zusammenarbeit mit der Heinrich-Böll-Stiftung und Germanwatch 2005 - 350 Seiten - € 19,90 ISBN 3-89691-614-9

Seit den Anschlägen vom 11. September ist Sicherheit ein weltweites Thema. Sie wird in erster Linie als Schutz vor Terror und Gewalt verstanden, der durch den Einsatz von Militär und die internationale Zusammenarbeit von Polizei und Geheimdiensten gewährleistet werden soll. Der neue Bericht „Zur Lage der Welt“ wendet sich den anderen ernsthaften Bedrohungen globaler Sicherheit zu: Klimawandel, Bevölkerungsexplosion, Waffenhandel, Umweltzerstörung und Epidemien. Und er zeigt mögliche Wege auf in eine sichere Welt für alle.

**Asta der FH Münster (Hrsg.)
„Alle Reden vom Wetter. Wir nicht“**

Beiträge zur Förderung der kritischen Vernunft 2005 - 205 S. - € 15,30 ISBN 3-89691-603-3

Mit Beiträgen u.a. von Freek Huiskens, Rolf Gössner, Ilka Schröder, Christoph Horst, Markus Wissen, Christoph Görg, Harald Rein, Fritz Störim, Alex Demirovic und Anne Jung.

**Karin Lohr/
Hildegard Maria Nickel (Hrsg.)
Subjektivierung von Arbeit –
Riskante Chancen**

(Forum Frauenforschung Band 18)
2005 - ca. 220 S. - ca. € 24,80
ISBN 3-89691-218-6

**Julia Lepperhoff, Ayla Satilmis,
Alexandra Scheele (Hrsg.)
Made in Europe**

Geschlechterpolitische Perspektiven
auf die Qualität von Arbeit
(Arbeit - Demokratie - Geschlecht Band 3)
2005 - 284 S. - € 29,80
ISBN 3-89691-607-6

**Jürgen Meier
„Eiszeit“ in Deutschland.**

(einsprüche Band 16)
2005 - 186 S. - € 14,90
ISBN 3-89691-593-2

Verlag Westfälisches Dampfboot
Hafenweg 26a - D-48155 Münster
Tel.: 0251 39 00 48 D - Fax: 0251 39 00 48 50
info@dampfboot-verlag.de



Arbeitsmarkt und Grundlage für den Zugang zu weiteren Bildungsangeboten.

- die qualifizierte Erstausbildung für Alle durch eine gesetzliche Ausbildungumlage sichergestellt werden – unabhängig von Konjunktur und demografischen Schwankungen.

- die wirtschaftlichen und sozialen Grundlagen des Bildungszugangs für Alle gewährleistet werden – insbesondere durch gebührenfreien Zugang zu allen Bildungsangeboten einschließlich der Hochschule.

- das lebenslange Lernen in Betrieben, auf dem Arbeitsmarkt und in der Allgemeinbildung, ausgebaut und systematisiert werden. Die Bildungsexpansion der 70er Jahre zeigt: es braucht eine enorme gesellschaftspolitische Kraftanstrengung, um das Bildungssystem auszubauen und zu verbessern; es passiert weder von selbst noch marktgesteuert. Die aktuelle Form des Föderalismus ist für eine solche Kraftanstrengung eher hinderlich als fördernd.

Besonders Bildung und Qualifikation Erwachsener müssen erhalten und weiterentwickelt werden. Weiterbildung ist in Deutschland bisher unterentwickelt, unsystematisch und selektiv. Sie muss zu einer vierten Säule des Bildungssystems ausgebaut werden.

Ziele sind dabei vor allem:

- die „Employability“, d. h. die Beschäftigungsfähigkeit der ArbeitnehmerInnen; sie muss verbessert werden, um den Ausgrenzungen auf dem Arbeitsmarkt, insbesondere bei Älteren, entgegenzuwirken,
- Innovationen in die Wirtschaft und die Gesellschaft zu tragen und
- die Problemlösefähigkeit der ArbeitnehmerInnen weiterzuentwickeln,

Dazu brauchen wir ein gesetzlich geregeltes, bundesweites Weiterbildungssystem. Dieses bildet nicht nur die Grundlage für ein öffentlich gewährleistetes Grundangebot und sondern auch für tarifvertragliche, arbeitsmarktpolitische, betriebliche und allgemeinerbildnerische Regelungen und Angebote. In einem Erwachsenenbildungsförderungsgesetz sind insbesondere Beratung, Transparenz, Qualitätssicherung und Finanzierung von Weiterbildung zu regeln. Finanzierungsinstrumente sind Zuschüsse und Bildungskredite, arbeitsmarktpolitische Maßnahmen und ein öffentlich-rechtliches Grundangebot der Kommunen und Länder, sowie die Förderung und Anreize für tarifliche und betriebliche Angebote. Die dafür erforderlichen Mittel sollen durch ein umlagefinanziertes Fondssystem auf regionaler Ebene aufgebracht werden.

3.3. Kinder- und Familienpolitik

Eine familien- und kinderfreundliche Politik ist für uns Ausdruck von Emanzipation, Chancengleichheit und lebenswerter Gesellschaft. Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist ein Baustein für eine gleichberechtigte

Beteiligung von Frauen am Erwerbsleben. Betreuungsangebote sorgen auch dafür, dass die unterschiedliche Förderung von Kindern in der Familie ausgeglichen wird. Eine solche Politik führt auch zur Erhöhung der Geburtenrate und kann so den demografischen Wandel hinauszögern. Wir lehnen es aber ab, familienfreundliche Politik dahingehend auszulegen, andere Lebensentwürfe zu diskriminieren.

Wirtschaftliche Unsicherheit und Angst um den Arbeitsplatz einerseits und mangelnde Betreuungsangebote für Kinder andererseits sind die beiden Hauptgründe, warum Frauen und Männer ihren vorhandenen Kinderwunsch nicht realisieren. In vergleichbaren westeuropäischen Ländern zeigt sich, dass die Kombination von gutem Arbeitsmarkt und verlässlichen Betreuungsangeboten eine Erhöhung der Geburtenrate nach sich zieht. Die Geburtenrate von 1,85 Kindern pro Frau in Frankreich wird auf die bessere Betreuung zurückgeführt. Während in Entwicklungsländern Ungerechtigkeiten im Geschlechterverhältnis für hohe Kinderzahlen sorgen, ist es in hoch industrialisierten Nationen umgekehrt: Traditionelle Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau und hohe Arbeitslosigkeit von Frauen wirken sich in niedrigen Kinderzahlen aus.

Unternehmen, die Arbeitnehmer als human capital betrachten und sie ausnahmslos den Bedürfnissen des Marktes unterordnen, schaffen eine Welt, die sich nicht mit verlässlicher und kontinuierlicher Elternschaft verbinden lässt. Damit bereitet die Wirtschaft den Arbeits- und Führungskrätemangel von morgen vor. Initiativen der Bundesregierung wie die Ganztagsbetreuung an den Schulen und die Tagesbetreuung der Unter-Dreijährigen aber auch die Initiative „Lokale Bündnisse für Familien“, an denen sich Unternehmen beteiligen, sind erste Schritte in die richtige Richtung. Einzelne Unternehmen haben sich schon neu orientiert; dies muss auf die gesamte Wirtschaft ausgeweitet, der Dialog zwischen Gesellschaft und Wirtschaft muss intensiviert und ein grundsätzliches Umdenken in Gang gesetzt werden.

3.4. Pflege

Die Pflegeversicherung ist ein Element einer solidarischen Absicherung sozialer Risiken. Sie muss konsequent weiterentwickelt werden. Denn: In den nächsten Jahren wird die Lebenserwartung um weitere sieben Jahren steigen, so dass Frauen im Schnitt 87, Männer 82 Jahre alt werden. Die wachsende Zahl von hochbetagten Menschen stellt die Organisation der Pflege vor neue Herausforderungen.

Die Einnahmen müssen verändert werden, um die Pflegeversicherung finanziell zu stabilisieren und gleichzeitig Spielräume für notwendige Veränderungen bei den Ausgaben zu schaffen.

Der Reformbedarf bei den Einnahmen:

Aus der Pflegeversicherung muss eine Pflegebürgerversicherung werden. Bisher privat Pflegeversicherte haben ein deutlich geringeres Krankheits- und Pflegerisiko. Die private Pflegeversicherung hat deshalb — bei gleichen Leistungen und gleichen Einnahmen pro Versichertem — nur ein Fünftel der Ausgaben pro Versichertem. Wenn nun alle Bürger in die soziale Pflegeversicherung mit einbezogen werden, werden sofort ca. 3,1 Mrd. Euro mehr eingenommen — ohne dass die Ausgaben im selben Umfang steigen.

Der Reformbedarf bei den Ausgaben:

Auch bei den Ausgaben besteht Reformbedarf. Im Mittelpunkt steht:

- den Grundsatz „ambulant vor stationär“ umzusetzen,
- Menschen mit eingeschränkter Alltagskompetenz (Demenzkrankungen) zu berücksichtigen,
- die Leistungen zu dynamisieren, da der Leistungsanspruch seit Bestehen der Pflegeversicherung nie an die Preisentwicklung angepasst wurde.

Die Leistungen der Pflegeversicherung orientieren sich bisher an drei Pflegestufen. Diese müssen neu definiert werden, um den individuellen Hilfebedarf besser zu erfassen. Hilfebedarfsgruppen auf Basis eines umfassenden Assessment könnten das starre Drei-Stufen-System ablösen.

Haupt- und ehrenamtliche Strukturen in den Kommunen müssen besser miteinander vernetzt und durch ein Case-Management begleitet werden. Damit können z. B. pflegende Angehörige entlastet werden. Pflegeberufe müssen attraktiver gestaltet werden. Alternative Wohnformen sollten als fließende Übergänge zwischen der ambulanten und stationären Versorgung möglich sein. Schnittstellenprobleme zwischen SGB V und SGB XI sollten beseitigt werden. Die Prinzipien ambulant vor stationär, Reha vor Therapie und aktivierende Pflege sollten in den Vordergrund rücken — ohne dass der Erfolg dieser Maßnahmen durch den Verlust von Pflegeleistungen bestraft wird.

3.5. Wohnen und Infrastruktur

Alte haben andere Anforderungen an Wohnen als Junge. Dem müssen sich die Städte und Gemeinden anpassen. Dazu gehören: mehr altersgerechte Wohnungen, mehr Angebote zum betreuten Wohnen und neue Wohnformen, in denen sich ältere Menschen gegenseitig unterstützen oder Jung und Alt zusammenleben können. Mit der Eigenheimzulage subventionieren wir Stadtfucht, Zersiedlung und regionale Wohnraumübersorgung. Stattdessen sollten wir dieses Geld in Bildung investieren und Wohnungen altersgerecht umbauen.

Die Infrastruktur muss außerdem so verändert werden, dass nicht mobile und nicht flexible Menschen — vor allem Ältere, aber auch weniger Wohlhabende — mitgenommen

werden können. Dabei spielt die Barrierefreiheit eine wichtige Rolle. Insbesondere für ländliche und bevölkerungsarme Gebiete gilt, dass die Mobilität durch Ruftaxi- und Rufbussysteme und die Postversorgung durch Mobilitätsagenturen aufrechtzuerhalten sowie die Kommunikation durch die Nutzung neuer Medien kreativ ausgebaut werden muss.

Den Neuen Medien kommt hier eine Schlüsselrolle zu. Sie überwinden zeitliche und räumliche Distanzen, vernetzen Serviceleistungen und eröffnen den Zugang zu Wissen und Information. Sie durchziehen alle Bereiche des künftigen gesellschaftlichen Lebens, schaffen Arbeitsplätze und durchbrechen Kommunikationsbarrieren. Es ist daher die größte gesamtgesellschaftliche Herausforderung der nächsten Jahre, die notwendige Infrastruktur zu schaffen, um:

- den emanzipierten, selbstverständlichen Umgang mit den neuen Informationsmedien für alle Generationen und Bevölkerungsschichten zu ermöglichen,
- ihre Bedienbarkeit, Verlässlichkeit und Sicherheit zu erhöhen und
- die Konvergenz der Technologien und Dienste zu fördern.

Dadurch können sie künftig für soziale Entwicklungen sowie zur Minderung sozialer Probleme und Härten gezielt eingesetzt werden. In der Betreuung und der sozialen und medizinischen Versorgung müssen sie verstärkt eingesetzt werden.

3.6. Beteiligung Älterer am Erwerbsleben

Die niedrige Erwerbsquote älterer Arbeitnehmer stellt eine immense Verschwendung gesellschaftlichen Potentials dar — gerade im Hinblick auf die steigende Lebenserwartung. Die Gründe für die niedrige Beschäftigungsquote Älterer liegen in den Personalstrategien der Unternehmen, die ältere Arbeitnehmer als nicht verwertbar ansehen, sowie in politischen Fehlanreizen aus den 80er Jahren, die bis heute nachwirken. Zur Zeit stehen aber einem höheren Renteneintrittsalter und einem längeren Verbleib im Erwerbsleben keine echten Beschäftigungschancen gegenüber.

Die langfristige Förderung der Alterserwerbsarbeit kann am ehesten durch eine bessere employability der Arbeitnehmer sichergestellt werden. Mangelnde Qualifikation und zunehmender psychischer und physischer Verschleiß dürfen nicht länger Argument dafür sein, ältere Arbeitnehmer de facto aus dem Erwerbsleben auszugrenzen. Allerdings können — je nach Branche und Tätigkeit — nicht alle gleich lang arbeiten.

In den Betrieben müssen Bedingungen geschaffen werden, unter denen die Verlängerung der Lebensarbeitszeit möglich ist. Dazu gehören:

- Angebote zum lebenslangen Lernen im Betrieb, die mit mehr Flexibilität im Arbeitsinsatz einhergehen sollten

- altersangemessene Arbeitsorganisation, d. h. Flexibilisierung und Verkürzung von Arbeitszeiten und Förderung von Tätigkeitswechseln

- betriebliche Gesundheitsförderung, die darauf zielt, Beschäftigte am Arbeitsplatz gesund altern zu lassen. Unternehmen sollten für Investitionen in die Gesundheit ihrer Mitarbeiter durch ein Anreizsystem belohnt werden.

Die Arbeitslosenversicherung muss zu einer „Arbeitsversicherung“ weiterentwickelt werden. Damit entsteht ein Instrument, mit dem Erwerbsbiographien abgesichert werden können. Die Arbeitsversicherung bietet die Möglichkeit, die starre Abfolge von Ausbildung, Erwerbsarbeit und Transfereinkommen im Alter aufzuheben und flexible Formen von Erwerbsarbeit, Aus- und Weiterbildung, Unterbrechung der Erwerbsarbeit oder Teilzeitarbeit zu gestalten und zu finanzieren.

Wichtig ist ein Umdenken nicht nur auf politischer Ebene, sondern auch von den Unternehmen und den Betroffenen selbst.

3.7. Bestehende Reichtumsverteilung ändern

Das Vermögen in Deutschland von über 5 Billionen Euro — oder 133 000 Euro pro Haushalt — ist extrem ungleich verteilt. Die oberen 10 Prozent der Bevölkerung besitzen mittlerweile über die Hälfte; die ungleiche Verteilung verschärft sich weiterhin. Und: sie wird sich durch den demografischen Wandel weiter verschärfen. Denn aufgrund niedrigerer Geburtenraten, besonders in den höher gebildeten und vermögenden Bevölkerungsschichten, wird in Zukunft der größte Teil der Vermögenswerte an einen immer kleineren Teil der Gesamtbevölkerung vererbt.

Die Kosten des demografischen Wandels werden derzeit ohne die großen Privatvermögen in Deutschland finanziert. Der Vermögensbesitz wird nicht mit Abgaben und kaum mit Steuern belegt; auch die Einkünfte aus dem Vermögensbesitz werden effektiv erheblich niedriger besteuert als Arbeitseinkommen. Bei der Übertragung des Vermögens auf die nachfolgende Generation, fallen ebenfalls nur sehr geringe Steuern an — vor allem weil der Immobilienbesitz, der drei Viertel aller Vermögenswerte ausmacht, steuerlich nicht angemessen bewertet wird. Die Steuern auf Vermögen sind gesunken. Dies führte aber nicht dazu, dass das entsprechende Kapital so investiert wurde, dass dabei neue Arbeitsplätze in Deutschland entstanden sind. Weitergehende Steuerensenkungen, wie zum Beispiel eine niedrige Abgeltungssteuer auf Kapitalerträge, sind deshalb abzulehnen.

Die Innovationsfähigkeit und das Qualifikationsniveau müssen trotz des demografischen Wandels erhalten und gestärkt werden. Dies erfordert Investitionen und langfristige Mehraufwendungen, die nur zu be-

wältigen sind, wenn die Besitzer der hohen Privatvermögen daran beteiligt werden. Dies muss vor allem durch folgende Maßnahmen erreicht werden:

- Eine Reform der Erbschaftsteuer: Ein höheres Gesamteinkommen wird durch die realistische Bewertung von Immobilienvermögen und höhere Steuersätze bei Spitzenvermögen erreicht – bei ausreichenden Freibeträgen für die Übertragungen von selbstgenutztem Wohneigentum.
- Die Wiedereinführung einer verfassungskonformen Vermögensteuer auf hohe Privatvermögen mit ausreichenden Freibeträgen für selbstgenutztes Wohneigentum
- Eine effektivere Besteuerung der Kapitaleinkünfte einschließlich der Wertzuwächse nach den individuellen Einkommenssteuersätzen

Eine weitere Förderung des Stiftungswesens, um hohe Privatvermögen auch auf diesem Wege für gemeinnützige Zwecke einsetzen zu können.

3.8. Zusammenleben und bürgerschaftliches Engagement

Die Gesellschaft wird älter, die Arbeitswelt flexibler. Beide Prozesse führen zu einem Rückgang des traditionellen bürgerschaftlichen Engagements; immer weniger Junge übernehmen immer seltener langfristig ehrenamtliche Aufgaben. Der Abbau hauptamtlicher Stellen, die das organisatorische

Rückgrat des Ehrenamtes ausmachen, macht ehrenamtliches Engagement mühsamer und damit unattraktiver.

Gleichzeitig wird eine alternde Gesellschaft zunehmend auf soziale Dienste angewiesen sein und deshalb in Zukunft genau diese Angebote intensiv nachfragen. Während der wohlhabendere Teil der Bevölkerung diese Dienstleistungen am Markt kaufen kann, wird die Mehrzahl der Bürger – auch vor dem Hintergrund künftig stagnierender oder sinkender Alterseinkommen – auf eine Leistungserbringung zu sozialen Bedingungen angewiesen sein. Wir werden aber die Finanzierung sozialer Dienste nicht wesentlich ausweiten und gleichzeitig die weg brechenden, über freiwilliges Bürgerengagement bereitgestellten Dienste und Strukturen durch Hauptamtliche ersetzen können. Um freiwilliges Engagement auch in der Zukunft zu erhalten, müssen sich die traditionellen Strukturen ändern. Hauptamtliche und teilfinanzierten Strukturen müssen verflochten werden; die Instrumente der Arbeitsmarktpolitik wie Altersteilzeitregelungen und Fort- und Weiterbildungsangebote müssen dafür weiterentwickelt werden. Im Rahmen eines gesellschaftlichen Dialogs brauchen wir eine Verständigung zwischen den Tarifparteien und den Trägern, wie reguläre Erwerbsstellen abgegrenzt werden können von zusätzlichen Angeboten, die in teilfinanzierten Mischformen entstehen oder

über Arbeitsmarktmaßnahmen finanziert werden. Die Erfahrungen mit der Einführung von Hartz IV/Arbeitslosengeld II sollten als Anstoß für einen solchen Dialog genutzt werden. Dabei muss dem derzeitigen Trend, hauptamtliche Strukturen weiter abzubauen und unter dem Label „Bürgerschaftliches Engagement“ eine Charity-Gesellschaft nach angloamerikanischem Muster zu etablieren, eine strikte Absage erteilt werden.

Jenseits seines ökonomischen Wertes muss das bürgerschaftliche Engagement auch für Ältere zunehmend attraktiv gemacht werden:

- weil es den Kontakt zwischen den Generationen auch außerhalb der Familien fördern kann und
- weil aktive Alte zufriedener, gesünder und besser sozial eingebunden sind.
- Um freiwilliges Engagement unter älteren Menschen zu fördern sollte die Politik u.a.:
- eine Anerkennungskultur auf allen gesellschaftlichen Ebenen fördern,
- die rechtlichen Rahmenbedingungen verbessern,
- Beratungsinstitutionen ausbauen.

Mit steigender Lebenserwartung muss das bürgerschaftliche Engagement Älterer für Ältere an Bedeutung gewinnen. Dabei wird es auf eine intelligente Mischung aus familiärer, professioneller und ehrenamtlicher Pflege zur langfristigen Stabilisierung von Hilfsbeziehungen ankommen.

spw 3 / 2005

spw intern

Ohne viel Aufhebens hat sich im spw-Verlag etwas verändert: Die seit Frühjahr 1996 effektiv im Hintergrund arbeitenden Geschäftsführer Olaf Schade und Alfred Voges sind im Dezember 2004 von der Gesellschafterversammlung mit großem Dank verabschiedet worden. Alfred Voges, der sich v.a. um die finanziellen Verhältnisse von spw gekümmert hat, arbeitet eigentlich als Versicherungskaufmann bei einem Versicherungskonzern in Münster. Dort ist er auch als Betriebsratsvorsitzender sowie Mitglied des Gesamtbetriebsrates tätig. In den 1980er Jahren war er Juso-UB-Vorsitzender in Steinfurt und in den 1990er Jahren im Juso-Landesvorstand NRW. Bei der letzten Kommunalwahl war er SPD-Bürgermeister-Kandidat seiner Heimatstadt Steinfurt und ist jetzt dort 2. stellvertretender Bürgermeister. Olaf Schade ist Jurist, ar-

beitet z. Z. in der nordrhein-westfälischen SPD-Landtagsfraktion als Justiziar und Büroleiter der Parlamentarischen Geschäftsführerin. Mitte der 1980er Jahre kam er über die SchülerInnen-Arbeit zu den Jusos und war in den 1990er Jahren Juso-Vorsitzender im UB Ennepe-Ruhr. Wie Alfred ist er aktiver Kommunalpolitiker. In der spw-Geschäftsführung hat er sich um die rechtlichen Fragestellungen gekümmert. Beide werden uns sicher nicht verloren gehen. Wir wünschen ihnen viel Erfolg im privaten sowie beruflichen Leben und hoffen, dass wir sie auch künftig bei der einen oder anderen Veranstaltung sehen werden.

*

Auch die neuen Geschäftsführer haben langjährige politische Erfahrungen durch ihre Tätigkeiten im sozialdemokratischen Raum. Eckhart Seidel, der als Rechtsanwalt in Berlin arbeitet, war in den 1990er Jahren Juso-Landesvorsitzender in Berlin und später stellv. Juso-Bundesvorsitzender. Die politische Biografie von Hans-Joachim „Olli“ Olczyk beginnt in den 1970er Jahren bei den Falken, später war er im SHB und der SPD in Oldenburg aktiv. Seit einigen Jahren lebt und arbeitet er als Unternehmensberater in Bremen.

*

Auch an der Spitze des Vereins zur Förderung von Demokratie und Völkerverständigung hat es einen Wechsel gegeben. Auf der ordentli-

chen Jahreshauptversammlung machte unser langjähriger Vorsitzender, Sprecher der spw-Herausgeber und Kurzum-Autor seine Ankündigung ernst, nicht wieder für den Vorsitz zu kandidieren. Zu seinem Nachfolger wurde der Juso-Bundesvorsitzende Björn Böhning gewählt. Björn setzt damit die Reihe früherer Juso-Vorsitzende wie Susi Möbbeck oder Thomas Westphal fort. Die Wahl von Björn unterstreicht, dass eine jüngere Generation zunehmend Verantwortung für das politische Projekt spw übernimmt und unterstützt damit die Initiative zur Weiterentwicklung von spw (s. auch den Beitrag von Böhning/Rünker auf S. 41). Horst Peter, dem wir herzlich für sein langjähriges und engagiertes Arbeiten danken, bleibt weiterhin Sprecher der Herausgeber und bewährter Autor des kurzum, so auch in dieser Ausgabe.

*

Die aktuelle Ausgabe von spw erschien leider später als geplant, da wir aktuell, aber nicht überstürzt, auf die Ereignisse nach der rot-grünen Wahlniederlage in NRW reagieren wollten. Dafür bitten wir um Verständnis. Das nächste Heft erscheint aufgrund der Sommerferien erst Mitte August. Wir wünschen unseren LeserInnen Erholung und Muße, soweit dies in den hektischen Tagen zur Zeit möglich ist.

Reinhold Rünker, spw-Redaktion

„Die IG Metall weiterentwickeln“

Anmerkungen aus der jüngeren Generation

Von Daniel Friedrich und Bernhard Stiedl

Die IG Metall steht an einem Scheideweg. Wenn sie aber auch in Zukunft eine genau so starke wie vielfältige Organisation sein will, dann muss der Weg der Erneuerung gegangen werden. Um sich diesem Prozess zu stellen, muss sich die IG Metall in ihrer internen Meinungsfindung und Diskussionskultur neu aufstellen. Sie muss eine neue Streitkultur entwickeln, in der die Auseinandersetzung um die Sache beherzt geführt wird.

Die Sprachlosigkeit überwinden – Alle mitnehmen

Bei manchen internen Diskussionen scheint es, das „Christiansen-Niveau“ hat weite Teile der IG Metall erreicht. Man hört sich einander nicht mehr zu, sondern wartet auf sein Stichwort, um dann entsprechend darauf zu reagieren. Ein Austausch über die „Lager“ hinweg findet nicht mehr statt. Doch weder das Ignorieren der Andersdenkenden, noch der Verweis auf die Beschlusslage schafft es, eine einheitliche Politik zu gewährleisten. Wenn es nicht gelingt, „den Anderen“ zuzuhören, ihre Bedenken und Argumente ernst zu nehmen, dann verliert man sie. Die IG Metall braucht eine neue Diskussionsfreude, die sich dadurch auszeichnet, dass man gemeinsam die Linie festlegen will. Inhaltliche Klarheit muss vor organisatorischer Einheit und Geschlossenheit stehen. Die Angst vor einer „zerrissenen“ IG Metall darf nicht verniedlicht werden, sie darf aber auch nicht jegliche Diskussion bzw. Kritik im Keim erdrücken. Anordnungen von Aktionen oder Kampagnen, quasi auf „Knopfdruck“ sind – wenn es sie denn je gegeben hat – vorbei. Positionen und Inhalte sowie die Aktionsformen muss gemeinsam entwickelt werden. Will die Gewerkschaft gesellschaftspolitisch wieder in die Offensive kommen, dann muss sie zuerst wieder in der Betriebs- und Tarifpolitik Tritt fassen.

Tarifpolitik – IG Metall unter Druck

Der Druck auf die IG Metall ist allgegenwärtig spürbar. Siemens, Daimler oder auch Opel sind nur prominente Beispiele für Angriffe der Arbeitgeber auf den Tarifvertrag. Dabei steht der Flächentarifvertrag nur als Synonym für den sozialen Konsens. Die Arbeitgeber haben den sozialen Konsens aufgekündigt. Anträge auf Abweichungen vom Flächentarifvertrag, Kün-

digungen von Haustarifverträgen und/oder der Androhung, notwendige Investitionen nur noch bei einem gleichzeitigen Verzicht der Blegschaften zu tätigen versetzt die IG Metall in die Defensive. Diese Defensive in ein positives Ergebnis umzuwandeln, wird der IG Metall nur gelingen, wenn sie – neben neuen tarifpolitischen Strategien – die Menschen beteiligt, einbezieht, mobilisiert und sie offen über Verhandlungsstände und Ergebnisse informiert. Die Abwehr von weitergehenden Arbeitgeberforderungen bei DaimlerChrysler oder VW sind nur durch eine flächendeckende Beteiligung und Mobilisierung ermöglicht worden. Nur wenn es der IG Metall gelingt, aus diesen Ergebnissen zu lernen und dies in eine aktive Strategie umzuwandeln, wird sie es schaffen, wieder in die Offensive zu kommen. Dazu muss Tradiertes überdacht und neue Beteiligungsmuster angewendet werden. Der Ablauf betrieblicher Tarifrunden muss der Organisation genauso in Fleisch und Blut übergehen, wie Tarifrunden in der Fläche.

Der Flächentarifvertrag verliert an Bedeutung. In der westdeutschen Metall- und Elektroindustrie unterliegen immer noch 74 % der Beschäftigten dem Flächentarifvertrag, im Osten sind es nur noch 43 %. Ist der Rückgang hier noch moderat, so wird der zunehmende Bedeutungsverlust des Flächentarifvertrages beim Blick auf die Tarifbindung der Betriebe deutlich. In den letzten Jahren sank die Zahl der Betriebe, die über einen Verbandstarifvertrag tarifgebunden waren. Gleichzeitig hat sich die Anzahl der Firmentarifverträge in der Metall- und Elektroindustrie mehr als verdoppelt. Zudem nimmt die Zahl der Betriebe in den OT-Arbeitgeberverbänden (Ohne Tarif heißt, dass der Verband alle Leistungen bis auf die Tarifpolitik und -bindung anbietet) weiterhin zu.

Pforzheim – immer wieder Pforzheim. Mit dem Tarifabschluss 04 hat die IG Metall die Praxis von abweichenden Tarifvereinbarungen manifestiert. Bei bestimmten Umständen hat es in der Vergangenheit für einzelne Firmen Abweichungen oder Ergänzungen vom Tarifvertrag gegeben. Sanierungs- und Standortvereinbarungen gehören genauso zum Alltag wie tarifliche Veränderungen bei Insolvenzen. Teilweise durch offizielle Tarifverträge, aber auch durch – von der IG Metall geduldete – Be-

triebsvereinbarungen. Pforzheim holt diese Praxis nun an die Öffentlichkeit, tarifiert Bedingungen und zeigt Lösungsmuster auf. Das die Arbeitgeberverbände dies jetzt offensiv nutzen, dürfte eigentlich nicht überraschen. Dass sie sich dabei auf die Arbeitszeitverlängerung konzentrieren, überrascht ebenfalls nicht. Der Tarifvertrag nennt für eine Verbesserung der Beschäftigtensituation explizit auch eine befristete (unbezahlte) Verlängerung der Arbeitszeit. Der Abschluss von Siemens in Bocholt und Kamp-Lintfort schuf dann auch das erste prominente Beispiel.

Dabei ist Pforzheim nicht das Problem. Diesen Abschluss rückgängig zu machen, oder durch eine Verweigerungshaltung die Vereinbarung obsolet zu machen – beides wird scheitern. Auch ohne Pforzheim wären die Angriffe und auch die abweichenden Tarifvereinbarungen gekommen. Die Angst vor Arbeitslosigkeit und Verlagerungen schwächt die Kampfkraft der IG Metall. Auf dieses Ungleichgewicht der Waffen bzw. der vermeintlichen Übermacht der Unternehmer, die richtige Methode und Antwort zu finden, wird die wichtigste Aufgabe für die IG Metall sein.

Beteiligung

In der zukünftigen Tarifpolitik muss die IG Metall neue Abläufe und Verfahren entwickeln. Die IG Metall muss die Menschen in den Betrieben – nicht nur bei betrieblichen Tarifaufeinandersetzungen – stärker aktiv beteiligen. Mitgliederversammlungen und die Bildung von betrieblichen Tarif- und Verhandlungskommissionen müssen zum normalen Ablauf gehören. Gerade bei Abweichungen vom Tarifvertrag garantiert nur eine hohe Beteiligung der Mitglieder eine Akzeptanz des Ergebnisses. Die Menschen müssen einbezogen, ständig informiert werden und das Gefühl bekommen, dass sie den Prozess mitgestalten. Schließt die IG Metall Tarifverträge ohne die Beteiligung der Mitgliedschaft ab, so muss sie sich nicht wundern, wenn ihr die Mitglieder den Rücken kehren.

Koppelung Betriebspolitik

Bei Licht betrachtet muss die IG Metall feststellen, dass sie in einem Teil ihrer Betriebe bei Angriffen des Arbeitgebers und für eine offensive Betriebspolitik nicht handlungsfähig ist. Wenn diese Handlungsunfähigkeit sich mit der Angst der Beschäftigten und der Betriebsräte koppelt, entsteht ein gefährliche Mixtur. In diesen Betrieben ist die IG Metall eher ein „Troubleshooter“ als der Organisator von Gegenmacht.

Daniel Friedrich (29) ist Bezirkssekretär der IG Metall, Bezirksleitung Küste, Bernhard Stiedl (35) ist Bezirkssekretär der IG Metall, Bezirksleitung Bayern. Dieser Beitrag stellt eine Kurzfassung der beiden Autoren dar, die Langfassung ist unter www.spw.de zu finden.

Um allerdings in betrieblichen Tarifeinsetzungen handlungsfähig zu sein, ist eine konstante Stärkung der Betriebspolitik nötig. In der Bildungsarbeit muss noch stärker als bisher eine Prozessausbildung implementiert werden. Der fachlich gut ausgebildete Betriebsrat muss in der Lage sein, Menschen zu beteiligen, Prozesse zu organisieren und nicht nur die rechtlich richtige Lösung zu vereinbaren.

Die IG Metall wird entscheiden müssen, ob sie auf Gedeih und Verderb am Flächentarifvertrag festhält oder ob sie in einzelnen Branchen bzw. Regionen strategisch auf Haustarifverträge setzt. Dies gilt insbesondere für die Handwerksbranchen, allerdings trifft es auch auf einzelne Regionen der Metallindustrie zu. Wenn z. B. in Mecklenburg-Vorpommern kaum noch Betriebe im Kfz-Handwerk Mitglied der Innung sind, in den Verbandsgebundenen aber nur in Einzelfällen Arbeitskämpfungsfähigkeit vorhanden ist, ist es vielleicht besser, direkt im Betrieb – aus eigener Stärke heraus – Verbesserungen für die Mitglieder zu erreichen. So würden auf der einen Seite die Mitglieder in den arbeitskampffähigen Betrieben sich nicht zurückhalten müssen und in den übrigen Betrieben erhöht sich die Attraktivität einer IG Metall-Mitgliedschaft. Nur in den gut organisierten Betrieben bekommen die Beschäftigten einen guten Tarifvertrag. Die Zuschauerrolle würde wegfallen. Die Frage, warum man in der IG Metall sein sollte, würde sich beantworten. Es wäre fatal, eine Diskussion über einen solchen Paradigmenwechsel sein zu lassen. Wird der IG Metall in ein oder zwei Jahren unter anderem wegen fehlender Abschlüsse in der Fläche dieser Weg aufgezwungen, ginge wertvolle Zeit verloren.

Abstimmung der Mitglieder

Mit ihren Tarifverträgen bestimmt die IG Metall weitgehend über die Arbeits- und Lebensbedingungen ihrer Mitglieder. Heute wird es immer wichtiger sein, dem Einzelnen mehr Einflussmöglichkeiten zu geben. Damit stellt sich die Frage, ob die IG Metall nicht die direkte Zustimmung ihrer Mitglieder für ihre Tarifverträge suchen sollte. Bei betrieblichen Abweichungen wird dies schon aus den Gesichtspunkten der Beteiligung wichtig sein. Warum also nicht nur in der Mitgliederversammlung über das Ergebnis diskutieren, wieso nicht auch eine Abstimmung aller betrieblichen IG Metall-Mitglieder über das Ergebnis durchführen (Nicht zu verwechseln mit dem Vorschlag der Neoliberalen, die eine Abstimmung unter den Beschäftigten vorschlagen, wenn Betriebsrat und Arbeitgeber sich auf Abweichungen vom Tarifvertrag geeinigt haben!)?

Betriebliche Gewerkschaftsarbeit im Wandel Betriebsräte in der New Economy spürten es: Die Entfremdung zwischen ihnen und der Belegschaft. Die alte Rolle als Schützer erworbener Rechte hat offenbar ausgedient. Die bisherigen Formen betrieblicher Interessenvertretung werden auch durch Veränderungen in der Arbeitsorganisation und im sozialen Zusammenhalt der Beschäftigten in

Frage gestellt. Betriebsräte treffen hier gerade auf Arbeitnehmer mit neuen Qualifikationen, Verhaltensweisen und Ansprüchen an Mitbestimmung in der Arbeitswelt. Durch die steigende Selbstverantwortung der Beschäftigten kommt es zunehmend zu einer Vielzahl von individuellen Aushandlungsprozessen, wodurch die Aufgaben des Betriebsrates mitunter als überflüssig empfunden werden.

Das Selbstverständnis der Arbeitnehmer unterliegt hier einem grundsätzlichen Wandel. Die Bereitschaft, Interessen in kollektiver Form zu bündeln und in organisierter Form zu vertreten, nimmt stetig ab. Dort, wo es einen Betriebsrat gibt, wird diesem nicht erlaubt, sich in die Arbeit des neuen Arbeitnehmertypus einzumischen. Und dazu kommt, dass viele Mitarbeiter Angst haben, den Betriebsrat zu kontaktieren. Der Betriebsrat soll gerade noch die Rahmenbedingungen für die Einkommens- und Sozialpolitik im Betrieb verhandeln.

Eine bereits seit längerem bekannte Strategie des Managements besteht darin, Betriebsräte durch Gremienarbeit in die Entscheidungen einzubinden. An die Stelle des Interessengegensatzes von Arbeit und Kapital tritt die soziale Partnerschaft in Gremienarbeit. Die Interessengegensätze werden verwässert. Oftmals lautet die Leitfrage der Betriebsräte nicht mehr „Was ist gut für die Belegschaft?“, sondern „Was ist gut für den Betrieb und damit für die Belegschaft?“. Diese Begriffe müssen aber nicht immer deckungsgleich sein.

Der bisherige Schwerpunkt der betriebsrätlichen Tätigkeit richtet sich auf klassische Aufgaben. Betriebsräte machen alles das, was sie im Lauf ihrer Karriere gelernt haben: Einhaltung des Betriebsverfassungsgesetzes und die Wahrung der Schutzfunktionen. Für eine offensive Arbeitnehmerpolitik ist dies zu wenig. Betriebsräte müssen in weiten Teilen wieder politischer und agierender werden.

Neues Leitbild

Die Institution Betriebsrat hat es nicht leicht unter den veränderten Rahmenbedingungen. Es scheint, als ob die Mitbestimmung immer weiter den Boden verliert, auf dem sie agiert. Trotz all dieser Veränderungen ist die Einrichtung Betriebsrat nicht in Gefahr. Der Betriebsrat ist kein Auslaufmodell. Im Gegenteil, der Betriebsrat kann sogar an Bedeutung gewinnen, wenngleich unter erheblich erhöhten Anforderungen. Betriebsräte müssen darüber hinaus auch ihre Organisationsstrukturen und Arbeitsweise weiterentwickeln. Ein neues Leitbild, ein neues Selbstverständnis des Betriebsrates, dass den tatsächlichen Gegebenheiten angepasst ist, muss her.

Der Betriebsrat von heute braucht eine neue Art der Informationsbeschaffung, Informationsverarbeitung und Informationsverbrei-

tung. Der Betriebsrat ist immer noch Ansprechpartner im Sinn des Wortes. Denn das direkte Gespräch können E-Mails oder Broschüren nicht ersetzen.

Gegen den Betriebsyndikalismus

Betriebsratsarbeit darf nicht nur auf den eigenen Betrieb begrenzt betrieben werden. So verständlich es ist, dass Betriebsräte in erster Linie an ihren Betrieb denken, ohne die anderen Betriebe im Blick zu haben, kann man nur kurzfristig erfolgreich sein. Die Konkurrenz der Unternehmen darf nicht zu einer Konkurrenz der Beschäftigten und ihrer Interessenvertreter führen. In diesem Sinne muss der Austausch zwischen den einzelnen Betrieben intensiviert werden. Die Netzwerke zwischen Herstellern und Zulieferbetrieben, in den einzelnen Branchen und in den Konzernern muss dazu ausgebaut und gestärkt werden. Auch mit den Beschäftigten in den Betrieben muss offensiv über die Zwangslage diskutiert werden. Ein Verzicht hilft nur so lange, bis die Beschäftigten in den anderen Betrieben ebenfalls den Verzicht geleistet haben. Dann beginnt die Spirale sich erneut zu drehen. Solidarität heißt auch: Ich helfe dem Schwächeren damit es mir auch hilft.

Die Attraktivität einer Gewerkschaft und ihrer Betriebsräte steigt mit Erfolgen. Diese sind zur Zeit knapp. Das Schlimmste im Betrieb verhindert zu haben ist zwar ein Erfolg, in den Köpfen der Beschäftigten manifestiert sich aber eher der Verlust. Wer erfolgreich sein will, muss offensiv werden. Angriff ist die beste Verteidigung. Die Themen für eine offensive Betriebspolitik liegen auf der Hand. Warum kündigen die Betriebsräte nicht Betriebsvereinbarungen, statt nur auf Änderungswünsche vom Arbeitgeber zu reagieren. Bei den Arbeitszeiten wären zum Beispiel Verbesserungen in der Vereinbarkeit von Arbeit und Leben oder Qualifizierungszeiten ein Offensivthema. Mit dem Projekt „Gute Arbeit“ könnte man Verbesserungen in der Gestaltung von Arbeitsplätzen einfordern. Die ERA-Einführung gäbe die Möglichkeit mit den Beschäftigten über die Entgeltgestaltung ins Gespräch zu kommen. Das Einfordern von Innovationen sowie Investitionen und dadurch die Sicherung von Beschäftigung würde eine Zukunftskompetenz aufzeigen. Es liegt nicht an den Themen. Für jeden Betrieb findet man das Passende, wenn man denn will.

Fazit

Die Gewerkschaften sind immer noch gestaltender Faktor. Mit über 100.000 aktiven FunktionärInnen verfügt alleine die IG Metall über ein Netz ehrenamtlicher Aktiver in den Betrieben und darüber hinaus. Darauf lässt sich aufbauen, damit lässt sich ein Veränderungsprozess gestalten. Dabei ist die ganze Organisation gefragt. In dieser Republik gibt es verschiedene Wirklichkeiten in denen sich die Akteure bewegen. Es gibt aber nur eine IG Metall. Diese gilt es gemeinsam weiterzuentwickeln und zukunftsfest zu machen.

Die Front gesamtwirtschaftlich orientierter Ansätze wird langsam breiter

Gustav Horn, *Die deutsche Krankheit – Sparwut und Sozialabbau*, München 2005

Neben dem langjährigen Wirken der Memo-Gruppe haben jüngst auch Müller und Bofinger die Dogmen der neoklassischen Denkgebäude aufgezeigt. Inzwischen hat auch Gustav Horn mit seinem Buch „Die deutsche Krankheit – Sparwut und Sozialabbau“ seine Stimme gegen die Krise des ökonomischen Denkens erhoben. So sei die „deutsche Krankheit“ nicht in zu hohen Löhnen, sondern vor allem im Einheitsdenken der herrschenden angebotsorientierten Volkswirtschaftslehre festzustellen.

Das jüngste Gerangel um die Person Horn steht exemplarisch für die Einseitigkeit der Wirtschaftswissenschaften und ihrer führenden Institute. Bis vor kurzem war Horn Leiter der Konjunkturabteilung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW). Aufgrund von unterschiedlichen theoretischen und wirtschaftspolitischen Auffassungen hat sich DIW-Chef Zimmermann von Horn getrennt. Mittlerweile hat Horn als Leiter des neu gegründeten „Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung“ eine neue Wirkungsstätte gefunden.

Ähnlich wie die Bücher Bofingers und Müllers ist auch Horns Beitrag klar und nachvollziehbar geschrieben und damit auch für NichtökonomInnen eine wertvolle Lektüre gegen das Einheitsdenken. Die Kernaussage lautet, es gibt ein Gegenprogramm gegen übertriebenen Sparwahn und Sozialabbau. Das formulierte Ziel des Buches liegt im Aufzeigen der Schwächen der Angebotstheoretiker sowie in wirtschaftspolitischen Alternativen. Entsprechend gliedert sich das Buch in einen Analyse- und in einen Perspektivteil.

Im 2. Kapitel werden der Konjunkturverlauf der Jahre 2000 bis 2003 nachgezeichnet und einige seiner Einflussgrößen wie der Ölpreis, die Geldpolitik sowie der Börsencrash beschrieben. Im 3. Kapitel wird anhand einiger Länderbeispiele gezeigt, wie Wirtschaftspolitik entweder positiv unterstützend die Grundlagen für einen Aufschwung legen kann oder aber durch schlichtweg falsche Maßnahmen die Stagnation verschärfen kann. Anders als vom Laien erwartet zeigt sich, dass die USA insgesamt eine clevere Wirtschaftspolitik betrieben haben. Im 4. Kapitel werden die Grundannahmen des neoklassischen sowie des keynesianischen Paradigmas aufgezeigt. Es werden die Begriffe Arbeitslosigkeit, Schock, Konjunktur, Struktur sowie Rationalität und Erwartungen eingeführt, wodurch der/die LeserIn zu wirtschaftstheoretischen Überlegungen einge-

laden wird. Ggf. hätte hier der Verweis auf weitergehende Literatur für den Leser hilfreich sein können, auch gerade unter Berücksichtigung des recht überschaubar ausgefallenen Literaturverzeichnisses. Aus den theoretischen Überlegungen wird ableitend im Kapitel 5 aufgezeigt, worin die Denkfehler der praktizierten Wirtschaftspolitik liegen. In diesem Kapitel wird auch die lohnpolitische Konzeption des Sachverständigenrates (SVR) auf Basis von Theorie und Empirie einer gründlichen Kritik unterzogen.

Zusammengefasst analysiert Horn eine klare Schwäche der Binnennachfrage und insbesondere des privaten Konsums. Für die öffentlichen Haushalte wird aufgezeigt, dass anstelle eines Sparkurses ein Herauswachsen durch Wirtschaftswachstum erfolgversprechend für die Konsolidierung wäre. Im 6. Kapitel werden unterteilt in 9 Unterpunkte Vorschläge für ein Umsteuern vorgestellt. Zentral für einen Wirtschaftsaufschwung sei demnach vor allem eine Veränderung der wirtschaftspolitischen Strategie sowie eine realistischere Betrachtung der Funktionsweisen der Güter-, Finanz- und Arbeitsmärkte. Man müsse sich von der Annahme verabschieden, dass Märkte immer friktionslos funktionieren, sobald angebliche Angebotshemmnisse beseitigt sind. Zentral für die Wirklichkeit sind eben auch Marktversagen sowie die Ungleichgewichtigkeit im Marktgeschehen. Neben dieser grundsätzlichen Handlungsempfehlung werden in den Unterabschnitten „Das Kapital binden“, „Ein stabileres globales Währungssystem schaffen“ sowie „Eine europäische Stabilisierungspolitik etablieren“ und „Den Stabilitätspakt reformieren“ Maßnahmen für die internationale sowie europäische Ebene beschrieben. So werden beispielsweise Handelssanktionen gegen Steueroasen, die Einführung einer Devisentransaktionssteuer, die Einführung eines funktionierenden Wechselkurssystems mit begrenzter Schwankungsbreite für Euro und US-Dollar, eine konjunkturabschwächende Geldpolitik der EZB sowie eine an Ausgabepfaden orientierte Haushaltspolitik empfohlen. Zur Förderung der kommunalen Infrastruktur wird der Bundesregierung ein entsprechendes kommunales Investitionsprogramm vorgeschlagen. Um eine Steigerung der Löhne zu erreichen, sieht Horn sowohl die Tarifparteien als auch ausdrücklich den Staat in der Verantwortung. Hierzu werden mit Einschränkungen gesetzliche Mindestlöhne unterstützt.

Sehr allgemein wird die Senkung der Lohnnebenkosten als ein Weg für den Zuwachs der Nettolöhne benannt. An gleicher Stelle wird aber auch betont, dass eine hieraus möglicherweise abgeleitete Erhöhung der Aufwendungen für die Eigenvorsorge der privaten Haushalte auch negative Folgen für die Binnennachfrage haben könnte. Konkreter werden die Vorschläge für den Gesundheitssektor, die von der Politik die Bereit-



schaft erfordern, sich mit der Pharma- und Ärztelobby anzulegen. Auch soll die Doppelstruktur zwischen gesetzlicher und privater Krankenkassen überwunden werden. Nicht ausreichend begründet werden die Vorschläge, die paritätische Finanzierung der Sozialversicherungen neu zu gestalten und die Arbeitgeberbeiträge direkt an die Beschäftigten auszuzahlen. Was würde dies strategisch für die Selbstverwaltung und für die Eingriffe der Politik gegenüber den Sozialversicherungen bedeuten?

Im Abschnitt „Dem Arbeitsmarkt neue Impulse geben“ wägt Horn zwischen einer Ausweitung des öffentlichen Sektors, der privaten Unternehmen sowie der privaten Haushalte als Quelle künftiger Beschäftigung insbesondere für gering Qualifizierte ab und betont vor allem die Potentiale der privaten Haushalte. Hier wird richtigerweise auf das Problem der illegalen Beschäftigung eingegangen. Unklar bleibt das Plädoyer aber an dem Punkt, wo die Kinderbetreuung als im privaten Haushalt zu erbringende Dienstleistung benannt wird. Warum sich hier eine Ausweitung des öffentlichen Angebotes nicht anbieten sollte, zählt zu den vorhandenen Ungenauigkeiten des Buches. Diese können dem Autor aufgrund des geringen Umfangs zugestanden werden, geht Horns Gesamtaussage doch in die richtige Richtung. Eine vertiefte Debatte der präsentierten Detailvorschläge wird sicher auch Widerspruch auf Seiten der Linken hervorbringen.

Man sollte sich nicht zu sehr an den Vorschlägen aufhängen. „Die deutsche Krankheit – Sparwut und Sozialabbau“ stärkt den Ruf nach einer radikalen Neukonzeption der Wirtschafts- und Finanzpolitik in Europa und besonders in Deutschland.

Kai Burmeister (Lübeck)

Der neue Geist des Kapitalismus

Luc Boltanski/Ève Chiapello, *Der neue Geist des Kapitalismus*, Konstanz 2003 [frz. Original 1999].

Dass der Anspruch dieses Buches nicht gerade ein bescheidener ist, davon kündigt bereits der vollmundige Titel: Unter unverkennbarer Bezugnahme auf niemand Unbedeutenderen als einen der ganz Großen – Max Weber (*Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus*, 1904), der in bester ontologisierender Tradition zu Beginn des 20. Jahrhunderts, Wesen und Geister zu fassen bemüht, sich besonders auf den Kapitalismus kaprizierte – versprechen der französische Soziologe und Bourdieuschüler Luc Boltanski und die Ökonomin Ève Chiapello eine Neuinterpretation bzw. Fortsetzung jenes Meilensteins der soziologischen Literatur. Und das gelingt ihnen auch.

Die zentrale These, die die Autoren auf fast 800 Seiten entfalten, beleuchten und diskutieren, ist die, dass in den 70er und 80er Jahren des 20. Jahrhunderts der Kapitalismus sich neu erfunden, einen „neuen Geist“ entwickelt habe und damit in eine dritte Phase seines Bestehens eingetreten sei. Grundlegend ist dabei ein Verständnis des Kapitalismus als amoralischer Prozess der unbeschränkten Anhäufung von Kapital, der gleichzeitig jedoch aufgrund dieser seiner Amoralität permanent darauf angewiesen ist, als soziales Ordnungssystem zu fungieren. Nur nämlich indem er normativ überzeuge, sich rechtfertige und legitimiere, bringe der Kapitalismus Menschen dazu, kontinuierlich am Akkumulationsprozess teilzunehmen und jenen somit zu erhalten.

Im historischen Überblick unterscheiden Boltanski und Chiapello dabei drei Phasen: erstens den so genannten „Familienkapitalismus“, der seinen Ausgang im 19. Jahrhundert genommen habe; zweitens den „Konzernkapitalismus“, der sich in Frankreich seit dem Beginn der 1930er Jahre zunehmend durchgesetzt habe, um drittens dann eben seit der zweiten Hälfte der 60er Jahre vom so genannten „Netzwerkkapitalismus“, der bis in die Gegenwart reicht, abgelöst worden zu sein. Diese Phasen – so die Autoren – zeichnen sich dabei jeweils durch ein eigenes spezifisches „Überzeugungsmodell“ mit verschiedenen Referenzen und Orientierungen aus.

Zur systematischen Erfassung dieser verschiedenen Rechtfertigungslogiken haben Boltanski und Chiapello ein analytisches Modell entwickelt. Sie unterscheiden dabei zwischen sechs Formen möglicher Legitimationsreferenzen, so genannter „Poleis“, im frz. Original „Cités“, also so etwas wie „Gemeinwesen“ im Sinne idealtypischer sozialer Leitbilder: 1. die religiös-spirituelle Polis, 2. die häuslich-familiäre Polis, 3. die Polis der Ehre,

4. die bürgerlich-politische Polis, 5. die marktwirtschaftliche Polis, 6. die industrielle Polis. Anhand dieser Poleis lassen sich in jeweils spezifischer Kombination die Überzeugungsmodelle sowohl des Familien- wie auch des Konzernkapitalismus beschreiben: So basiere ersterer auf einem Kompromiss zwischen der familiären und der marktwirtschaftlichen Polis, während letzterer maßgeblich auf Rechtfertigungen der industriellen und der bürgerweltlichen Polis rekurriere.

Boltanski und Chiapello geht es jedoch vorrangig nicht um die historische Dimension dieses Phasenmodells in Gänze. Was sie vor allem interessiert, ist der Übergang vom Konzern- zum Netzwerkkapitalismus, also der Wandel von der zweiten zur dritten Phase, sowie diese letzte Phase an sich. Dieser Einschnitt nämlich markiere den Beginn des „Neuen Geistes“ insofern, als sich in diesem Zusammenhang ein paradigmatischer Wandel vollzogen habe, aus dem ein neues kapitalistisches „Überzeugungsmodell“, eine neue Polis hervorgegangen sei. So reichten, um den „neuen Geist“ zu erfassen, die sechs herkömmlichen Rechtfertigungslogiken nicht mehr aus. Wie Boltanski und Chiapello aufzeigen, bedarf es dazu vielmehr einer siebten, der so genannten „projektbasierten Polis“.

Was es nun damit auf sich hat, d.h. welche spezifischen Orientierungen dieser neuen Polis zu Eigen sind, veranschaulichen sie anhand der Analyse ihrer Genese und Durchsetzung. Diesem Anliegen ist der Großteil des Buches gewidmet.

So geht es im ersten seiner drei Teile um die Herausbildung der projektbasierten Polis als neues kapitalistisches Rechtfertigungsmodell auf der Diskursebene. Dabei liegen als empirische Anbindung zwei Textkorpora von Managementtexten (60er und 90er Jahre) zugrunde. Im Vergleich der beiden zeigen Boltanski und Chiapello die Zunahme und Durchsetzung des Netzwerkparadigmas anhand der damit verbundenen Verschiebungen im kapitalistischen Normensystem auf. Im zweiten Teil des Buches nehmen sie die sich parallel zu diesen diskursiven Veränderungen wandelnde kapitalistische soziale Praxis zwischen 1968 und dem Beginn der 80er Jahre in den Blick. Hier zeigen sie nicht nur eine grundlegende Transformation der Arbeitswelt hinsichtlich ihrer betrieblichen Organisation auf; ebenso geht es um den damit einhergehenden Bedeutungsverlust der Gewerkschaften und die Auswirkungen auf gesamtgesellschaftliche Ordnungen im Zeichen des „neuen Geistes“.

Zentral bei diesen Untersuchungen ist, dass die Auffassung des Kapitalismus als soziales Ordnungssystem es ermöglicht, einen wesentlichen Faktor seiner Veränderungsdynamik nicht nur zu erfassen, sondern auch in seiner spezifischen Wechselwirkung mit dem kapitalistischen System zu beschreiben: die Kritik. So seien alle normativen Rechtfertigungssysteme – die Grundannahme der Autoren – anfällig für Kritik, d.h. gegenüber Angriffen auf ihre jeweiligen Legitimationskonstruktionen.



Dazu unterscheiden Boltanski und Chiapello zwischen zwei Formen der Kritik: zum einen der Sozialkritik, deren Träger die Parteien und Organisationen der Arbeiterbewegung seien, und zum anderen der so genannten Künstlerkritik, als deren Träger sie Intellektuelle und Künstler identifizieren. Während die Sozialkritik den Kapitalismus als Quelle von Armut und Ungleichheit, von Ungerechtigkeit, egoistischer Bereicherung und Ausbeutung thematisiere, richte die Künstlerkritik ihr Augenmerk vor allem auf Normierungstendenzen, berechnende Kalkulation und kühle Bilanzierung, die die Freiheit der persönlichen Entfaltung, der Kreativität, Authentizität, Einzigartigkeit und Vielfalt beschränke und verhindere.

1968 sei diese Kritik gebündelt und so lautstark geäußert worden, dass ein Ignorieren unmöglich geworden war. Durch Neustrukturierungen der Arbeitswelt gelang es zwar während der 70er und 80er Jahre, – nicht zuletzt eben aufgrund einer erfolgreichen Verdrängung der Gewerkschaften – der Sozialkritik den Wind aus den Segeln zu nehmen; nicht so jedoch der Künstlerkritik. Im Gegenteil, ihre Aneignung durch den Kapitalismus war nicht selten sogar Argument und Maßnahme zur Abwehr der Sozialkritik: Indem vermittelt der Orientierung am eigenverantwortlichen, emanzipierten, selbst zu verwirklichenden, autonomen Individuum Arbeitsplatzstrukturen, Unternehmensorganisationen, betriebliche Sozialbeziehungen und zum Teil auch (nationale) Produktionssysteme neu ausgerichtet wurden, veränderte sich die gesamte Ordnung des Kapitalismus. Der sich so ausbildende „neue Geist“,

der sich in erster Linie an Führungskräfte richtete bzw. von ihnen getragen wurde, war und ist gekennzeichnet von der Orientierung an Werten wie Flexibilität, Mobilität, Kreativität und Eigenverantwortung. In einer Welt solchen Geistes gibt es nur noch wenige fixe Ordnungen und Strukturen; diese liegen vielmehr jeweils in der Verantwortung der beteiligten Akteure, die unter den gegebenen Bedingungen entscheiden und gestalten müssen. Die allein positive Konnotation dieser Orientierungsbegriffe, die daraus resultiert, dass sie eben nicht dem Kapitalismus selbst, sondern seiner Kritik entstammen, und die bis in die Gegenwart anhält, war und ist Ursache dafür, dass die Kritiker nicht nur verstummten, sondern sich an dieser Neuformierung auch aktiv beteiligten. Die Künstlerkritik war somit, wie Boltanski und Chiapello aufzeigen – einer der wichtigsten Motoren für die Veränderungsdynamik des Kapitalismus, mit der sich ein konnektionistisches Überzeugungsmodell durchsetzte, in dessen Mittelpunkt das zur Autonomie verdamnte Individuum stand und steht, das, um sich zu behaupten, in der Lage sein muss, die umgebende Welt als Netz und Projekt zu erfahren und zu gestalten. Rechtfertigungslogik dieser neuen und bis heute aktuellen „Denke“ ist die projektbasierte Polis, die erkennbar und verständlich zu machen, das zentrale Anliegen der Autoren ist. Darin also, dass Boltanski und Chiapello nicht nur kapitalistische Legitimationskonstrukte „entlarven“, sondern gleichzeitig auch aufzeigen, dass diese in ihrer sozialpraktischen Funktionsweise untrennbar verbunden sind mit ihrer Kritik, darin besteht ihr größtes Verdienst. Indem sie so erstmals systematisch das Verhältnis zwischen dem Kapitalismus und seinen Kritikern ausloten, entwickeln sie

gleichzeitig ein erweitertes, dynamisches Kapitalismusmodell. Dieses ist als Ausgangspunkt für wissenschaftlich fundierte Analysen besonders geeignet – wie Boltanski und Chiapello vorführen, beispielsweise um das Widererstarken kapitalistischer Kräfte während der gleichzeitig zunehmenden Orientierungs- und Zahnlosigkeit der Kritiker in den 80er Jahren zu erklären.

Gleichwohl geben sich die Autoren damit keineswegs zufrieden. Sie wollen viel mehr: Indem sie im dritten Teil des Buchs ihr Augenmerk dezidiert auf die Rolle der Kritik im projektbasierten Kapitalismus richten und dabei insbesondere nach Ansätzen für eine Neupositionierung fragen, schmieden die Autoren auch – wie Bruno Latour es formuliert hat – „Waffen, um die Linke zu erneuern“, damit diese aufhöre, sich meistbietend zu verkaufen oder gegen einen Feind zu kämpfen, der schon lange verschwunden ist:

So formulieren Boltanski und Chiapello als eine der wichtigsten Erwartungen für die Erneuerung der Sozialkritik, dass die projektbasierte Polis, die bisher hauptsächlich im Managementdiskurs verankert ist, eine stärkere rechtliche Anbindung erfahren soll. Dadurch, so die Hoffnung, würde der Beliebigkeit in der Auslegung ihrer Grundwerte insofern Einhalt geboten, als sie damit im öffentlichen Raum verhandelbar würden. Voraussetzung dafür sei allerdings, dass die Vertreter der Sozialkritik sich dem „neuen Geist“ stellen und ihn nicht länger allein als „ideologischen“ Diskurs zur Verschleierung der Ausbeutung abtun“. Dabei müsse gleichzeitig auch eine Annäherung zwischen Sozial- und Künstlerkritik einhergehen, so dass die für beide Kritikformen getrennt aufgezeigten Neuorientierungsansätze eigentlich jeweils beide Gruppen betreffen. Die Erneue-

erung der Künstlerkritik könne dabei insbesondere ausgehen von einer Infragestellung des „Mobilitäts“-Begriffs, der in seiner sozialpraktischen Auslegung permanent mit dem der Emanzipation konfligiere. Hier ließen sich Grenzen ziehen beispielsweise vermittelt einer Aufwertung von „Sicherheit“ als Voraussetzung für Emanzipation. Ein weiterer Ansatz bestünde darin, die Marktsphäre zu begrenzen, die zunehmend nämlich auch Menschen oder zumindest deren Eigenschaften und Handlungsformen Ökonomisierungsprozessen unterziehe, indem sie sie in Produkte umwandle und damit abwerfe. Dabei lasse sich die Künstlerkritik besonders dann revitalisieren, wenn sie eine Allianz bilde mit der Umweltkritik.

Insgesamt ist somit Boltanskis und Chiapellos Anliegen im Zeichen des „neuen Geists“ in der Tat besonders ambitioniert und überzeugt obendrein in der Durchführung. Dass man die 800 Seiten allerdings verschlänge wie einen dicken Roman – so ebenfalls Latour –, ist wohl eher zu verstehen als kollegial solidarische Wertschätzung und Werbung; ein sozialwissenschaftlicher Text, wenn auch tatsächlich gut lesbar, bleibt es allemal und dazu ein wirklich umfangreicher.

Wer sich daher erstmal überblicksartig informieren will, gewinnt viel mit der Lektüre des zusammenfassenden Aufsatzes, wobei allerdings gerade der dritte Teil, d.h. die Frage nach Neuorientierungsansätzen der Kritik, hier nicht berücksichtigt ist: Luc Boltanski/Eve Chiapello, *Die Arbeit der Kritik und der normative Wandel*, in: Marion von Osten (Hg.), *Norm der Abweichung*, Zürich 2003, S. 57-80; zuerst erschienen in: *Berliner Journal für Soziologie* 4, 2002.

Anja Kruke (Bochum)

Der verspielte Sieg?

Frank Schauff, *Der verspielte Sieg, Sowjetunion, Kommunistische Internationale und Spanischer Bürgerkrieg 1936-1939, Quellen und Studien zur Sozialgeschichte Amsterdam, Campus Verlag, Frankfurt/Main 2004*

Die Doktorarbeit unseres früheren Redaktionsmitglieds Frank Schauff befasst sich auf einer breiten Quellengrundlage mit dem Wirken der Kommunistischen Internationalen während des spanischen Bürgerkriegs. Facettenreich beleuchtet er die unter den Bedingungen des stalinistischen Terrors schwierigen Bemühungen der Sowjetunion, die junge spanische Republik gegen den Vormarsch des Faschismus zu verteidigen. Er untersucht die politisch und ökonomisch labile Lage der spanischen Republik am Vorabend und während des Bürgerkriegs. In einem weiteren Kapitel stellt er

die politökonomischen Rahmenbedingungen der sowjetischen Handlungsmöglichkeiten dar und diskutiert die theoretischen Konzeptionen (Faschismusdefinition, Volksfrontstrategie), die in der Komintern entwickelt und mit denen die spanische Gesellschaft analysiert wurden. Ausführlich beschreibt er die unterschiedlichen militärischen und politischen Ratschläge sowie die handfeste Unterstützung durch die Internationale Brigaden und Waffenlieferungen seitens der Sowjetunion.

„Es war der Terror, der ein Gutteil des ambivalenten Erscheinungsbildes des sowjetischen Einsatzes in Spanien ausmacht“ schreibt Frank Schauff (S. 360). Mehrere führende Berater, die in Spanien vor Ort die Zusammenarbeit zwischen Komintern und spanischer Regierung koordinierten und vielfach im Hintergrund maßgeblichen Einfluss auf politische, wirtschaftliche und v.a. militärische Fragestellungen hatten, wurden nach ihrer

Rückkehr verhaftet und in Schauprozessen verurteilt, oft hingerichtet. Noch größer war der Einfluss des Terrors auf die Abteilungen innerhalb der Kommunistischen Internationale. Die für die Kommunikation zu den Sektionen wichtige Verbindungsabteilung wurde zum Beispiel vollständig ausgetauscht. Das Außenkommissariat wurde sogar vollständig aufgelöst. So verwundert es nicht, dass es zahlreiche Pannen und Versäumnisse gab, die einer effektiven Hilfestellung im Wege standen. Die Niederlage der spanischen Republik stellt für Frank Schauff das Scheitern der sowjetischen Politik der Kollektiven Sicherheit dar, denn „die Sowjetunion suchte tatsächlich (...) und nicht nur auf der Ebene ideologischer Deklarationen den europäischen Frieden zu sichern.“ Der Terror in den eigenen Reihen war eine der Ursachen für dieses Scheitern.

Reinhold Rünker (Leichlingen)

spw – seit mehr als 25 Jahren ... wissen, was die SPD-Linke diskutiert!

Jetzt abonnieren und zugreifen!

Wer jetzt spw abonniert, erhält als Prämie eines dieser Bücherpakete!

Prämie 1

ASTA der FH
Münster (Hrsg.)
Alle Reden vom
Wetter. Wir nicht.
Beiträge zur
Förderung der
kritischen Vernunft
2005 – ca. 220 S.
ca. EUR 15,90 – SFR
28,50
ISBN: 3-89691-603-3



Prämie 2

Ulrich Brand
Gegen Hege-
monie.
Bausteine für globali-
sierungskritische
Strategien
200 Seiten
EUR 15,50 – sFr 27,80
ISBN 3-89965-116-2



Prämie 3

Carsten Rösler
Medien-Wir-
kungen (Einstiege
Band 14)
2004 – 137 S.
Euro 15,30 – SFR 27,40
ISBN : 3-89691-687-4



+

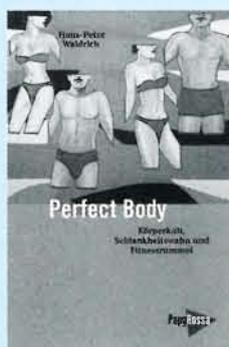
+

+

Stephan
Lessenich/
Andrea Nahles,
et. alt.
Den Sozialstaat
neu denken
Herausgegeben
von der Otto
Brenner Stiftung
160 Seiten
EUR 12,40 – SFR 22,50
ISBN 3-89965-14-6



Hans-Peter
Waldrich
Perfect Body
Marktwirtschaft
und Körperkult
Neue Kleine
Bibliothek 95
182 Seiten
EUR 12,50 – SFR 22,70
ISBN 3-89438-288-0



Christine Zunke
Das Subjekt der
Würde. Kritik der
deutschen Stamm-
zellendebatte
Hochschulschriften
52
134 Seiten
EUR 14,- – SFR 25,30
ISBN 3-89438-292-9



Abo unter www.spw.de oder per
eMail an spw-verlag@spw.de